

# DAS ARGUMENT 102

P 22352 F

---

<u>Editorial: Was tun fürs <i>Argument</i>?</u>	167
Grußadressen zum hundertsten Argument (II)	168
<u>Sozialismus-Diskussion (III)</u>	
Hans-Josef Steinberg Für die Durchsetzung sozialistischer Positionen in der SPD	174
Josef Schleifstein Zur Entwicklung der sozialistischen Kräfte in der BRD	179
<u>Kontroverse: Intellektuelle und Arbeiterbewegung</u>	
Christoph Kievenheim Wissenschaftlicher Sozialismus braucht Demokratie	192
Günter Matthias Tripp Individuelle Freiheit und „sozialistische Bewegung“	205
Brief an G. M. Tripp	211
<u>Internationale Sozialismus-Diskussion</u>	
Alberto Scarponi Demokratie und Sozialismus im „italienischen Weg zum Sozialismus“	213
Clodomiro Almeyda Die Demokratie im Übergang zum Sozialismus	223
Rafael de la Vega Ein Revisionismus gegen Lenin? Zur Politik der spanischen KP	228
<u>Kongreßbericht</u>	
Internationale Sozialismus-Konferenz in Jugoslawien	240
<u>Besprechungen: Wissenschaftstheorie und -soziologie; Materialistische Sprachtheorie; Literatur des Vormärz; Ideologie der alten und neuen Rechten; Stalinismus und „Eurokommunismus“</u>	243
<u>Zeitschriftenschau</u>	

# DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:

Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Reinhard Opitz (Köln), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Christof Müller-Wirth, Postfach 21 0730, 7500 Karlsruhe 21,  
Telefon 0721 / 55 59 55, Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Karl-Ernst Lohmann, Prof. Dr. Thomas Metscher, Rolf Nemitz, Prof. Dr. Friedrich Tomberg

Redaktionssekretariat:

Karl-Ernst Lohmann, Rolf Nemitz

Redaktionsanschrift: Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33.

Telefon 0 30 / 8 31 49 15

## Besprechungen

### Philosophie

- Feyerabend, Paul:* Wider den Methodenzwang (*B. Wiese*) . . . . . 243  
*Kahl, Joachim:* Positivismus als Konservatismus (*H.-D. Strüning*) . . . 244

(Fortsetzung auf Seite IX)



ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1977 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von insgesamt 924 Seiten. Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. – Preis des Doppelheftes 9,- DM; Schüler und Studenten 7,- DM (im Abonnement 7,50 DM bzw. 6,- DM). – Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. – Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. – Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin-Karlsruhe. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 105114, Postscheckkonto Karlsruhe 136360-759. – Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH, 75 Karlsruhe 21, Rheinstraße 122, Telefon 07 21 / 55 59 55.  
1.–11. Tausend April 1977

### Beilagenhinweis:

Diese Ausgabe enthält eine Bestellkarte und einen Prospekt des Argument-Verlages sowie einen Prospekt (teilweise) vom Institut für Marxistische Studien Frankfurt/M.

## Editorial

### **Was tun fürs *Argument*?**

#### **Finanzprobleme**

Dauerthema – vermutlich noch längere Zeit. Die Rohbilanz für 1976 zeigt einen Verlust von 24 000,- DM. Dabei sind die Honorare noch nicht berücksichtigt. Es gibt zwei Hauptursachen:

Wir haben weniger abgesetzt als geplant, und die Herstellungskosten sind relativ zu den Verkaufspreisen zu hoch. Der erste Faktor verstärkte den zweiten.

Was tun?

Bei den Sonderbänden (AS-Reihe) werden wir den Studentenpreis geringfügig erhöhen von 11,- DM auf 12,- DM (ab 1. Juni 1977). Die Abo-Preise bleiben zunächst unverändert, so daß der Abo-Vorteil noch größer wird (Abo-Preis des AS-Bandes für Studenten 9,- DM statt 12,- DM).

Wirksamer ist es, wenn wir tausend neue Abonnenten der AS-Reihe hinzugewinnen können. Wir appellieren an jeden *Argument*-Leser, der den Aufbau des neuen Mediums im Prinzip begrüßt, ihn auch finanziell mitzutragen durch ein Auswahl-Abo (drei Bände zur Wahl aus der Jahrgangsproduktion).

Mit diesem Heft nehmen wir zudem eine Werbemaßnahme wieder auf, die wir in den ersten Jahren des *Argument* schon angewandt hatten. Unverzichtbar für die Verbreitung sind die Buchhandlungen. Die relative Enge ihrer Räume bei gleichzeitig ständig wachsendem Angebot an Buchtiteln führt leicht dazu, daß höchstens das neueste *Argument* ausliegt. In Zukunft werden wir regelmäßig ein Verzeichnis jener Buchhandlungen veröffentlichen, die sich verpflichten, stets alle *Argument*-Nummern und Sonderbände vorrätig zu halten. Wir bitten Leser und Mitarbeiter, ihre Buchhandlungen auf diese Möglichkeit aufmerksam zu machen. Der wechselseitige Nutzen liegt auf der Hand.

Wir produzieren noch immer zu aufwendig. Der Umschlag, vor einem Jahr noch dreifarbig, ist schon nur noch einfarbig bedruckt. Demnächst gehen wir über zu billigerem Karton. Eine weitere Verbilligung, die wir als Zeitschriftenmacher nur widerwillig akzeptieren: die Fußnoten verschwinden vom Fuß der Seite und werden als Anmerkungen ans Ende des jeweiligen Artikels verbannt. Auch das traditionelle *Argument*-Format ist nicht unantastbar (natürlich nur das äußere).

Auch den Mitarbeitern müssen wir finanzielle Opfer zumuten. Konkret: Unter Umständen müssen wir die Autoren des Jahrgangs 1976 bitten, auf einen Teil ihres Honoraranspruchs zu verzichten (wenn sie nicht erwerbslos sind, sondern ein regelmäßiges Einkommen haben).

#### **Redaktionsprobleme**

Zwei Mitglieder unserer Redaktion, denen wir für langjährige Mitarbeit zu danken haben, Dieter Krause und Gerhard Voigt, sind vorübergehend aus der

Redaktion ausgeschieden, da sie konzentriert ihre berufliche Qualifizierung vorantreiben müssen; sie bleiben der Zeitschrift aber als redaktionelle Mitarbeiter in ihren engeren Fachgebieten (Politik/Linguistik) und als Gesellschafter des Argument-Verlages verbunden. Eingetreten in die Redaktion ist Thomas Metscher, der Mitgründer des Argument war und jetzt in der Redaktionskommission „Guliver“ mitarbeitet.

Nach dem Aufbau der AS-Reihe konzentrieren wir unsere Aufmerksamkeit wieder mehr auf die Zeitschrift. Wir haben eine breite Konzeptionsdebatte begonnen, unterstützt durch die Ergebnisse der Leserbefragung und durch eine wachsende Zahl von Zuschriften. Es geht darum, die Zeitschrift beweglicher und mehr allgemein-relevant zu machen, als Organ der Diskussion und Weiterentwicklung der Theorie zu verbessern. Wir werden im Editorial eines der nächsten Hefte von der Weiterentwicklung der Konzeption berichten.

## Grußadressen zum hundertsten Argument (II)

### Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main):

100 Hefte, fast zwei Jahrzehnte der Existenz einer Zeitschrift zwingen nicht nur zur Gratulation, sondern vor allem zur Besinnung auf ihre Leistung und ihre Funktion.

Auf ihre *Leistung*: Als „Das Argument“ geboren wurde, war es das Resultat des ersten – vielfach noch in sich ungeklärten – Aufbegehrens einer jungen Akademiker-Generation, die sich gegen die Dumpfheit einer Atmosphäre in jener Restaurationssituation wandte, die Universität, Intelligenzschicht und – seit Godesberg, das erst kurz zurücklag – auch vollständig das legale politische Parteiensystem und das offiziöse Zeitschriftenwesen der Bundesrepublik und West-Berlins beherrschte. Ein kleiner, noch immer allzu kleiner Teil der Assistenten und älteren Studenten hatte es nicht hinnehmen wollen, daß die SPD mit der Anti-Atom-Bewegung auch ihre letzten Versuche, an spontane Regungen intellektueller Kritik gegenüber den jeweiligen machtpolitischen Bedürfnissen des deutschen Monopolkapitals anzuknüpfen, preisgegeben hatte, um dadurch für eben dieses Monopolkapital „hoffähig“ zu werden. Sachliche Argumentation schien nicht nur für die Regierung, sondern auch für ihre Opposition jede Bedeutung verloren zu haben; eben deshalb bedurfte es des „Argument“, zumal es ohnedies im offiziösen Betrieb der sogenannten „Geisteswissenschaften“, wie damals noch offiziell auch alle Sozialwissenschaften hießen, schon seit langen Jahren nur auf die Unterwerfung unter die hergebrachten Vorurteile, aber kaum auf Argumente ankam, wenn man gute Examina machen und ungehindert aufsteigen wollte.

Es waren ältere Studenten und jüngere Assistenten, die diesen Weg begangen haben, kaum „alte“ Wissenschaftler der Linken. Davon gab es ohnedies nur sehr wenige. Ein Teil derer, die es gab, hatte sich – auch wenn sie im Faschismus noch Widerstandskraft hatten – entweder schon in der Emigration oder dann doch im kalten Krieg „angepaßt“ und erst die politisch-soziale, dann auch die wissenschaftliche Kritikfähigkeit erst verbergen müssen und dann langsam eingebüßt. Diejenigen, die es nicht hatten, hatten kaum Verbindung zu dieser jungen Generation, und sie waren nach vielen bitteren Erfahrungen mit Zirkel- und Zeitschriftenversuchen seit Beginn der 50er Jahre ohnedies mißtrauisch ge-

worden. Einer der besten derjenigen, die diese Hürde bald übersprungen haben – Heinz Joachim Heydorn – ist nun schon lange nicht mehr unter uns.

Aber dieser Versuch, Vorurteilen herkömmlicher Art, die der Restauration entsprachen, durch Argumente zu Leibe zu gehen, hat durchgehalten, bis er durch das Aufsteigen der studentischen Massenbewegung aus der Isolation befreit wurde. Und weil er bereits vorher ein rationales Kader jungen wissenschaftlichen Denkens geschaffen hatte, ist das „Argument“ den irrationalen Illusionen, die jeder spontanen Massenbewegung, die nicht auf einen starken rationalen Kern gestützt ist, notwendig entspringen, nur in sehr geringem Maße ausgesetzt gewesen. „Das Argument“ hat deshalb in starkem Maße dazu beitragen können, daß immer stärkere Teile der studentischen Massenbewegung der Rationalisierung ihrer Verhaltensformen und ihres Denkens zugänglich wurden und nicht mehr nur gefühlsbetont, sondern – wie es ihrer Ausbildung hätte entsprechen sollen – wissenschaftlich, auch in ihrer Auseinandersetzung mit dem offiziösen Wissenschaftsbetrieb, nicht nur im politischen Kampf selbst reagierten. So war „Das Argument“ jetzt nicht mehr nur politisch, sondern auch wissenschaftspolitisch von höchster Bedeutung geworden.

Das aber hieß nun unvermeidlich zunächst Einbeziehung des seit Beginn der Existenz der Bundesrepublik total verfehmten Marxismus in die wissenschaftliche Diskussion und die Methode wissenschaftlicher Kritik, dann in immer stärkerem Maße Hinwendung zum Marxismus. Er wurde bald von den meisten Mitarbeitern – sei es in dieser, sei es in jener Weise – rezipiert. Damit war – wenn auch ein Teil der Mitarbeiter diesen Weg nicht voll mitvollzog – „Das Argument“ zum Mittel des Kampfes für Rationalität und Demokratie als Teil des geistigen Klassenkampfes gegen die ideologische Herrschaft des Monopolkapitals über den westdeutschen Wissenschaftsbetrieb geworden. Es wurde gleichzeitig zum Vermittlungspunkt der wissenschaftlichen Diskussion über fast alle zentralen aktuellen sozialwissenschaftlichen Probleme, die auf höchstem Niveau – fast immer unter Einbeziehung marxistischer Methoden – in dieser Offenheit und Klarheit nur hier ohne Rücksicht auf den offiziösen Wissenschaftsbetrieb, aber auch auf organisatorisch gesetzte Denkschranken einzelner Gruppen erörtert werden konnten. Der Besprechungsteil des „Argument“ vermittelt seitdem in einem Maße, das keine andere Zeitschrift auch nur annähernd erreicht, einen Überblick über die wissenschaftliche Buchproduktion auch der bürgerlichen Wissenschaft, die meist durchdacht vom Standpunkt des Marxismus (oder doch radikalen rationalen demokratischen Denkens) aus referiert und rezensiert wird.

So hat „Das Argument“ ein stolzes Leistungsergebnis aufzuweisen. Es kann aus dem wissenschaftlichen Zeitschrift-Getriebe nicht mehr weggedacht werden, ohne daß die westdeutsche Wissenschaft insgesamt Entscheidendes verlieren und auf provinzielles Niveau absinken würde.

Aber dieser Vorstoß marxistischen Denkens in der westdeutschen Intelligenz, der sich wissenschaftlich vor allem im „Argument“ vermittelt, ist im gewerkschaftlichen und politischen Denken der Klasse, der er dienen will (und dienen muß, wenn Wissenschaft praktische Bedeutung für die Gesellschaft bekommen soll) weitgehend ohne Parallele (und daher ohne Konsequenz) geblieben. Die Intelligenzschicht in Westdeutschland, die sich (beginnend vor zwei Jahrzehnten, in stärkerem Maße vor einem Jahrzehnt) erst rational-demokratischer, dann (notwendig, wenn sie konsequent bleiben wollte) zunehmend auch marxistischer Kritik der Realität und des Wissenschaftsgetriebes zugewandt hatte, ist gegen-

über den Massen der Klasse der abhängigen Arbeit isoliert geblieben, die kaum Ansätze zu Klassenbewußtsein kennt.

Damit ist gerade nach Beginn der neuen Krise 1974/1975 und ihrem Übergang in eine Stagnationsperiode, der eine ständige strukturelle Arbeitslosigkeit (vor allem auch in der jungen Generation) entspricht, die Frage nach der *Funktion* des „Argument“ noch deutlicher gestellt worden. Gewiß, eine Funktion hat das „Argument“ auch bisher erfüllt (und muß es weiter erfüllen, auch mit den alten Mitteln und in den wissenschaftlichen Darstellungs- und Diskussionsformen, die es nun seit langen Jahren hat): Es konnte eine relativ breite, demokratische, auch gegenüber marxistischem Denken aufgeschlossene Intelligenzschicht in der Bundesrepublik und West-Berlin stabilisieren, deren wissenschaftliches Niveau dem ihrer bürgerlichen Kollegen weit überlegen ist, wie wir sie vor Gründung dieser Zeitschrift nicht kannten, aber in fast allen anderen westeuropäischen monopolkapitalistischen Ländern schon seit langen Jahrzehnten kennen. Es lernt auch immer mehr, in dieser Schicht zwischen den Generationen zu vermitteln. Die marxistischen Wissenschaftler der alten Generation (der jetzt schon sehr alten wie Josef Schleifstein und ich), die anfangs skeptisch waren, sind jetzt (wenn auch durchaus nicht alle; Leo Kofler z. B. wird noch immer vermißt) zu Mitarbeitern geworden und nehmen an „Argument“-Diskussionen teil. Die altersmäßig folgende Generation ursprünglich nur demokratischer Sozialwissenschaftler, die dann aber auch manche Aspekte marxistischer Überlegungen einzubeziehen begonnen hat (wie z. B. Urs Jaeggi), ist herangeholt worden. Die Gründer-Generation, die die Hauptlast der Zeitschrift noch immer trägt, von den beiden Haugs über Tomberg zu den Deppes, Boris, Metscher, Tjaden, Kurt Steinhaus, Opitz und wie sie alle heißen, ist inzwischen an der Mitte, sogar an das Ende der dreißiger oder zum Beginn der vierziger Jahre gelangt; aber sie hat, wie der Aufsatz Frigga Haugs in der quasi Jubiläums-Nummer 100 darlegt, gelernt, daß sie nun – trotz des restaurativen Rückschlags zu neuem antimarxistischen Druck an den Hochschulen – systematisch bemüht sein muß, auch die neue jüngere Generation durch Mitarbeit in die Diskussionen miteinzubeziehen (und sei es zunächst in der Kritik neu publizierter wissenschaftlicher Literatur). Nur wenn diese Vermittlung zwischen den verschiedenen Alters- (und damit Erfahrungs-) Schichten radikal-demokratischer und marxistischer Intelligenz gelingt, kann das „Argument“ seine pädagogischen und wissenschaftlichen Funktionen in und gegenüber der Intelligenz-Schicht erfüllen.

Aber ein zweiter Gesichtspunkt kommt hinzu: Es gibt kein demokratisches, erst recht kein marxistisches Denken, das die Funktion auch nur seiner wissenschaftlichen Kritik zutreffend auf lange Sicht bestimmen könnte, wenn es nicht die Frage nach den Klassenkämpfen der abhängigen Arbeit (und nicht nur ihrer wissenschaftlich ausgebildeten Schichten) ständig als Problem im Kopfe behält und immer wieder darauf abzielt, in dieser Klasse Klassenbewußtsein zu entwickeln. Bei der gegenwärtigen widerspruchsvollen Situation in der westdeutschen Linken und ihrer heillosen Zersplitterung ist also auch diese Frage immer wieder neu zu stellen. Deshalb war der Beginn der Sozialismus-Diskussion ein großer Fortschritt. Dieser Debatte sollten weitere folgen, stets in dem Bewußtsein, daß es keine Rezeptlösungen gibt, daß aber auch jede andere Diskussion in diesem Sinne praxisbezogen sein muß. Diskussion heißt auch Toleranz in der Debatte gegeneinander, solange sie auf dem Boden des Kampfes für Demokratie, Frieden und Sozialismus bleibt.

Mit sozialistischen Grüßen

Euer Wolfgang Abendroth

**Campus Verlag (Frankfurt/Main):**

100 „Argumente“ sind ein überzeugendes Argument dafür, daß man auch in dürftiger Zeit unter Beibehaltung klarer Positionen gegen allgemeine Trends und Tendenzwenden bestehen kann. Insofern bietet Ihr ein ermutigendes Beispiel, und wir beglückwünschen Euch zu dieser Leistung. Entwickelt Eure Zeitschrift weiter zu einem offenen Diskussionsforum relevanter Standpunkte der Linken, um jener sterilen Organisations- und Parteipublizistik entgegenzuwirken, in der eine politische und geistige Auseinandersetzung nicht mehr stattfindet.

Die Mitarbeiter des Campus Verlag

**forum ds. Zeitschrift für Theorie und Praxis des demokratischen Sozialismus (Karlsruhe):**

Eine wissenschaftliche Zeitschrift mit dezidiert kritischer Position und hohem Niveau über 18 Jahre und 100 Nummern am Leben zu erhalten, ist unter den Bedingungen der Bundesrepublik eine Leistung, die Anerkennung verdient. Die Redaktion des „Argument“ hat mehr getan: Sie hat über viele Jahre hinweg einen Diskussionsprozeß über Form und Inhalt sozialistischer Theorie organisiert, der sich angenehm von dem meist fruchtlosen Hickhack kommunistischer Grüppchen und Parteien im Hochschulbereich abhob. Ich hoffe, daß die Redaktion diese Arbeit auch in Zukunft erfolgreich fortsetzt. Wenn ich einen Wunsch äußern darf, so diesen: daß der Bezug auf die konkrete gesellschaftliche Praxis noch deutlicher die theoretischen Beiträge prägen möge, daß die hier und da zu spürende ängstliche Bemühung um Orthodoxie überwunden werde und durch noch größere Offenheit in Kritik und Selbstkritik der theoretische Boden für das breite „sich entwickelnde und zu schaffende Linksbündnis“, von dem im Editorial des 100. Hefes die Rede ist, bereitet werden möge. Mit solidarischen Grüßen

Johano Strasser

**Bruno Frei (Wien):**

Zum ersten Hunderter gratuliert, zum 1977 anlaufenden zweiten wünscht glückliche Erfüllung ein schreibhungriger aber leider sehbehinderter Bruno.

Mir steht vor Augen der politische Raum, in dem Ihr arbeitet: die BRD, wahrhaftig ein steiniger Boden für die Aussaat der Lehre. Indem Ihr die Denkmethode des Marxismus (und seine wichtigsten Denkergebnisse) fachwissenschaftlich aufbereitet, ohne in die Haltung des erhobenen Zeigefingers zu verfallen, betreibt Ihr PROPAGANDA auf höchster Ebene. Das ist, so weit ich sehe, in der Geschichte der linken Publizistik ein Novum. Hundert *solche* Nummern in einigen Jahren zu produzieren, setzt Schwerarbeit voraus. Die Sondernummern heben die Zeitschrift, die keiner Hebung bedarf, auf das Niveau eines wissenschaftlichen Buchverlages. Wie Ihr das alles neben der Lehr-, Schreib- und Korrekturarbeit bewältigt, ist mir kaum vorstellbar.

**Geschichtsdidaktik (Düsseldorf):**

100 Hefte DAS ARGUMENT – das heißt 100mal kritische, von vielen unerwünschte, gleichwohl notwendige Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Zuständen und Entwicklungstendenzen in der Bundesrepublik und in der Welt. Auch wenn man – in wissenschaftlicher und politischer Hinsicht – nicht alle im ARGUMENT vorgeschlagenen Wege hin zu mehr Freiheit, Demokratie und Humanität für begehbar hält und manche Konsequenzen, die dort gezogen werden, nicht immer und in allem zu teilen bereit ist – mit seinem Engagement

für die gegenwärtig Leidenden und Unterdrückten, mit seinem praktischen Interesse an einer Humanisierung der Gesellschaft und mit seiner Bemühung um Wiederbelebung sozialwissenschaftlicher Analyse hat DAS ARGUMENT Perspektiven für Gegenwart und Zukunft entwickelt, die fernab jeglichen platten Pragmatismus und ohne einem blinden Aktionismus zu verfallen, die gesellschaftspolitische Diskussion – vor allem der akademischen Jugend – maßgeblich beeinflusste.

Wir wünschen dem ARGUMENT angesichts gegenwärtig erkennbarer Tendenzen zur Einschränkung der Meinungsvielfalt in der Wissenschaft alle Möglichkeiten, diese Arbeit auch in Zukunft fortführen zu können. Die Herausgeber

#### **Gewerkschaftliche Monatshefte (Düsseldorf):**

„Das Argument“ bewegt sich häufig auf einer Abstraktionsebene, die für konkrete Strategien sehr hoch ist und in einer Richtung der inhaltlichen Argumentation, die für Gewerkschaften zumindest nicht repräsentativ ist. Die unterschiedlichen Leserkreise, Aufgabenstellungen und Schwerpunkte mögen die nur fernen Beziehungen zwischen unseren Zeitschriften erklären. Wenn man aber einen freiheitlichen und demokratischen Sozialismus auf verschiedenen Wegen erreichen kann, dann sind unterschiedliche Denkansätze nicht nur zugelassen, sondern sogar notwendig, dann ist die Möglichkeit streitiger Argumentation zumindest eine Voraussetzung für Freiheit und Demokratie. In diesem Sinne wünschen wir für „Das Argument“ Vitalität und Regenerationskraft auch nach der 100. Nummer.

Mit freundlichen Grüßen

Redaktion Gewerkschaftliche Monatshefte

#### **Prof. Dr. Gerhard Lozek (Berlin/DDR):**

(...) Zum Heft Nr. 100 meine Gratulation! Wir Gesellschaftswissenschaftler der DDR, die wir uns speziell mit der Entwicklung in den Ländern des Kapitals beschäftigen, verfolgen mit Hochachtung, Sympathie und in solidarischer Verbundenheit das mutige Wirken progressiver Sozialwissenschaftler und Publizisten in Westberlin und in der Bundesrepublik. Besonders freuen wir uns über die breite Wirksamkeit Ihrer Zeitschrift, zumal Sie diese unter politischen Bedingungen erzielen konnten, die mit Berufsverboten, Gesinnungsschnüffelei und anderen Schikanen nicht gerade als umweltfreundlich für Haltungen und Handlungen zu werten sind, die für den gesellschaftlichen Fortschritt in Richtung wahrhaft demokratischer Alternativen zum Bestehenden Partei ergreifen. Für das weitere Hundert an Heften viel Kraft, Ideen und Erfolg!

#### **Marxistische Blätter (Frankfurt/Main):**

Eure Zeitschrift erscheint in diesen Tagen zum hundertsten Male. Wir übersenden Euch aus diesem Anlaß recht herzliche Glückwünsche! „Das Argument“ entstand im Kampf gegen die Atomaufrüstung der Bundesrepublik. Die Zeitschrift leistete einen aktiven Beitrag in den machtvollen Aktionen gegen den Atomtod. Sie war später in der Bewegung gegen die Notstandsgesetze verankert. Der Wind der Massenmedien und der von ihr beeinflussten Öffentlichkeit blies Eurer Zeitschrift aufgrund des Engagements für die demokratischen und progressiven Kräfte unseres Landes so manches Mal ins Gesicht. Doch erwies sich in all den Jahren: „Das Argument“ befand sich mit seiner Arbeit in Einklang mit den starken Strömungen unserer Zeit für Demokratie und Frieden. Die fundierten wissenschaftlichen Aufsätze Eurer Zeitschrift zu wichtigen theoretischen

und politischen Problemen werten wir als einen wichtigen Beitrag der demokratischen und progressiven Bewegung in der Bundesrepublik. Wir wünschen Euch für Eure Tätigkeit weiterhin viel Erfolg!

Mit solidarischen Grüßen

Redaktion und Verlag Marxistische Blätter

### **MATERIALES – Revista de información y crítica cultural (Barcelona):**

Zur hundertsten Nummer unsere herzlichste Gratulation und Solidarität! Für uns ist DAS ARGUMENT zum Symbol geworden für ein deutsches und europäisches gesellschaftliches Denken von kritischem, demokratischem und wahrhaft konstruktivem Charakter.

Jacobo Muñoz

### **Suhrkamp Verlag (Frankfurt/Main):**

Wir freuen uns mit Euch, daß Ihr es bis zur hundertsten Nummer geschafft habt, und wir würden uns noch mehr freuen, wenn Ihr es bis zur zweihundertsten Nummer (im Jahr 1993) durchhalten würdet. Am allermeisten aber würden wir uns darüber freuen, wenn Ihr die Diskussion im „Argument“ in dem Stil weiterführen würdet, wie Ihr ihn neuerdings in Sachen Sozialismus und Biermann begonnen habt. In diesem Sinne und in dieser Richtung wünschen wir Euch für die Zukunft allen Erfolg.

Günther Busch, Hans-Martin Lohmann, Heide Coulon-Mersmann (BR-Vorsitzende), Hinrich Fink-Eitel, Friedhelm Herborth, Hans List, Werner Ost, Werner Berthel, Hans-Ulrich Müller-Schwefe

### **vorgänge (Weinheim):**

Es gibt eine Solidarität zwischen linken Zeitschriftenmachern, die Differenzen in der Grundeinstellung spielend übersteht. Ihr macht, so stelle ich staunend fest, jetzt gerade Euere 100. Nummer von „Das Argument“. Ich habe, außer daß ich Euch persönlich kenne und von Euch gelernt habe, einmal als der „links-katholische“ Redakteur einer jetzt schon legendären „werkhefte / zeitschrift für probleme des katholizismus und der gesellschaft“, zum zweiten als der Redakteur der „Vorgänge / Zeitschrift für Gesellschaftspolitik“ – zunächst als Zeitschrift der Humanistischen Union gegründet und jetzt auch schon im 16. Jahrgang –, „Das Argument“ seit der Nummer 21 (leider nicht früher), also seit 1962, immer mit Interesse und großer Lernbegeisterung gelesen. Die Hefte sind immer dicker geworden, aber nicht langweiliger, sondern eher gründlicher. „Das Argument“ ist im Bezugsrahmen einer politischen Theorie, die auch ich kritisch schätze, eine Zeitschrift geworden und geblieben, die die politische Entwicklung der Bundesrepublik (und Westberlins) mitbestimmt. Und die, muß ich hinzusetzen, das Zeitschriftenmachen hierzulande maßstabgebend beeinflußt hat. Wenn man andererseits, wie ich, unter (der Verleger möge mal weghören) kapitalistischen Bedingungen eine Zeitschrift machen muß, gibt es gar keinen Grund, sich etwa für „pressefreier“ zu halten, eher das Gegenteil.

Das wär's, liebe Freunde. Den nächsten Glückwunsch schreibe ich Euch frühestens zum 150. oder 200. Argument. Bis dahin müßt Ihr wohl schon noch weitermachen.

Herzlich, Euer

Gerd Hirschauer

(Fortsetzung im nächsten Heft)

Hans-Josef Steinberg

## **Für die Durchsetzung sozialistischer Positionen in der SPD**

Mein Beitrag zu der vom „Argument“ initiierten Sozialismus-Diskussion ist von dreifacher Betroffenheit bestimmt. Zum ersten habe ich als Rektor der Universität, welche die am weitesten vorgeschobene Reformposition im Hochschulbereich der Bundesrepublik repräsentiert hat und noch eine kurze Weile repräsentieren wird, die Notwendigkeit des Zusammenstehens aller reformwilligen Kräfte angesichts permanenter, oft den Grad der Verleumdung erreichender Angriffe gegen Reformmodelle dieser Art erkannt. Diese Erkenntnis war wiederum davon bestimmt, daß die Hochschulen, vor allem die von der Studenten- und Assistentenbewegung her geprägten Neugründungen, gleichsam Ausnahmebereiche darstellen, die durchaus geeignet sein können, den Blick auf die tatsächliche innenpolitische Entwicklung zu verstellen. An einer Hochschule, die mit mehr oder weniger Erfolg einen tatsächlichen Wissenschaftspluralismus in den Grenzen, die auch eine in vielen Bereichen progressive Landesregierung auf diesem Gebiet setzt, etabliert hat und verteidigt, verschieben sich angesichts der Tätigkeit von nicht wenigen Wissenschaftlern, die marxistische wissenschaftstheoretische Ansätze vertreten, die Perspektiven besonders stark, und manchmal sind Bundes- oder Landtagswahlen vonnöten, um deutlich zu machen, wie es mit dem wirklichen Kräfteverhältnis zwischen der Sozialdemokratie und den anderen linken Gruppierungen in der Bundesrepublik bestellt ist. Trotzdem können die Hochschulen – wie auch etwa die Praxis in bestimmten Betriebsräten – ein Modell für Möglichkeiten der Kooperation der relevanten linken Kräfte sein, wobei der Begriff Relevanz durchaus großzügig anzuwenden wäre.

An dieser Stelle möchte ich kritisch auf das Editorial zur Sozialismus-Diskussion eingehen, in dem es heißt, daß „eine sozialistische Umgestaltung in unserem Lande nur möglich sein wird, wenn sie von einem Bündnis aller relevanten linken Kräfte getragen wird . . .“<sup>1</sup>. Wie Urs Jaeggi das in anderem Zusammenhang formuliert hat, stellt sich für linke Sozialdemokraten – anders als für Kommunisten – die Bündnisfrage in dieser Weise nicht<sup>2</sup>. Im Gegenteil: der oft überstrapazierte Bündnisbegriff, verbunden mit unverkennbaren, durchaus verständlichen Vereinnahmungsstrategien kann verhindernd wirken hinsichtlich notwendiger Zusammenarbeit in einzelnen Bereichen und bezogen auf Einzelfragen. Dem überstrapazierten Bündnisbegriff entspricht gleichsam spiegelbildlich der Volksfrontvorwurf von konservativ-reaktionärer Seite, dem gerade die linken Sozialdemokraten in allen Bereichen und in besonders massiver Weise ausgesetzt waren und noch sind. In der Regel genügt es allerdings, diesen „Kritikern“ klarzumachen, daß Volksfront, ihrem historischen Entstehungsprozeß entsprechend, zur Abwehr einer konkreten faschistischen Gefahr diente, weshalb dieser Begriff – jedenfalls zur Zeit noch – in der innerbundesrepublikanischen Diskussion der

Aktualität entbehrt. Zurück zur Frage des Bündnisses: Für linke Sozialdemokraten stellt sich angesichts des etymologischen Befundes, der auf „dauerhafte Verbindung“ hinweist, das Problem, wer denn wohl als Bündnispartner in Frage kommt. Das sind gewiß nicht die gerade nach der neuesten Entwicklung in der Volksrepublik China noch einmal gespaltenen maoistischen Gruppen, denen nach eigenem Selbstverständnis kalte Schauer bei dem Gedanken an ein Bündnis mit Sozialdemokraten gleich welcher Couleur über den Rücken laufen müßten, es sei denn, es ginge gemeinsam und mit Verve und ausschließlich gegen den Sozialimperialismus der Sowjetunion. Bleiben also übrig die DKP und die ihr nahestehenden Organisationen und Personen, wobei die zuletzt erzielten 0,3 % nicht darüber hinwegtäuschen sollten, daß hier viel auf demokratischen Fortschritt hin orientiertes Potential vorhanden ist.

Wie steht es nun um diesen möglichen Bündnispartner für Sozialdemokraten linker Provenienz? Diese Frage verweist auf meine zweite Betroffenheit, die eine aktuelle und mit dem sogenannten „Fall“ Wolf Biermann benannt ist. Gerade die Diskussion um diesen „Fall“ unter den verschiedensten linken Gruppierungen erhellt schlagartig die Faktoren, die eine Zusammenarbeit zwischen linken Sozialdemokraten und dem DKP-Spektrum belasten und erschweren. Die SPD-Linke hat mit spontaner Empörung und zum Teil mit einer gewissen Fassungslosigkeit zur Kenntnis genommen, daß die Regierung der DDR Kritik, die durchaus den Bereich des Solidarischen nicht verlassen hat – und selbst wenn es so wäre! – mit Maßnahmen beantwortet, von denen man bisher meinte, sie gehörten zum typischen Arsenal faschistischer oder bonapartistisch-autoritärer Regime. Zum letzteren läßt sich nicht zuletzt einiges in dem in der DDR erschienenen „Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung“ unter dem Stichwort „Expatriierungsgesetz“ nachlesen. Besonders der Kampf gegen die Radikalenhutz in der Bundesrepublik, der in den diversen Abwehraktionen linke Sozialdemokraten und Kommunisten am stärksten zusammengeführt hat, wird nun entschieden schwieriger werden. Es war für einen Sozialdemokraten vom linken Parteiflügel bisher möglich, engagiert und manchmal auch erfolgreich (die Nicht-Berufsverbotsfälle stehen u. a. für diese Erfolge) diesen Kampf zu führen trotz der Tatsache, daß der Historikerkollege in Prag seit sieben Jahren Lebensmittel im elterlichen Geschäft verkauft, trotz des Schicksals, das einigen Lukács-Schülern in Ungarn beschieden ist, und trotz der Vorgänge um die „Praxis“-Gruppe in Jugoslawien, wobei ich es mir hier erspare, auf die notwendige Differenzierung zwischen den oben genannten „Fällen“ einzugehen. Ausgangspunkt des Kampfes gegen die Berufsverbote ist für diese linken Sozialdemokraten nicht der unzulässige Vergleich, sondern Ausgangspunkt sind die Grundrechte der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft, die in der revolutionären Konstituierung dieser Gesellschaft gegenüber dem ancien régime formuliert worden und nach der faschistischen Herrschaft auch in Deutschland in die Verfassung eingegangen sind. Sie gilt es nun zu verteidigen, nachdem auch die sozialdemokratische Führung in weitgehender Verkennung der Tatsache, daß sie damit ein Instrument für konservativ-reaktionäre Administrationen schuf, das sich auch gegen Sozialdemokraten wenden mußte, meinte, die neue Ostpolitik durch Radikalenerlasse gegenüber konservativer Kritik im Innern ab-

sichern zu müssen. Daß diesem verfehlten Vorgehen der SPD-Führung eine verstärkte Abgrenzung gegenüber dem „Sozialdemokratismus“ auf der anderen Seite entspricht, sei nur am Rande angemerkt. Die heftige Reaktion der SPD-Linken auf die Affäre Biermann wird vor allem verständlich, wenn man die offiziellen Reaktionen der sich für ein Bündnis anbietenden bundesrepublikanischen DKP berücksichtigt. Es besteht kein Zweifel daran, daß durch diesen symptomatischen Fall in einer innenpolitischen Situation, die offensichtlich durch starke restaurative Tendenzen gekennzeichnet ist – was nicht zuletzt durchschlägt auf die Möglichkeiten des linken Flügels in der SPD –, die Position derjenigen, die, um mich wiederum auf den Diskussionsbeitrag von Urs Jaeggi zu beziehen, die problematische „Sonderstellung“ der SPD in der Sozialistischen Internationale aufrechterhalten wollen, gestärkt wird. So sieht sich die SPD-Linke inzwischen gezwungen, den Kampf gegen Berufsverbote in der Bundesrepublik, um ihn überhaupt noch überzeugend führen zu können, mit der scharfen Kritik an der DDR-Praxis zu verbinden. Das in erster Linie von der SPD-Linken getragene „Komitee zur Verteidigung und Verwirklichung der demokratischen Rechte und Freiheiten in Ost und West – in ganz Deutschland“ tritt infolgedessen gegen die Berufsverbote in der BRD und gegen die „Welle stalinistischer Unterdrückung und Einschüchterung in der DDR“ auf. Man erkennt das Dilemma der SPD-Linken, die sich zwischen der rechten Parteimehrheit und der nicht zu akzeptierenden Alternative à la DKP-Kommunismus bewegen.

Und damit komme ich zu meiner dritten Betroffenheit, die dadurch gegeben ist, daß ein erprobter Parteilinker wie Jochen Steffen mit der Begründung resigniert, daß „die Rückkehr der SPD zu einer Reformpartei allerdings unter einem Kanzler Schmidt nicht denkbar (sei), der nur macht-technokratisch denkt und handelt und dabei garnicht zu merken scheint, daß er nur noch absegnet, was Industrie und Interessengruppen des Kapitals längst in die Wege geleitet haben“. Soweit diese zureichende Charakterisierung des sozial-liberalen Krisenmanagements. Scheinbar „Elegie nach allen Seiten“ (Erich Kästner); die „sozialistische Umgestaltung“, von der die Initiatoren dieser Diskussion sprechen, scheint in weiter Ferne zu liegen.

Auf die Ebene allgemeiner Sätze gebracht und von meinen Betroffenen abstrahiert, läßt sich folgendes sagen: Das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten ist weiterhin durch die Geschichte belastet, was immer wieder seinen aktuellen Ausdruck findet. Es geht dabei nicht um die Diskussion Reform – Revolution, wobei in der Regel der dialektische Zusammenhang beider Begriffe nicht oder nur unzureichend verstanden wird, sondern um die konkrete historische Entwicklung. Kommunistische Herrschaft etablierte sich zum ersten Mal in der Situation des Machtvakuumms in einem ökonomisch rückständigen Land bei schwach entwickelter gesellschaftlicher Basis und wachsender weltpolitischer Isolierung mit den bekannten Folgen, die unter dem Begriff Stalinismus subsumiert werden. Dabei entwickelten sich Formen kommunistischer Herrschaft, die heute noch negativ weiterwirken und dazu führen, daß angesichts der spezifischen Entwicklung der kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens auch Sozialdemokraten warnend formulieren, daß der herrschende Kommunismus eben der Kommunismus der Herrschenden sei. Von dem von Wolf-

gang Abendroth im Rückgriff auf Karl Marx und vor allem auf Friedrich Engels vorausgesetzten extrem hohen Stand der Entwicklung und Vergesellschaftung der Produktivkräfte<sup>3</sup> kann in sozialistischen Ländern auch noch keine Rede sein, vielmehr ist hier die Mangelverwaltung das dominierende Element. Nebenbei gesagt, wird auch die menschliche Gesellschaft in ihrer Gesamtheit wahrscheinlich bald Abschied nehmen müssen von der Illusion, daß die Entwicklung der Produktivkräfte im globalen Maßstab wie bisher vorangetrieben werden könnte. Schon jetzt stellt sich das Problem sich erschöpfender Ressourcen bzw. der nicht unbegrenzten Belastbarkeit der Umwelt. Namhafte Futurologen sprechen jedenfalls von der Gesellschaft, die – allerdings nach Plan – den Mangel zu verwalten haben wird. Auf seiten der deutschen Sozialdemokratie ist der für die heutige Situation entscheidende Schritt der von 1959 gewesen, als die Partei sich durch das Godesberger Programm als Volkspartei konstituierte, die nicht mehr vorrangig oder gar ausschließlich die Interessen der Arbeiterschaft vertrat. Trotzdem hat sich die SPD bis heute die Massenloyalität auch in der Arbeiterschaft erhalten, so daß links von der SPD sich nichts von Bedeutung hat etablieren können.

Wie sich bisher gezeigt hat, liegt die geschichtliche Alternative in der BRD zur Zeit nicht neben der SPD. Wie Jürgen Seifert zu Recht behauptet hat, kann auch die DKP keine wirkliche Alternative verkörpern. In zugespitzter Weise formuliert er: „Der einzige Unterschied zwischen DKP und linker SPD ist der metaphysische Himmel DDR und Sowjetunion“<sup>4</sup>. Dieser metaphysische Himmel hat allerdings seine spezifische Auswirkung auf das Verhältnis von linken Sozialdemokraten und DKP. Er verhindert auf der einen Seite die Aufgabe von Modellen, die in der Tat nichts anderes sind als zum Teil überwundene, zum Teil zu überwindende Erscheinungsformen sozialistischer Gesellschaft unter ungünstigen historischen Bedingungen. Auf der anderen Seite hält er den sozialdemokratischen Antikommunismus am Leben und schwächt die Position der Linken in der SPD, die letztlich deswegen in der Sozialdemokratie die *ganze* Bandbreite sozialistischer Veränderungsmöglichkeit innerhalb der Bundesrepublik abgedeckt sehen, weil auf Grund der gegebenen Voraussetzungen sozialistische Veränderungsprozesse nur per Wahlerfolg durchgesetzt werden können. Dabei ist einzugestehen, und die Resignation von Jochen Steffen ist durchaus symptomatisch, daß nach dem Aufschwung der Parteilinken seit Ende der 60er Jahre (nicht zuletzt unter dem Einfluß der außerparlamentarischen Opposition und auf Grund einer weitgehenden Umschichtung an der Parteibasis) eine entgegengesetzte Bewegung in Gang gekommen ist. Entscheidend war hier die krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung und die Art des Krisenmanagements, das die Durch- bzw. Weiterführung sozialer und demokratischer Reformen weitgehend ausschloß.

In dieser Situation bedeutet Erweiterung des Einflusses der demokratischen und sozialistischen Bewegung Durchsetzung sozialistischer Positionen in der SPD unter erschwerten Bedingungen. Urs Jaeggi hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der SPD in den nächsten Jahren für die gesamt-europäische Situation von entscheidender Bedeutung sein und – wie jetzt schon absehbar ist – gerade die inneren Verhältnisse in Italien und Frankreich beeinflussen wird. Im schlimmsten Fall wird man auf Grund der wirtschaftlichen Hegemonie der Bundesrepublik im EG-Bereich mit massiven Interventionen rech-

nen müssen. Historische Aufgabe ist deshalb weniger das Bündnis ungleicher Partner, das zur Zeit jedenfalls nicht zu übersehende Belastungsfaktoren für die SPD-Linke mit sich führt, sondern die Stärkung des linken, auf systemverändernde Reformen hin orientierten Potentials in der SPD. Das schließt nicht aus, daß bei Betonung der politischen Differenzen eine Zusammenarbeit zum Zweck der Verteidigung bedrohter Reformpositionen gegen konservative Angriffe, der Abwehr der Radikalenerlasse und damit der Sicherung demokratischer Rechte und Freiheiten, der Hilfe für Opfer des chilenischen Faschismus usw. notwendig ist. Hier haben sich gerade im Hochschulbereich Ansätze entwickelt, die zwar permanent gefährdet sind, aber doch erkennen lassen, daß die im Editorial apostrophierten historisch erstarrten Positionen in konkreter Praxis modifiziert werden können. Die Gefährdung ist vor allem dann gegeben, wenn in der praktischen Zusammenarbeit Monopolansprüche und Opportunitätsgesichtspunkte dominieren.

#### Anmerkungen

1 Vgl. ARGUMENT 98, 18. Jg., S. 561.

2 Vgl. Urs Jaeggi, Taktik, unaufhaltsamer Sozialdemokratisierungsprozeß oder ein „neuer“ Kommunismus?, in: ARGUMENT 98, 18. Jg., S. 580-584.

3 Vgl. Wolfgang Abendroth, Perspektiven des Kampfes für den Sozialismus in der BRD, in: ARGUMENT 100, 18. Jg., S. 976-988.

4 Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 3, S. 198.

Hans-Josef Steinberg, geb. 1935 in Köln, ist Universitäts-Professor, z. Zt. Rektor der Universität Bremen. Wichtigste Veröffentlichungen: „Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie“ (1967, <sup>4</sup> 1976), „Widerstand und Verfolgung in Essen“ (1969, <sup>2</sup> 1972). Seit 1962 Mitglied der SPD, verschiedene Funktionen und Mandate vor allem bei den Jungsozialisten; Mitglied der Gewerkschaft ÖTV und des BdWi.

Josef Schleifstein

## Bemerkungen zur Entwicklung der sozialistischen Kräfte in der Bundesrepublik

### 1.

Die der DKP angehörenden oder ihr nahestehenden Marxisten anerkennen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Sozialisten unterschiedlicher Richtungen nicht nur theoretisch, sondern diese Zusammenarbeit bildet für sie einen kategorischen Imperativ ihrer heutigen wie ihrer zukünftigen Praxis. Die Kommunisten der Bundesrepublik haben das in vielen Bewegungen der Vergangenheit – in der Bewegung gegen die Atomrüstung, im Kampf gegen die Notstandsgesetze, in Streik- und Lohnkämpfen, in der studentischen Bewegung – bewiesen, und zahlreiche Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Christen haben die Mitglieder der DKP in solchen Bewegungen als loyale und aktive Partner kennengelernt. Die DKP führt eine politische und theoretische Auseinandersetzung mit der offiziellen sozialdemokratischen Politik und Ideologie, auch mit den Positionen etwa der Jungsozialisten oder linkssozialistischer Gruppierungen. Aber es gibt keinerlei Verbote, Verdikte und Ausschlußdrohungen gegen Diskussion und Zusammenarbeit, auch nicht mit denen, deren Praxis und Theorie sie zu rechten Sozialdemokraten stempelt. Dies muß gesagt werden, weil die in der redaktionellen Ankündigung der Diskussion erwähnten „Chancen der Zusammenarbeit“ naturgemäß durch die Existenz massiver Verbote und Ausschlußdrohungen innerhalb der SPD wesentlich beeinflußt werden.

Ausgangspunkt der Diskussion könnte der Gedanke von Marx sein, den er 1875 im Zusammenhang mit der Kritik des Gothaer Programmentwurfs vor dem Vereinigungsparteitag der deutschen Sozialdemokratie geäußert hat, daß „jeder Schritt wirklicher Bewegung“ wichtiger ist „als ein Dutzend Programme“. Man unterschätzt die Bedeutung theoretischer Diskussion und Auseinandersetzung nicht im mindesten, wenn man sagt, daß im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der Arbeiterbewegung und speziell der Kräfte, die sich bewußt als Sozialisten verstehen, die in gemeinsamen Interessen begründete praktische Zusammenarbeit, die Schritte und Fortschritte in der „wirklichen Bewegung“ ermöglichen und fördern würden, weitaus wichtiger sind als der in einem so frühen Stadium (ohne längere gemeinsame praktische Erfahrungen) unvermeidlich zum Scheitern verurteilte Versuch, sich in den grundsätzlichen theoretisch-politischen Fragen, dazu in einer Diskussion unter Intellektuellen, zu verständigen. Auch das sollte nicht mißverstanden werden als Ablehnung oder Geringschätzung einer solchen Diskussion. Es soll nur den *Primat* der politischen Praxis auch für den Prozeß der Überwindung grundsätzlicher politisch-theoretischer Meinungsverschiedenheiten unterstreichen. Denn nur Versuche und Erfahrungen gemeinsamer Praxis können die theoretische Diskussion von Vorurteilen und Vorbehal-

ten, Mißverständnissen und realen Schwierigkeiten befreien, können die für die Überwindung der Meinungsverschiedenheiten unabdingbare Atmosphäre des Vertrauens entstehen lassen.

Dies und die geschichtlichen Erfahrungen sind der Grund, weshalb wir in der Aktionsgemeinschaft der unterschiedlichen Strömungen der Arbeiterbewegung den Schlüssel für ein Vorankommen sehen. Unbestreitbar existiert ein weites Feld gemeinsamer Interessen, für die in den Gewerkschaften, Betrieben, Wohngebieten, Schulen und Hochschulen, in Bürgerinitiativen usw. Sozialdemokraten, parteilose Sozialisten, Kommunisten gemeinsam wirken können. Inhaltlich sind das z. B. die Sicherung von Arbeitsplätzen; der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, für Lehrstellen und eine gründliche Reform der Berufsausbildung; für die Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen; gegen den Abbau demokratischer Rechte und Berufsverbote; gegen die steigenden Mieten, für mehr und billigere Sozialwohnungen; für eine progressive Hochschulreform; gegen die maßlose Rüstung, für eine konsequente Friedens- und Entspannungspolitik; für anti-imperialistische Solidarität und vieles andere. Die Gemeinsamkeit in der Aktion könnte hier sowohl punktuell als auch für ganze Komplexe von Problemen angestrebt und in den jeweils angemessenen oder erreichbaren Formen verwirklicht werden. Jede Belastung solcher realen Möglichkeiten gemeinsamen Vorgehens durch Bedingungen und Vorbedingungen und durch Grundsatzdiskussionen und Probleme, in denen gegenwärtig und in naher Zukunft keine Übereinstimmung zu erreichen sein wird, kann der Lösung der heute durch die objektiven Bedingungen praktisch auf die Tagesordnung gesetzten Aufgaben nur abträglich sein. Unserer Auffassung nach sollten alle, die sozialistisch oder antikapitalistisch handeln wollen, das heute Mögliche gemeinsam tun, um so die Fähigkeit zu erlangen, morgen und übermorgen das im historischen Sinne Notwendige vereint zu vollbringen.

Mit der gemeinsamen politischen Praxis auf dem Felde dieser akuten tagespolitischen Aufgaben könnte die Diskussion, Ausarbeitung und dann auch die Propagierung antimonopolistischer, antikapitalistischer Reformmaßnahmen verbunden werden – z. B. zur demokratischen Mitbestimmung und Kontrolle, zur Investitionskontrolle, zur Steuerpolitik, zum Umweltschutz usw. –, um gemeinsame linke Alternativen gegen die von großkapitalistischen Interessen bestimmte Politik sowohl der bürgerlichen Parteien als auch der rechten Führung der Sozialdemokratischen Partei zu entwickeln und den arbeitenden Menschen bewußt zu machen. Von der Ausgangsbasis sowohl der gemeinsamen Erfahrungen in der Aktion für die unmittelbaren Forderungen als auch der Diskussion antimonopolistischer Alternativvorschläge für Reformziele könnte sich aller Wahrscheinlichkeit nach eine sehr viel fruchtbarere Diskussion über das entwickeln, was die DKP und andere kommunistische Parteien in entwickelten kapitalistischen Ländern als „die Öffnung des Weges zum Sozialismus“ bezeichnet haben, also über eine Gesamtstrategie des antimonopolistischen und sozialistischen Kampfes, als sie im gegenwärtigen Entwicklungsstadium möglich ist. Natürlich darf dies nicht als ein unter allen Umständen gültiges Schema für die Entwicklung der Zusammenarbeit verstanden werden. Es könnten – objektiv und subjektiv – geschichtliche Bedingungen eintreten, die eine andere Stufenfolge der Schritte nicht nur

notwendig, sondern auch möglich machen würden. Aber heute sind derartige Umstände nicht in Sicht, und es wäre für eine durch grundsätzliche und theoretische Meinungsverschiedenheiten so belastete politische Strömung, wie es die linken Kräfte in der Bundesrepublik sind, besonders schädlich, den zweiten Schritt vor dem ersten tun zu wollen.

Denn selbst dieser erste Schritt ist, wie vergangene und auch gegenwärtige Erfahrungen zeigen, schwer genug. Die DKP unterschätzt diese Barrieren und Schwierigkeiten, die oft solche ersten Schritte noch behindern und verhindern, keineswegs. Nur sind das Hindernisse, die, politische Einsicht und praktischen Sinn vorausgesetzt, leichter zu überwinden sein werden als die vorhandenen grundsätzlichen Meinungsunterschiede. Sicher tangieren diese tieferen Meinungsverschiedenheiten auch immer wieder aktuelle politische Fragen und das praktische Handeln, und man könnte fragen, ob es dann nicht vielleicht doch zweckmäßiger und ratsamer sei, den umgekehrten Weg zu gehen. Aber alle geschichtliche Erfahrung der Arbeiterbewegung spricht dagegen, ob es sich nun um den Einigungsprozeß zwischen Lassalleanern und Eisenachern in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, um die Einigung der jungen Kommunistischen Partei mit dem linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratie 1920, um die Einheits- und Volksfronten in verschiedenen Ländern nach Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland oder um den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus während des zweiten Weltkrieges handelte: die Aktionsgemeinschaft in den brennenden Gegenwartsfragen bahnt den Weg zur Überwindung prinzipieller politischer und theoretischer Meinungsverschiedenheiten und nicht umgekehrt.

Ein besonders ernstes Hindernis für das Zustandekommen gemeinsamer Aktionen auch in jenen dringenden sozialen und politischen Fragen, in denen übereinstimmende oder doch einander nahekommende Auffassungen bereits bestehen, ist das, was in der Diskussion die „bürgerliche Berührungshobie“ (Gollwitzer) gegenüber Kommunisten genannt wurde, und was ja tief hineinreicht in die Reihen der Sozialdemokratischen Partei und der parteilosen Linken. Hier ist nicht der Raum, näher auf die Ursachen einzugehen. Aber es handelt sich ja bei dieser „Berührungshobie“ nicht nur um ein politisch-psychologisches Phänomen, sie wird abgesichert und befestigt durch hartnäckige Verdikte und Verbote, die allen Sozialdemokraten mit Parteiausschluß drohen, wann und wo immer sie mit Mitgliedern oder gar mit Organisationen der DKP zusammenarbeiten. Zwar können solche Verbote in den Betrieben und Gewerkschaften und auf zahlreichen Gebieten des sozialen und politischen Kampfes das gemeinsame Handeln nicht verhindern, weil es durch die Bedingungen selbst erzwungen wird. Aber niemand wird sich darüber täuschen können, daß gegenwärtig derartige Verbote auch auf linke Sozialdemokraten, Jungsozialisten, Gewerkschafter noch eine starke Wirkung ausüben. Das gemeinsame Vorgehen kann sich daher in der Bundesrepublik – im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern – noch nicht in der Form einer vereinbarten Zusammenarbeit der Organisationen oder direkter punktueller Abkommen entwickeln.

Hinzu kommt, daß die offizielle Politik der SPD sich auf dem äußersten rechten Flügel der west- und nordeuropäischen sozialdemokratischen Parteien be-

wegt und daß – unter dem Vorwand der Notwendigkeit stärkerer innerparteilicher Solidarität – ein verschärfter Druck gegen alle antikapitalistischen Strömungen und Vorschläge eingesetzt hat, der, wie der Mannheimer Parteitag gezeigt hat, zu einer zunehmenden Einschüchterung derjenigen führte, die sich in der SPD als Linke verstehen. So konnte Herbert Ehrenberg als Berichterstatter der Arbeitsgemeinschaft B (Wirtschafts- und Sozialordnung) auf dem Parteitag unwidersprochen erklären, der Text des Orientierungsrahmens und der Verlauf der Diskussion zeige, daß niemand das in der Bundesrepublik herrschende Wirtschaftssystem „grundsätzlich durch ein anderes ersetzen wolle“.

Die DKP übersieht derartige Schwierigkeiten nicht und ist sich durchaus darüber klar, daß der Prozeß, der zu Annäherung und Zusammenarbeit führt, in der Bundesrepublik weit komplizierter und langwieriger ist als in anderen Ländern, besonders dort, wo bereits starke Kommunistische Parteien existieren. Nur erlegt gerade dies allen an diesem Prozeß beteiligten Strömungen, Gruppen und Personen, allen, die die gemeinsame praktische Aktion voranbringen wollen, eine außergewöhnliche Verantwortung auf. Es verlangt besonders viel Geduld und Ausdauer, die größtmögliche Bereitschaft, sich auf das Gemeinsame und Praktizierbare zu konzentrieren und die politisch-theoretischen Meinungsverschiedenheiten nicht in den Vordergrund zu rücken. Zugleich gehen wir stets davon aus, daß Aktionsgemeinschaft nicht den Verzicht der Partner auf ihre politische und organisatorische Selbständigkeit, nicht das Aufgeben der eigenen theoretischen Position bedeuten kann. Aber zweifellos verlangt eine solche Politik die Achtung vor dem Partner, die kameradschaftliche Zusammenarbeit, die strikte Einhaltung getroffener Vereinbarungen, das Ausklammern der politischen und theoretischen Meinungsverschiedenheiten im Aktionsbündnis in den unmittelbar vom Bündnis nicht berührten Fragen.

Entscheidend sollte die Einsicht sein, daß es ohne gemeinsames Handeln keine wesentlichen praktischen Fortschritte der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Kräfte in der Bundesrepublik geben wird, aber auch kaum Fortschritte in der Überwindung grundlegender Meinungsverschiedenheiten, die erst auf dem Boden gemeinsamer praktischer Erfahrungen möglich sein wird. Das alles mag elementar erscheinen. Aber selbst dieses Elementare ist schwer zu machen, und es ist ja keineswegs so, daß hierin bereits Übereinstimmung erzielt worden wäre. Übrigens ist diese Aktionsgemeinschaft der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung auch die beste Grundlage für die – in der Diskussion angeführte – Notwendigkeit breiterer Bündnisse mit liberalen und christlichen Kräften, für die in einer ganzen Reihe von Fragen durchaus reale Möglichkeiten bestehen.

## 2.

Dies alles kann und soll selbstverständlich nicht heißen, eine Diskussion über Ziel und Inhalt des Sozialismus und über den unter den Bedingungen der Bundesrepublik möglichen Weg dahin sei überflüssig. Sie kann nützlich sein, wenn man sich des Vorrangs der praktischen politischen Notwendigkeiten und der durch das gegenwärtige Entwicklungsstadium der Bewegung gesetzten Grenzen einer solchen Diskussion bewußt bleibt. In einem einzelnen Beitrag kann not-

gedrungen nur auf einige selbst der bereits aufgeworfenen Fragen eingegangen werden. Es seien daher zunächst einige Bemerkungen zum Verhältnis Sozialismus – Diktatur des Proletariats – Demokratie gestattet. Mit der abstrakten Formel „Kein Sozialismus ohne Demokratie, keine Demokratie ohne Sozialismus“ wird jeder einverstanden sein, der sich als Sozialist versteht. Die Schwierigkeiten beginnen im Konkreten: in der Interpretation dessen, was Sozialismus und Demokratie beinhalten; was Marx, Engels und Lenin unter Diktatur des Proletariats verstanden haben; wie sich bürgerliche und sozialistische Demokratie zueinander verhalten; wie die demokratischen Rechte und Freiheiten, die sich die Arbeiterklasse bereits auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft erkämpft hat, im Hegelschen Sinne des Begriffs „aufgehoben“ und im Sozialismus grundsätzlich weiterentwickelt werden können; welches Verhältnis demokratisch konstituierte Basis und demokratisch gewählte zentrale Organe zueinander haben sollen usw.

Die Klassiker des Marxismus sind in ihren Betrachtungen über den Staat grundsätzlich davon ausgegangen, daß eine in Klassen gespaltene Gesellschaft, ganz gleich welche Formen die politische Herrschaft annimmt (was wesentlich vom jeweiligen Kräfteverhältnis der Klassen und der sie repräsentierenden politischen Parteien abhängt), auch im politisch-staatlichen Überbau eine *Klassenherrschaft* darstellt. Für diesen Begriff der aus der ökonomischen Macht über die Produktionsbedingungen erwachsenden *politischen* Klassenherrschaft verwandten sie auch den Begriff der Klassendiktatur oder Diktatur. Und zwar als *Synonym* für politische Klassenherrschaft, für die Entscheidungsgewalt über die politischen Machtmittel (Armee, Polizei, Justiz, Verwaltung), und keineswegs im Sinne des Vorhandenseins oder der Abwesenheit demokratischer Rechte und Einrichtungen. Daher sprachen sie von Adelsdiktatur, Diktatur der Bourgeoisie, Diktatur des Proletariats. Wer also Marx und Lenin korrekt interpretieren will (und nicht im Sinne der gängigen Verfälschungen und Verdrehungen), der kann den Begriff der Diktatur nur grundsätzlich als Synonym für politische Klassenherrschaft verwenden. Er müßte beim Versuch der wissenschaftlichen Widerlegung nachweisen, daß bürgerliche Demokratie aufgehört hat, kapitalistische Klassenherrschaft zu sein, oder daß proletarische Demokratie nicht eine zwar grundsätzlich andere, aber eben doch eine Art der Klassenherrschaft darstellt. So verstand auch Rosa Luxemburg die marxistische Staatstheorie, als sie während der deutschen Novemberrevolution 1918 schrieb: „Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: *bürgerliche* oder *sozialistische* Demokratie. Denn Diktatur des Proletariats, das ist Demokratie im sozialistischen Sinne.“ (Rote Fahne, 20. 11. 1918) So viel zum wissenschaftlichen Verständnis der marxistischen Staatstheorie. Daß alle Gegner des Marxismus und des Sozialismus überhaupt bemüht sind, diese Theorie zu verfälschen und zu verleumden, daß der Begriff „Diktatur“ im politischen Sprachgebrauch der letzten Jahrzehnte in den kapitalistischen Ländern ganz anders verwandt wird, das steht auf einem völlig anderen Blatt.

Die DKP hat in ihren grundsätzlichen politischen Dokumenten, wie zahlreiche andere kommunistische Parteien, das Ziel der politischen Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen aufgestellt. Sie steht damit ganz

in der sozialistischen Tradition des Kommunistischen Manifests, der Inauguraladresse der I. Internationale oder des Erfurter Programms der alten deutschen Sozialdemokratie. Die Arbeiterklasse – im marxistischen Sinne des Begriffs – bildet heute in den entwickelten kapitalistischen Ländern 70–75 % der Bevölkerung; zusammen mit den übrigen Werktätigen bedeutet ihre politische Macht die Herrschaft der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. Ebenso hat die DKP oft genug betont, daß die Formen der politisch-staatlichen Macht, ihre Einrichtungen und Instrumente von den konkreten geschichtlichen Bedingungen, von den nationalen Traditionen und Besonderheiten, vom Gewicht der verschiedenen politischen Kräfte, von der Schärfe der einer sozialistischen Umwälzung vorangehenden Klassenauseinandersetzungen, vom politischen Reifegrad der Massen usw. abhängen wird.

Es ist sicher richtig, daß die sozialistischen demokratischen Inhalte und Formen von jeder Generation kämpfender Sozialisten auf dem jeweiligen Stand der Klassenkämpfe und unter den jeweiligen spezifischen Bedingungen mit neuem Inhalt erfüllt werden müssen. Ebenso stimmt die DKP unbedingt damit überein, daß die in vielen Generationen erkämpften bürgerlichen Freiheitsrechte – inhaltlich erweitert – in die sozialistische Demokratie eingehen müssen. Es wäre aber für die Arbeiterbewegung unseres Landes und gewiß auch anderer Länder gefährlich, über dem absolut notwendigen Kampf für die Verteidigung und Ausweitung der demokratischen Rechte und Einrichtungen in den bürgerlich-parlamentarisch regierten Ländern zu übersehen oder zu vergessen, daß sie infolge der ökonomischen Macht des Kapitals ständig und überall eingengt, begrenzt, deformiert, zur Hülle degradiert werden und überdies stets von einer völligen Beseitigung bedroht sind, solange erstens das Kräfteverhältnis sich nicht grundlegend zugunsten der konsequenten gewerkschaftlichen und politischen Interessenvertreter der Arbeiterklasse geändert hat und solange zweitens die wirtschaftliche Macht und der dank dieser Macht gegebene politische Einfluß des großen Kapitals auf politische Parteien, Abgeordnete, Parlamentsentscheidungen, Medien nicht überwunden ist.

Die sozialistische und radikaldemokratische Literatur über diesen Prozeß der Deformierung der politischen Einrichtungen und der demokratischen Rechte selbst in den klassischen parlamentarischen Ländern (Einschränkung der Rolle des Parlaments, Verbindung und Verzahnung von Kapitalinteressen und Parteien bzw. Abgeordneten, wachsender Einfluß der Konzernlobbies auf Gesetzesentscheidungen und Verwaltung, Druck des militärisch-industriellen Komplexes, Aufblähung und Machtausdehnung der Exekutive) ist sehr bedeutsam und beweiskräftig. Angesichts dieser Entwicklung sind Illusionen darüber, wie schwer fundamentale demokratische Umgestaltungen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu erringen sein werden und daß sie zweifellos die härtesten Klassenkämpfe und die größten Anstrengungen einschließen, ganz und gar unverständlich. Außerdem schrecken die Spuren. Die Erfahrungen in Chile lehren vieles, und es ist vor allem Sache der progressiven Kräfte des chilenischen Volkes, diese Lehren zu erarbeiten. Aber daß eine wahrhaft demokratische (antimonopolistische, antikapitalistische) politische Macht nicht aufzubauen und zu sichern ist, wenn es den progressiven, sozialistischen Kräften nicht gelingt, die faschisti-

schen, militaristischen, reaktionären Kräfte, die gegen die rechtmäßige Regierung konspirieren, im Militär, in der hohen Bürokratie, in Polizei und Justiz, in ihrer Herrschaft über die Medien auszuschalten, das sollte nach den Erfahrungen der chilenischen *Unidad popular* wohl unbestritten sein.

Umgekehrt ist es schwer verständlich, wenn diejenigen, die den sozialistischen Ländern gegenüber eine Position der „solidarischen Kritik“ beziehen, die grundsätzlichen Aspekte der Demokratisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in diesen Ländern nicht zur Kenntnis nehmen: breite Volksdiskussion aller bedeutenden Gesetzeswerke; unmittelbare Teilnahme an den Entscheidungsprozessen von Hunderttausenden Werktätigen, nicht nur der gewählten Vertreter in den Repräsentativkörperschaften, in allen sie berührenden Fragen; die praktische Demokratie auf betrieblicher und wirtschaftlicher Ebene durch Belegschafts- und Vertrauensleutevollversammlungen, ständige Produktionsberatungen, Betriebs- und Abteilungsgewerkschaftsleitungen, durch die gesellschaftlichen Räte bei den Industriezweigvereinigungen usw. usf. Allen diesen und anderen demokratischen Organen sind die Betriebs- und Wirtschaftsleiter, die Leiter in anderen gesellschaftlichen Bereichen ständig rechenschaftspflichtig, und diese Leiter können – kraft Gesetz – keine wesentliche Maßnahme ohne ihre Zustimmung durchführen. Wer diese auf neuen sozialen Grundlagen, infolge der Überwindung des Kapitalismus, sich entfaltenden massendemokratischen Prozesse übersieht oder übergeht, aber alle durch historische Bedingungen oder durch den internationalen und nationalen Klassenkampf notwendig werdenden Einschränkungen oder Einzelmaßnahmen zum wesentlichen Moment der Entwicklung aufzublähen sucht, sieht die sozialistischen Länder durch einen Zerrspiegel, der mit Vorurteilen und Voreingenommenheit weit mehr zu tun hat, als mit dem Versuch einer objektiven Analyse der Realität.

Es scheint mir charakteristisch, daß ein gewerkschaftlicher Praktiker wie Detlef Hensche bei einem Besuch mit der Delegation der IG Druck und Papier in der DDR vom gesellschaftlichen Kern dieser demokratischen Realität weit mehr verstanden hat als viele sozialistische Intellektuelle. Er berichtete (im Organ der IG Druck und Papier v. 11. 10. 1976) u. a.: „Die Mitbestimmung liegt in erster Linie bei der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL), einem von allen Gewerkschaftsmitgliedern des Betriebes gewählten Organ. Die BGL ist eine Mischung von Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung (als gewerkschaftliches Organ). . . . Dennoch sollte man bei derartigen Vergleichen vorsichtig sein. . . . Allgemein ist die Werksleitung in der DDR aufgrund der gesellschaftlichen Machtverhältnisse sowie infolge der starken Einbindung in die gesellschaftlichen Organisationen und in die Parteien in ihrer Stellung wesentlich abhängiger von der BGL, als dies bei uns jemals der Fall sein könnte.“

Die DKP geht davon aus, daß die demokratischen Formen, Prozesse, Institutionen unter konkreten historischen Bedingungen geschaffen werden, daß sie von den kämpfenden Massen und den sie repräsentierenden politischen Kräften gestaltet (und umgestaltet) werden müssen. Sie hat sich (in der Bundesrepublik) stets dafür eingesetzt, daß die sozialistischen und antimonopolistischen Kräfte der BRD im Prozeß der gemeinsamen Aktion und Diskussion, auf der Basis der im Grundgesetz proklamierten demokratischen Prinzipien und Rechte, die Vor-

schläge und Forderungen zur Entwicklung demokratischer Mitsprache und Mitentscheidung der arbeitenden Bevölkerung auf allen Ebenen erarbeiten, die sie unter unseren Bedingungen für notwendig und zweckmäßig erachten. Auf dem Bonner Parteitag der DKP 1976 wurde betont, daß der Sozialismus natürlich auch in unserem Lande spezifische, unseren Traditionen, unseren historischen Bedingungen und unseren nationalen Eigenarten entsprechende Züge tragen wird. Dazu gehören u. a.: die Rolle des Parlaments und seine Umwandlung in ein reales Instrument der Volkssouveränität; die Erringung einer antimonopolistischen und sozialistischen Parlamentsmehrheit bei Existenz einer parlamentarischen Minderheit, wenn diese die Verfassung und die Gesetzlichkeit achtet; die Zusammenarbeit mehrerer Arbeiterparteien und anderer progressiver politischer Kräfte sowohl im Kampf um den Sozialismus wie beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung; die Möglichkeit, sozialistische Umgestaltungen im Sektor der Mittelschichten und des kleinen Kapitals über einen längeren Zeitraum und bei Zusammenarbeit mit diesen Schichten zu vollziehen, usw.

Eine Bemerkung über das Verhältnis zu den sozialistischen Ländern. Die DKP hat zu ihnen kein Verhältnis der „kritischen Solidarität“, sondern ein Verhältnis der prinzipiellen Solidarität, und zwar aus praktischen wie aus theoretischen Gründen. Wir haben international den gleichen Gegner; wir haben das gleiche sozialistische Ziel; wir lassen uns gemeinsam durch die Ideen von Marx, Engels und Lenin leiten. Wenn man anerkennt – und Vietnam, Kuba, Chile, Angola, Südafrika sollten lebendig genug sein, um das unter Sozialisten zu bewirken –, daß Klassenkampf, Imperialismus, härteste soziale und politische Auseinandersetzungen nicht aufgehört haben zu existieren, dann sollte die Solidarität mit der Kraft, die in diesem Kampfe dank objektiver Umstände auf internationaler Ebene den größten Beitrag leistet und die größten Opfer bringt, die sozialistische Staatengemeinschaft nämlich, eine Frage des Prinzips und nicht eine Frage der Opportunität sein. Das nicht zuletzt auch deshalb, weil alle antisozialistischen, alle reaktionären Kräfte gerade auch unseres Landes in den sozialistischen Staaten und vor allem in der DDR ihren Hauptfeind sehen und weil sie all ihren Haß, alle Hetze, alle Verleumdung gegen sie konzentrieren. Die objektive Funktion dieses Feldzugs der psychologischen Kriegführung sollte jedem Sozialisten in der Bundesrepublik zu denken geben und sollte ihm zeigen, wie verantwortungsvoll es zu entscheiden gilt, wenn man seine Stellung zu den sozialistischen Ländern bestimmen und in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen will.

Die DKP hat, was ihre Haltung zu den kommunistischen Bruderparteien in kapitalistischen wie in sozialistischen Ländern betrifft, stets betont, daß ihre prinzipielle Solidarität sich auch darin ausdrückt, daß sie sich kein besseres, also „kritisches“ Urteil über die innenpolitischen Schritte und Vorschläge der Bruderparteien anmaßt. (Es impliziert in einem Lande, wo die konsequenten sozialistischen Kräfte noch so schwach sind wie in unserem, ein gehöriges Maß an Selbstüberschätzung, die Sozialisten anderer Länder über ihre eigenen Probleme belehren zu wollen.) Das haben wir z. B. 1968 zu den Mai-Ereignissen gegenüber der Französischen KP so gehalten, das halten wir ebenso gegenüber den Parteien in den sozialistischen Ländern. Wir wissen, daß kommunistische Parteien auch heute Fehler begehen. Aber auch über diese Fehler können die Marxisten des

betreffenden Landes mit ganz anderer Sachkenntnis und daher richtiger urteilen, und die Praxis in den sozialistischen Ländern zeugt davon, daß man bemüht ist, Fehler, Mängel, Schwierigkeiten in ständiger selbstkritischer Prüfung des Erreichten zu überwinden. Da in der Diskussion auch mit der Position anderer kommunistischer Parteien gegen die DKP argumentiert wird, sei mir erlaubt, Georges Marchais (Die demokratische Herausforderung, S. 142, Frankfurt/M. 1974) zu zitieren: „Alles, was darauf abzielt, die Errungenschaften des Sozialismus zu verwischen oder zu leugnen, trägt effektiv zur Erhaltung der Herrschaft der Monopole über unser Volk bei. Umgekehrt wird mit der Verbreitung der Wahrheit über die sozialistischen Länder dieser Herrschaft und allen ‚Rechtfertigungen‘, die sie immer wieder ins Feld führt, ein schwerer Schlag versetzt.“

Was die Übertragbarkeit revolutionärer Erfahrungen betrifft, so hat kein Marxist jemals behauptet, es gäbe „ein verbindliches Modell der revolutionären Umwälzung“. Aber von einer „prinzipiellen Unübertragbarkeit“ revolutionärer Erfahrungen (Negt) ließe sich ja nur sprechen, wenn es in den sozialistischen Revolutionen und im Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in den verschiedenen Ländern überhaupt keine *gemeinsamen* Züge gäbe, wenn da nur Spezifisches und Individuelles existierte. Das Allgemeine ist in der Tat immer nur im Einzelnen und durch das Einzelne gegeben; aber es *existiert*, und da es existiert, muß man es begrifflich zu fassen suchen. Nur das historisch und national Spezifische anzuerkennen, ist logisch ebenso unhaltbar wie historisch. Es hat ja nur Sinn, von sozialistischen Umwälzungen zu sprechen, wenn man bereit ist, dieses Sozialistische als etwas allen diesen Umwälzungen *Gemeinsames* zu definieren. Sonst wird es zu einem leeren und überflüssigen ornamentalen Beiwort, und man müßte für jede dieser Revolutionen eine andere Definition finden. Sozialistische Umwälzungen und sozialistische Gesellschaften müssen folglich *allgemeine* Charakteristika, Gesetzmäßigkeiten einschließen, und nicht nur Besonderes und Einzelnes.

Auch im historischen Sinne geht es nicht um ein „verbindliches Modell“, sondern um diese allgemeinen Grundmerkmale, die es erlauben, von sozialistischen Umwälzungen bzw. Gesellschaften zu sprechen: politische Macht der Arbeiterklasse; gesellschaftliches Eigentum an den wichtigen Produktionsmitteln; Bündnis der Arbeiterklasse mit anderen Werktätigen usw. Nicht im Sinne eines sklavisches und mechanisch nachzuahmenden „Modells“, sondern im Sinne eines klassischen Beispiels, in dem nicht nur spezifisch russische, sondern auch allgemeine Züge ihren Ausdruck fanden, sprach Lenin vom internationalen Charakter der Oktoberrevolution. Er tat es im gleichen Sinne, in dem Marx und Engels von den bürgerlichen Revolutionen Englands im 17. und Frankreichs im 18. Jahrhundert als von Revolutionen „europäischen Stils“ gesprochen hatten (Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 15. 12. 1848).

Daher haben es Marx, Engels und Lenin in ihrem praktischen politischen Handeln nie verschmäht, sondern im Gegenteil für unabdingbar gehalten, aus vergangenen Revolutionen und revolutionären Bewegungen zu lernen, das Allgemeingültige in ihnen aufzuspüren und anzuwenden, aber eben konkret-historisch, ausgehend von einer realistischen Analyse der sozialen und politischen

Bedingungen, mit denen sie es zu tun hatten. Es gibt in jeder sozialistischen Umwälzung prinzipiell Übertragbares, ebenso wie es prinzipiell Unübertragbares gibt. Man kann die Spezifik der Analyse und die Konkretheit des politischen Handelns nicht erreichen, indem man den ganzen modernen Geschichtsprozeß der kapitalistisch-imperialistischen Entwicklung, des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und der Entstehung sozialistischer Gesellschaften in einzelne, atomisierte Ereignisse zerlegt und alle allgemeinen Merkmale des weltgeschichtlichen Zusammenhangs negiert.

Wenn in der Diskussion ferner gesagt wurde, die sozialistische Grundparteilichkeit liege nicht in der Verhältnisbestimmung zu den sozialistischen Ländern, sondern darin, wie der Kapitalismus begriffen und bekämpft wird, so scheint mir hier ein gedanklicher Kurzschluß vorzuliegen. Das zweite setzt ja das erste geradezu voraus. Oder hört der Kampf gegen den Kapitalismus auf, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht errungen hat, wenn die Grundlagen oder die entwickelten Formen einer sozialistischen Gesellschaft aufgebaut werden? Führen diejenigen, die infolge ihrer ökonomischen, politischen, militärischen Solidarität das Überleben und die Entwicklung Vietnams, Kubas, Angolas ermöglichten, keinen antikapitalistischen Kampf? Gerade weil sie, kraft objektiver geschichtlicher Bedingungen, die stärkste antikapitalistische Kraft darstellen, ist das Verhältnis zu den sozialistischen Ländern von so großer Bedeutung für alle, die gegen den Kapitalismus kämpfen wollen.

### 3.

Die Perspektive der sozialistischen Kräfte in der Bundesrepublik, die Fortschritte der Bewegung wie das Tempo dieser Fortschritte hängen wesentlich von dem Ausmaß ab, in dem es gelingt, eine Aktionsgemeinschaft in den dringenden Fragen des sozialen und politischen Lebens herbeizuführen. Das ist, wie die Dinge liegen, heute vor allem auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene, in der Arbeiterjugend- und Studentenbewegung, in Bürgerinitiativen, also in außerparlamentarischen Bewegungen erreichbar. Zweifellos haben die schwere Wirtschaftskrise der letzten Jahre, die Arbeitslosigkeit, die soziale Unsicherheit insbesondere in der Jugend viele Fragen über die Funktionsfähigkeit und die Zukunftsaussichten des kapitalistischen Wirtschaftssystems aufgeworfen und potentiell antikapitalistische Stimmungen und Strömungen gestärkt. Nur hat diese Krise auch gezeigt, daß die arbeitenden Massen infolge der sozialdemokratischen Regierungspolitik und der Schwäche der Kräfte, die eine linke Alternative verfechten, nicht automatisch nach links und zu größerer Kampfbereitschaft gedrängt werden. Auch die im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern relativ geringe Militanz der Gewerkschaftsbewegung hat ihren Grund nicht nur in den verhältnismäßig leicht errungenen tariflichen Zugeständnissen der 60er Jahre, sondern ist zugleich Ausdruck der Schwäche der bewußt sozialistischen Kräfte in der politischen Arbeiterbewegung der Bundesrepublik.

Wenn die Anerkennung des Klassenkampfes, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der politischen Macht des arbeitenden Volkes und „tatsächliches antikapitalistisches Verhalten“ die Kriterien bilden sollen (Gollwitzer), dann kann wohl niemand annehmen, daß die Führung der SPD und ihr gesamter

rechter Flügel, trotz des verbalen Bekenntnisses zum „demokratischen Sozialismus“, sozialistische Positionen vertreten. Das wird sie – im Sinne der obigen Definition – auch selbst weit von sich weisen. Ihre Positionen haben theoretisch und praktisch, wirtschaftlich und politisch einen Inhalt, der den Kapitalismus als die beste der möglichen Welten bejaht und rechtfertigt. In den 1968 verabschiedeten „Nürnberger Perspektiven für die 70er Jahre“ hatte die SPD-Führung sogar das Wort Sozialismus getilgt, was den Vorzug der Aufrichtigkeit besaß und was von Repräsentanten des rechten Flügels auch als die längst fällige Abkehr von der Zielvorstellung einer „neuen Gesellschaft“ und als das Eingeständnis begrüßt wurde, daß die SPD nur noch die Verbesserung der bestehenden Gesellschaft erstrebt.

Die Tatsache, daß im Orientierungsrahmen 85 nunmehr ausgiebig vom „demokratischen Sozialismus“ die Rede ist, widerspiegelt zweifellos die seit dem Ende der 60er Jahre in die SPD eingedrungene Theoriediskussion. Sie stellt einen Tribut an antikapitalistische Stimmungen und Strömungen in der SPD dar, zeugt aber keineswegs von einer Bekehrung des rechten Flügels. Im OR 85 wird ja der demokratische Sozialismus nicht in ökonomischen und politischen, sondern in ewigen ethischen Kategorien definiert, so daß der CDU-Ideologe Kurt Biedenkopf ausnahmsweise zu Recht sagen konnte, er könne darin keine spezifisch sozialistische Zielsetzung erblicken (Der Spiegel, 10. 2. 1975). Die Verfasser des OR 85 proklamierten den demokratischen Sozialismus bei gleichzeitiger Verewigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, ein absurder Widersinn, den wohl niemand ernst nehmen kann. Wenn es in der Grundsatzerklärung der Portugiesischen Sozialistischen Partei (Punkt 7) heißt: „Die sozialistische Partei lehnt die Richtung jener Bewegungen ab, die sich sozialdemokratisch oder sogar sozialistisch nennen und doch nur, bewußt oder faktisch, die Strukturen des Kapitalismus beibehalten und den Interessen des Imperialismus dienen“, so dürfte das haargenau die Theorie und Praxis des rechten Flügels der SPD charakterisieren. Er aber beherrscht die gesamte offizielle Politik der Partei auf Bundes- und Landesebene und in den meisten Fällen auch in den kommunalen Parlamenten.

Um nicht mißverstanden zu werden: Wenn die DKP von Aktionsgemeinschaft in den dringenden sozialen und politischen Fragen spricht, dann meint sie (und ihre Mitglieder praktizieren es, wo immer das möglich ist) Aktionsgemeinschaft mit *allen* Sozialdemokraten, gleich welcher Richtung sie sich zurechnen. In den Gewerkschaften geraten vielfach ja auch jene, die weitgehend mit der offiziellen sozialdemokratischen Politik übereinstimmen, in den wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zunehmend in Widerspruch zu dieser Politik. Es geht hier nur um eine realistische Bestimmung der ideellen und praktischen Positionen im Sinne der oben genannten sozialistischen Kriterien. Auch die Tatsache, daß in der sozial demokratischen Anhänger- und Wählerschaft die Formel vom demokratischen Sozialismus anders interpretiert wird, und daß in sie vielfach antikapitalistische und planwirtschaftliche Vorstellungen projiziert werden, kann an dieser Feststellung über die offizielle SPD-Politik nichts ändern.

In der sozialdemokratischen Linken, die genau zu bestimmen infolge der fließenden Grenzen und der in den letzten Jahren erfolgten Integration früher füh-

render Sprecher der Linken nicht leicht fällt, sind zweifellos antikapitalistische und sozialistische Forderungen und Zielsetzungen lebendig. Dies gilt besonders für die Jungsozialisten und für viele sozialdemokratische Gewerkschafter. Bei Abstimmungen und Debatten des Bundestages oder der Landtage finden diese Strömungen, im Unterschied etwa zur britischen Labour Party oder zu anderen sozialdemokratischen Parteien, kaum einen hörbaren oder sichtbaren Ausdruck. Auch in ihrer grundsätzlichen Haltung gehen sie, was konkrete antimonopolistische und antikapitalistische Forderungen betrifft, im allgemeinen nicht so weit wie der linke Flügel in der britischen Labour Party oder gar die französischen oder italienischen Sozialisten (man denke nur an die Nationalisierungsforderungen im gemeinsamen Regierungsprogramm des französischen Linksbündnisses). Selbst die Forderung des gültigen DGB-Grundsatzprogramms von 1963 nach der Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum und nach demokratischer volkswirtschaftlicher Planung wird in dieser Eindeutigkeit innerhalb der SPD nur von einem sehr kleinen Teil derer verfochten, die sich als Linke verstehen.

All dies ist Ausdruck des massiven antisozialistischen Drucks im gesamten politischen Leben der Bundesrepublik und innerhalb der Sozialdemokratie, es ist z. T. wahrscheinlich auch durch gewisse taktische Gesichtspunkte bestimmt. Wenn in anderem Zusammenhang von einer merklichen Schwächung des Einflusses und von einer Einschüchterung der linken Kräfte in der SPD die Rede war, so als einfache Feststellung, keineswegs, weil irgendjemand auf der Linken sich darüber freuen könnte. Im Gegenteil, die in der DKP organisierten Kommunisten könnten nichts mehr begrüßen als eine Zurückdrängung des prokapitalistischen rechten Flügels in der Sozialdemokratischen Partei und eine Stärkung der sozialreformistischen und antikapitalistischen Kräfte in ihren Reihen. Es ist also keineswegs so, wie Jaeggi meint, daß wir „Angst“ hätten vor dem Reformismus. Eine Stärkung der reformistischen im Unterschied zu den großkapitalistische Interessen verfechtenden Kräften in der SPD wäre unter den konkreten Bedingungen der Bundesrepublik ein wichtiger Fortschritt. Auch in einem anderen Sinne haben wir keine „Angst“ vor dem Reformismus, wie das die vielen konkreten Reformprogramme beweisen, die die DKP auf sozialpolitischem Gebiet, für Schule und Hochschule, für Mieten und sozialen Wohnungsbau, für die Jugend und die Frauen, für den Umweltschutz usw. erarbeitet hat. Das zeigt auch die Praxis der Mitglieder der DKP sowohl in den Betrieben und Gewerkschaften als auch dort, wo es gelungen ist, in die kommunalen Parlamente zu kommen. Wir gehen in jedem Fall von dem Gedanken aus, daß die Diskussion und Zusammenarbeit von linken Sozialdemokraten und Kommunisten die wichtigste Voraussetzung und der Kern jener breiteren Aktionsgemeinschaft ist und bleiben wird, für die wir uns einsetzen. Was die DKP allerdings von jedem Reformismus unterscheidet, ist die Überzeugung, daß der Sozialismus nicht durch eine bloße Addition sozialer Reformen erreichbar ist, sondern nur durch die Überwindung der Macht des Monopolkapitals, durch eine fundamentale Veränderung der politischen und ökonomischen Verhältnisse.

Man muß, wenn von der Entwicklung und Perspektive der bewußten sozialistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik die Rede ist, nuch-

tern in Rechnung stellen, daß die linken Kräfte in der SPD fest eingebunden sind in die Gesamtstruktur der offiziellen sozialdemokratischen Politik, einer in jeder wichtigen Frage vom rechten Flügel bestimmten Parteipraxis, die jede anti-kapitalistische Alternative in der Partei aufs heftigste bekämpft und oft genug unterdrückt. Die Aussichten, diesen Druck zu besiegen oder in der SPD auch nur annähernd das Gewicht zu erlangen, wie es der linke Flügel in der Labour Party besitzt, sind zumindest gegenwärtig und für die nahe Zukunft gering. Natürlich wird die objektive Situation, werden die kapitalistische Krise und die selbst auf bescheidendste Reformziele verzichtende sozialdemokratische Regierungspolitik immer wieder und in zunehmenden Maße antikapitalistische Vorstellungen in der SPD hervorrufen. Aber der Ausdruck solcher Strömungen wird für absehbare Zeit durch den Druck des rechten Flügels in der SPD wesentlich auf Diskussion hinauslaufen, d. h. er wird sein *praktisches* Wirkungsfeld außerhalb der Partei, in den Gewerkschaften, in Bürgerinitiativen, in demokratischen Bündnissen suchen müssen.

Gerade in einer solchen Situation ist eine selbständig wirkende politische Partei mit klarer antimonopolistischer und sozialistischer Alternative, die sich von der marxistischen Theorie leiten läßt, wie die DKP, von besonders großer Bedeutung. Die Stärkung ihres Einflusses in der arbeitenden Bevölkerung liegt im Interesse der gesamten Linken, nicht zuletzt auch der antikapitalistischen Kräfte in der Sozialdemokratie. Denn die Erfahrung in nahezu allen entwickelten kapitalistischen Ländern zeigt, daß eine Hinwendung sozialdemokratischer Parteien zu antikapitalistischen Positionen, die ja nur bei Stärkung des linken Flügels möglich wird, weitgehend abhängig ist vom „Druck von außen“, von der Existenz einer starken kommunistischen Partei. Niemand täuscht sich über die ersten Schwierigkeiten, die hier zu überwinden sind, und darüber, daß es sich hier um einen längeren Prozeß handelt. Aber sowohl für die Stärkung der außerparlamentarischen Aktionen wie für eine echte linke Alternative bei den Wahlen zu Parlamenten bedarf es dieser selbständigen marxistischen Partei. Daß die den Gleichheitsgrundsatz verletzende, verfassungswidrige Fünf-Prozent-Klausel die Gewinnung parlamentarischer Mandate besonders erschwert, verstärkt diese Notwendigkeit noch. Bekanntlich hat der jüngste Parteitag der DKP die Erarbeitung eines Programms beschlossen. Die Diskussion des Entwurfs in der Partei und über die Reihen der Partei hinaus wird sicher dazu beitragen, zu zeigen, daß die DKP imstande ist, eine den konkreten objektiven Bedingungen und dem Entwicklungsniveau der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik entsprechende sozialistische und antimonopolistische Programmatik zu entwickeln, und daß sie im Kampfe gegen die Macht des Großkapitals, gegen soziale und politische Reaktion bereit ist, mit allen fortschrittlichen Kräften zusammenzuarbeiten.

Josef Schleiße, geb. 1915 in Lodz, ist Leiter des Instituts für marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/M. Wichtigste Veröffentlichungen: „Franz Mehring – sein marxistisches Schaffen“, „Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin“ (1972,<sup>2</sup> 1974), „Zur Geschichte und Strategie der Arbeiterbewegung“. Seit 1932 Mitglied der KPD, Widerstand, Zuchthaus, Emigration, nach 1945 führend in der KPD der Westzonen, später der BRD, Mitglied des Parteivorstandes der DKP.

Christoph Kievenheim

## **Wissenschaftlicher Sozialismus braucht innerparteiliche und gesellschaftliche Demokratie**

In der Kontroverse zwischen F. Tomberg und W. F. Haug über das Verhältnis von Intellektuellen und Arbeiterbewegung<sup>1</sup> ist der politische Gehalt der Widerspiegelungs-Diskussion im ARGUMENT deutlich hervorgetreten. Wissenschaftliche Erkenntnis wurde in den Zusammenhang sozialistischer Praxis gestellt. Die Debatte über Erkenntnis kann damit nicht mehr allein über die „berufsmäßig Denkenden“ geführt werden – sie muß die sozialistische Bewegung und ihre Organisationen selbst zum Gegenstand haben. Als historisch erste Klasse bringt das Proletariat eine soziale Bewegung hervor, die ihr gesellschaftlich transitorisches Handeln bewußt zu gestalten vermag. Weil die sozialistische Bewegung und ihre einzelnen organisierten Kollektive ihr Handeln wissenschaftlich fundieren müssen, wird Erkenntnis für sie zu einer gemeinsamen Aufgabe. Um wissenschaftlich begründet handeln zu können, muß die sich verändernde Realität ständig neu erfaßt werden, sind gewonnene Erfahrungen auf ihre Verallgemeinerbarkeit zu untersuchen, fixierte Erkenntnisse zu überprüfen, Schlußfolgerungen zu ziehen und praktisch zu machen. Mit einer einmaligen Aneignung der „Lehren der Klassiker“ ist den Anforderungen wissenschaftlich begründeter sozialistischer Politik nicht Genüge getan – sie kann nur als methodische und theoretische Grundlage dienen, durch welche die Verarbeitung neuer Erfahrungen Struktur erhält. – In der Tradition der alten Sozialdemokratie beanspruchen heute die Kommunistischen Parteien, ein (wenn nicht *der*) Ort organisierter marxistischer Erkenntnis-Praxis-Prozesse zu sein. Real hatten sie nie das Monopol auf wissenschaftlichen Sozialismus und haben es erst recht nicht unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Bundesrepublik und West-Berlin, auch wenn hier ihr theoretisches Potential weitaus bedeutsamer ist als ihr politischer Masseneinfluß. Allerdings sind sie gegenwärtig die einzigen geschlossenen Kollektive, die ihre Politik auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus verstehen und eine Einheit von marxistischer Theorie und Praxis zu realisieren versuchen. Wenn Tomberg über „sozialistische Kollektive“ spricht, meint er diese Parteien.

Wenn von Erkenntnis und Arbeiterbewegung die Rede ist, wenn von Intellektuellen und sozialistischen Kollektiven gesprochen wird, muß die Bewegung der Erkenntnis und der Intellektuellen auch im Zusammenhang mit dem bestimmten Kollektiv abgehandelt werden. Sie muß dann als ein sozialer Vorgang analysiert werden, der durch das Zusammenwirken der einzelnen Glieder des Kollektivs bestimmt wird und sich über die innere Struktur der Organisation verwirklicht. Die institutionalisierten und praktizierten Formen der innerorganisatorischen Demokratie sind die Vermittlungsglieder des Prozesses. Über wissenschaftlich-sozialistische Erkenntnis zu sprechen, erfordert deshalb auch, sich mit

innerorganisatorischer Demokratie zu beschäftigen. Sofern nicht mehr allein eine Partei oder eine sozialistische Bewegung, sondern vielmehr die ganze Gesellschaft auf der Grundlage materialistischer Erkenntnis entwickelt werden soll, ist die Demokratie-Frage in gesamtgesellschaftlicher Dimension gestellt. Friedrich Tomberg hat ja bereits angedeutet, daß aus der geschichtlichen Entwicklung der kommunistischen Parteien und ihrer inneren Verfassung (besonders während der Stalin-Zeit) Barrieren für marxistische Erkenntnis und die Hinwendung von Intellektuellen zu Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus entstanden sind. Sein Gedanke über den Vorrang des sozialistischen Kollektivs gegenüber dem Individuum bleibt jedoch methodisch konsequenzlos, wenn das Kollektiv mit seinen inneren Prozessen im Verlaufe seiner Argumentation eher den Status einer Randbedingung für das Verhalten der Intellektuellen zur Arbeiterbewegung erhält. Der Abbildung der Beziehung von Intellektuellen und Bewegung in der Metapher von „Kopf“ und „Rumpf“ liegt offensichtlich eine Auffassung zugrunde, in der Erkenntnis zur Aufgabe der Intellektuellen reduziert ist. In ihrem Denken und Verhalten sind sie mehr oder weniger auf sich selbst gestellt. Daß Vorschläge zur Lösung des Konflikts, Aufforderungen zur Veränderung stets nur an die Intellektuellen und nicht an die Kollektive gestellt werden, liegt ebenso in der Konsequenz dieser Konstruktion wie die Rede vom „inneren Austragen der Widersprüche“ (Tomberg, S. 641). Das gefährliche in dieser Behandlungsweise liegt darin, daß die Kollektive selbst keine nützlichen Konsequenzen mehr ziehen können, in der „Intellektuellen-Frage“ kein generelleres Problem ihrer Gesamtpolitik mehr erkennen, die Schwierigkeiten ihrer eigenen Bewegung als bloße Fehler und Abweichungen „ihrer Renegaten“ verkennen mögen. Eine solche Rezeptionsweise verdient auch deshalb unsere Aufmerksamkeit, weil sie in der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung Tradition hat, Denken und Handeln der heute zur Bewegung stoßenden Intelligenz – wie auch aller anderen Mitglieder – nicht unerheblich beeinflussen dürfte. Sie findet in Tombergs Argumentation ein Pendant in der Loslösung des Intellektuellen-Begriffs von der sozialen *Gruppe* und den sozialen *Interessen* der Intelligenz. Er bleibt damit hinter den Ursachen studentischer und intellektueller Massenbewegungen zurück. Diese können weder vom Ausgangspunkt individualisierter Warenbesitzer-Existenz allein, noch mit der Perspektive des abstrakten „Sich-auf-den-Standpunkt-der-Arbeiterbewegung-Stellens“ adäquat abgehandelt werden.

Die auf den einzelnen zentrierte und von wesentlichen sozialen Voraussetzungen abstrahierende Sichtweise führt zu einer falschen Begründung der von Tomberg anvisierten Perspektive eines „westeuropäischen Sozialismus“. Wo diese vorrangig durch die Allgemeinheit „individualistisch geformter Bedürfnisse der Menschen“ (Tomberg, S. 643) begründet erscheint, geht der politisch zentrale Gedanke, daß mit dem Konzept eines Sozialismus, „in dem die bürgerlichen Freiheiten nicht einfach außer Kraft gesetzt werden müssen, sondern schon in hohem Maße von den Beschränkungen des Kapitalismus befreit sich verwirklichen können“ (Tomberg, S. 644), gerade den Erfordernissen einer *kollektiven Massendemokratie* und der bewußten gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen werden soll<sup>2</sup>, verloren.

### **Der Intellektuelle – kleinbürgerlicher Warenproduzent oder lohnabhängiger Kopfarbeiter?**

Für Tombergs Argumentationsweise ist die bereits von Haug kritisierte Gleichsetzung von Individuellem und Privatem konstitutiv. Die Konsequenz ist, daß es zwischen Individuum und Kollektiv keine soziale Vermittlung gibt. Wird das Individuum *nur* in seiner bürgerlichen Privatheit erfaßt, muß es der sozialistischen Organisation zumindest als soziales Wesen stets äußerlich bleiben. Beziehungen können dann nur in übersozialen Erkenntnis- und Entscheidungsakten hergestellt werden. Oder es hat sich unter Aufgabe seiner Individualität (sprich Privatheit) dem Kollektiv unterzuordnen. Die privaten Warenbesitzer verhalten sich auf dem kapitalistischen Markt als Konkurrenten. Gemeinsame Interessen müssen außerhalb ihrer privaten Existenz – etwa in der Sphäre des Staates – artikuliert und realisiert werden. Sozialistische Organisierung allerdings kann objektiv nur begründet werden, wenn man über die Privatheit aller Warenbesitzer auf die gemeinschaftlichen Interessen der lohnabhängigen Verkäufer der Arbeitskraft schließt. Hinsichtlich der Arbeiterklasse wird diese Feststellung von Tomberg geteilt (Tomberg, S. 622). Sie hat darüber hinaus heute aber auch für die „Organisationsfrage der Intellektuellen“ Relevanz. Nur scheint es, daß Tomberg die heutigen Intellektuellen noch sozial ganz ungebrochen als „Bürger“ begreift, sie einfachen Warenproduzenten gleichsetzt, welche „die von ihnen nach ihrem Gutdünken produzierten Waren auf dem Markt austauschen und damit ihre Produktion überhaupt erst realisieren“ (Tomberg, S. 622).

Ich kann an dieser Stelle nicht die zahlreichen Arbeiten über sozialstrukturelle Veränderungen der Intelligenz, Vergesellschaftungsprozesse der geistigen Arbeit, Unterordnung der geistig Arbeitenden unter die Bedingungen kapitalistischer Verwertung referieren<sup>3</sup>. Auch für die meisten derjenigen, „die ihr hauptsächliches Geschäft in der theoretischen Arbeit sehen“ (Tomberg, S. 632), dürfte es inzwischen zu einer Erfahrungstatsache geworden sein, daß das Gutdünken ihrer Produktion schon vorab äußerlich begrenzt ist. Für den staatlich angestellten Kopfarbeiter ist das kein Novum – freilich mußte der den jeweils herrschenden Orientierungen Konformgehende dies nicht als Beschränkung erfahren. Mit der Änderung der Stellung von Wissenschaft im Reproduktionssystem haben sich nun allgemein die gesellschaftlichen Verbindlichkeiten gegenüber dem Wissenschaftler erhöht. Diese Verbindlichkeit ist hier bestimmt durch kapitalistische Produktion und Herrschaft. Die soziale Situation der wissenschaftlich Produzierenden und Vermittelnden wurde weitgehend überkommener Privilegien entkleidet. Wer in und mit dieser Zeitschrift arbeitet und oft wegen politischer Überzeugungen in seiner beruflichen Existenz bedroht ist, wird sich erst recht kaum mehr so ungebrochen „autonom“ wähnen können wie der traditionelle bürgerliche Intellektuelle. Allerdings sind auch die intellektuellen Lohnarbeiter, die den Tausch- und Konkurrenzgesetzen des Arbeitsmarktes unterliegen und sich nur durch ihre besondere Qualifikation zu ihrem Wert verkaufen können, mehr als die durchschnittlichen „Lohnabhängigen“ veranlaßt, sich bei der Aneignung und Darstellung von Qualifikationen als einzelne und Vereinzelte zu verhalten. Der Zwang zu einem solchen „Geschäftsverhalten“ begrenzt gemeinschaftliche

wissenschaftliche Arbeit. Schließlich kann der Verweis auf den formellen Status des Lohnarbeiters die Stellung vieler Intellektueller in der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht hinreichend beschreiben. Die Formel vom Tui, „der die Herrschaft des Herrn ideologisch absichert“<sup>4</sup>, hat nicht an Aktualität verloren. Ihre Funktion als Administratoren und Propagandisten in den politischen und ideologischen Staatsapparaten setzt sie auch dann noch der Arbeiterklasse entgegen, wenn sie sozial längst ein mit ihr vergleichbares Schicksal teilen. Der soziale Druck mag eher noch die aktive Wahrnehmung dieses Funktionszusammenhangs befördern. In welche Richtung sich ihr praktisches Verhalten orientiert, ist damit *aber* auch bedingt durch die Schwäche oder Stärke der Arbeiterbewegung. Stärken und Schwächen sind nicht allein quantitativ zu fassen. Sie zeigen sich in der politischen Konzeption und Praxis der Intellektuellenpolitik: Vermag die Arbeiterbewegung die sozialen Interessen der Intellektuellen in den gemeinsamen Kampf zu integrieren? Kann sie den Praktiken der entäußernden Wissensfunktionalisierung innerhalb des herkömmlichen ideologischen Betriebes eine wirksame Alternative entgegensetzen, oder wird die Funktion der Legitimationsbeschaffung nur „mit neuen Inhalten“ gefüllt? Wird äußerer Standpunktwechsel gefordert, oder kann das Wissenspotential der Intelligenz in demokratischer, kollektiver Auseinandersetzung nutzbar gemacht werden? Kann dem Intellektuellen nicht die Chance einer wissenschaftlichen Praxis im Rahmen der Arbeiterbewegung eröffnet werden, so wird sein Engagement letztlich auch immer ein äußeres bleiben und damit labil sein. Die andere Seite ist, daß er sich kaum produktiv an der Front der Klassenauseinandersetzungen betätigen kann, wenn er der Auseinandersetzung nach innen entwöhnt ist. Das produziert eine Schizophreniesituation. In sie geraten diejenigen marxistischen Intellektuellen, die hierzu-lande an vorderster Front der Auseinandersetzung für freie, an den Interessen der gesellschaftlichen Mehrheit orientierte wissenschaftliche Betätigung stehen, aus „internationalistischer Loyalität“ aber meinen, jede administrative Maßnahme sozialistischer Staatsapparate gegen opponierende Wissenschafts- oder Kunstproduzenten legitimieren zu müssen. Folgenreich für die Bewegung ist nicht, inwieweit es ihnen dann noch gelingt, diese Widersprüche „in sich selbst auszutragen“: praktisch relevant ist ihre Unglaubwürdigkeit hier und heute. Unglaubwürdig müssen solche Haltungen deshalb erscheinen, weil sie nur eingenommen werden können, indem von der Frage nach den politischen Bedingungen und Hemmnissen wissenschaftlicher Arbeit abstrahiert wird. Diese Frage in bezug auf die historische Realität in den sozialistischen Ländern zu stellen, würde sicherlich Ursachen des „Dissidentenproblems“ klären helfen. In der Erkenntnis und im offenen Aussprechen ihrer historischen Bedingtheit und künftigen Vermeidbarkeit würde der „aufrechte Gang“ der sozialistischen Intelligenz in den hiesigen Klassenauseinandersetzungen leichter fallen.

### **Reale Gemeinschaftlichkeit oder bloß formale Unterordnung des einzelnen unter das Kollektiv?**

Wenn das Individuum nur in seiner Privatheit gefaßt wird, muß es letztlich immer im Gegensatz zur kollektiven Organisation verstanden werden. Der Widerspruch von Individuum und Kollektiv kann dann in der Tat nur in die eine oder andere Richtung gelöst werden: durch Zerstörung der Kollektivität oder durch umstandslose Unterordnung des einzelnen. Als Konsequenz einer solchen

Konstruktion wird von der Notwendigkeit der Dominanz des Kollektivs „gegenüber den zufälligen Neigungen und Meinungen der Individuen“ (Tomberg, S. 643) gesprochen, ohne nach den inneren Voraussetzungen dieser Kollektivität in der Interaktion ihrer einzelnen Glieder zu fragen. Der Gegensatz von Privatheit und sozialistischer Organisation scheint sich unter der Hand zum Gegensatz zwischen „dem Kollektiv“ und seinen einzelnen Gliedern entwickelt zu haben. Es hat damit freilich auch aufgehört, als *Kollektiv* zu bestehen, kann im ständigen Kampf gegen seine Teile als Repräsentanten „zufälliger Meinungen und Neigungen“ überhaupt nur als formale Organisation der Über- und Unterordnung existieren, Kollektivität „höchstens“ noch in seinen leitenden Organen realisieren. Wie leicht diese Dominanz eines metaphysisch gewordenen Kollektivs in ihr Gegenteil umschlagen kann, führt Tomberg selber vor, wenn er vom Personenkult als einer historisch überspitzten Form der Dominanz des Kollektivs spricht (S. 643). Tatsächlich kann von einer verbindlichen Durchsetzung des Gemeinschaftswillens in einer demokratischen Organisation erst dann die Rede sein, wenn dieser Wille selbst demokratisch *hergestellt* ist. Wenn die Glieder der Organisation nicht aufgehört haben, auch außerhalb dieser praktisch tätig zu werden, gehen in den Prozeß der gemeinsamen Erkenntnis- und Willensbildung notwendigerweise individuelle Erfahrungen, zunächst persönlich verarbeitete Erkenntnisse und „Meinungen“ ein. *Notwendigerweise*, weil die individuellen Erfahrungen eine unverzichtbare „empirische“ Basis des Erkenntnisprozesses bilden. Inwieweit diese Erfahrungen und Meinungen verallgemeinerungsfähig sind, erweist sich in der kollektiven Diskussion. Sie leistet die Objektivierung.

Auch die wissenschaftliche Theorie der Arbeiterbewegung kann nur praktische Wirksamkeit erhalten, wenn sie Veränderungen der gesellschaftlichen Realität verarbeitet, überkommenes Wissen hinterfragt und erweitert. Wie die einseitige Dominanz einer auf die zur Zentrale reduzierten Kollektivität deren praktische Wirksamkeit beschneidet, muß auch ein gegenüber neuem Erfahrungswissen hermetisch *abgedichteter* „Lehrsatzstatus“ bisher akkumulierten Wissens der Lebensfähigkeit und Weiterentwicklung der Theorie abträglich sein. Dies um so mehr, wenn die Genesis dieser Lehrsätze nicht mehr nachvollziehbar ist, sie nur noch „an sich“ *anerkannt*, aber nicht mehr in ihren Entstehungsvoraussetzungen *begriffen* werden können. Friedrich Tomberg bestreitet nicht, daß die „wissenschaftliche Weltanschauung“ solche Formen angenommen hat. Aber anstatt sich mit ihnen auseinanderzusetzen, hat er die Flucht vor der „realen Weltanschauung“ angetreten und auf einen überrealen Entwicklungsstand der Theorie verwiesen, eine Theorie, die sich „unabhängig von der Art und Weise, in der sie in irgendwelchen Lehrbüchern und Traktaten dargestellt wird, ja auch unabhängig davon, in welchem Ausmaß sie selbst von ihren befugtesten Vertretern begriffen wird“ (S. 638), zu behaupten scheint. So ist sie freilich weder nachvollziehbar noch nützlich. Solange das Denken der Bewegung selbst nur „in ihren mangelhaften Produkten . . . auch bloß negativ, . . . als mehr oder weniger deutlich empfundenes Desiderat“ (S. 638) vorliegt, wird es eben in diesem Zustand und nicht in seiner *potentiellen* Existenz seine Wirksamkeit bzw. Unwirksamkeit entfalten. Eine solche *potentielle* Qualität wird im übrigen auch niemanden hindern können, sich ganz unabhängig von ihr seine „private Weltanschauung“

auszudenken. Zwar mögen die Intellektuellen den mangelhaften Zustand der realen Theorie am ehesten als theoretischen Mangel empfinden, praktisch wird er zuvörderst diejenigen treffen, die noch nicht über die Denkmöglichkeiten verfügen, das Vorhandene nicht „als das System selbst zu nehmen“, und es für die tägliche Orientierung ihrer Politik brauchen.

### Standpunkt-Erkenntnis und gesellschaftliches Handeln

Tomberg will nicht bei dem von ihm selbst als mangelhaft empfundenen Stand der theoretischen und praktischen Entwicklung der Arbeiterbewegung und des wissenschaftlichen Sozialismus stehenbleiben. Er fordert die Intellektuellen auf, an der Aufgabe der Weiterentwicklung der Theorie „nach Kräften“ mitzuwirken. Da er jedoch selbst eine bestimmte Kritik der bisherigen Formen vermieden hat, begibt er sich in die Gefahr von Orientierungen, deren Befolgung die Fehlentwicklungen und Mängel eher fortzusetzen drohen, als diese vom Standpunkt der Erfordernisse der Bewegung zu korrigieren. Der Intellektuelle, der an der Weiterentwicklung der marxistischen Theorie mitarbeitet, habe nicht nur „unversehens in seiner Praxis den Standpunkt der Wissenschaft einzunehmen“, sondern „zugleich“ auch den „Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse“ (S. 638). Diese Voraussetzung unverfälschter Wirklichkeitsaneignung „drückt sich theoretisch in der Entscheidung aus, die *Grundfrage der Philosophie* unzweideutig materialistisch zu beantworten“ (S. 639). Was hier zu vereinen gefordert wird – Wissenschaft und Klassenstandpunkt –, war zunächst als etwas voneinander Getrenntes aufgefaßt worden. Dieser Äußerlichkeit des Klassen- bzw. Kritikstandpunktes hatte Haug zu Recht entgegengehalten, daß der Kritikstandpunkt aus der Beschaffenheit des Kritisierten selbst, der Struktur der kapitalistischen Ökonomie entspringt<sup>5</sup>. Die durch das Kapital produzierten Potenzen der gesellschaftlichen Arbeit und die Klasse der Lohnarbeiter sind zugleich die Kräfte der Negation der kapitalistischen Gesellschaft und die objektiven wie subjektiven Bedingungen der gesellschaftlichen Perspektive.

Indem sich die Marxsche Kritik auf den Standpunkt des auch perspektivisch Verallgemeinerbaren stellt – so des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit und der Produktivkräfte –, vertritt sie heute nicht mehr allein den Standpunkt der Arbeiterklasse. Die Entwicklungsperspektive der gesellschaftlichen Arbeit liegt in der Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit. Geistige Arbeit – vor allem wissenschaftliche Arbeit – erscheint heute noch als eine Tätigkeit, die weitgehend der Intelligenz vorbehalten ist, auch wenn sich bereits Tendenzen der Verallgemeinerung durchsetzen. Indem geistige und speziell wissenschaftliche Arbeit in Konflikt mit den äußeren und wissenschaftsimmanenten Beschränkungen ihrer bürgerlichen Form tritt und die Aufhebung dieser Beschränkungen die Überwindung der tradierten Verhältnisse erfordert, ist der Standpunkt der Wissenschaftlichkeit als Standpunkt der sozialistischen Perspektive gerade für die Intellektuellen unmittelbar erkennbar geworden.

Freilich stößt sich diese Vermittlung über die reale Bewegung der gegenwärtigen Gesellschaft und die in ihr wirksamen Standpunkte noch an manchen „Widersprüchen des gegenwärtigen Lebens“, an der Tatsache, daß die reale Bewe-

gung dieser Gesellschaft „immer noch nicht den seit langem vorausgesagten Kommunismus beschert hat, wohl aber den Faschismus und die Schrecken der Stalin-Zeit“ (Tomberg, S. 640). Im Klartext gesprochen: Die Niederlagen der Arbeiterbewegung und die Schwierigkeiten des „realen Sozialismus“ erschweren die Erkenntnis und die Identifikation mit dieser Perspektive. In dieser Situation meint Tomberg gegen Haug argumentieren zu müssen, daß die Rückführung des Denkens auf den „wirklichen Lebensprozeß“ und dessen Analyse nicht hinreiche, vielmehr eine *bestimmte* Lösung der „Grundfrage der Philosophie“ vonnöten sei. Wesentlich sei hier gerade das Selbstverständnis des Menschen als „Teil und Produkt der Natur, der damit auch deren Gesetzen unterliegt“ (Tomberg, S. 640). Erst von hier lasse sich ein durch die Erkenntnis der sozialistischen Perspektive gesicherter Standpunkt beziehen: „Der Kapitalismus ist *dann* (Hervorh. C. K.), mit Marx, als eine geschichtliche Bewegung anzusehen, die mit der ‚Notwendigkeit eines Naturprozesses‘ zum Sozialismus hindrängt und von den Individuen selbst fordert, diese Notwendigkeit zu realisieren.“

Für Marx war es allerdings nicht die abstrakte Auffassung vom Menschen als „Teil und Produkt der Natur“, sondern die gesellschaftliche Natur der kapitalistischen Produktionsweise und die spezifische Art und Weise ihres Widerspruchs zu den stofflichen Bedingungen der Produktion, welche „mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses“ die Negation der kapitalistischen Aneignungsweise erzeugt<sup>6</sup>. In diesem Zusammenhang ist die Erkenntnis der stofflichen Bezogenheit menschlicher Vergesellschaftung neutral und für die sozialistische Perspektive begründend. Marx bleibt damit der Analyse des „wirklichen Lebensprozesses“ verhaftet, bei der Tomberg nicht stehenbleiben will. Der Standpunkt der Intellektuellen soll vielmehr in der Anerkennung der allgemeinen Natureingebundenheit des Menschen, der Welt „als bloßer Materie“, ihrer Entwicklung als „Naturprozeß“, begründet werden. Man könnte sich mit dem Nachweis begnügen, daß Tombergs Begründungsversuche für die wissenschaftliche Erkenntnis der gesellschaftlichen Perspektive wenig hilfreich sind, wenn in seiner Rezeption der Naturanalogie gesellschaftlicher Prozesse nicht zugleich die Gefahr eines Mißverständnisses über die Zwangsläufigkeit bzw. die subjektiven Bedingungen der sozialistischen Perspektive angelegt wären. Engels hat diese Analogie nämlich auch in einem anderen Zusammenhang gebraucht, als er davon sprach, daß der Verlauf geschichtlicher Prozesse insofern „ganz dem in der bewußtlosen Natur herrschenden analog ist“, als sich die Willen und Absichten der einzelnen Menschen im realen Geschichtsprozeß „durchkreuzen und widerstreiten“<sup>7</sup>. An anderer Stelle pointiert Engels, daß dieser Verlauf die menschliche Geschichte „bis jetzt“ charakterisiert habe, die Menschen bis jetzt ihre Geschichte nicht „nach einem Gesamtwillen, nach einem Gesamtplan machen“<sup>8</sup>. Diese historische Unterscheidung scheint uns für das Verständnis der Bewegung zum und im Sozialismus und ihrer Differenz zum bisherigen Geschichtsverlauf von weitreichender Bedeutung. Gerade unter den Bedingungen der privaten (und d. h. auch der kapitalistischen) Warenproduktion setzt sich die Produktion und Reproduktion des Lebens „naturwüchsig“, „hinter dem Rücken“ der einzelnen Gesellschaftsmitglieder durch. Der gesellschaftliche Zusammenhang stellt sich über die Gesetze des Austauschs als „regelndes Naturgesetz“ her<sup>9</sup>. Aber die Organisa-

tion der Lohnarbeiter zur bewußt handelnden Klasse überwindet zugleich notwendig diese Naturwüchsigkeit des gesellschaftlichen Zusammenhangs. Die Gesellschaft, die Produkt der bewußten Aktion dieser Klasse ist, soll sich nicht nur dadurch auszeichnen, daß die vergesellschafteten Menschen die Gesetze der äußeren Natur beherrschen, sondern gerade auch dadurch, daß sie ihren gesellschaftlichen Zusammenhang, anstatt „naturwüchsig“, in bewußter, planmäßiger Form gestalten können. Damit ist aber ausgesagt, daß sich die politischen Organisationen, die sozialistische Bewegung und die sozialistische Gesellschaft nur schwerlich entwickeln können, wenn sich ihre einzelnen Glieder nicht bewußt in dieser Bewegung verhalten. „Die Welt“ (und diese schließt nun einmal die Gesellschaft und die Arbeiterbewegung ein) „als bloße Materie *hinzunehmen*“, die Widersprüche „in sich selbst auszutragen“ – das sind Haltungen, die gerade im radikalen Gegensatz zu dem stehen können, was sozialistische Entwicklung an Anforderungen gegenüber den Individuen stellt. Man stände sonst am Ende auf einer Position, die derjenigen des von Tomberg kritisierten „bios theoretikos“ entspräche – mit dem richtigen „Standpunkt“, aber eben einem *Standpunkt*, von dem zwar Anerkennung, nicht aber aktives Eingreifen möglich erscheint.

### Zum „Stalinismus“ und seinen Konsequenzen

Auf Zusammenhänge zwischen Deformationen der marxistischen Theorie und Praxis und dem „Stalinismus“ ist bereits in den bisherigen Beiträgen eingegangen worden. Das Thema ist aufzugreifen, weil seine Interpretation von entscheidender Bedeutung für die Erkenntnis der Beziehungen zwischen sozialistischer Bewegung, gesellschaftlicher und innerparteilicher Demokratie und wissenschaftlichem Sozialismus ist. Es können hier nur einige Aspekte sehr fragmentarisch diskutiert werden. Vielleicht ist es Konsequenz einer in die Nähe *mißverständlicher* Naturanalogien gerückten Auffassung historischer Prozesse, wenn die Frage nach dem Zustand und dem *Handeln der Klassen* und ihrer Organisationen in Tombergs Sichtweise des „stalinistischen Phänomens“ gar nicht erst gestellt wird. Zwischen geschichtlicher Zwangsläufigkeit des Sozialismus und dessen Verzerrungen bleibt ein Desiderat, welches durch Geschichten über „persönliche Übersteigerungen“ und die Rede vom Personenkult gedeckt werden soll. So geschehen bei der Abhandlung des Falles Trotzki – als warnendes Beispiel der Folgen intellektueller Autonomie: „Seine Lebensgeschichte gibt uns Aufschluß über die Gründe (seines Versagens – C. K.). Die Autonomie seines Denkens war von Jugend auf der Motor seines Handelns gewesen; er spürte wohl deren Schranken und war gewillt, sie aufzuheben, aber nur durch eine Praxis, in der er sich ebenso autonom bewegen konnte wie sonst nur im Reich seiner Gedanken“ (Tomberg, S. 630). Trotzki entscheidet sich gegen die geschichtlichen Notwendigkeiten. Diese Entscheidung erscheint bei Tomberg in der Tat als etwas von den Auseinandersetzungen in Gesellschaft und Partei der Sowjetunion Unabhängiges. Wenn aber der dialektische Zusammenhang der „Entscheidungen“ Trotzki mit den inneren Auseinandersetzungen und der Situation der Partei nicht mehr erfaßt wird, kann auch seine Entwicklung von einem Motor des geschichtlichen Prozesses zu seinem schließlichen Hemmnis kaum mehr begriffen wer-

den. Warum, müßte sich doch auch Tomberg fragen, war es denn dem „Kollektiv“ nicht möglich, den „Autonomismus“ eines Trotzki oder die „Übersteigerungen“ eines Stalins zu korrigieren? Soll es doch gerade ein Charakteristikum dieses Kollektivs gewesen sein, seine Dominanz „mit aller nur möglichen Autorität“ gegenüber den Meinungen der Individuen durchsetzen zu können. Wieso *scheint* sich die Entwicklung nur über einen verselbständigten Machtkampf „zweier Individuen“ durchsetzen zu können? Diese Fragen sind in der offiziellen Interpretation der Geschichte der Arbeiterbewegung offen geblieben. Sollte dies daran liegen, daß man gezwungen wäre, die Entwicklungshemmnisse in der geschichtlichen Wirklichkeit der Partei selbst zu untersuchen?

Wenn in Abgrenzung von utopistischen Sozialismus-Vorstellungen vom „realen Sozialismus“ gesprochen wird, darf ein solcher Begriff nicht darüber hinwegsehen lassen, daß die Entwicklung dieser Länder gerade nicht von solchen Voraussetzungen ihren Ausgangspunkt nahm, die real die materiellen und sozialen Grundlagen einer höheren Gesellschaftsordnung darstellen. Die von der alten Gesellschaft nicht geschaffenen Voraussetzungen mußten gewaltsam nachgeholt werden, eine Gewaltsamkeit, die selbst an diejenige der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation erinnert. Die Fähigkeit der Massen, ihre Geschichte selbst in die Hand zu nehmen, aus der Naturwüchsigkeit der alten Gesellschaft zur kollektiven Planmäßigkeit des Sozialismus überzugehen, ist von ihren konkreten Fähigkeiten und Kenntnissen, der Entwicklung der subjektiven Produktivkräfte, ihres Bewußtseins von ihrer natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt nicht zu trennen. Die Revolution fand die Masse der (bäuerlichen) Bevölkerung in einem Zustand der sozialen und kulturellen Rückständigkeit vor. Bürgerkrieg und ausländische Intervention bedeuteten weitere ökonomische Schwächung und verringerten vor allem die aktive proletarische Basis der Revolution. Die Niederschlagung antikapitalistischer Bewegungen außerhalb der Sowjetunion leitete eine lange Etappe der internationalen Isolierung ein.

Die „objektiven“ Bedingungen erklären aber nicht hinreichend die Entwicklung der stalinistischen Diktatur selbst. Die Wendung der Klassendiktatur gegen ihre eigene Basis, die Ausrichtung des Terrors gegen die eigene Partei fallen gar nicht in die Jahre der schärfsten inneren und äußeren Labilität und Bedrohung des Sowjetstaates. Sie setzt sich weder in den Jahren des Bürgerkrieges noch zu Beginn des Kollektivierungs- und Industrialisierungsprozesses großen Stils oder während der Zeit des Zweiten Weltkrieges durch. Sie erreicht ihren Höhepunkt in der Zeit *relativer* Stabilität: seit Mitte der dreißiger und seit dem Ende der vierziger Jahre. Es hat vielmehr den Anschein, daß in den Zeiten der wirklichen Bedrohung – so während des Weltkrieges – eine Einbeziehung vorher und nachher ausgeschalteter Kräfte vorgenommen wurde, ohne die das Überleben der neuen Gesellschaft und damit auch der bestehenden Machtstrukturen nicht möglich gewesen wäre<sup>10</sup>. Aber der „Stalinismus“ hat sehr wohl seine besondere politische Vorgeschichte bis in die ersten Jahre der Sowjetmacht hinein: die Zerschlagung der nicht-bolschewistischen Parteien in der Auseinandersetzung mit der drohenden Konterrevolution, die Aushöhlung der Macht der demokratischen Organe der Revolution – der Räte –, die Zerstörung einer Öffentlichkeit, in der sich widersprüchliche Positionen offen hatten begegnen können, schließlich die

Einschränkung der organisierten Willensbildung innerhalb der Partei selbst<sup>11</sup>. Die Osmose von Partei und Staatsapparat mußte ohne wirksame Möglichkeit einer inneren und äußeren Kontrolle die Gefahr von Verselbständigung der notwendigen bürokratischen Institutionen heraufbeschwören. In einem Land mit ausgesprochen bürokratisch-autoritären Traditionen, mit nur geringer Erfahrung historischer Massenkämpfe um bürgerlich-demokratische Freiheiten konnte sich eine solche Tendenz verstärken. Der Umstand, daß *Stalin* dieses System weiter verfestigte und schließlich zur Liquidierung der eigenen Genossen verkehrte, ist von geschichtlicher Zufälligkeit, sofern es die Person *Stalins* betrifft. Historisch zwangsläufig aber ist, daß ein Kollektiv, das sich selbst der äußeren Kontrolle entzieht und zugleich die innere Kontrolle gegenüber der Führung aufgibt, eine solche Wendung nicht verhindern konnte und kann. Nur so konnte der politische Machtapparat eine Selbständigkeit erlangen, in der sich sein Handeln nicht mehr von der Notwendigkeit der Überwindung der Diktatur durch die Minderheit leiten ließ, sondern die Diktatur der Partei bzw. die Diktatur ihrer Führung weiter zementierte und ausbaute.

Gerade angesichts des Fehlens einer wirksamen „äußeren“ Massenkontrolle mußte der innerparteilichen Demokratie und Diskussion eine gegenüber normalen Zeiten noch zugespitzte Bedeutung zukommen. Und damit auch der Theorie und Methode des wissenschaftlichen Sozialismus für die bewußte Umgestaltung der Wirklichkeit. Lenin hatte die Schwächen der Voraussetzungen des Sozialismus in Rußland und der Arbeit des Partei- und Staatsapparates noch rückhaltlos aufgedeckt: Kritik und Kontroverse waren für ihn unabdingbare Voraussetzungen der Korrektur. Mit der Entfernung der Parteiführung von realer Kontrolle ging auch eine Entfernung der Theorie von der Realität einher, die Vorspiegelung einer erst zu erreichenden Zukunft als bereits gegenwärtiger. „Das Zur-Schau-Stellen einer im ganzen noch keineswegs erreichten Stufe der allgemeinen *Wohlfahrt*, der ständige Vorgriff der Agitation auf die materielle Zukunft sollte die geschichtliche Lücke überdecken, bis einmal das, was der neuen Produzentengesellschaft bereits *wesentlich* war, im Augenschein erweiterter Lebensfürsorge auf allen Gebieten unmittelbar sinnfällig werden würde.“<sup>12</sup>

Diese Botschaft war nicht allein Inhalt der Massenpropaganda. Die Verwechslung von bereits Erreichtem mit dem zu Erreichenden ging in Lehrformeln ein, in deren scheinbarer Allgemeinheit Richtiges und Falsches, Gegenwärtiges und Künftiges „aufgehoben“ werden konnte. Diese Formeln hatten nicht mehr nur den Status operativer Orientierungen auf das auch wissenschaftlich noch zu Leistende, sondern gerieten zu fixen Lehrmeinungen, aus denen nur noch deduziert werden konnte, und zu staatlich verbindlicher Philosophie.

D. Lecourt hat in seiner Arbeit über den „Fall Lyssenko“ aufzuzeigen *versucht*, daß die Unterordnung wissenschaftlicher Erkenntnis unter eine Hierarchie fixierter, von der Erfahrung nicht mehr kontrollierbarer Lehrsätze der Absicherung dieser Machtstruktur innerhalb des „Kollektivs“ und gegenüber den leitenden Gruppen in Politik und Wirtschaft diene. Die Anwendung dieser Lehrsätze wurde zum Kriterium „proletarischer Wissenschaft“. Und diese Form der Erkenntnis richtete sich keinesfalls an die Massen, so daß auch ihr kultureller Entwicklungsstand kaum allein als Erklärung der Vereinfachungen und Dogmatisie-

rungen dienen kann. Ihre Zielgruppe war die „Intelligenzija“, die „all diejenigen umfaßt, die wirtschaftliche, gesellschaftliche, politische und ideologische Verantwortung innerhalb des Sowjetstaates tragen – eine soziale Schicht / . . . /, die mit der Partei und dem Staat organisch verbunden ist / . . . /“<sup>13</sup>. Die Forderung nach Unterordnung der Erkenntnis bringt politisch die Aufforderung an die Intelligenz zum Ausdruck, sich den bestehenden politischen Strukturen zu unterwerfen<sup>14</sup>. Die vereinseitigte Bewegung der Erkenntnis von „oben nach unten“ vollzieht hier die Vereinseitigung der Bewegung der politischen Willensbildung nach – sie legitimiert diese zugleich. Sie sichert die Führung im Bedarfsfall vor der kritischen Überprüfung des Erfolgs und der Gebundenheit ihrer Politik an die Interessen der Massen. Die Entscheidung der Führung wird zur letztlich alleinigen politischen und „wissenschaftlichen“ Autorität für das, was unter gesellschaftlichen Interessen und Wissenschaftlichkeit der Erkenntnis zu verstehen ist. Damit ist der intellektuellen und politischen Willkür Tür und Tor geöffnet. Ohne wirksame Kontrolle muß ein solches System gerade forcieren, was es zu verhindern vorgibt: Opportunismus und Zufälligkeit der „Meinungen und Neigungen“. Und es entsteht letztlich das Problem, daß auch die Intellektuellen, deren Auffassungen sich in dieser Zufälligkeit durchsetzen, selbst jeder Verbindlichkeit und Bindung an das Kollektiv enthoben werden.

Man kann anführen, daß der „Fall Lyssenko“ selbst unter dem „Stalinismus“ ein Extremfall wissenschaftspolitischer Praxis war und daß solche Formen von „Wissenschaftspraxis“ heute in sozialistischen Gesellschaften überunden sind. Der Verweis auf den „Stalinismus“ leugnet hier weder die großen ökonomischen Entwicklungsfortschritte dieser Gesellschaften noch die zu verzeichnenden Demokratisierungsprozesse. Inwieweit diese politische Demokratisierung bereits den Möglichkeiten und Notwendigkeiten des weiteren ökonomischen Fortschritts entspricht, solange die politische Öffentlichkeit und gesamtstaatliche Willensbildung vorrangig nach dem Prinzip des durch *eine* Partei bestimmten demokratischen Zentralismus strukturiert ist, kann für diese Gesellschaften an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Sicher scheint mir allerdings, daß die Verallgemeinerung von „Fehlern“ und „Überspitzungen“ einzelner Gruppen und Personen, wie auch die autoritative Durchsetzung einer wissenschaftlichen Position nur durch aktiv wahrgenommene gesellschaftliche und innerorganisatorische Demokratie verhindert werden kann. Wenn man will, daß es „für die Revolution nur die Partei gebe“, schreibt Brecht im Hinblick auf Lenins Sicht der Stellung der sowjetischen Kommunistischen Partei, und alle Schritte zur Beseitigung von Mißständen von ihr ergriffen werden sollten, dann „muß die Partei aber auch alles enthalten können, was Mißstände feststellt und zu ihrer Beseitigung revolutionäre Schritte ergreift“<sup>15</sup>.

Für Westeuropa zumindest bleibt diese Folgerung nicht auf die Kommunistischen Parteien beschränkt. Unter den Voraussetzungen entwickelter objektiver und subjektiver Sozialismusbedingungen wird das Voranschreiten des Weges zum und im Sozialismus in der Bewegungsform des pluralistischen, offenen Austragens politischer und wissenschaftlicher Positionen möglich und notwendig. Nicht als Konzession an einen individualistischen Freiheitsbegriff – sondern als Voraussetzung der gesellschaftlichen Entwicklung.

### **Intellektuelle, innerparteiliche Demokratie und Bündnis**

In der kapitalistischen Gesellschaft bleiben zweifellos Widersprüche zwischen privater Existenz und kollektiver Organisation für die sozialistische Perspektive wirksam. Durch die Teilung von geistiger und körperlicher Arbeit verbleiben dem intellektuellen Individuum bessere Möglichkeiten, seine Auffassungen innerhalb des Kollektivs zu artikulieren und durchzusetzen. Und es besteht die Gefahr, daß sich der Intellektuelle unter den Bedingungen der Schwäche der Arbeiterbewegung in eine „Sonderrolle“ manövriert, indem er nicht mehr gleichberechtigt verbindlich arbeitender Teil des Kollektivs, sondern sein „heimlicher“ Führer wird. Muß angesichts dessen nicht wiederum gewarnt werden vor dem Eindringen „kleinbürgerlicher“ Elemente in die Organisationen der Arbeiterklasse? Spricht nicht die Erfahrung der alten Sozialdemokratie oder auch der kommunistischen Parteien in den zwanziger Jahren für eine nachdrückliche Warnung? Die Warnung mag „für sich“ stimmig sein, aber sie vermag nichts praktisch und folgenreich zu lösen. Die Gefahren können nur abgewehrt werden, wenn ein Kollektiv vorhanden ist, in dem der Intellektuelle mit seinen Fähigkeiten und Kenntnissen im Prozeß demokratischer Erkenntnis und Willensbildung eingebunden werden kann. Ein Kollektiv, in dem alle Glieder an der kritischen und selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Realität teilnehmen, d. h. ein Kollektiv, in dem selbständige Erkenntnis und Erfassung der widersprüchlichen sozialen Realität nicht zur privaten Angelegenheit werden können, weil sie selbst gemeinschaftliche Praxis sind. So wie die Arbeiterbewegung selbst durch den praktischen Kampf aufzeigt, daß es der gemeinschaftlichen Aktion bedarf, um die Lage der Individuen zu ändern, so kann auch nur die demokratische Praxis des Kollektivs als Form des gemeinschaftlichen Erkenntnis- und Willensbildungsprozesses der Individuen die höhere Potenz der Gemeinschaft gegenüber der bloß privaten Praxis des einzelnen aufzeigen. Dafür ist die Möglichkeit des offenen Austragens der Gegensätze Voraussetzung. Ohne dieses offene Austragen kann auch keine wirkliche Gemeinsamkeit hergestellt werden, kann der Widerspruch als Form der Erkenntnis der Realität nicht produktiv werden.

Dieses Prinzip gilt für die politischen Kollektive im engeren Sinne wie auch für die gesamte demokratische und sozialistische Bewegung. In der bisherigen Diskussion wurde von W. F. Haug gegen den Monopolanspruch einer Partei Stellung genommen, keinesfalls aber die Notwendigkeit politischer Organisationen innerhalb der Bewegung bestritten (Haug, S. 661). Wenn hier von Aktions-einheit und Bündnispolitik die Rede ist, wird es notwendig die Einheit verschiedener Kräfte sein und ist nicht die Auflösung dieser Kräfte als Vorbedingung, ein strukturloses Verschmelzen dieser Kräfte gemeint. Der Monopolanspruch andererseits zeigt sich nicht als verbale, sondern als praktisch zu lösende Frage. Wenn sich heute eine Neukonzeption der Bündnispolitik seitens der kommunistischen Parteien einiger westeuropäischer Länder abzeichnet, in der sehr deutlich zwischen Avantgarde und Vorherrschaft unterschieden wird, verlangt die Realisierung einer solchen Politik auch die Einübung demokratischer Verhaltensweisen in den politischen Kollektiven selbst. Das Verhältnis von demokratischer Bündnispolitik und innerorganisatorischer Demokratie ist hier dem von

Demokratisierungskampf und sozialistischer Perspektive vergleichbar. Wer hier für politische Freiheiten kämpft – die immer zunächst einmal formalrechtlich abgesicherte Freiheiten sind, über den sozialen und ökonomischen Fortschritten in den existierenden sozialistischen Ländern aber die Frage nach der individuellen politischen Freiheit – die immer *eine* Voraussetzung einer kollektiven Willensbildung der Klasse sind – im Sozialismus als abwegig erklärt, kämpft dauerhaft mit dem Rücken zur Wand. Die Grundfrage der politischen Herrschaft – wird sie als Mittel zur sozialen Emanzipation verstanden – ist nicht schlichtweg „wer-wen“, sondern „wer-wen-wie“, weil nur das *Wie* – d. h. der demokratische Charakter der Macht wie des wissenschaftlichen Prozesses – die Menschen dazu befähigt, sich selbst aktiv in die Prozesse einzuschalten. Sowohl die Kollektive der Arbeiterbewegung als auch die sozialistischen Gesellschaften benötigen dazu eine Öffentlichkeit, in der Informationen über alle zur Entscheidung stehenden Fragen geliefert werden und Möglichkeiten kontroverser Diskussion bestehen. Wer nicht wagt, selbst Öffentlichkeit herzustellen, überläßt sie kampfflos den anderen. Konflikte innerhalb der kommunistischen Organisationen konnten gerade deshalb glaubhaft als Zeichen von Schwäche und Zerrissenheit interpretiert werden, weil solche Widersprüche nicht als Notwendiges und Alltägliches bewußt gemacht worden sind. Zugleich ist der Hinweis auf Schwäche und äußere Verfolgung auch kein Argument gegen wechselseitige Kritik innerhalb der sozialistischen Bewegung. Wer sich in einem Bündnis engagiert, braucht erst recht die weitertreibende Auseinandersetzung mit seinen Partnern. Wer sich gemeinsam engagiert, wird sich auch gegenseitig einmischen.

#### Anmerkungen

1 Vgl. Friedrich Tomberg, Von der kritischen Theorie zur wissenschaftlichen Weltanschauung (II) (zit. als Tomberg) und Wolfgang Fritz Haug, Das sozialistische Kollektiv braucht denkende Individuen und durch Einsicht vermittelte Verbindlichkeit, in: Argument 98, 18. Jg. (1976) (zit. als Haug).

2 Vgl. G. Marchais, Der französische Weg zum Sozialismus, in: SoPo 36, S.99–109.

3 Vgl. u. a. Christoph Kievenheim und André Leisewitz (Hrsg.), Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz, Köln 1973; Die Intelligenz in der BRD. Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–70 Teil III. (Beiträge des IMSF 3) Frankfurt/Main 1974.

4 W. F. Haug, Zur Aktualität von Brechts Tui-Kritik, in: AS 11, 1976, S. 7–16.

5 Vgl. Wolfgang Fritz Haug, Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der Politischen Ökonomie, in: Argument 74, 14. Jg., S. 561–585.

6 Karl Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 791.

7 Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 297.

8 Friedrich Engels, Brief an Borgius, MEW 39, S. 206 ff.

9 Karl Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 89.

10 Vgl. Isaac Deutscher, Stalin, Eine politische Biographie. Stuttgart 1962, S. 513.

11 Vgl. Jean Elleinstein, Geschichte des Stalinismus, Westberlin 1977, S. 35 ff.

12 W. Hofmann, Stalinismus und Antikommunismus, Frankfurt/M. 1967, S. 81.

13 Dominique Lecourt, Proletarische Wissenschaft?, Westberlin 1976, S. 132.

14 Vgl. ebenda.

15 Bertolt Brecht, Gesammelte Werke 20, Frankfurt/Main 1967, S. 98 f.

Christoph Kievenheim, geb. 1946 in Stuttgart, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FU Berlin. Mitarbeit an den vom IMSF herausgegebenen Untersuchungen „Mitbestimmung als Kampfaufgabe“ (1971) und „Klassen- und Sozialstruktur der BRD“, 3 Bde. (1975).

Günter Matthias Tripp

## Individuelle Freiheit und „sozialistische Bewegung“

Die im Argument begonnene Diskussion um die Perspektiven der Sozialisten in der BRD scheint sich auf den ersten Blick als offene Kontroverse zwischen „Traditionalisten“ und „freien Sozialisten“ abzuspielen, wobei die letzteren in der bisherigen Debatte als „sozialistische Bewegung“ anzutreffen<sup>1</sup> sind. Beide Gruppierungen sind Ende der sechziger Jahre entstanden oder haben zu diesem Zeitpunkt ihre Renaissance erlebt. Außer Geburtsstunde und Lebenserwartung scheint ihnen jedoch wenig gemeinsam, sieht man von den äußerst wirksamen gesellschaftlichen Gegenkräften ab, die sie auf den ersten Blick unterschiedslos behindern, sei es in ihrer jeweiligen Außenwirkung, sei es in ihrem wechselseitigen öffentlichen Kommunikationsprozeß. Radikalenerlaß und Berufsverbote haben sie mit einem „cordon sanitaire“ umgeben. Aber in dieser Situation läßt sich dennoch ein feiner Unterschied bezeichnen. Zwar trifft der Radikalenerlaß auch die „sozialistische Bewegung“, in erster Linie jedoch diejenigen, die sich definitiv organisiert und folglich ein besonderes Maß an persönlicher Konsequenz auf sich genommen haben. Wo wäre die von Helmut Gollwitzer<sup>2</sup> den Kommunisten attestierte Entschiedenheit anders zu fassen als an den Normen ihrer Organisiertheit? Gerade hierin unterscheiden sie sich weitgehend von den Mitgliedern der „sozialistischen Bewegung“, die durch einen Individualismus geprägt erscheinen, der, wie Friedrich Tomberg analysiert, in den letzten Jahrhunderten der europäischen Geschichte immer mehr bis ins Extrem ausgebildet wurde und nicht nur in der Existenz des Kleinbürgertums gründet, sondern seine Wurzeln bis auf den Boden des gesamten Volkes getrieben hat<sup>3</sup>. Die von W. F. Haug und H. Gollwitzer umrissene „sozialistische Bewegung“ könnte so als wohlbegründete politische Konsequenz erscheinen, wenn die Auffassung von F. Tomberg richtig ist, daß ein Sozialismus, der diesem Individualismus nicht gerecht wird, in unseren Breiten kaum Fuß fassen dürfte. Unter diesen Prämissen begreift W. F. Haug von seiner eigenen Position aus denn auch völlig schlüssig den Primat einer Arbeiterpartei als „völlig irrealer Fiktion“<sup>4</sup>. An ihre Stelle tritt ein neuartiges historisches Subjekt. „Dieses neue Subjekt kann nur die sozialistische Bewegung mit dem Kern der sozialistischen Arbeiterbewegung sein. Der Prozeß ihrer Herausbildung und der schließlichen Verwirklichung ihres Ziels ist der lange und widersprüchliche Prozeß der Verwandlung von Privatleuten in Genossen“<sup>5</sup>.

Charakterisiert W. F. Haug die „sozialistische Bewegung“ grundsätzlich als neuartiges historisches Subjekt, so beschreibt H. Gollwitzer den politischen Status, den der einzelne darin einnimmt: „Genosse ist, wer die drei oben genannten Essentials des Sozialismus – Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Verständnis der Geschichte als von Klassenkämpfen bestimmt, Überwindung der Klassengesellschaft durch die klassenlose Gesellschaft – theoretisch bejaht und praktisch bestätigt. Die Fragen der Strategie und der Taktik werden noch genug An-

laß zu Trennungen und Gegensätzen geben“<sup>6</sup>. Gegenüber traditionellen theoretischen und organisatorischen Fixationen beginnt sich also in der neuen Bewegung der Gedanke Bahn zu brechen, politische Theorie und Praxis situationsangemessen einer permanenten Revision zu unterziehen, „Marxismus nur als permanenten Revisionismus zu begreifen“<sup>7</sup>! Allerdings nicht mehr in der tradierten, sondern wieder in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes. „Der erkenntnistheoretische Status, den Marx und Engels den abstrakt-allgemeinen Erkenntnissen zusprachen, Resultate der Verallgemeinerung von Erfahrungswissen zu sein, ist von weitreichender Bedeutung. Er gibt auf, jede Entwicklung der Wirklichkeit und unseres positiven Wissens aufzunehmen, und verbietet jede Verselbständigung allgemeiner Lehrsätze gegen ihre Erfahrungsbasis, aus der sie allein resultieren können. . . Sie als Resultate aufzufassen heißt auch, sie als nie abschließbaren Prozeß aufzufassen“<sup>8</sup>, schreibt W. F. Haug. Jeder muß sich spätestens an dieser Stelle fragen, welche politisch-organisatorischen Verbindlichkeiten damit gesetzt sind. Oder sollten programmatisch keine gesetzt sein?

Versuchen wir sie aus der Beschreibung der „sozialistischen Bewegung“ zu deduzieren. Wie muß der einzelne beschaffen sein, der sich ihr anzuschließen gewillt ist? W. F. Haug antwortet: „Wer einen Monopolanspruch erhebt, verhält sich spaltend, entfernt sich aus dem Kreis der Anwärter für Bündnis und Aktionseinheit. Daran kann keine Bestimmung des Verhältnisses der Intellektuellen und der Arbeiterbewegung vorbegehen“<sup>9</sup>. Welche Meinung ist als Monopolanspruch zu unterstellen, und wer bestimmt bzw. welches sind die Kriterien zur Beurteilung eines solchen Monopolanspruchs? Was könnte gemeint sein, wenn Arbeiterbewegung und Intellektuelle in diesem Zusammenhang angesprochen werden? Ist es die Organisationsfrage? Heißt Aufgabe des Monopolanspruchs, Aufgabe der Organisationsnotwendigkeit für den Intellektuellen, ganz allgemein gesehen? Und ist es diese Freiheit, die ihm die „sozialistische Bewegung“ gewähren soll? So läßt sich jedenfalls vermuten, wenn wir hören: „... in Wirklichkeit ist die Bewegung sehr differenziert, außerdem, wie der Ausdruck *Arbeiterbewegung* treffend hervorhebt, *in* Bewegung, . . . Sozialist ist man durch Teilnahme an der sozialistischen Bewegung“<sup>10</sup>. Sollten wir uns täuschen, daß es sich hier um eine tautologische Definition handelt, daß nämlich der Sozialist sich durch die sozialistische Bewegung, wie diese sich durch die Sozialisten definiert? Ein freier sozialistischer Interessenverband?

Zu fragen wäre auch, wie Arbeiterbewegung und „sozialistische Bewegung“ sich zueinander verhalten. Meint Arbeiterbewegung den organisatorischen Zusammenschluß und „sozialistische Bewegung“ das freie Zusammenwirken sozialistischer Individuen oder Intellektueller? Das von Friedrich Tomberg gegebene Stichwort vom Intellektuellen, der von außen versucht, der Arbeiterbewegung zuzuarbeiten<sup>11</sup>, läßt sich nicht durch Bekundungen zurückweisen, der sozialistische Intellektuelle sei als Bestandteil der sozialistischen Bewegung immer schon diese selbst. Wenn auch nicht Kopf *der* Bewegung, so doch Kopf *in* der Bewegung<sup>12</sup>. Die unter dem „cordon sanitaire“ des Radikalenerlasses stehende Frage nach dem Verhältnis von Intellektuellen und Organisation der Arbeiterklasse kann sicherlich nicht einfach durch den Kunstgriff aus der Welt geschafft werden, sie zur falschen Frage zu erklären, weil die führende Organisation der Ar-

beiterklasse nicht existiert, sondern nur die „sozialistische Bewegung“, deren Bestandteil logischerweise auch die sozialistischen Arbeiterorganisationen als nicht wegzudisputierender Teil der Arbeiterbewegung sind. Hat hier der „cordon sanitaire“ nicht schon in der Diktion der Beschreibung der Struktur der politischen Wirklichkeit Spuren hinterlassen? Oder welcher Gesichtspunkt spielt hier noch eine Rolle?

Was sich in der Ungebundenheit des Intellektuellen in der „sozialistischen Bewegung“ als implizite Forderung ausdrückt, bezieht offensichtlich seine eigentliche Legitimation aus vermeintlicher oder wirklicher intellektueller Überlegenheit, denn (so W. F. Haug): „Der wissenschaftliche Charakter des Sozialismus steht im Spannungsverhältnis zu seinem demokratischen, soweit er wissenschaftliche Kompetenzen erfordert, die ungleich verteilt sind. Dies ist einer der Gründe für die subjektiv wie objektiv schillernde Rolle der Intellektuellen in der Arbeiterbewegung. Zugleich haben die Gesetzmäßigkeiten des Wissenschaftsprozesses etwas mit denen des demokratischen Prozesses fundamental gemeinsam: sie verweisen auf Diskussion und rationale Überzeugung“<sup>13</sup>. Wenn die Freiheit des Intellektuellen von organisatorischen Bezügen aufgrund intellektueller Kompetenz naturwüchsig aus solchen Überlegungen erwächst, muß sie, wo sie in Gefahr durch organisatorische Zwänge zu geraten droht, immer verteidigt und behauptet werden. So müssen wir wohl schließen.

Und weiter: Wenn die „sozialistische Bewegung“ in der bisher artikulierten Form ein neuartiges historisches Subjekt sein soll, dann zeigt sich die Rolle des Intellektuellen in ihr noch einmal als eine besondere. Aufgrund seiner Kompetenzen bildet er so etwas wie eine Instanz, die in ihren Entscheidungen mehr oder weniger frei ist, denn was oder wer könnte ihr organisatorisch oder intellektuell diese Position streitig machen? Allenfalls andere Intellektuelle, denen allerdings die Auflage erteilt ist, keinen Monopolanspruch zu stellen. Könnte es sein, daß hier ein existenzialistischer Freiheitsbegriff im sozialistischen Gewande einherschreitet, denn per definitionem muß ja meine sozialistische Meinung an der des anderen ihre Grenze finden? Verkehrt sich aber damit nicht auch eine historische Frage, die jede politische Gruppierung stellen muß, nämlich diejenige, mit wem sie Bündnisse eingehen könnte, in ihr Gegenteil? Nicht die Organisationen stellen dann noch die Frage, sondern die Individuen. Natürlich muß die individuelle Situation angemessen berücksichtigt werden. Es macht jedoch einen Unterschied aus, ob das Individuum sich fragt, mit wem es unter von ihm bestimmten Prämissen Bündnisse eingeht oder welchen Bündnissen es sich anschließen kann. Es dürfte nicht allzu viele Individuen geben, die sich die Frage in der ersten Form vorlegen könnten, weil es den meisten schlicht an Macht und Einfluß gebricht.

Vielleicht sollte auch die Frage so gestellt werden, inwieweit es sich in der beschriebenen Beziehung „sozialistische Bewegung“ – Intellektuelle um die beim ersten Anschein wohl begründete Umkehrung einer historischen Erfahrung handelt, der mehr oder weniger umstandslosen, dirigistischen Subsumption der Intellektuellen und wissenschaftlichen Intelligenz unter einen politisch-„theoretischen“ Rigorismus, der nicht nur in den Natur-, sondern auch in den Sozialwissenschaften seinen „Lyssenkismus“ hervorgebracht hat. Derartige Stalinis-

men unwiederholbar zu machen, ist eine auch aktuell dringend gebotene Aufgabe. Die einfache Umkehrung, nun den Intellektuellen zum Maßstab zu erheben, würde aber wenig dagegen bewirken. Vielmehr wäre zunächst eine Analyse der objektiv veränderten Stellung der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz, ihrer wachsenden Bedeutung im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß, ihrer Ideologien und ihrer gesellschaftlichen Herkunft, dringend geboten. Es müßten nicht nur die organisatorischen Formen, welche die Intelligenz im allgemeinen bisher für sich akzeptiert hat, analysiert werden, sondern auch andere Organisationen müßten sich fragen, inwieweit sie auf der Höhe der Zeit sind und noch den veränderten gesellschaftlichen Kräften entsprechen.

Diese Diskussion hat in Italien, Spanien und verspätet wie unkonzis auch allmählich in Frankreich begonnen. Es scheint mir keine Frage zu sein, daß W. F. Haug die Diskussion in unseren Breitengraden ebenfalls auf dieses Niveau heben möchte. Seine Rezeption der diesbezüglichen Redebeiträge auf der Berliner Konferenz spricht berechtigterweise eine deutliche Sprache. So sehr diese Passagen ungeteilte Zustimmung verdienen, so sehr drängt sich dennoch eine Vermutung auf, daß z. B. E. Berlinguer und W. F. Haug unter dem Begriff „Bewegung“ etwas Verschiedenes meinen. Auf der Berliner Konferenz hat E. Berlinguer von der Beteiligung der kommunistischen Partei als Mitstreiter und Protagonist in der Aktion, in der gesamten Bewegung der Werktätigen und Völker für ihre eigene politische und gesellschaftliche Befreiung gesprochen. Dazu heißt es wörtlich: „Diese Bewegung geht nunmehr über die kommunistischen Parteien hinaus. Sie umfaßt ein sehr unterschiedliches Gefüge politischer und gesellschaftlicher Kräfte verschiedener geistiger Ausrichtung. In dieser so breiten und differenzierten Bewegung herrscht die Tendenz vor, die darauf drängt, eine Lösung der Probleme der heutigen Gesellschaft auf einem Weg zu suchen, der zum Sozialismus führt“<sup>14</sup>. Beide, E. Berlinguer und W. F. Haug, sprechen also von einer differenzierten Bewegung, Haug sogar von einer sehr differenzierten. Dennoch scheinen sie etwas Unterschiedliches damit zu meinen. Wie wir wissen, ist bei W. F. Haug diese Bewegung als „sozialistische“ charakterisiert. Berlinguer geht so weit nicht, sondern er spricht lediglich von einer Tendenz zum Sozialismus in dieser Bewegung. Geht W. F. Haug damit über Berlinguer hinaus? Muß eine „sozialistische Bewegung“ nicht gegenüber einer Bewegung, die nur zum Sozialismus tendiert, eine höhere Qualität aufweisen? Zweifellos. Nun hat allerdings der Begriff Bewegung bei Berlinguer einen festen Bezugspunkt: die kommunistischen Parteien. Können wir diesen Bezugspunkt anders verstehen, als daß er sich als *conditio sine qua non* dieser Bewegung erweist, Bewegung ohne solche kommunistischen Parteien also gar nicht zu denken ist? Wenn Berlinguer hier die eurokommunistischen Parteien im Auge hat, dürfte sich wenig dagegen einwenden lassen, weil es der historischen Wahrheit entspricht. Einer solchen Interpretation der Auffassungen Berlinguers scheinen Formulierungen entgegenzustehen, die verlangen, „neue Wege zum Sozialismus in den Ländern des europäischen Westens zu suchen . . ., daß es weitere vielfältige Formen geben kann und muß, darunter die wesentlich neuen, die in den Ländern Verwirklichung finden, wo der Kapitalismus die höchsten Stufen seiner Entwicklung erreicht

hat, und in denen demokratische Traditionen und besondere politische Organisations- und Ausdrucksformen der Werktätigen verwurzelt sind<sup>15</sup>. Ausdrücklich stellt Berlinguer fest, „daß die Weiterentwicklung des Marxismus nicht Schritt gehalten hat mit den großen Veränderungen der Wirklichkeit der gegenwärtigen Welt, mit den verschiedenen Erfahrungen im Kampf und beim sozialistischen Aufbau und mit der politischen Praxis“<sup>16</sup>.

Sollte diesen Sätzen zu entnehmen sein, daß sich nun die Bewegungen ohne Parteien vollziehen und sich statt ihrer neue Organisationsformen herausbilden sollen? Oder müssen wir diese Sätze – immerhin auf einer Konferenz kommunistischer Parteien gesprochen – nicht vielmehr als Mahnung oder Aufforderung an deren Adresse verstehen, sich nicht länger die Wirklichkeit nach ihrem Bilde, sondern das Bild an der Wirklichkeit auszurichten und sich von falschen wie liebgewordenen Vorstellungen zu verabschieden? Nur eine Frage der Interpretation oder doch für die Sozialismusdebatte unter bundesrepublikanischen Vorzeichen eine wesentliche Frage? Könnte es sein, daß der Terminus „sozialistische Bewegung“ schon mit Vorbedacht eine Schlußfolgerung der Berlinguerschen Analyse suggeriert, die dort in Wirklichkeit ihre Legitimation gar nicht findet? Wäre dann nicht die Rede von der „sozialistischen Bewegung“ in der Begriffsbildung zwar über die Bewegung, die zum Sozialismus tendiert, hinaus, in Wirklichkeit aber noch weit hinter ihr zurück, weil z. B. der westeuropäischen Linken kräftemäßig aber auch rein gar nichts in der Bundesrepublik entspricht? Die Frage nach dem Zusammenhang von „sozialistischer Bewegung“ und Organisation wäre dann schon vorweg entschieden und zwar durch ein Intellektuellen-Dekret, dessen Freiheitsbegriff eine wie auch immer geartete organisatorische Form auszuschließen scheint. Es kann nicht darum gehen, einen Organisationstyp in jenem traditionellen Verstande zu fordern, der die freie Meinungsbildung unter dem richtigen Postulat der politisch notwendigen Einheitlichkeit zur Einheitsmeinung denaturiert, in der jeder neue Gedanke erstirbt. Es kann aber sicherlich nur schwer eine auf konkrete Resultate ausgerichtete Diskussion in Gang kommen, wenn an die Stelle des Bisherigen eine bestimmte Form der Alternative, die „sozialistische Bewegung“, mit den Postulaten ihrer Prämissen immer schon vorweg gesetzt ist, denn welche Organisation böte schon die Kriterien, das Freiheitsverlangen in der geforderten Form zu garantieren?

Wenn aber ein Freiheitsbegriff wie der beschriebene der Diskussion den Weg vorschreibt, heißt das nicht selbst wieder die Freiheit der Diskussion beschneiden? Wo die Freiheit der Diskussion gewährleistet sein soll, muß allererst eine Bestandsaufnahme dessen, was wirklich an Positionen existiert, vorgenommen werden. Aus der Diskussion kann sich dann herauskristallisieren, welches die offensichtlich dringendsten Fragen sind. So aber sehen wir uns, ehe man sich noch so recht versieht, in einer Weise vor die Organisationsfrage gestellt, die sie vorab schon in einem bestimmten Sinne löst. Ob allerdings von einer wirklichen Lösung die Rede sein darf, läßt sich bezweifeln, denn allenfalls wird die an einen bestimmten Freiheitsbegriff gebundene Position eines spezifischen Intellektuel-lentypus fixiert. Die Position dessen, was als „Arbeiterbewegung“ kernbildend in die „sozialistische Bewegung“ eingeht, wird bei Haug leider an keiner Stelle ex-

pliziert. Wir können diesbezüglich nur spekulieren, und das wollen wir natürlich nicht.

Vielleicht haben wir aber bisher noch einen wichtigen Punkt vernachlässigt, der für die weitere Diskussion erhellend sein könnte. W. F. Haug wendet sich gegen diejenigen Kräfte, die mit einem Monopolspruch auftreten. Man möchte ihm vorbehaltlos zustimmen, weil einem so recht aus dem Herzen gesprochen sein könnte. Wenn man nur wüßte, worauf er sich bezieht? Ist etwa die aus der Zeit der III. Internationale herrührende und nach wie vor offen oder unterschwellig wirkende Vorrangstellung der KPdSU gemeint, die insbesondere für die westeuropäischen kommunistischen Parteien von Carrillo und Berlinguer entschieden zurückgewiesen wurde? Da an die KPdSU nicht direkt gedacht sein kann, müssen wohl diejenigen Kräfte gemeint sein, die solche Ansprüche nun auf sich selbst übertragen und möglicherweise zur Schau stellen. Deren gibt es sicherlich viele und selbstredend in den unterschiedlichsten ideologischen Schattierungen. Es ist gar keine Frage, daß derartige Kräfte eine für die Entwicklung der Demokratie wie des Sozialismus äußerst unangenehme Rolle spielen können. Solange die gemeinten Organisationen oder Fraktionen jedoch nicht beim Namen genannt sind, läßt sich möglicherweise leicht als Monopolspruch denunzieren, was eigenen Positionen widerspricht. Jede Debatte gewinnt durch Klarheit. Aber sie steht auch unter politischen Prämissen, die von denjenigen bestimmt werden, die um Demokraten und Sozialisten einen „cordon sanitaire“ gezogen haben. Die Situation des sich exponierenden Intellektuellen – und sei es nur in der Theorie – ist da besonders heikel. Wer dort, wo Meinungsfreiheit gerne plakativ herausgestellt wird, Meinungskongruenz mit offiziell ungeliebten Positionen erkennen läßt, hat sich als Intellektueller leicht um seine Marktchancen gebracht. W. F. Haug kennt sich, wie wir wissen<sup>17</sup>, in der Abwägung solcher Marktchancen ja in vorbildlicher Weise aus. Wir dürfen vielleicht deshalb annehmen, daß gerade auch in der laufenden Debatte derartige Einsichten die Argumentation nicht gänzlich unberührt gelassen haben. Das ist sicherlich, jeweiligen Positionen angemessen, legitim, offenbart aber auf der andern Seite das Dilemma einer Debatte, die, wenn wir nicht fehl gehen, Offenheit auf ihre Fahnen geschrieben hat. Es wäre sicherlich nützlich, gerade auch dieses Problem des cordon sanitaire zu thematisieren, denn mit den ökonomischen Möglichkeiten, die ein Intellektueller hat oder nicht hat, also mit seiner konkreten Stellung zu den intellektuellen Produktions- und Reproduktionsmitteln steht und fällt auch seine Freiheit, seine wie auch immer geartete sozialistische Meinung auf dem Forum der Argumente feilzubieten. Wer das Unglück hat, zu Auffassungen gelangt zu sein, denen das Privileg einer zwar abweichenden aber noch öffentlich geduldeten Meinung nicht zukommt, möchte da leicht in kluges oder resignatives Schweigen verfallen oder vielleicht gar sich ein Image zulegen, das des sozialistischen Anscheins nicht entbehrt und doch als gängige Münze sich noch in Umlauf bringen läßt. Vielleicht hat die Debatte aber gerade darin ihren hinter-sinnigen dialektischen Zweck, all denen, die über viel weniger Freiheit verfügen als die privilegiert debattierenden Intellektuellen, zu der Einsicht zu verhelfen, daß sie sich auf andere Weise die ihnen bisher noch vorenthaltene Freiheit zu verschaffen haben. Der Gedanke des Zusammenschlusses auch dieser vielen

noch Vereinzelt läge da eigentlich sehr nahe. Das Schöne daran könnte dann darin bestehen, daß individuelle Freiheit und politische Verantwortung hier schließlich miteinander übereingehen, so daß der Individualismus nicht mehr als an sich schon mit dem Signum gesellschaftlicher Verbindlichkeit versehene „sozialistische Bewegung“ auftreten könnte.

#### Anmerkungen

1 Siehe: W. F. Haug: Das sozialistische Kollektiv braucht denkende Individuen und durch Einsicht vermittelte Verbindlichkeit, in: Das Argument 98.

2 Helmut Gollwitzer, Studentenbewegung – und was danach? in: Das Argument 98, S. 576.

3 Friedrich Tomberg, Kritische Theorie und wissenschaftliche Weltanschauung, in: Das Argument 98, S. 643.

4 W. F. Haug, a.a.O., S. 659.

5 Ebd., S. 662 f.

6 Helmut Gollwitzer, a.a.O., S. 577

7 Siehe ebd., S. 573.

8 W. F. Haug, a.a.O., S. 667.

9 Ebd., S. 661.

10 Ebd.

11 Zitiert ebd., S. 660.

12 Sieh ebd., S. 660.

13 Ebd., S. 666 f.

14 Enrico Berlinguer, Rede auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, Dokumente und Reden, Berlin/DDR 1976, S. 226.

15 Ebd., S. 227 f.

16 Ebd., S. 230.

17 Siehe W. F. Haug, a.a.O., S. 656.

Günter Matthias Tripp, geb. 1937 in Köln, ist Privatdozent für Philosophie/Erkenntnistheorie an der Freien Universität Berlin. Wichtige Veröffentlichungen: Beiträge in SOPO, u. a. „Materialistische Erkenntnistheorie und Ideologie“ (1974), „Dialektik und Widerspielung“ in: Hegel Jahrbuch 1974.

## Brief an G. M. Tripp

Lieber Günter Matthias Tripp, beim Lesen Deines Aufsatzes zur Kontroverse „Intellektuelle und Arbeiterbewegung“ sind bei uns einige Fragen zu seiner Funktion für die weitere Diskussion entstanden. Vor einer endgültigen Entscheidung über die Veröffentlichung wären wir an einer Klärung interessiert. Wir gehen davon aus, daß es unser gemeinsames Anliegen sein muß, im Interesse des dringend notwendigen Verständigungsprozesses innerhalb der Linken diese Diskussion fortzuführen (zusammen mit der Sozialismus-Diskussion) und dabei in der offenen Auseinandersetzung möglichst konstruktiv gemeinsame Handlungsperspektiven zu verdeutlichen. Eine solche Zielsetzung verlangt zunächst, daß die vertretenen Positionen wechselseitig überhaupt verstanden und rezipiert werden. Ist dies nicht der Fall, werden endlose Richtigstellungen provoziert, die der Sache nichts nützen.

Eine zentrale Polemik Deines Aufsatzes richtet sich gegen Haugs vorgebliche Ersetzung von Partei durch eine „sozialistische Bewegung“. Es kann hier so erscheinen, als sei ein Gegensatz konstruiert worden zwischen Partei und Bewegung, als schlosse das eine das andere aus. Diese Polemik trifft nicht die ange-

griffene Position. Wie Du u. a. in Argument 98 nachlesen kannst, war hier deutlich gegen den Monopolanspruch einer Partei argumentiert worden, auf die innere Differenziertheit der Bewegung hingewiesen worden. Zugleich wurde u. a. ausgeführt, „produktiv und den Einfluß einer Partei verstärkend wird dagegen der glaubwürdig unter Beweis gestellte Anspruch sein, die klarste, die Prinzipien der Arbeiterbewegung am treffendsten auf die konkrete Situation angewandte politische Linie zu haben“. „Auch bedeutet die Orientierung auf Aktionseinheit und Bündnis keineswegs die Preisgabe besonderer Konsequenz und Verbindlichkeit innerhalb einer Partei.“ (S. 661) Du mußt Dich selbst fragen, wie diese Feststellungen mit Deiner Behauptung, bei Haug trete „an die Stelle der Partei die Bewegung“, übereinstimmen. Darauf beruht aber auch Deine These von der Positionsdivergenz von Haug und Berlinguer u. a., wobei im übrigen niemand bestreiten wird, daß im Hinblick auf das politische Kräfteverhältnis sich die Situation in Italien und der BRD so grundlegend unterscheidet, daß es nur legitim erschiene, nach möglichen anderen Schlußfolgerungen für die Beziehung von Partei und Bewegung hier und dort zu fragen. Es ist auch nicht richtig, daß das Verhältnis von Intellektuellen und Organisation zur falschen Frage erklärt wurde.

Unverständlich ist uns auch, wie Du aus dem kritischen Verweis Haugs auf das Spannungsverhältnis von wissenschaftlichem und demokratischem Charakter des Sozialismus und die „schillernde“ Rolle der Intellektuellen auf ein Plädoyer für die Freiheit von organisatorischen Bezügen und „Ungebundenheit der Intellektuellen“ schließen kannst, zugleich aber auf die von ihm geäußerten Vorstellungen über Verbindlichkeit überhaupt nicht eingehst.

Über diese Rezeptionsprobleme hinaus scheint uns vor allem die Gefahr zu bestehen, daß dieser Aufsatz – der auf jede eigene weiterführende Orientierung verzichtet – entmutigend wirkt, weil er als Absage an den Sinn weiterer Diskussionsbemühungen verstanden werden könnte. Wenn man einerseits die Entstehung von wissenschaftlichen und politischen Positionen aus der Berücksichtigung von Marktchancen zu erklären sucht, andererseits mit dem Verweis auf Berufsverbote und den „cordon sanitaire“ die praktische Unmöglichkeit einer eigenen Stellungnahme zur Organisationsfrage postuliert, muß die Forderung nach Abbruch der Debatte und überhaupt jeder öffentlichen linken Diskussion eigentlich die logische Konsequenz sein. Wir übersehen nicht die Schwierigkeiten, in die die Vertretung mancher Positionen durch äußere Zwänge gerät. Soll das aber bedeuten, daß diese Positionen sich lieber gar nicht erst zu Wort melden? Im übrigen ist es umso wichtiger, daß diejenigen, die die Möglichkeit zur Diskussion haben, diese Chance zu weiterbringenden Beiträgen nutzen. In Deinem Aufsatz fehlen jedwede Denk- und Handlungsalternativen zu den von Dir kritisierten Auffassungen, so etwa über das von Dir thematisierte Verhältnis von sozialistischer und Arbeiterbewegung oder über die „aktuell dringend gebotene Aufgabe, Stalinismen unwiederholbar zu machen“.

Wir möchten Dich bitten, unsere Argumente auch im Interesse Deiner eigenen Glaubwürdigkeit zu überprüfen und Deine Überarbeitung rechtzeitig für das laufende Heft an uns zu schicken. Solltest Du im Gegensatz zu unserer Auffassung der Meinung sein, daß Du nicht nur die wesentlichen Punkte der bisherigen Diskussion angemessen wiedergibst, sondern daß darüber hinaus Dein Beitrag auch die Sozialismus-Diskussion voranbringt, würden wir meinen, daß ein Abdruck zusammen mit diesem Brief erfolgen sollte, damit die Leser nicht unnötig verwirrt, desorientiert und entmutigt werden. Mit den besten Grüßen Karl-Heinz Götz, Christoph Kievenheim, Karl-Ernst Lohmann

Alberto Scarponi

## **Das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus im „italienischen Weg zum Sozialismus“**

Die Vorstellungen der italienischen Kommunisten darüber, wie in ihrem Land der Sozialismus zu erreichen sei, finden ihren Ausdruck in den Begriffen des „italienischen Weges zum Sozialismus“ und des „demokratischen Weges zum Sozialismus“. Sie bedeuten, daß die IKP einen Weg gehen will, der von den spezifischen historischen Charakteristika des Landes ausgeht, in dem sie wirkt, und daß dieser Weg ein besonderes Verhältnis von Demokratie und Sozialismus postuliert. Dieses Verhältnis ist der theoretische Angelpunkt für die ganze Ausarbeitung der Strategie und Taktik der IKP, namentlich in den letzten drei Jahrzehnten. Es wäre schematisch, sich darauf zu beschränken, jenen komplizierten und langen Prozeß des Kampfes zur Überwindung der kapitalistischen Ordnung als „friedlichen“ Weg zu beschreiben und ihn dem bewaffneten Aufstand gegenüberzustellen: als ob im konkreten Fall der bewaffnete Aufstand nicht Moment eines komplexen Handelns wäre, das in seiner Entwicklung, in seinem Verhältnis zu den andern beteiligten Kräften und auch im Hinblick auf seine nicht realisierten Möglichkeiten gewertet werden muß<sup>1</sup>.

Andererseits ist es absurd, heute den Kampf der Arbeiterklasse der Länder des hochentwickelten Kapitalismus als auf den bewaffneten Aufstand gezielt aufzufassen; nicht nur, weil dies lediglich zu einer materiellen und *politischen* Stärkung der bürgerlichen Reaktion führen würde und faktisch die Aktion der Arbeiterbewegung auf eine niedrigere Stufe zurückgeworfen würde (unter Umständen auf den Kampf um das bloße Überleben). Eine derartige Haltung würde auch eine Verarmung der Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft bedeuten, die gerechter, menschlicher und freier ist. Der Übergang zu bzw. der Aufbau dieser Gesellschaft ist nicht einfach gleichbedeutend mit der „Machtergreifung“ und der summarischen Ablehnung des Gegenwärtigen, so als ob die neue Gesellschaft aus dem Nichts entstehen solle. Das wirkliche Problem ist, wie die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen im konkreten Fall die Umgestaltung einer historisch bestimmten Gesellschaft in sozialistischem Sinn verwirklichen können. Sie müssen den historischen Merkmalen dieser Gesellschaft Rechnung tragen – so der spezifischen Physiognomie der Arbeiterklasse selbst und der Bourgeoisie, dem Entwicklungsgrad der Produktivkräfte, den Kräfteverhältnissen, die sich im Lauf des Klassenkampfes herausgebildet haben usw. Es sind also jeweils die Merkmale, die Entwicklung und die Formen des Klassenkampfes, die in einer Gesellschaft die Formen des Übergangs zum Sozialismus bestimmen. Es läßt sich also kein ein für alle Mal gültiges „Modell“ des Übergangs zum Sozialismus festlegen, das sich aus den Klassikern des Marxismus entnehmen ließe, die uns vielmehr gelehrt haben, daß „alle Nationen zum Sozialismus gelangen (werden), das ist unausbleiblich, aber keine auf genau die gleiche Art und Weise, jede wird

zu dieser oder jener Form der Demokratie, zu dieser oder jener Abart der Diktatur des Proletariats, zu diesem oder jenem Tempo der sozialistischen Umgestaltung der verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Lebens etwas Eigenes beitragen<sup>2</sup>. Lenin sagte deutlich, daß „der Sozialismus in zweifachem Sinn ohne die Demokratie unmöglich (ist): 1. Das Proletariat wird die sozialistische Revolution nicht durchführen können, wenn es sich nicht durch den Kampf für die Demokratie auf die Revolution vorbereitet; 2. ohne restlose Verwirklichung der Demokratie kann der siegreiche Sozialismus seinen Steg nicht behaupten und das Absterben des Staates für die Menschheit nicht Wirklichkeit werden lassen“<sup>3</sup>. Wenn dies stimmt, dann ist klar, daß der Charakter und die Formen der sozialistischen Revolution in Italien direkt vom Typ des Verhältnisses zwischen Demokratie und Sozialismus abhängen, das sich konkret im Lauf des Kampfs der Arbeiterklasse für ihre Emanzipation herausgebildet hat.

Als Togliatti 1958 in einem für nichtkommunistische Leser bestimmten Buch die IKP vorstellte<sup>4</sup>, bemerkte er, daß die breite öffentliche Meinung die IKP erst 1944 als das zu begreifen begonnen hatte, was sie wirklich ist. Das war nach der sogenannten „Wende von Salerno“, als die IKP zusammen mit allen antifaschistischen Parteien in die Regierung der Nationalen Einheit eingetreten war, um zur Lenkung des Befreiungskriegs Italiens beizutragen. Damals bestand die IKP schon seit dreiundzwanzig Jahren und hatte eine lange Geschichte härtester Kämpfe und theoretischer Arbeit hinter sich. Aber erst heute kann man sagen, daß nun die Kommunistische Partei von der öffentlichen Meinung „als das, was sie wirklich ist“, akzeptiert wird. Togliatti selbst drückte in einem berühmt gewordenen Satz den Geist aus, mit dem die italienischen Kommunisten ihren Kampf führten und führen: „Von weit her kommen wir und weit gehen wir noch“.

Die IKP entstand 1921 aus einer Spaltung der Italienischen Sozialistischen Partei mit dem Ziel, die italienische Arbeiterbewegung aus dem Zustand der Schwäche zu befreien, in den sie die herrschende fatalistische Auffassung von einer automatischen Entwicklung der bürgerlichen Ordnung zum Sozialismus hin gebracht hatte. Diese fatalistische Auffassung lag der Herausbildung der beiden großen Strömungen zugrunde, die damals die italienische Arbeiterbewegung teilten und sie an einem wirksamen selbständigen Handeln hinderten. Auf der einen Seite erstickte der reformistische Opportunismus unter dem Vorwand der notwendigen demokratischen Reformen den Klassenkampf für den Sozialismus, auf der anderen Seite verurteilte sich der maximalistische Verbalradikalismus in der Erwartung des Tags des Zusammenbruchs zum Immobilismus bzw. zur „revolutionären Gymnastik“ ohne reale Ziele. Letztlich erwies sich die Sozialistische Partei als unfähig, durch konkretes Handeln die italienische Gesellschaft auf den Weg des Sozialismus zu führen. Damit bewies sie, daß sie unter der intellektuellen und moralischen Hegemonie der Bourgeoisie stand, auch wenn sie mitunter heroische Kämpfe führte und große organisatorische Fähigkeiten zeigte. Es fehlte das, was Gramsci später die „Erkundung des nationalen Terrains“ nannte, sowie die Ausarbeitung einer geeigneten Strategie und Taktik auf dieser Basis und im Lichte der allgemeinen Grundsätze des Handelns, wie sie im „*Kommunistischen Manifest*“ dargelegt sind. Eben auf diese Grundsätze hatte

sich Engels berufen, als er „mit dem größten Mißtrauen“ seine „persönliche Meinung“ über die italienischen Angelegenheiten äußerte. Er wies darauf hin, daß ihre konkrete Anwendung „an Ort und Stelle und von denen, die sich mitten in den Ereignissen befinden“, entschieden werden müsse. In einem Brief vom 26. Januar 1894 an Filippo Turati, der damals an der Spitze der jungen Sozialistischen Partei stand, versuchte Engels, das Kampffeld des Proletariats in Italien zu beschreiben:

„Die Bourgeoisie, die während der nationalen Emanzipation und danach an die Macht kam, konnte und wollte ihren Sieg nicht vollenden. Sie hat weder die Reste der Feudalität vernichtet, noch die nationale Produktion nach modernem bourgeoisen Muster reorganisiert. (...) Das arbeitende Volk – Bauern, Handwerker, Land- und Industriearbeiter – steht somit unter schwerem Druck, einerseits infolge überalterter Mißstände, Hinterlassenschaften nicht nur der Feudalzeit, sondern sogar der Antike (mezzadria [= Halbpacht, ]; die Latifundien des Südens, wo das Vieh den Menschen verdrängt), andererseits infolge des raffgerigsten Steuersystems, das jemals ein Bourgeoisystem erdacht hat. Hier kann man mit Marx sagen: Unschäät. . . . gleich dem ganzen übrigen kontinentalen Westeuropa, nicht nur die Entwicklung der kapitalistischen Produktion, sondern auch der Mangel ihrer Entwicklung (...)“<sup>54</sup>.

Wie muß sich in dieser gegebenen Situation die revolutionäre Partei verhalten? Engels antwortet darauf, indem er sich unmittelbar auf das „*Kommunistische Manifest*“ beruft:

„Die Sozialisten vertreten ‚in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung . . . Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung.‘ – Sie nehmen mithin aktiven Anteil an allen Entwicklungsphasen des Kampfes der beiden Klassen, ohne dabei jemals aus dem Auge zu verlieren, daß diese Phasen nur ebenso viele Etappen sind, die zu dem höchsten großen Ziele führen: der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat als Mittel zur gesellschaftlichen Umgestaltung.“<sup>54</sup>

Die Methode des Handelns bedeutete ein *aktives Eingreifen* der Arbeiterbewegung, um politische oder soziale Fortschritte zu erreichen, „aber nur als Anzählung“, und – so fügte Engels hinzu – um sich „eine günstigere *Umgebung* (zu schaffen). Wir würden also den schwersten Fehler begehen, wenn wir uns nicht beteiligen wollten, wenn wir uns in unserer Auseinandersetzung mit den ‚nahestehenden‘ Parteien auf die rein negative Kritik beschränken wollten“. Es wäre notwendig gewesen, daraus eine Linie spezifischer, nicht schematischer Aktion abzuleiten, die durch sorgfältige wissenschaftliche Analysen dialektisch bereichert ist, wie durch die Leninsche konkrete Analyse der konkreten Situation vorgeführt. Die Sozialistische Partei blieb jedoch in ihrer Impotenz stecken.

Es ist hier nicht der Ort, die Geschichte der IKP zu rekapitulieren, mit ihren Schwierigkeiten, ihren Fehlern und dem Reifen, der Vertiefung und der Bereicherung eines komplexen und originalen politischen Denkens. Es soll hier genügen, die klare Zusammenfassung durch Togliatti wiederzugeben:

„Die führende Funktion der Arbeiterklasse in der nationalen Gesellschaft und ihre Machtübernahme stellten sich nicht mehr in den Begriffen der anarchistischen Revolte oder des machtlosen maximalistischen Protestes, sondern als Problem eines

Bündnisse zwischen verschiedenen sozialen Gruppen, die gleichermaßen daran interessiert sind, den alten industriell-agrarischen Block zu schlagen und von der Macht zu verjagen, auf den sich alle italienischen Regierungen – mit unterschiedlichen politischen Formeln – gestützt hatten, vor wie nach der Jahrhundertwende. Man sah so die Grundlagen eines im Wesen demokratischen gesellschaftlichen Blocks voraus, dessen Programm die Probleme löste, die im Risorgimento nicht gelöst worden waren, das die feudalen Überbleibsel liquidierte, die bäuerliche Wirtschaft vom unerträglichen Gewicht des Monopols an Grund und Boden befreite, das der Industrie in einem höheren Niveau der Löhne und einem neuen Lebensstandard des Volkes eine Entwicklungsbasis verschaffte und das zugleich die Süditalienfrage löste, indem es die Ausbeutung des Südens durch die norditalienische Industrie und den Staatsapparat beseitigte. Indem die Arbeiterklasse in ihren Aktionsplan die Lösung dieser Probleme einbezog, konnte sie sich faktisch an die Spitze aller potentiell antikapitalistischen Kräfte setzen. Sie verwirklichte eine neue Aktionseinheit, vor allem mit den großen Volksmassen Süditaliens und der Inseln. Die Beseitigung des kapitalistischen Systems wurde eine nationale Aufgabe, unumgänglich für die Entwicklung der Produktivkräfte und den Fortschritt der ganzen italienischen Gesellschaft. Demokratische Erneuerung und Kampf für die sozialistische Revolution verbanden sich organisch miteinander.“<sup>6</sup>

Einen grundlegenden Beitrag zur theoretischen Fassung dieser strategischen Linie lieferte bekanntlich Antonio Gramscis Reflexion über die Oktoberrevolution, über die Lehre Lenins und über die Erfahrungen der italienischen Arbeiterkämpfe. Sie wurde entwickelt in Polemik mit dem mechanistischen Determinismus der Zweiten Internationale und – außerhalb der abstrakten Schemata, die alles sagen und nichts lehren – im konkreten Gesichtsfeld der gesellschaftlichen Realität Italiens. So arbeitet er die Strukturen heraus, die deren Entsprechung zum kapitalistischen Staat im allgemeinen ausmachen, die aber zugleich das besondere Kampfterrain der italienischen Arbeiterklasse charakterisieren. Auf diesem Wege gelangt Gramsci zu dem komplexen Begriff des „historischen Blocks“ als Schlüssel zum Verständnis der realen Erscheinungsform der Klassenherrschaft bzw. zur Festlegung der spezifischen Aufgaben einer bestimmten Arbeiterklasse:

„Das Proletariat kann in dem Maße zur führenden und herrschenden Klasse werden, wie es ihm gelingt, ein System von Klassenbündnissen zu schaffen, das ihm gestattet, die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung gegen den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat zu mobilisieren; und dies bedeutet in Italien, unter den realen, in Italien bestehenden Klassenverhältnissen, in dem Maße, wie es ihm gelingt, die Zustimmung der breiten bäuerlichen Massen zu erlangen. Aber die Bauernfrage in Italien ist geschichtlich bedingt, sie ist nicht die ‚Bauern- und Agrarfrage im allgemeinen‘; in Italien hat die Bauernfrage infolge der bestimmten italienischen Tradition, infolge der bestimmten Entwicklung der italienischen Geschichte zwei typische und besondere Formen angenommen, die Frage des Südens und die Frage des Vatikans“<sup>7</sup>.

Ausgehend von der „Bauernfrage“ als dem ersten großen Problem, dem die Arbeiterklasse bei der Ausarbeitung ihrer Strategie zur Eroberung der Macht in Italien gegenüberstand, kam der Begründer der IKP dazu, die Erscheinungsformen der Klassenherrschaft grundlegend zu untersuchen, um „die bewegenden Kräfte“ der italienischen sozialistischen Revolution zu identifizieren. Für ihn stellt sich das Verhältnis zwischen den Klassen in einer bestimmten Gesellschaft nicht als einfache Ausübung der Herrschaft einer Klasse über andere dar; es wird

vielmehr dadurch kompliziert, daß es sich auf verschiedenen Ebenen organisiert und sich in verschiedenen, veränderlichen Funktionen der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen dynamisiert, die nur die Geschichte erklären kann. Gramsci schreibt:

„Die Vorrangstellung einer gesellschaftlichen Gruppe manifestiert sich auf zweierlei Weise, als ‚Herrschaft‘ und als ‚intellektuelle und moralische Führung‘. Eine gesellschaftliche Gruppe herrscht über feindliche Gruppen, die sie zu ‚liquidieren‘ oder zu unterwerfen bestrebt ist – auch mit Waffengewalt –, und sie führt nahestehende und verbündete Gruppen. Eine gesellschaftliche Gruppe kann und muß sogar führend sein, bevor sie die Regierungsmacht erobert (dies ist eine der Hauptbedingungen für die Eroberung der Macht); danach, wenn sie die Macht ausübt, und auch, wenn sie sie fest in der Faust hält, wird sie herrschend, muß aber fortfahren, auch ‚führend‘ zu sein“<sup>8</sup>.

Dies ist die Gramscische Konzeption des Staates als wirkliche Ausübung der *Hegemonie* (Herrschaft + Führung) einer Klasse über die ganze Gesellschaft, eine Konzeption, die ihrerseits an den Begriff des „historischen Blocks“ als sozialer, politischer, kultureller und ideologischer Tatsache gebunden ist, als System gesellschaftlicher und politischer Bündnisse, das eben durch eine Hegemonie zusammengehalten wird:

„Die Struktur und die Suprastrukturen (der Überbau) bilden einen ‚historischen Block‘, d. h. die komplexe und widersprüchliche Gesamtheit der Suprastrukturen ist der Reflex der Gesamtheit der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse“, wobei „die materiellen Kräfte der Inhalt sind und die Ideologien die Form – eine rein didaktische Unterscheidung von Form und Inhalt, denn die materiellen Kräfte wären historisch nicht begreifbar ohne Form und die Ideologien wären individuelle Gespinste ohne die materiellen Kräfte“<sup>9</sup>.

Aus diesem theoretischen Ansatz ergeben sich bedeutende Konsequenzen für die Strategie der Arbeiterklasse. Wo Gramsci die trotzkistische Theorie der permanenten Revolution diskutiert, wobei er eine während des Ersten Weltkriegs in Gebrauch gekommene militärische Terminologie benutzt, sagt er:

„Mir scheint, Lenin hatte verstanden, daß eine Wendung vom Bewegungskrieg, der 1917 im Osten erfolgreich war, zum Stellungskrieg, als dem im Westen einzig möglichen, nötig war (. . .) Dies, so scheint mir, ist die Bedeutung der Formel von der ‚Einheitsfront‘ (. . .) Im Osten war der Staat alles, die bürgerliche Gesellschaft steckte in ihren Anfängen, und ihre Konturen waren fließend; im Westen herrschte zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft ein ausgewogenes Verhältnis, und wenn der Staat wankte, so entdeckte man sofort die kräftige Struktur der bürgerlichen Gesellschaft. Der Staat war ein vorgeschobener Schützengraben, hinter dem eine robuste Kette von Befestigungswerken und Kasematten lag, natürlich von Staat zu Staat verschieden stark, aber gerade dies erforderte eine eingehende Erkundung nationaler Charaktere“<sup>10</sup>.

Diesem Punkt folgt die Möglichkeit einer etappenweisen „Machtergreifung“ durch das Proletariat, zu verstehen als Erlangung der Hegemonie. Das Moment der intellektuellen und moralischen Führung ist Bedingung für das Erringen und die Bewahrung der Herrschaft. Damit ergibt sich für das Proletariat auch die große und verpflichtende Aufgabe, die Bourgeoisie auch auf kultureller Ebene zu besiegen – nicht nur auf politischer und sozialer –, um ihrem Einfluß, ihrer Hegemonie die werktätigen Massen im allgemeinen und die Mittelschichten im be-

sonderen zu entziehen. Notwendig ist also eine Massenpolitik, die – indem sie auf demokratischem Terrain operiert und die Demokratie so weit entwickelt, daß ihre formalen bürgerlichen Schranken überwunden werden – dem Proletariat die immer breitere und festere „Zustimmung“ der arbeitenden Bevölkerung sichert. Es ergibt sich also eine neue Verknüpfung von Demokratie und Sozialismus aus dieser „konkreten Analyse der konkreten Situation“ und der entsprechenden theoretischen Ausarbeitung. Der ganze Kampf gegen den Faschismus in den zwanziger, dreißiger und der ersten Hälfte der vierziger Jahre hat diese allgemeine Haltung ausdrücklich bestätigt und politisch konkretisiert. Das soll nicht heißen, die IKP habe sich immer vollständig in dieser Richtung entwickelt, als ob alles von Anfang an klar gewesen sei und letztlich Gramsci der Theoretiker des italienischen Wegs zum Sozialismus gewesen sei. Es handelte sich vielmehr um einen mühseligen, mitunter widersprüchlichen Prozeß der Analyse und theoretischen Ausarbeitung, denen der politische Kampf jeweils Impulse gab, Überprüfungen abverlangte und Probleme eröffnete.

Aus diesem Prozeß, dessen vielleicht bedeutendste Etappe die Faschismus-Analyse war<sup>11</sup>, ergab sich das, was erst 1956 als „italienischer Weg“ bezeichnet wurde, in einem Dokument, das nach wie vor die Grundlage der Linie der IKP bildet. Es handelt sich um die *Programmatische Erklärung*, die vom 8. Parteitag der IKP im Dezember 1956 gebilligt wurde<sup>12</sup>. Sie entwarf den Aufbau einer neuen Gesellschaft und eines neuen Staates, in denen für immer die Wurzeln des Faschismus beseitigt sind.

„Dies kann noch kein sozialistischer Staat sein, aber es darf nicht mehr der bürgerliche Staat sein, der vom großen Besitz und den kapitalistischen Monopolen beherrscht wird. Es muß sich um eine neue Macht handeln, die ihre Basis in der Arbeiterklasse, den Bauern und dem werktätigen Mittelstand hat, die das Monopol des großen Grundeigentums zerstört, die ihre Schläge gegen die Monopole der Industrie richtet, die die ökonomischen Strukturen transformiert, die alle Freiheitsrechte garantiert und ausweitet, die die Verkrustungen der Bürokratie und der Polizei zerstört, die den Staat der Herrschaft der alten engbegrenzten Oligarchien entzieht, die ein System breiter Autonomien einführt und die der ganzen demokratischen Ordnung einen neuen Inhalt gibt – den des Fortschritts in Richtung einer tiefgreifenden Transformation der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung“.

Diese neue Ordnung, die *progressive Demokratie*, die in den Vorstellungen der IKP das Ziel des nationalen antifaschistischen Befreiungskampfes gewesen war, erreichte bereits 1946 ein Moment formaler Verwirklichung in der republikanischen Verfassung, die mit entscheidender Beteiligung der Kommunistischen Partei ausgearbeitet wurde. Die IKP betrachtet die republikanische Verfassung nicht als Mittel, um die Instrumente der bürgerlichen Demokratie bis zum Moment des bewaffneten Aufstandes zur Eroberung des Staates und für seine Umgestaltung in einen sozialistischen Staat zu benutzen, sondern als einen Einheitspakt, der frei von der großen Mehrheit des italienischen Volkes geschlossen wurde und der zur Grundlage der organischen Entwicklung des nationalen Lebens „für eine ganze historische Periode“ wurde. Im Rahmen dieses Paktes lassen sich in voller verfassungsmäßiger Legalität die *Strukturreformen* realisieren, die notwendig sind, um die Macht der monopolistischen Gruppen zu untergraben, die Interessen aller Werktätigen gegen die Wirtschafts- und Finanzoligarchien zu

verteidigen, um diese Oligarchien von der Macht auszuschließen und die werktätigen Klassen an ihre Stelle zu setzen. So „existieren in Italien die Bedingungen dafür, daß – im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung – die Arbeiterklasse sich zur führenden Klasse organisiert, die um ihr Programm der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft und des Staates die große Mehrheit des Volkes zusammenschließt“. Die Klassennatur des Staates soll *von innen heraus* transformiert werden. Aus der klassischen marxistischen und leninistischen Position ergibt sich, daß der bürgerliche Staatsapparat zu „zerschlagen“ und durch den proletarischen zu ersetzen ist. Es genügt, aufmerksam die klaren Unterscheidungen nachzulesen, die Lenin in seinem Artikel „*Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?*“ vom September 1917 traf<sup>2a</sup>, zwischen „Unterdrückungsapparat“ (Heer, Polizei, Bürokratie) – der zerschlagen werden muß – und „Kontrollapparat“ (etwa die Banken, die Post usw.), der vielmehr entwickelt, vergrößert und „mit dem ganzen Volk verbunden“ werden muß. Es genügt, über diese Leninsche Position nachzudenken, um zu begreifen, warum sich die Aufgabe weniger linear darstellt, als es abstrakt scheint, und warum es notwendig ist, sich zu überlegen, welche Veränderungen im Staatsapparat die Arbeiterklasse durch ihre Kämpfe schon vor der „Machtergreifung“ herbeiführen kann. Das um so mehr – nach den Darlegungen Lenins in derselben Schrift –, wenn man nicht die Bedeutung der vertieften Demokratie für die Verwaltung eines Staates von proletarischem Typus vergißt.

Es ist notwendig, auf zwei wesentliche Elemente des italienischen Wegs zum Sozialismus einzugehen: die „Strukturreformen“ und die Verteidigung und Entwicklung der demokratischen Institutionen des Staates. Hinsichtlich des ersten Elements geht schon aus der Bezeichnung hervor, daß es sich nicht um die unorganischen, vorwiegend politischen Reformen des traditionellen sozialdemokratischen Reformismus handelt, sondern um Erneuerungen, die grundlegend in die ökonomischen und politischen Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft eingreifen, die das Wesen der Eigentums- und Machtverhältnisse berühren. Um erfolgreich zu sein, müssen diese Reformmaßnahmen sich in ein systematisches Programm einfügen, dessen Resultat ein realer Fortschritt für das Proletariat hinsichtlich der Macht sein wird, eine Transformation der Kräfteverhältnisse in progressivem Sinn zwischen werktätigen Massen und herrschenden Klassen. Natürlich ändert diese oder jene Strukturreform nicht an und für sich die Natur der kapitalistischen Gesellschaft und des kapitalistischen Staates; diese wird nur mit den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen und der Entwicklung der Arbeiterklasse zur hegemonialen Klasse eines neuen „historischen Blocks“ verändert werden.

Einige Teile des Staatsapparates sind durchaus ein „Unterdrückungsapparat“; er hat jedoch nicht nur das enorm entwickelt, was Lenin als „Kontrollapparat“ bezeichnete (es sei z. B. außer auf die staatlichen Banken auf das ganze System der Unternehmen mit staatlicher Beteiligung hingewiesen, wo der Staat durch Gesetz überall die Aktienmehrheit besitzt), sondern er besitzt in seinen Institutionen der repräsentativen Demokratie einen expansiven Faktor der inneren Transformation. Es stimmt zwar, daß man den illusorischen Charakter der bürgerlichen Demokratie nie aus dem Auge verlieren darf; ebenso wahr ist freilich,

daß dieses Illusorische in umgekehrtem Verhältnis zur Entwicklung der Demokratie steht. Man kann sagen, daß es Aufgabe der Arbeiterklasse ist, im Interesse aller werktätigen Massen und unter der Perspektive einer Überwindung der gegenwärtigen bürgerlichen Ordnung dafür zu kämpfen, daß die demokratischen Prinzipien einen realen Inhalt erhalten. Die Freiheit des Denkens und der Meinungsäußerung, das Koalitionsrecht und die persönlichen Rechte, das ganze System der staatsbürgerlichen und politischen Rechte, das von der bürgerlichen Gesellschaft entwickelt wurde, und die dazugehörigen demokratischen Institutionen sind eine positive Hinterlassenschaft, deren Erbe objektiv die Arbeiterklasse wird, ebenso wie sie objektiv Erbe der materiellen Produktivkräfte wird. Diese Freiheiten, Rechte und Institutionen sind Errungenschaften, in denen die Arbeiterklasse äußerst wichtige Kampfinstrumente findet, aber auch historische Werte, die verteidigt werden müssen. Unter der Perspektive des Aufbaus einer Gesellschaft, deren Endzweck die volle formale und reale Freiheit aller ist, ergibt sich das organische und nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen vorgeschobene Interesse der werktätigen Massen, das zu verteidigen, zu stärken und zu entwickeln, was an diesem Staat demokratisch ist. Dazu gehören auch die parlamentarischen Institutionen, deren Kontrollbefugnisse über die Exekutive ausgedehnt werden müssen. In Italien ist schon ein recht tiefgreifender Prozeß in Gang gekommen, der darauf abzielt, die *politische Macht* (sowie die Macht der Verwaltung) in gewählten demokratischen Institutionen (Regionen, Provinzen, Kommunen), die die Kontrolle und die Beteiligung des Volks am staatlichen Leben erweitern, zu „dezentralisieren“. Das Verhältnis zwischen den demokratischen Institutionen des Staates und dem Leben und dem organisierten Kampf der werktätigen Massen kann nicht nur ein Verhältnis der Repräsentanz sein, auch wenn diese bei konsequent revolutionären Parteien liegt. Das würde in der Tat bedeuten, in die Illusion der bürgerlichen Demokratie zu verfallen, es existiere ein „parlamentarischer Weg“ zum Sozialismus. Die sogenannte *Strategie der 51 %* ist eine bloße parlamentaristische Illusion, auch wenn die Eroberung der parlamentarischen Mehrheit durch die Parteien der Linken für die Volksmassen eine weitere wichtige Machtposition bedeuten würde.

Die Handlungsfähigkeit dieser demokratischen Institutionen rührt zum geringsten Teil von formalen juristischen Garantien her; sie erhalten erst Kraft und Lebensenergie aus dem direkten Kontakt mit den demokratischen Organen, die die Bewegung der Massen selbständig hervorbringt. Hieraus ergibt sich die wesentliche Funktion der Parteien, der Gewerkschaften mit ihrer autonomen Aktion sowie der verschiedenen Massenbewegungen (etwa der Frauen, der Schüler, Studenten und Jugendlichen) und demokratischen Basisorgane (etwa Fabrikräte, Wohngebietskomitees, Gemeindeverbände, Schulräte usw.), die darauf abzielen, die Präsenz der Massen im öffentlichen Leben zu vergrößern und sie in einem System *dezentralisierter Demokratie* zu institutionalisieren.

Der diesem Prozeß inhärente Pluralismus ist nicht etwas, das man nach Belieben akzeptieren oder ablehnen kann; er ist ein Faktum, das man in Rechnung stellen muß, um so mehr, als er in Italien tiefe historische Wurzeln und Ursachen sozialer und kultureller Art hat. Es geht darum, diesen Pluralismus in ein korrektes dialektisches Verhältnis mit der politischen Synthese, die auf natio-

ner Ebene zu verwirklichen ist, und der gleichermaßen notwendigen Einheit der werktätigen Massen im Kampf gegen den Monopolkapitalismus zu stellen. Dies ist der Sinn des „historischen Kompromisses“, den die IKP den beiden andern großen Volkskräften in Italien vorschlägt, den Sozialisten und den Katholiken. Auf diese Weise soll die Einheit der großen Mehrheit des italienischen Volkes gesichert werden, um zu verhindern, daß ein eventuelles reaktionäres Abenteuer die Massen uneinig vorfindet und die – sei es auch nur passive und zeitweilige – Unterstützung von Teilen des Mittelstandes erhält. Aber diese Einheit kann sich nur verwirklichen auf der Grundlage eines Prozesses der Ausweitung der Demokratie, in dem alle unteren Klassen und auch die Mittelschichten ihr reales Interesse am antimonopolistischen Kampf zum Ausdruck bringen. So muß der „historische Kompromiß“ einen positiven Inhalt haben – wirtschaftliche Entwicklung, soziale Reformen, Ausweitung der staatsbürgerlichen Freiheiten und Rechte. Der kulturelle Pluralismus – d. h. ein fairer ideeller Wettbewerb, in dem die Arbeiterklasse den ganzen Reichtum des Denkens frei ausdrücken kann, der sich aus ihren Traditionen und ihren Erfahrungen ergibt und durch den sie die intellektuelle und moralische Führung der Nation übernimmt – gehört gewiß nicht zu den sekundären Inhalten dieses demokratischen Prozesses. Für die IKP gilt jedenfalls, was Togliatti formulierte:

„Das, was wir bisher vom ‚italienischen Weg‘ realisiert haben, ist vor allem dem Kampf der Volksmassen zu verdanken; das, was wir noch erreichen werden, wird das Ergebnis anderer Kämpfe und der Erfahrungen sein, die wir in ihrem Verlauf machen werden. Das demokratische Engagement unserer Partei ist eine Voraussetzung, ebenso unverzichtbar wie unser Streben, stets möglichst eng mit den Bedingungen und Traditionen unseres Landes und unserer Arbeiterbewegung verbunden zu sein“<sup>13</sup>.

#### Anmerkungen

1 Im September 1917, als bereits klar war, daß der bewaffnete Aufstand auf der Tagesordnung stand, äußerte Lenin nicht nur, daß „die friedliche Entwicklung der Revolution (...) möglich und wahrscheinlich“ sei und daß „die Bolschewiki alles tun (werden), damit diese friedliche Entwicklung der Revolution gesichert wird“ (in dem Aufsatz „Die russische Revolution und der Bürgerkrieg“ vom 29. September, Werke Bd. 26, S. 20 und 25); er appelliert vielmehr konkret an die andern Linksparteien, diese „in der Geschichte der Revolutionen äußerst seltene Gelegenheit“ auszunutzen, die u. a. Sowjetrußland eine neue Perspektive für die Zukunft eröffnen würde. „die friedliche Entwicklung der Revolution (...), die friedliche Wahl der Deputierten durch das Volk, den friedlichen Kampf der Parteien innerhalb der Sowjets, die Erprobung der Programme der verschiedenen Parteien durch die Praxis, den friedlichen Übergang der Macht aus den Händen einer Partei in die einer anderen“ („Die Aufgaben der Revolution“, 9./10. Oktober, Werke Bd. 26, S. 51)

2 „Über eine Karikatur auf den Marxismus“, Lenin, Werke Bd. 23, S. 64.

3 Ebenda, S. 69.

4 P. Togliatti: *Il Partito comunista italiano*. II edizione, Roma 1970.

5 F. Engels, Die künftige italienische Revolution und die Sozialistische Partei (1894), MEW 22, S. 439.

5 a Ebda., S. 440 f.; vgl. auch MEW 4, S. 474 u. 492.

6 Togliatti, a.a.O., S. 31.

7 Antonio Gramsci: *Die süditalienische Frage*, Berlin 1955, S. 8.

8 Ders.: *Quaderni del carcere*, ed. critica, Torino 1975, S. 2010 f.

9 Ebenda, S. 1051 und 869.

10 Antonio Gramsci: *Philosophie der Praxis. Eine Auswahl*, Frankfurt/M. 1967, S. 347.

11 Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Analyse lieferte 1935 Togliatti mit den „Lektionen über den Faschismus“ (dt. Frankfurt/M. 1972). In diesem Werk gab Togliatti dem Faschismus die später geläufig gewordene Definition eines „reaktionären Massenregimes“. Damit sollen zwei Momente benannt werden, die das faschistische Regime charakterisieren: die Klassendiktatur und seine Massenbasis. Seine analytische Aufmerksamkeit richtete er vor allem auf den letzteren Aspekt, um daraus eine zweifache Konsequenz zu ziehen: ohne Sektierertum muß man einerseits politisch auch innerhalb der faschistischen Massenorganisationen arbeiten und andererseits die kleinbürgerlichen Massen für den Antifaschismus gewinnen. Wir haben hier die Voraussetzungen für jene Haltung, die aus der „antifaschistischen Ideologie“ eine Tatsache politischer Organisation der italienischen Volksmassen machen wird, aus der sich dann ihrerseits die Linie der „nationalen antifaschistischen Einheit“ der Resistenza ableitet und auch die Ausarbeitung der republikanischen Verfassung.

12 Der offizielle Titel dieses Dokuments ist „*Elementi per una dichiarazione programmatica del Partito comunista italiano*“, und es ist im Protokoll des genannten Parteitags zu finden.

12 a Vgl. Lenin, Werke Bd. 26, S. 89.

13 P. Togliatti: Rapporto al CC del PCI, giugno 1956, in: *La via italiana al socialismo*, Roma 1956, S. 122.

Aus dem Italienischen von Winfried Roth

Alberto Scarponi, geb. 1934 in Rom, ist, als Redaktionsleiter von *Critica marxista*, Parteifunktionär der KPI. Er ist Herausgeber eines Bandes der italienischen Marx-Engels-Gesamtausgabe und Übersetzer von Lukács „Ontologie“.

Clodomiro Almeyda

## **Demokratie in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus \***

Vor dem Hintergrund der Problematik, die der reichen Erfahrung aus der tragischen Unterbrechung des revolutionären Prozesses in meinem Land, in Chile, zu entnehmen ist, möchte ich meine Ansicht zur Gesamtheit der bei dieser Konferenz geführten Debatten darlegen. Zunächst möchte ich feststellen, daß bei diesen Diskussionen eine bemerkenswerte und positive Sorge um die Notwendigkeit vorherrschte, die Demokratie im Verlauf des revolutionären Umwälzungsprozesses vom Kapitalismus zum Sozialismus zu schützen und zu entwickeln. Diese Besorgnis ist mit besonderem Nachdruck von unseren Freunden aus den westeuropäischen Ländern zum Ausdruck gebracht worden, und ich glaube, daß ich nur meine Freude über dieses Bestreben äußern kann, denn es ist auf Verhinderung von für den Übergang zum Sozialismus und seinen Aufbau schädlichen autoritären und bürokratischen Deformationen gerichtet. Diesbezüglich bin ich der Meinung, daß die italienischen Kommunisten auch in der Praxis positive Lehren aus unserem revolutionären Versuch gezogen haben, weil sie in angemessener Weise seine große Schwäche berücksichtigt haben, die darin bestand, daß dieser revolutionäre Prozeß durch einen Wahlsieg eingeleitet wurde, bei dem nur wenig mehr als ein Drittel der Wählerschaft für den Kandidaten der Unidad Popular stimmte. Die Notwendigkeit, diese schwache Unterstützung im Volk zu vermeiden, hat sie unter anderen Gründen dazu veranlaßt, ihre Bemühungen um einen breiten Mehrheitskonsens für revolutionäre Veränderungen in ihrem Land zu verstärken, um so die Bedingungen für den Vollzug des revolutionären Vorhabens ohne bedeutende Einbrüche zu schaffen.

Wenn so einerseits die Schlußfolgerungen aus den Geschehnissen in Chile zum Bemühen um eine breitere demokratische Unterstützung für eine Revolution geführt haben, dann hat unsere dramatische Erfahrung andererseits nicht weniger entscheidende Lehren in dem Sinn gezeitigt, daß die ererbte bürgerliche Demokratie während des revolutionären Prozesses substantiell umgewandelt und überwunden werden muß, wenn wir nicht wollen, daß sich die tragischen Ereignisse von Chile, die Ihnen alle gegenwärtig sind, auf anderen historischen Schauplätzen wiederholen. Diese Umwandlungen der Demokratie sind durch die objektive Entwicklung des revolutionären Prozesses bestimmt. Es handelt sich um Anforderungen, die in der Revolutionstheorie schon berücksichtigt und nun von der Praxis bestätigt sind. Wenn diesen Anforderungen nicht genügt wird, zieht das eine Beeinträchtigung des gesamten Prozesses nach sich und führt un-

\* Für die Veröffentlichung ausgearbeitete Fassung eines Diskussionsbeitrags zur Sozialismus-Konferenz von Cavtat 1976 (vgl. den Tagungsbericht in diesem Heft). Aus dem Spanischen übersetzt von Hans-Werner Franz.

weigerlich wie im Fall Chiles zum Faschismus. Zu einigen dieser Umwandlungen der bürgerlichen Demokratie, wie sie sich in der revolutionären Praxis als erforderlich erwiesen haben, möchte ich nun Stellung nehmen.

Die erste Umwandlung der Demokratie, die eine Übergangsphase verlangt, ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Revolution so auszustatten, daß sie in der Lage ist, sich gegen antidemokratische und konterrevolutionäre Tendenzen, wie sie unweigerlich aus ihr hervorgehen, zu verteidigen. Es zeigt sich, daß die von den sozialen Veränderungen direkt betroffenen gesellschaftlichen Klassen notwendigerweise versuchen, die demokratischen Methoden aufzugeben und sich zur Wiedergewinnung ihrer Macht subversiver Mittel zu bedienen. Und das ist unausweichlich so, denn die Revolution bedroht die für ihre Weltanschauung und ihre Haltung bestimmenden Grundwerte. Die Gegenrevolution ist für sie ein politischer Imperativ und ein Erfordernis ihrer „Ethik“, dem sie sich nicht entziehen können. Es ist kein Zufall, daß der reaktionäre spanische Klerus die Mordwaffen Francos gesegnet hat. Daraus folgt, daß notwendig der Versuch gemacht werden wird, gegenrevolutionäre Gewalt anzuwenden, wie sie für den Faschismus charakteristisch ist; und aus eben diesem Grunde ist es notwendig für die Revolution, sich mit den erforderlichen Mitteln zu rüsten, um sich der Konterrevolution erfolgreich entgegenstellen zu können. Dafür reichen die Verteidigungsmechanismen der gefestigten bürgerlichen Gesellschaftsordnung, wie sie in den westlichen Demokratien bestehen und von den revolutionären Ordnungen ererbt werden, nicht aus. Und zwar aus folgendem Grund: Es ist ein soziologisches Gesetz, daß der einflußreichste ideologische Überbau einer Gesellschaft der ist, der die Interessen der herrschenden Klassen rationalisiert. Daher mag die Zersetzung der Ideologie der konservativen Klassen in einer revolutionären Situation noch so weit fortgeschritten sein, diese Ideologie wird dennoch versuchen, für das Verhalten der gesamten Bevölkerung und der ererbten Institutionen von ausschlaggebender Bedeutung zu sein; und deshalb ist sie eine natürliche und unerschöpfliche Quelle gegenrevolutionärer Verhaltensweisen. Wenn man bedenkt, daß normalerweise, d. h. unter den Bedingungen, wie wir sie voraussetzen und wie sie in den westlichen bürgerlichen Demokratien vorherrschend sind, die Streitkräfte, die Justiz und andere entscheidende Machtinstanzen die Werte der herrschenden Klassen verkörpern, dann ergibt sich daraus für die Revolution die Forderung der radikalen Umwandlung dieser Institutionen; zu diesem Zweck muß die traditionelle Demokratie ihrerseits Umwandlungen erfahren. Wenn den konservativen Klassen die Kontrolle besonders über die „legitime“ Gewalt, deren Monopol bei den Streitkräften liegt, nicht entrissen wird, ist es unmöglich, die kritischen Momente, die jeder revolutionäre Prozeß erlebt, mit Erfolg zu überstehen. Das gleiche läßt sich für die Situation sagen, die sich aus dem entscheidenden Einfluß ergibt, über den die konservativen Klassen durch den Besitz und die Ausrichtung der Massenkommunikationsmittel verfügen. Wenn diese Situation nicht von Grund auf verändert wird durch die Regelung der Ausübung der Informationsfreiheit, dann führt dies zwangsläufig zur Manipulation der Information durch die reaktionären Klassen mit dem Zweck, das Bewußtsein der Massen zu verwirren und zu täuschen und somit zu verunmöglichen, daß die Massen in Kenntnis der Wahrheit handeln.

Zweitens glaube ich, daß auch die traditionelle repräsentative Demokratie, die eine Beteiligung nur mit Wahlabsichten und durch periodische Wahlen zuläßt, während des revolutionären Prozesses eine Modifizierung erfahren muß, indem zahlreiche neue Formen der Kommunikation und der Einflußnahme des Volkes auf die Macht geschaffen werden; auf diese Weise soll eine Beziehung hergestellt werden, die es dem Staat erlaubt, direkt und vermittelt des Parteiensystems die Meinungen und Initiativen der Massen aufzunehmen, und die ihn in die Lage versetzt, sie nach ihrer Verarbeitung und Umsetzung in einer politischen Linie zur Orientierung und Führung der Massen zu nutzen.

Drittens glaube ich, daß selbst das traditionelle Mehrparteiensystem im Lager der revolutionären Kräfte für die revolutionäre Entwicklung nicht zweckmäßig ist. Verschiedene Parteien mit in vieler Hinsicht unterschiedlichen Positionen können, wenn sie den Prozeß nicht lähmen wollen, unmöglich eine Revolution führen wollen. Zumindest muß zwischen ihnen eine Verbindung hergestellt werden, die die Dringlichkeit und Entwicklung einer *einzig großen Führungskraft der Revolution* begünstigt, welche, wie Lenin sagt, eine notwendige Bedingung für ihren Erfolg ist.

Im allgemeinen ergibt sich aus dem Überleben des bürgerlichen Überbaus während der Übergangsphase für den revolutionären Prozeß eine Reihe von Hindernissen, die es den konservativen Kräften erlauben, mit Hilfe der sozialen Bereiche, die noch unter ihrer ideologischen Kontrolle stehen, die Interessen an einer Veränderung zum Scheitern zu bringen. Tatsächlich gibt es im Verlauf sozialer und ökonomischer Umwälzungen notwendigerweise Momente, in denen diese Umwälzungen einen Wandel im Verhalten der Individuen erforderlich machen, bevor sich die Legitimität und die Skala revolutionärer Werte gefestigt haben. Und dieser Wandel im Verhalten des Gesellschaftskörpers bedingt die weitere Fortsetzung der Revolution. Es wird daher nötig, die bürgerlichen Freiheiten gemäß den neuen Bedingungen und revolutionären Zielen neu zu definieren und dementsprechend zu regeln. Das schließt insofern eine Beschränkung ihrer Ausübung ein, als sie an Klassenwerte gebunden sind und Quelle des Mißbrauchs und für den Fortschritt der Revolution schädlicher Verhaltensweisen sein können. Diese Beschränkungen der bürgerlichen Freiheiten entkleiden sie lediglich ihres Klassencharakters und dürfen sie nicht beeinträchtigen, soweit sie den Schutz der Menschlichkeit (*condición humana*) beinhalten, den der Sozialismus ja gerade erweitern und vertiefen will. Es geht nur darum, den Mißbrauch eines Rechtes oder einer Freiheit zu verhindern, deren Bestimmung es ist, legitime menschliche Entfaltungsmöglichkeiten (*potencialidad humana*) zu formulieren; zu vermeiden, daß diese Freiheiten von den Konterrevolutionären zur Behinderung und Vernichtung des Prozesses der fortschreitenden menschlichen Befreiung, die den Wesensgehalt der Revolution ausmacht, manipuliert werden können. Mit dieser Absicht muß die sozialistische Gesetzlichkeit in der Übergangsperiode für die Erhaltung der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit sorgen. Dieser Prozeß ist im übrigen hinsichtlich des Rechts auf Eigentum schon in all jenen Gesellschaften eingeleitet, die bei ihrer Annäherung an den Sozialismus dieses Recht so geregelt haben, daß sein absoluter Charakter verneint, seine

Ausführungsbestimmungen und Ausführung gesellschaftlichen Bedürfnissen untergeordnet werden.

Das bedeutet schließlich in der Praxis, wenn man solche Geschehnisse wie in Indonesien, in Chile, in Bolivien, in Uruguay, in Brasilien vermeiden will, daß die repräsentative Demokratie, wie sie in ihrer scheinbaren Neutralität von der bürgerlichen Ordnung ererbt wird, während der Übergangsperiode zu einer *revolutionären und antifaschistischen Demokratie* wird, die in der Lage ist, die Konterrevolution offen und legitim zu bekämpfen, die Verzerrung der öffentlichen Meinung durch den Feind zu verhindern, das Volk in vielfältiger Weise in die Machtinstanzen einzubeziehen; und die auch in der Lage ist, die Entwicklung einer Führungskraft der Revolution zu fördern, ohne die die Revolution unmöglich ist. Ich verstehe, daß der demokratische Aspekt des Staates unter den westeuropäischen Bedingungen das sichtbare Antlitz des Staates ist, denn dort ist heute die etablierte Ordnung nicht wirklich in Gefahr. Doch ich bin sicher, daß in dem Augenblick, in dem in Frankreich oder in Italien die Machtfrage wirklich auf der Tagesordnung steht, der *Zwangsaspekt* des Staates sichtbar werden wird; sei es, weil der Faschismus versuchen wird, den revolutionären Kräften den Zugang zur Regierung zu verstellen, sei es, weil diese Kräfte, wenn sie an die Regierung gelangen, notwendigerweise Zwang gegen die Konterrevolution anwenden müssen.

Wir haben uns in Chile auch sehr um die Bewahrung der Freiheiten und wenig um unsere eigene Organisation gekümmert, um der konterrevolutionären Gewalt entgegenzutreten. Aus eben diesem Grunde muß unser Volk heute alle Freiheiten entbehren und die grausamste und erbarmungsloseste aller Gewalten erleiden.

Im marxistischen Denken weist der Staat als politische Macht immer zwei Aspekte auf: einen *demokratischen* als Ausdruck des sozialen Konsenses; und einen *diktatorischen* als Ausdruck des Interesses der herrschenden Klasse in der Gesellschaft, das als Zwang seine Verkörperung im Recht findet. Der zwanghaft klassenmäßige Aspekt ist allerdings grundlegend, da in jeder Klassengesellschaft die Interessen der gesamten Gesellschaft gemäß den Reproduktionsbedürfnissen der herrschenden Gesellschaftsordnung ausgelegt und umgesetzt werden. Das läßt sich am Beispiel des Bildungssystems in der bürgerlichen Gesellschaft nachvollziehen, wo die Tätigkeit des Staates zur Befriedigung der Bildungsbedürfnisse der Bevölkerung im Interesse und im Einklang mit den Anforderungen der Reproduktion und Entwicklung des Gesellschaftssystems ausgeführt wird. Vor allem muß dabei jedoch an die Aufgabe der Streitkräfte gedacht werden, deren Existenz mit Gründen der nationalen Sicherheit gerechtfertigt wird, die in den Klassengesellschaften mit den Werten und Institutionen gleichgesetzt wird, auf denen die Gesellschaftsordnung ruht.

In der Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus beinhaltet das politische System ebenfalls diese beiden Aspekte. Es ist demokratisch für die Werktätigen, ja man kann sagen für die gesamte Gesellschaft, und diktatorisch gegenüber den Interessen der bis dahin herrschenden Klassen, die institutionell unterdrückt werden, um die Konterrevolution zu verhindern und die ehemals Herrschenden zu zwingen, sich gemäß der neuen Sozialordnung zu verhalten,

die im Aufbau begriffen ist. In dieser Periode paßt sich die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse dem demokratischen Charakter an, den der Staat in dieser Etappe allmählich annimmt, wobei jetzt das Interesse der gesamten Gesellschaft den Vorrang erhält vor dem der bis dahin Privilegierten. Desgleichen paßt sich das Bedürfnis der Gesellschaft nach einer sie regelnden Ordnung dem Klasseninteresse des Proletariats an einer Verhinderung der Gegenrevolution an; hierbei dient der Staat juristisch, was soviel heißt wie: in Zwangsform, als Mittel zur Kontrolle der Aktivitäten, welche die neue, im Entstehen begriffene Gesellschaftsordnung gefährden.

Daher ist zur wissenschaftlichen Kennzeichnung dieser politischen Form der Begriff der *demokratischen und revolutionären Diktatur der Werktätigen* als Konzept und Bezeichnung korrekt. Und nichts anderes bedeutet auch der wissenschaftliche Begriff der Diktatur des Proletariats. Dies gilt ungeachtet der gedanklichen Assoziationen, die diesen Begriff als Bezeichnung, nicht als Begriff mit negativen Bildern und politischen Praktiken der Willkür und Freiheitsvernichtung verbinden; daher kann es unter bestimmten Umständen aus taktischen Gründen ratsam sein, ihn durch einen anderen Begriff zu ersetzen, der nicht diese schädlichen Gedankenverbindungen aufkommen läßt.

Clodomiro Almeyda, geb. 1923, ehemaliger Außenminister der Unidad Popular-Regierung, ist Mitglied der sozialistischen Partei Chiles und Exekutivsekretär der Unidad Popular.

Rafael de la Vega

## Ein Revisionismus gegen Lenin?

### Kritische Betrachtungen über den „Eurokommunismus“ am Beispiel Spanien

Zu den Grundlagen der politischen Theorie des Marxismus gehört die Unterscheidung von drei Ebenen der politischen Aktion: *Ideologie*, *Strategie* und *Taktik*. Diesen drei Ebenen entsprechen drei verschiedene Entartungen: auf der Ebene der Ideologie der *Revisionismus*, auf der der Strategie der *Reformismus*, auf der Stufe der Taktik der *Opportunismus*. Der theoretische Revisionismus, das Aufgeben von Grundprinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus hat immer schon dazu geführt, reformistische Positionen in der Strategie und opportunistische in der Taktik zu beziehen. Inwieweit trifft der Vorwurf die Parteien Westeuropas, daß sie sich um einen „weissen“<sup>1</sup> Kommunismus bemühen? Wir werden unsere Überlegungen auf die spanische Kommunistische Partei beziehen; es sei jedoch im voraus gesagt, daß die Koinzidenz in den wesentlichen Punkten fast total ist zwischen der spanischen und der italienischen Partei, und daß es auch inzwischen zu einer weitgehenden Einigung mit der französischen gekommen ist<sup>2</sup>.

Die KP Spaniens mußte am längsten unter dem Faschismus leiden und kämpfen; sie ist immer noch illegal und verfolgt, und sieht sich heute mit demselben Feind und der Aufgabe seiner Vernichtung konfrontiert wie die französische oder italienische vor 35 Jahren: dem Faschismus. Während KPI und KPF auf eine lange Etappe des bürgerlichen Parlamentarismus im eigenen Lande zurückblicken können, auf eine Periode legaler, öffentlicher Tätigkeit, in der sie ihre Kader formieren, ihre Propaganda verbreiten und ihre Organisation festigen konnten, mußte die spanische Partei einen harten opferreichen Kampf gegen den Faschismus aufnehmen, in dessen Verlauf sie weit über zwanzigtausend Mitglieder verlor. Dazu kam die unermüdliche antikommunistische und antisowjetische Propaganda seitens der Regierung und der Kirche, die zusammen ein fast totales Monopol über die Information, das Bildungswesen und das kulturelle Leben besaßen, so daß man ihren Behauptungen, Verleumdungen und Lügen nichts entgegen konnte und sie folglich das politisch entmündigte Volk ideologisch und kulturell nach ihrem Willen manipulieren konnten.

Unter solchen Bedingungen führte die KP Spaniens einen wahrhaft einsamen Kampf, da alle anderen Parteien, die im Bürgerkrieg gegen Franco gekämpft hatten, aufgerieben oder desorganisiert waren. Nur mit großer Zähigkeit gelang es der KPS, eine illegale Organisation aufzubauen und die Grundlagen für die Überwindung des Faschismus zu setzen. Darüber, daß die KP die Hauptlast des antifaschistischen Widerstandes getragen hat, daß sie die einzige Partei war, die von Franco niemals ganz zerschlagen werden konnte, sind heute wohl alle politischen Parteien und Gruppen in Spanien einig. Ebenso über die weitsichtige, realistische Politik, die im VII. Partei-Kongreß 1965 festgelegt und im VIII. (1972) bestätigt und erweitert wurde. Alle damals von der KP als Grundlage nicht nur

ihrer eigenen Politik, sondern der gesamten spanischen demokratischen Opposition vorgeschlagenen Lösungen (Bündnis aller demokratischen Kräfte in einer antifaschistischen Front oder „Pakt für die Freiheit“, Bildung einer provisorischen Regierung der nationalen Versöhnung auf breitester Basis, Generalamnestie, Anerkennung der Rechte der nationalen Minderheiten, freie Gewerkschaften) wurden jahrelang von den anderen Parteien ignoriert, bespöttelt, zurückgewiesen. Heute bilden sie das unverzichtbare, offizielle Programm der demokratischen Opposition, von den Monarchisten über die Liberalen, die Christdemokraten, die Sozialdemokraten bis hin zu den linken Radikalen. Die KPS stand Pate bei der Bildung der ersten politischen Gruppierung der antifranquistischen Opposition, der „Junta Democrática“ (Juli 1973), sie hatte früher den ersten Keim der freien demokratischen Gewerkschaftsopposition ins Leben gerufen, die *Oposición Sindical Obrera* (O.S.O.), sie legte den Grundstein und half bis heute mit, die Arbeiterkommissionen zu organisieren, kampffähig zu machen und dabei die legale mit der illegalen Kampfform nach leninistischem Muster zu verbinden. Im Laufe dieser überaus schwierigen Zeit mußte die Partei ihre frühere Politik nicht nur revidieren (der bewaffnete Widerstand erwies sich als eine Fehlkalkulation), sondern auch aktualisieren, auf allen Fronten Selbstkritik üben und, nachdem die Weichen für die neue Linie gestellt wurden, die Vergangenheit vergessen und sich nur auf die konkrete Zukunft richten. Das Beispiel der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (P. S. O. E.), die im französischen oder mexikanischen Exil die Vergangenheit anstarrte und nicht in der Lage war, eine kohärente Politik für die Zukunft zu entwickeln, bestätigt die KPS in der Richtigkeit ihrer Politik. Der Prozeß der „Entstalinisierung“ war das Ergebnis einer reiflichen Reflexion über Funktion und Rolle der Partei unter den konkreten Bedingungen der spanischen Nation. Hatten doch nicht nur die Arbeiter und Bauern unter dem brutalen Joch des Faschismus gelitten, sondern auch Kleingrundbesitzer, kleine Produzenten, Handwerker, die Kleinbourgeoisie, die Intelligenz (so weit sie nicht ins Exil gegangen war), und waren alle demokratischen Parteien und Gruppen vom Faschismus verboten und verfolgt worden, nicht nur die KP oder die Kampforganisationen der Arbeiterklasse. Die spanische KP wußte sehr wohl, daß die faschistische Diktatur und ihre kapitalistische Wirtschaftsordnung die spanische Gesellschaft in eine Sackgasse ohne Alternative führen würde. Das Land war aber immer noch durch die tiefe Spaltung des Bürgerkrieges zerrissen, und der ganze Unterdrückungsapparat sowie die administrative, ökonomische und kulturelle Infrastruktur befanden sich unter der strengen Kontrolle des Franquismus. Nur eine breite Vereinigung aller antifaschistischen Kräfte, eine Art „*Résistance*“-Front auf der Basis der bürgerlich-demokratischen Freiheiten konnte in Spanien zur Versöhnung führen und eine Etappe der bürgerlichen Demokratie eröffnen, ohne die jeder weitere Schritt zum Sozialismus als utopisch oder linksextremistisch erscheinen muß.

Die wirtschaftliche Krise von 1958, die das Land an den Rand des Chaos brachte, und das Ende der Periode der wirtschaftlichen Autarkie (eine Folge der faschistisch-nationalistischen Politik der 40er Jahre), lösten nicht nur die ersten mächtigen Streik- und Protestbewegungen in der Geschichte des Franquismus aus, sie brachten dem Lande auch die erste Umstrukturierung der Wirtschaft

nach kapitalistisch-monopolistischem Muster und eröffneten den Prozeß der beschleunigten Industrialisierung und der Angleichung Spaniens an das kapitalistische Wirtschafts- und Marktsystem. Die Vereinigten Staaten übernahmen dabei die politische und diplomatische Schutzrolle, amerikanisches, kanadisches, westdeutsches und französisches Kapital flossen ins Land und setzten die Grundlagen eines mächtigen Aufschwungs, der aus Spanien die fünftgrößte Industriation Westeuropas und das Grundmodell eines abhängigen Kapitalismus innerhalb der industrialisierten kapitalistischen Welt machen sollte. Zu den interessantesten Aspekten der spanischen Entwicklung gehört, daß die Industrialisierung des Landes und die Anfänge der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht unter den politischen Bedingungen des bürgerlichen Liberalismus, sondern unter der Herrschaft eines nationalistischen, bornierten und opportunistischen Faschismus vollzogen wurden. Auch in diesem Fall bildet Spanien ein Unikum und kann als erstes Modell einer heute überall in der Welt angewandten Taktik des imperialistischen Monopolkapitalismus gelten<sup>3</sup>. Um so erfreulicher ist es, daß der Zusammenbruch des Faschismus als verfallende Schale der kapitalistischen Bourgeoisie Reserven freigelegt hat, die mit zu dem größten demokratischen Potential in Westeuropa zu rechnen sind. Es ist diese spezifische Lage, die eine überstürzte, schablonenhafte Beurteilung der Bedingungen des politischen Kampfes in Spanien verbietet.

Lenin wußte schon, daß die Arbeiterklasse sich „spontan zum Sozialismus hingezogen“ fühlt, aber auch, daß „die am weitesten verbreitete (und in den mannigfaltigsten Formen ständig wiederauferstehende) bürgerliche Ideologie“ sich trotzdem spontan dem Arbeiter am meisten aufdrängt<sup>4</sup>. Es ist nun so, daß in Spanien die bürgerliche Ideologie nicht die „am weitesten verbreitete“, sondern die einzig und allein verbreitete war: eine Staats- und Regierungsideologie totalitären Charakters, noch dazu von der fast uneingeschränkten Macht der Katholischen Kirche eifrig unterstützt, und das vierzig Jahre lang! Die Abschirmung des Landes gegenüber fremden Einflüssen, der Mißbrauch von historisch-nationalen, volkstümlichen und religiösen Ideen, aber auch von Vorurteilen und Ressentiments fiel auf den Boden einer vom Bürgerkrieg zerschlagenen und gelähmten Gesellschaft, die jahrzehntelang nur an das nackte Überleben denken konnte<sup>5</sup> und unter den Fesseln einer reaktionär-primitiven Zensur geistig dahinsiechte. So war es dem Kapitalismus möglich, eine beschleunigte Ausbeutung unter dem Deckmantel des ebenfalls beschleunigten Konsums von materiellen Gütern halbwegs zu verdecken. Für das spanische Proletariat (das unter ungeheuren Anstrengungen, Entbehrungen und Ausbeutung jetzt die ersten Krümel auf dem Tisch des Kapitalismus erwischen konnte), aber auch für die anderen Klassen und Schichten des Volkes eröffnete die Stabilisierung der neuen ökonomischen Verhältnisse eine Periode des relativen, wenn auch unsicheren Wohlstandes, die bei einer Anzahl von Arbeitern und Angehörigen der Mittelschichten das verständliche Gefühl des Stolzes und den Willen, das Erreichte auf jeden Fall zu behalten und zu verteidigen, erweckte. Insofern kann man auch für Spanien –mit den notwendigen Korrekturen– die Leninschen Analysen über die „Arbeiteraristokratie“ und die „trade-unionistische“ Mentalität gelten lassen. Es ist nicht leicht, einem spanischen Arbeiter –einem Facharbeiter der Automobil-

industrie, der Stahlproduktion, der Petrochemie– den Leninschen Gedanken klarzumachen, daß „die Arbeiteraristokratie gerade dadurch entstanden ist, daß sie ‚ihre‘ Bourgeoisie bei der imperialistischen Eroberung und Unterdrückung der ganzen Welt unterstützte, um sich auf diese Weise bessere Löhne zu sichern“<sup>6</sup>. Da der spanische Kapitalismus ein *abhängiger*, also ein vom internationalen Monopolkapital und den multinationalen Konzernen ausgebeuteter Kapitalismus ist, schreibt der spanische Arbeiter seinen jetzigen Wohlstand einzig und allein der eigenen Arbeit zu und ist gar nicht geneigt, durch eine radikale revolutionäre Politik diesen Wohlstand zu gefährden. Als Lenin 1920 die Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale festlegte, mußte er ganz entschieden gegen Serrati und Crispian auftreten, die behauptet hatten, eine Revolution könne man nur dann durchführen, wenn sie die Lebenshaltung der Arbeiter „nicht allzusehr“ verschlechtere. Lenin sagte dazu: „Ich frage, ist es statthaft, in einer kommunistischen Partei in einem solchen Ton zu reden? Das ist konterrevolutionär. . . Der Sieg der Arbeiter ist unmöglich ohne Opfer, ohne eine zeitweilige Verschlechterung ihrer Lage. . . Eine Arbeiteraristokratie, die vor Opfern zurückscheut, die eine ‚allzu große‘ Verarmung während des revolutionären Kampfes fürchtet, darf der Partei nicht angehören. Sonst ist eine Diktatur unmöglich, besonders in den westeuropäischen Ländern“<sup>7</sup>. Wäre also die Streichung der Diktatur des Proletariats aus dem strategischen Konzept der westeuropäischen Parteien, wäre ihre Kompromißbereitschaft mit bestimmten Elementen des nationalen Kapitals und mit den Kräften der liberalen Bourgeoisie eine Revision des Leninschen Konzepts? Streng genommen, ja. Trotzdem sind alle Parteien, darunter auch die KPdSU, darüber einig, daß heute eine Strategie des revolutionären Kampfes, die auf eine gewaltsame Umwälzung der bestehenden ökonomischen und sozialen Verhältnisse in den hochindustrialisierten Ländern abzielt, utopisch und „linksradikal“ ist, und praktisch nur von den sogenannten maoistischen Gruppen und Grüppchen progagiert wird.

Wenn man gewisse Korrekturen oder Änderungen des Leninismus als unvermeidlich betrachtet (z. B. in der Parteiorganisation, in der Bündnispolitik, in der Umformulierung der Frage von der Diktatur des Proletariats, in der revolutionären Machtübernahme, in der Koexistenz mit Formen und Strukturen des nationalen Kapitals, usw.) und eine Neuorientierung der internationalen Politik der Kommunistischen Parteien längst als notwendige Antwort auf die veränderte internationale Lage bewertet und entsprechend eingeleitet wurde, können diese Überlegungen nicht ohne theoretische Verarbeitung bleiben. Man muß sich dieser veränderten Gesamtlage bewußt werden, soll sie nicht zu einer gefährlichen Trennung zwischen postulierten Prinzipien und konkreter politischer Praxis führen. Das gilt auch für das Verhältnis zwischen verschiedenen kommunistischen Parteien. Es genügt keineswegs, neue strategische Prinzipien feierlich zu proklamieren, ihre konkret-praktische Einlösung in der Politik der Parteien aber mißtrauisch zu betrachten oder gar zu kritisieren (auch wenn diese Kritik niemals „offiziell“ formuliert wird). Entweder sollten die Presseorgane, die in der breiten Basis der Parteien tatsächlich geltende Meinung ausdrücken, oder die Parteileitung alles daran setzen, damit der zwischen der offiziellen Haltung der Partei und den privaten Meinungen ihrer Mitglieder bestehende Zwiespalt überwunden

wird. Es kann unserer Meinung nach der Sache des Sozialismus nicht förderlich sein, wenn auf individueller, „privater“ Ebene scharfe Kritik ausgeübt wird, während die öffentlichen Stellungnahmen, Erklärungen und Kommentare keine direkte Kritik enthalten, sondern sich darauf beschränken, kommentarlos die Beschlüsse oder Entscheidungen der anderen Parteien wiederzugeben. Man könnte fast glauben, die Behauptung der Souveränität, Unabhängigkeit und Gleichwertigkeit aller kommunistischen Parteien könne nur als abstraktes Prinzip ihre volle Legitimität behalten, sie wird aber sofort suspekt, wenn sie von einer konkreten Partei bezüglich konkreter Probleme oder politisch genau definierter Schritte ausgesprochen und verwirklicht wird. Das gleiche gilt für die unscharfen, fluktuierenden Grenzen zwischen sozialistischem Patriotismus und proletarischem Internationalismus, bei deren dialektischer Trennung bzw. Vereinigung prinzipielle Erklärungen viel leichter sind als konkrete Verwirklichung, unter anderem deswegen, weil die jeweilige Situation eine jedesmal verschiedene zu sein pflegt, die die einmal gültige Lösung für nutzlos oder schädlich erklärt. Daß in der kommunistischen Weltbewegung immer noch Überreste einer theoretisch und programmatisch überwundenen Strategie wirksam sind, sollte niemanden überraschen; jeder gute Marxist aber sollte versuchen, sich nicht nur dieser Tatsache kritisch und selbstkritisch bewußt zu werden, sondern darüber hinaus den proklamierten Anspruch der neuen Richtlinien tatsächlich einlösen. Es ist deswegen auch nicht ganz einfach einzusehen, wieso eine so qualifizierte Stimme wie die W. W. Sagladins<sup>8</sup> einerseits zugibt, daß wir „es heute im Grunde genommen mit einer anderen, einer erneuerten Welt, mit einer anderen, einer erneuerten Menschheit zu tun“ haben, daß es deswegen „völlig natürlich“ ist, „daß sich zusammen mit der ganzen Welt im Prozeß ihrer Veränderungen auch die kommunistische Bewegung verändert hat“, daß es weiterhin „in der kommunistischen Welt keine Beziehungen der Vorherrschaft und Unterordnung gibt“ und daß die Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien hingegen „auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sowie der gegenseitigen Unterstützung und Solidarität“ beruhen müssen, während er andererseits all diese richtigen Gedanken in den Rahmen eines Gedenkartikels zum 40. Jahrestag des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale einbettet, deren Struktur und Funktion gerade doch sonst als überwunden und für die heutige veränderte Welt als ungültig angesehen werden. Nostalgie? Sicher nicht. Eher müssen wir diesen Artikel als Ausdruck der Sorge um das Bestehen dessen lesen, was gerade den Kern des obengenannten Kongresses bildete, nämlich die Einheit und die Solidarität aller kommunistischen und Arbeiterparteien. Die Lage ist heute viel komplizierter als vor vierzig Jahren, als es nur ein einziges sozialistisches Land gab; die heutigen Parteien, von denen mehr als ein Dutzend die Staatsmacht in Händen haben, müssen „unausbleiblich unterschiedliche Methoden und Formen des Kampfes“ anwenden, „im Streben nach ein und denselben Endzielen“<sup>9</sup>, und es ist gerade diese Unterschiedlichkeit der Methoden und Formen, aber auch der strategischen Planung, der kurz- oder langfristigen Einstellung gegenüber der Frage der Machtübernahme und ihrer Form, was ebenso „unausbleiblich“ auf die Theorie zurückwirken muß.

So stellt uns z. B. die Frage nach der formal-demokratischen Machtübernahme vor Probleme, die nicht mehr rein taktischer Natur sind: Ablehnung der konspirativen oder terroristischen Methoden, Funktionswechsel (und Inhaltswechsel) des Begriffs „Diktatur des Proletariats“, neue, veränderte Struktur der Bündnispolitik. In all diesen Fragen werden wesentliche Punkte des Leninismus berührt, viele von ihnen dabei gründlich modifiziert<sup>10</sup>. Wir sollten u. E. ein für allemal mit dem Unfug aufräumen, den Leninismus als geheiligten Bestand von Lehren zu preisen, an die nicht zu rühren sei, um ihn dann auf der konkreten Arena der tagtäglichen Politik nach den jeweiligen Bedürfnissen zu modifizieren. Das Zweite wäre echter Leninismus, nicht aber das erste. Allerdings besteht die Gefahr, daß die unabdingbare Zusammenarbeit mit den „historisch wirksamen Kräften aller Klassen, unbedingt ausnahmslos aller Klassen der gegebenen Gesellschaft“<sup>11</sup> den Kommunisten nicht nur taktische Positionen aufzwingt, sondern darüber hinaus ihre ideologische Haltung beeinflusst. So sind u. E. die Beteuerungen Enrico Berlinguers und Santiago Carrillos zu verstehen, die Kommunistischen Parteien beider Länder verteidigten nicht die „pluralistische Demokratie“ und das bürgerlich-parlamentarische Spiel der Machtausübung, den Parteienpluralismus usw. als taktische Finte, sondern aus programmatischer Überzeugung. Inwiefern haben wir es hier schon mit einem Verlassen unverzichtbarer Grundpositionen, mit einem „Revisionismus“ zu tun, der sich nicht so sehr gegen die Marxsche Lehre richtet wie gegen ihre leninistische Weiterentwicklung? Sind etwa die Positionen 77 des sogenannten „Eurokommunismus“ eine dialektisch unvermeidliche (wenn auch vielleicht nicht minder gefährliche und zu bekämpfende) Folge der Stabilisierung des Monopolkapitalismus und der Verbreitung sozialdemokratischer Ideologie unter den Lohnabhängigen der „Konsumgesellschaft“? Oder sind diese Positionen vielmehr eine Verwirklichung der leninistischen Aufforderung, „unbedingt *dort* (zu) *arbeiten*, wo die Massen sind“<sup>12</sup>. Dann aber müßte man sofort an die vielen Aufforderungen Lenins erinnern, die Massen zu erziehen, sie von ihren kleinbürgerlichen Vorurteilen zu befreien, den Kampf gegen die „Arbeiteraristokratie“ im Namen der Arbeitermassen zu führen, beharrlich gegen Opportunismus und kleinbürgerlichen Nationalismus zu kämpfen, die „jetzt noch schlummernden proletarischen Massen in Bewegung“ zu bringen<sup>13</sup>. In diesem Sinne könnte das von den drei großen westeuropäischen Parteien proklamierte und bei jeder nur denkbaren Gelegenheit wiederholte Bekenntnis zur bürgerlich-liberalen Demokratie als ein Rückfall in die von Lenin 1920 scharf kritisierte These des ZK der KPD (Spartakusbund)<sup>13a</sup> verstanden werden, in der es hieß: „Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenutzt werden, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur. . .“. Ein solcher Zustand, sagt Lenin, ist unmöglich, man sollte überhaupt solche Dinge nicht schreiben<sup>14</sup>. Die Frage also steht: entweder ist heute die politische und gesellschaftliche Konstellation tatsächlich von der damaligen so verschieden, daß Lenin selbst seine frühere Kritik nicht mehr gelten lassen würde, oder aber die gemeinsame Linie von KPI, KPF und KPS bedeutet in einigen Punkten eine Abkehr von leninistischen Prinzipien.

Anders etwa als Chile oder Portugal ist Spanien heute ein moderner Industriestaat, mit einer wirtschaftlichen Gesamtleistung von fast 90 Milliarden Dollar pro Jahr. Als fünftgrößte Industrienation Westeuropas ist es eines der wenigen Länder, die eine eigene Weltraumforschung betreiben und über ein beträchtliches Netz von Kernkraftwerken in Betrieb bzw. im Bau verfügen<sup>15</sup>. Das Land liegt an vierter Stelle in der Weltproduktion von Büchern, an zehnter Stelle im Fahrzeugbau und an sechster im Schiffsbau. Die Eisenerzgewinnung ist die vierte, die Stahlproduktion die achte Europas (ohne Berücksichtigung der Sowjetunion). Das Land hat infolgedessen eine soziale Struktur, die im großen und ganzen mit der der anderen entwickelten kapitalistischen Staaten verglichen werden kann. Und doch zeichnet Spanien etwas aus: es ist das Land mit der größten kapitalistischen Abhängigkeit unter den wichtigsten Industrienationen. Spanien kann ohne weiteres als Kolonie des ausländischen Monopolkapitals (hauptsächlich aus den USA, der BRD, Kanada, Großbritannien und Frankreich) betrachtet werden. Dazu kämen noch zwei weitere, eng miteinander verbundene Charakteristika: die geringe Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Markt (eine Folge der politischen und ökonomischen Abseitsstellung des faschistischen Landes, aber auch der Interessen des die Produktion kontrollierenden internationalen Monopolkapitals) und die Tatsache, daß die größte Einnahmequelle des Landes, der Tourismus, keine Tätigkeit ist, die eigentlich als „produktive Arbeit“ gelten könnte, vielmehr als Teil des Dienstleistungssektors anzusehen ist, und trotzdem für die Wirtschaft des Landes zentrale Bedeutung hat, da nur sie den Ausgleich der ständig negativen Außenhandelsbilanz des Landes ermöglicht. Die Industrialisierung fand also in Spanien nicht nur unter dem Zeichen der Abhängigkeit gegenüber dem Monopolkapital, sondern auch unter dem Joch des eigenen, nationalen Faschismus statt. Beide zu bekämpfen und zu überwinden ist das wichtigste Ziel aller spanischen Demokraten, und dazu ist eine breite Allianz aller antifaschistischen Kräfte notwendig, die zuerst die Überreste des Faschismus beseitigt und als erste politische Etappe die parlamentarisch-bürgerliche Demokratie errichtet. Erst auf dem Boden einer Demokratie, die für das Land einen riesigen Schritt nach vorne bedeutet, wird man dazu übergehen können, den Monopolkapitalismus zu beseitigen. Unter den herrschenden Bedingungen die sozialistische Revolution in Spanien zu wagen, wäre nur ein törichtes maximalistisches Abenteuer, das mit einem Blutbad und der Wiederherstellung des Faschismus enden würde. Die Klassenstruktur der heutigen spanischen Gesellschaft, die herrschenden Produktionsverhältnisse und die noch wirkende Erinnerung an die langen grausamen Jahre der Unterdrückung und der Entbehrungen bilden einen sehr dichten Komplex von Faktoren, über den man nicht mit Denkschablonen hinweggehen kann. Das spanische Proletariat fühlt sich als Opfer der kapitalistischen Ausbeutung, keinesfalls aber als Mitausbeuter (zusammen mit der eigenen Bourgeoisie) anderer Völker, und scheut verständlicherweise jede revolutionäre Umwälzung, die eine, wenn auch nur vorläufige, so doch unvermeidliche Verschlechterung seines jetzigen relativen Wohlstands mit sich brächte, der mit so großen Opfern erreicht wurde. Der Wunsch nach Freiheit und Demokratie, das Verlangen nach Zerschlagung der Monopole und Errichtung des Sozialismus, wie sie mit eindrucksvoller Kraft von großen Massen des spanischen Volkes ge-

äußert werden, sollten nicht als Bereitschaft für eine große revolutionäre Umwälzung gewertet werden. Daß die Verwalter des Finanzkapitals, wie sie heute in der spanischen Regierung von Ministerpräsident Suárez die Oberhand haben, aber auch die Strategen des Pentagons und die europäischen Sozialdemokratien alles daran setzen, diese Tendenz nach Kräften zu schüren, ist selbstverständlich. Portugal kann als Modell einer Eindämmung vor-revolutionärer und revolutionärer Impulse durch das internationale Monopolkapital und seinen eifrigsten „demokratischen“ Verwalter, die Sozialdemokratie, gelten. Es scheint sicher, daß die koordinierte Strategie der amerikanischen und westdeutschen Regierung darauf zielt, zwei große politische Blöcke in Spanien zu fördern: eine Gruppe des Rechts-Zentrums (mit den liberalen Reformisten, bürgerlich-konservativen, Monarchisten und rechten Christdemokraten, eventuell dazu einigen rechten Sozialdemokraten) und eine breite Allianz sozialdemokratischer Gruppen, unter dem Schirm der „linken“ Sozialistischen Arbeiterpartei PSOE als „demokratisch-sozialistischer“ Fassade der neuspanischen Konsumgesellschaft. Die PSOE-nahe Gewerkschaft UGT wird schon mit Wohlwollen von den jetzigen Machthabern betrachtet, ja sie hat sogar – von wem, kann man nur vermuten – Geld für die Aufstellung eines Hilfsfonds bekommen. Die Vermutung liegt ebenfalls nahe, die nationalen und internationalen Schirmherren des sozialdemokratischen Aufbaumodells wollen damit den Arbeiterkommissionen (deren Nähe zur KP niemals geleugnet und seit der öffentlichen Bekanntgabe der Zugehörigkeit Marcelino Camachos zum ZK und zum Exekutivkomitee der KP klar unterstrichen wurde) eine eigene, „zahme“ Gewerkschaft entgegenstellen. Dieselbe Rolle wird offenbar der PSOE zugeschrieben, einer Partei, die vor drei Jahren nach eigenen Angaben knapp 3000 Mitglieder hatte, praktisch nichts zum antifaschistischen Widerstandskampf im Lande selbst beigetragen hat und weder über eine Basisorganisation noch über eine Massenverankerung verfügte. Vor dem Hintergrund der alten, glorreichen Geschichte dieser ältesten Arbeiterpartei Spaniens will jetzt die SPD ihren derzeitigen Führern hilfreich unter die Arme greifen, um – ähnlich wie in Portugal – der Partei eine komplette Infrastruktur und ein ganzes Netz von Büros, eine moderne Presse und eine funkelnelneue Anhängerschaft aus dem Boden zu stampfen. Unter den bestehenden Bedingungen des Landes, die wir skizziert haben, gibt es also keinen Grund zu der Annahme, in Spanien bahne sich eine revolutionäre Entwicklung an. Um so unverständlicher müssen deswegen für viele konsequente Marxisten die Erklärungen und die Politik der KP Spaniens sein, die oftmals als eine Annäherung an strategische und sogar ideologische Positionen der PSOE gewertet werden können. Gewiß ist es heute unerlässlich, an der gemeinsamen und geschlossenen Front der demokratischen Opposition, wie sie in der „Demokratischen Koordinierung“ organisiert ist, festzuhalten. Ein strategisches Zusammengehen (auch wenn es auf lange Zeit geplant ist) sollte jedoch niemals mit ideologischen oder programmatischen Konzessionen gepaart werden, insbesondere wenn diese den Verzicht auf wesentliche Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus mit sich bringen könnten. Wer die öffentliche Distanzierung von der portugiesischen KP (die eigentlich eher als eine Brüskierung ihres Generalsekretärs zu deuten war) bzw. die Anbiederung bei der sozialistischen Partei in der Person ihres Generalsekretärs Mario Soares

schon damals mit einem Kopfschütteln quittiert hat, muß sich heute angesichts der Entwicklung in Portugal und der offen konservativen und antikommunistischen Politik der PSP fragen, ob damals nicht eine falsche Einschätzung seitens der italienischen und der spanischen Partei vorlag, die die nicht zu leugnenden Irrtümer der PKP für gewichtiger als die antimarxistische Linie der PSP hielt und sie entsprechend schärfer kritisierte. Ist prinzipiell jede Kritik an einer Bruderpartei legitim, wenn sie solidarisch und loyal geübt wird, so ist sie es nicht, wenn sie in aller Öffentlichkeit und mit unnötiger Schroffheit geführt wird. Noch mehr aber müssen wir die plakative Unterstützung einer Partei verurteilen, die im Namen einer konservativen Politik gegen eine Bruderpartei zu Felde zieht. – War die Haltung der spanischen KP gegenüber der portugiesischen eine Facette mehr in der von allen drei großen Parteien Westeuropas proklamierten Loslösung von der allgemeinen Linie der KPdSU und der anderen Parteien der sozialistischen Gemeinschaft? Das stimmt mit Sicherheit, obwohl hier auch andere subtilere Probleme mitgespielt haben sollen, wie sie zwischen Parteien und Ländern immer bestanden haben, die eine ähnliche historische, geographische und politische Beziehung miteinander haben wie Spanien und Portugal. Wer die Distanzierung von der politischen Linie der KPdSU und die Betonung eines eigenen, nationalen Weges zum Sozialismus als unsolidarische, ja antimarxistische und verräterische Haltung verurteilt, sollte nicht nur bedenken, wie selbstgerecht und sogar unsolidarisch diese Haltung selbst sein könnte, sondern sich auch fragen, ob er tatsächlich genug informiert ist, um objektive Urteile zu fassen, anstatt vielleicht fleißig gelernte Prinzipien einer Realität aufzwingen zu wollen, die leider nicht so ist, wie sie nach diesen Prinzipien vielleicht sein „sollte“. In diesem Punkt könnten wir vor einer Verallgemeinerung spezifisch deutscher Anschauungen, Tendenzen, Konflikte und Perspektiven nicht eindringlich genug warnen, so z. B. in bezug auf die Bedeutung und das politische Gewicht des Antisowjetismus als potenzierte Form des Antikommunismus oder auf die Einschätzung des national-historischen Selbstbewußtseins.

Was Spanien betrifft, so ist es eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß die besonderen geschichtlichen Bedingungen nach dem Sieg des Faschismus die KP in eine starke Abhängigkeit von der KPdSU gebracht haben. Dies war gerade in den Zeiten des Stalinismus eine alles andere als bequeme Lage, und die spanischen Kommunisten haben unter dieser Bevormundung noch lang Zeit leben müssen<sup>16</sup>. Die Versuche, aus dieser zwangsläufigen politischen Unmündigkeit herauszugelangen, brachten Reibungen, Spannungen und Konflikte mit sich, umso mehr, als die historische Entwicklung Spaniens unter dem faschistischen Monopolkapitalismus das Land in eine immer stärker von der der sozialistischen Länder abweichende Lage brachte. Neue Probleme riefen nach neuartigen Lösungen, das vom Faschismus unterjochte Volk, das seit dem frühen Mittelalter der individuellen Freiheit und der persönlichen Einmaligkeit des Menschen gehuldigt hatte<sup>17</sup>, würde jetzt kein Verständnis für eine Politik übrig haben, die auf parteipolitischer, weltanschaulicher und kultureller Ebene den Anspruch auf totale Planung und Führung mit diktatorischen Mitteln einlöst. Um so weniger, wenn diese Planung und diese Führung von vornherein dem diplomatischen, ideologischen, ökonomischen und militärisch-logistischen Gesamtkonzept einer

Staatengemeinschaft untergeordnet werden sollten, die *heute* für die Mehrheit des spanischen Volkes fremd ist. Ein rein ideologisches Treue- und Loyalitätsbekenntnis würde allzu hoch über dem Boden der objektiven Wirklichkeit schweben, es würde als pflichtmäßige postulative Prinzipienklärung ohne Beziehung zur Realität gelten. Marx hat einmal gesagt, daß die Praxis des Menschen stets auch theoretisch ist, und eine *bestimmte* Praxis, die als notwendig und nützlich angesehen wird, bringt auch *bestimmte* theoretische Ansichten, Korrekturen, Analysen mit sich, die ebenfalls als notwendig akzeptiert werden müssen. Wenn die drei großen Parteien Westeuropas auf das Prinzip der Diktatur des Proletariats verzichtet haben, so ist dies unter anderem die Folge einer realistischen Einschätzung der gegebenen Klassenstruktur dieser Gesellschaften, ihrer tendenziellen Entwicklung und ihrer historischen Reife. Es hat bisher niemandem geholfen, daß man wissenschaftliche Theoreme mit inniger Überzeugung verteidigt, die Realität selbst muß sich zum Gedanken drängen, wie der junge Marx sagte. *Fiat theoria, pereat mundus* ist jedenfalls kein marxistisches Postulat.

Die Völker Europas, die heute die sozialistische Staatengemeinschaft integrieren und den sogenannten realen Sozialismus aufbauen, haben den Schritt zum Sozialismus dank einer äußeren Einwirkung vollziehen können, nämlich dem Sieg der Sowjetischen Armee über Hitler-Deutschland. Nicht einmal von der Tschechoslowakei kann behauptet werden, sie hätte von sich aus, nur kraft des eigenen revolutionären Impulses, den Aufbau des Sozialismus begonnen. Diese Tatsache schamhaft zu verschweigen, zeugt nicht gerade von leninistischer ideologischer Festigkeit, sondern eher von ängstlicher Vogel-Strauss-Taktik. Kein einziger Kommunist, ja kein vernünftiger Demokrat glaubt in Italien, Frankreich oder Spanien das reaktionär-faschistoide Märchen von den aggressiven Absichten der Sowjetunion und deren angeblich expansionistisch-imperialistischer Politik. Soll es aber als Antisowjetismus gebrandmarkt werden, wenn von diesen Kommunisten viele der Probleme, mit denen die sozialistischen Länder fertig werden müssen, gerade als Folge des obengenannten historischen Prozesses begriffen und analysiert werden? Soll es als antisowjetische, ja antisozialistische Haltung gelten, wenn diese Länder die spekulative Möglichkeit eines sozialistischen Aufbaus als Folge und dank der Intervention fremder, wenn auch sozialistisch-brüderlicher Truppen, entschieden ablehnen? Was in der russischen Gesellschaft 1917, in den Ländern Osteuropas 1945 durch den militärischen Sieg der Sowjetunion und heute in vielen der bis vor kurzem vom Kolonialismus unterjochten Länder möglich und machbar war und ist, das ist in anderen Ländern nicht durchführbar. Deswegen kann der proletarische Internationalismus für die Kommunistischen Parteien in Italien, Frankreich und Spanien nicht *primär* darin bestehen, ein Sozialismus-Modell (den sogenannten „realen Sozialismus“), das nicht das eigene sein kann, als einzig mögliches und für das eigene Land auch beispielhaftes Modell hinzustellen, sondern darin, das eigene Land vom Joch des imperialistischen Monopolkapitals, des Faschismus und der Reaktion zu befreien und den Sozialismus auf eigenem, vielleicht doch besserem Wege<sup>18</sup> aufzubauen. Dadurch wird nicht nur praktische Solidarität geübt, es wird auch der beste Beitrag zur weiteren Entwicklung des Sozialismus in den Ländern geleistet, die ihn schon seit Jahrzehnten unter den schwierigen Bedingungen der Konfrontation

mit dem imperialistischen Kapitalismus aufbauen. Was über dieser Tatsache aber nicht vergessen werden sollte, ist jene „reale Bewegung der Geschichte“, die für den jungen Marx schlicht und einfach der Kommunismus ist<sup>19</sup> und die zur Vereinheitlichung der nationalen Geschichten in der klassenlosen Gesellschaft drängt. Das Proletariat ist, wesentlich und tendenziell, eine internationale Klasse, und der proletarische Internationalismus ist der Ausdruck objektiver Gesetzmäßigkeiten in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Deswegen kann man gewisse Behauptungen der italienischen, spanischen und französischen Partei, die eher die Besonderheit als das Allgemeine des proletarisch-revolutionären Kampfes betonen, nicht ohne Unbehagen hören.

Wir sind jedoch fest davon überzeugt, daß die Parteien, die den von der bürgerlichen Presse sogenannten „Eurokommunismus“ integrieren sollen, echte revolutionäre marxistische Parteien sind<sup>20</sup>. Die folgenden Sätze Santiago Carrillos können diese Ansicht nur bestätigen: „Zweifellos verwandelt sich die (spanische) Partei in diesen letzten Jahren und durch einen Erneuerungsprozeß in eine große sozialistische Massenpartei, aber in eine Partei, die an ihrem Ziel, der Errichtung der sozialistischen und später der kommunistischen Gesellschaft, festhält. . . Wo wir uns von den Sozialdemokraten radikal unterscheiden, das ist darin, daß wir, wenn wir an die Regierung gelangen, den Sozialismus aufbauen und nicht die Interessen der kapitalistischen Gesellschaft verwalten werden“<sup>21</sup>.

#### Anmerkungen

1 Der erste, der diesen erfolgreichen Begriff der bürgerlichen „Politologie“ benutzt hat, war u. E. Theo Sommer (in „Die Zeit“, Nr. 49 vom 28. November 1975, S. 1)

2 Die gemeinsame Erklärung beider Generalsekretäre vom 15. November 1975 berührt alle wesentlichen Punkte der gemeinsamen Strategie. Die in der Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien Europas (Berlin-DDR, 29. – 30. Juni 1976) von Berlinguer, Marchais und Carrillo gehaltenen Reden unterstreichen noch einmal die Hauptpunkte der allen drei Parteien gemeinsamen Linie.

3 Chile wäre zweifellos als der eklatanteste, brutalste Fall einer solchen Planung anzusehen; aber auch in anderen Ländern der sogenannten „dritten Welt“ versuchen der Monopolkapitalismus und sein mächtigster Handlanger, die Regierung der USA, mit diesem „Modell“ den Sozialismus zu stoppen oder zu vernichten.

4 So Lenin in „Was tun?“, Werke, Band 5, S. 397 Anm.

5 Schätzungsweise fielen zwischen 1939 und 1943 etwa 300 000 Spanier der franquistischen Repression und Rache zum Opfer. Etwa 750 000 starben in der Zeit von 1939 bis ungefähr 1951 an Hunger, Unterernährung oder an deren typischsten Krankheitsbild, der Lungentuberkulose.

6 Lenin, Werke, Band 31, S. 236.

7 Ebda., S. 236 – 237.

8 Vgl. W. W. Sagladin, „Die Veränderungen in der Welt und die kommunistische Bewegung“, ein Artikel aus der Moskauer Zeitschrift „Rabotschi klass i sowremenny mir“. In: „Fact. Beiträge zur Theorie und Politik“, hrsg. vom Bundesvorstand des MSB Spartakus, Bonn, Februar 1976. Die zitierten Stellen befinden sich auf den Seiten 10 und 14.

9 Sagladin, a.a.O., S.14.

10 Keine kommunistische Partei eines hochindustrialisierten kapitalistischen Landes kann sich heute die Thesen zu eigen machen, die Lenin 1920 in seinen Notizen „Geschichtliches zur Frage der Diktatur“ (Werke, Band 31, S. 332 – 353) aufstellte. Diese Thesen werden heute nur von den ultralinken Grüppchen auf ihre taktischen Fahnen geschrie-

ben. Die Notwendigkeit der Einbeziehung bürgerlicher, konfessioneller, ja offen antisozialistischer Parteien in die breite antifaschistische Front konnte von Lenin selbstverständlich nicht erörtert werden, er sah aber schon die Unvermeidlichkeit einer Bündnispolitik auch mit Nicht-Kommunisten ein: „Ich denke, daß dieses Bündnis von Kommunisten und Nichtkommunisten unbedingt notwendig ist . . . Einer der größten und gefährlichsten Fehler von Kommunisten. . . ist die Vorstellung, daß eine Revolution von Revolutionären allein durchgeführt werden könne. . . Ohne ein Bündnis mit Nichtkommunisten auf den verschiedenartigsten Tätigkeitsgebieten kann von einem erfolgreichen kommunistischen Aufbau keine Rede sein“ (Werke, Band 33, S. 213. S. auch Band 31, S. 56). Daß aber dieses Bündnis stets von den nichtkommunistischen Elementen mißbraucht und gegen den kommunistischen Aufbau gerichtet werden kann (besonders dort, wo die Kommunisten eine Minderheit bilden und das imperialistische Monopolkapital sein ganzes Gewicht auf die Waagschale des politischen Kampfes wirft), hat uns das Beispiel Portugal gezeigt.

11 Lenin, Werke, Band 31, S. 81.

12 Ebd., S. 38.

13 Ebd., S. 85.

13 a „Rote Fahne“, Nr. 32, 26. 3. 1920.

14 Ebd., Band 31, S. 98.

15 Nach der installierten Leistung in Megawatt liegt Spanien ebenfalls an zehnter Stelle der Länder, die Strom mit Hilfe von Kernspaltung erzeugen (1073 Megawatt. Zum Vergleich: Italien 607 Megawatt, Schweiz 1006, DDR 920, BRD 4140).

16 Die von der KPdSU inoffiziell begünstigte und materiell unterstützte Abspaltung der Gruppe um Enrique Lister führte zu einer ersten Konfliktsituation zwischen beiden Parteien, die lange noch nicht überwunden ist. Jeder Mensch, der die historische Identität seines Volkes bewußt und stolz in sich birgt und auch als Kommunist keine Unterwürfigkeit billigen kann, wird diese Reaktion der spanischen Partei mit Verständnis betrachten. Es sei nebenbei bemerkt, daß die Unterstützung der Spaltergruppe um Enrique Lister sich als Fehlplanung erwies. Dies öffentlich zu behaupten, hat nichts mit Antisowjetismus zu tun; qui potest capere capiat.

17 S. dazu, um nur bei den Klassikern zu bleiben, MEW, Band 10, S. 438, 439 *in fine*, 441; Band 22, S. 82; Band 37, S. 413. Karl Marx hat mehrmals auf die alte Tradition der individuellen Freiheiten in Spanien (auch gegen und trotz des Absolutismus) hingewiesen.

18 Wir halten es für unbedingt nötig, in bezug auf die entwickelten kapitalistischen Industrieländer den Leninschen Satz mit strengster Konsequenz zu durchdenken und in politische Praxis umzumünzen: „Der Kommunismus wird nicht auf dem Wege der Gewalt Wurzel fassen“ (Werke 29, S. 160). Was 1919 für Polen galt, sollte 1976 für unvergleichlich entwickeltere und komplexere Gesellschaften erst recht anwendbar sein. Und was Lenin 1919 den polnischen Genossen gönnte, sollte heute nicht unbedingt als arrogante, unsolidarische Haltung oder gar als revisionistische Absicht gelten: „Man muß es ermöglichen, den bescheidenen Wunsch zu verwirklichen, die Sowjetmacht auf einem besseren Wege zu schaffen als bei uns. Man muß der Tatsache Rechnung tragen, daß der Weg dort in gewissem Maße ein eigenartiger Weg ist. . . und in Voraussicht all der Entwicklungsstadien in den anderen Ländern soll man nichts aus Moskau dekretieren“ (Werke 29, S. 160-161).

19 MEW, Band 3, S. 35.

20 Nach dem Abschluß dieser Überlegungen ist in „Die Zeit“ (Nr. 47, 12. November 1976, S. 11) ein Artikel des sowjetischen Historikers Michail Woslenskij erschienen, in dem dieser erklärt: „ ‚Eurokommunisten‘ sind Kommunisten. Sie machen kein Hehl daraus. Sie sagen offen, daß sie die kommunistischen Ziele in ihren Ländern verfolgen“.

21 S. „Por favor“, 3. Jahrgang, Nr. 108, Barcelona 26. Juli 1976, S. 23.

Rafael de la Vega, geb. 1930 in Madrid, ist Lektor für Spanisch und Lehrbeauftragter für marxistische Rechts- und Staatstheorie an der Universität Gießen. Er hat, zusammen mit H.-J. Sandkühler, „Austromarxismus“ (1970) und „Marxismus und Ethik“ (1970, 1974) herausgegeben. 1977 erschien „Ideologie als Utopie. Der hegelianische Radikalismus der marxistischen ‚Linken‘“.

Kongreßbericht**Internationale Konferenz  
„Sozialismus in der gegenwärtigen Welt“****Cavtat (Jugoslawien), 27. 9. – 2. 10. 1976**

Die jugoslawischen marxistischen Zeitschriften „Marksizam u Svetu“ (Marxismus in der Welt) und „Komunist“ hatten eingeladen: neben jugoslawischen intellektuellen Repräsentanten kommunistischer, sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien aus den entwickelten kapitalistischen Ländern (vor allem Westeuropas), aus den sozialistischen Ländern Osteuropas und aus einigen der aus dem antikolonialen Befreiungskampf hervorgegangenen jungen Nationalstaaten. Schliesslich war eine Reihe „freischwebender“ marxistischer Theoretiker und Vertreter theoretischer marxistischer Zeitschriften geladen worden (so auch die Berichterstatter). Das „politische Gewicht“ der Teilnehmer und ihrer Vorträge war entsprechend unterschiedlich. Die Konferenz muss auf dem Hintergrund des Wandlungsprozesses gesehen werden, den die kommunistische Weltbewegung und die sozialistischen Parteien sowie das Verhältnis der beiden Fraktionen der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren durchgemacht haben bzw. in einigen Ländern durchzumachen im Begriff sind. Insofern schien die Konferenz von Cavtat fast wie eine unverbindliche (es gab kein Kommuniké), weniger prominente, dafür auf die nichtkommunistischen Fraktionen der internationalen Arbeiterbewegung ausgeweitete Variante der Berliner Konferenz der europäischen Kommunisten vom Juni 1976.

Politisch bezweckten die jugoslawischen Veranstalter offenbar u. a. folgendes: Demonstration des Willens, den eigenen Weg zum Sozialismus weiterzugehen, wobei man sich der zunehmenden Unterstützung der westeuropäischen kommunistischen Massenparteien und der jungen Nationalstaaten versichern will; Propagierung der Einsicht in die strategische Notwendigkeit, die historische Spaltung der Arbeiterbewegung zu entschärfen; Gelegenheit zur Selbstdarstellung einer weltweiten Manigfaltigkeit der Positionen, die einseitige Bindungen an ein einziges Zentrum kaum mehr zulassen. Innerjugoslawisch konnte man sich von der Konferenz Impulse gegen bürgerliche Tendenzen in Wissenschaft und Bildung versprechen. Schließlich mag es nicht zufällig sein, daß die Konferenz nach der Einstellung der „Sommerschule“ von Korcula als neues jährlich stattfindendes Forum gegründet wurde. (Die Konferenzen von Korcula wurden viele Jahre lang von der sog. Praxis-Gruppe veranstaltet und dann im Verlauf der Auseinandersetzungen mit dieser Gruppe eingestellt.)

Die Konferenz gliederte sich in drei Themenschwerpunkte:

1. Die Veränderungen des gegenwärtigen Kapitalismus und die Probleme sozialistischer Strategie.
2. Probleme der antikolonialen und antiimperialistischen Revolution.
3. Probleme des Sozialismus und der Rolle der Arbeiterklasse.

Im Mittelpunkt der Strategiediskussion standen Fragen der *politischen* Form der Entmachtung der Bourgeoisie. Dabei wurde die historische Hoffnung der Arbeiterklasse ausgedrückt, als Klasse, die die „Zukunft in ihren Händen trägt“

(Kommunistisches Manifest), die fortschrittlichen Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft dort bewahren und weiterentwickeln zu können, wo die Bourgeoisie selbst dazu nicht mehr in der Lage ist. In der zunehmenden Unfähigkeit auch der sozialdemokratisch integrationistischen Parteien, eine glaubwürdige Perspektive demokratischer Gesellschaftsentwicklung zu repräsentieren, und im Prozeß der abnehmenden Integrationsfähigkeit der Großbourgeoisie gegenüber den Mittelschichten und Teilen der noch vorhandenen Kleinbourgeoisie wurde der Ansatz sozialistisch-demokratischer Strategiebildung gesehen, die zunehmend auch die Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung abzubauen in der Lage ist. Auf den ersten Blick machte die Konferenz in diesem Abschnitt, in dem naturgemäß vor allem die Vertreter der kommunistischen und sozialistischen Parteien Westeuropas den Ton angaben, den Eindruck, als gebe es hier kaum Kontroversen oder ungelöste Probleme. Sozialisten und Kommunisten kamen darin überein, Pluralismus und Demokratie als Elemente des revolutionären Weges in den kapitalistischen Ländern einzuschätzen: Beibehaltung und Weiterentwicklung der existierenden Formen der bürgerlichen Demokratie, Sicherung der bürgerlichen Freiheiten, des Koalitionsrechts, des Parteienpluralismus und der Abwählbarkeit der Regierung. Darüber hinaus schien es zeitweilig, als würden sich die Vertreter der einzelnen Parteien jeweils auf Fragen konzentrieren, die bei ihnen traditionell eher vernachlässigt worden waren: die Kommunisten auf die Frage der politischen Demokratie und ihrer Vermittlung mit Formen der Basisdemokratie in der Produktion, die Sozialisten auf Fragen der Entmachtung der Bourgeoisie. Von beiden Seiten wurde hervorgehoben, daß Prozesse weitergehend Demokratisierung in den sozialistischen Ländern eine wesentlich Unterstützung der sozialistischen Bewegungen vor allem Westeuropas darstellen könnten. Gegen den Zielbegriff der „Einheit“ und für den des „Bündnisses“ sprach sich J. P. Cotten von der KP Frankreichs aus mit der Begründung, daß das Bündnis Gegensätze in sich aufnehmen und ertragen kann.

Der Exekutivsekretär der chilenischen Unidad Popular, Cedomiro Almeyda, mahnte ebenso wie andere Sprecher der sozialistischen Bewegungen Lateinamerikas und ein sowjetischer Delegierter, Fragen der konterrevolutionären Gewalt und der Verteidigungsmacht für einen demokratischen und sozialistischen Staat nicht zu vernachlässigen. Eine kurze Kontroverse gab es zwischen den Lateinamerikanern und Lelio Basso, der beschworen wurde, den Faschismusbegriff nicht im Blick auf den italienischen und den deutschen Faschismus zu eng zu definieren und vor allem die Massenbewegung nicht zum starren Kriterium zu machen. Der Faschismusbegriff müsse z. B. auf die Verhältnisse in Chile anwendbar sein, schon seiner internationalen Verständlichkeit wegen. „Desto internationaler ist der Kampf dagegen“, sagte Pablo Gonzalez Casanova aus Mexiko. Faschismus komme heute auch ohne Massenbewegung aus. Die gewaltlose Verteidigung demokratischer Freiheiten allein löse nicht das Problem, wie faschistischen Putschen entgegengetreten werden kann.

Wurden die repräsentativen Positionen wesentlich anhörend, ohne Kontroverse rezipiert – wenn man von jugoslawisch-sowjetischen Wortwechseln über die Bedeutung von Selbstverwaltung bzw. Staatseigentum absieht –, so gab es scharfe Wortgefechte um Thesen gerade solcher Intellektueller, die einen individuellen wissenschaftlichen Ansatz repräsentierten, ohne diesen mit einer politischen Bedeutung innerhalb der sozialistischen Bewegung ihrer Länder verbinden zu können. Scharfe Auseinandersetzungen fanden vor allem um die wissenschaftlichen Grundlagen und strategischen Konsequenzen der Vorstellungen

Arghiri Emanuels statt, der die Arbeiterklasse der entwickelten kapitalistischen Länder als keinen Mehrwert produzierend, sondern vom neokolonial (durch ungleichen Tausch im Rahmen imperialistischer Machtverhältnisse) angeeigneten Mehrwert der „unterentwickelten“ Länder zehrend und daher absolut unfähig zur sozialistischen Transformation ihrer Länder bezeichnete. Diese Position wurde sowohl von den Westeuropäern als auch von den Organisationsprechern der jungen Nationalstaaten zurückgewiesen. Dennoch ist die Heftigkeit, mit der diese Zurückweisung erfolgte, ein Anzeichen für unerledigte Probleme und Widersprüche der sozialistischen Weltbewegung, die noch kaum voll begriffen sind. Wie ist es in den entwickelten kapitalistischen Ländern so lange zu einem Stillstand der sozialistischen Bewegung gekommen? Die Lücken in – oder gar das Fehlen – einer internationalen Diskussion über die Ursachen sozialdemokratischer Integration der Arbeiterbewegung wurde hier deutlich. Ferner wurde der gedankenlose Europäozentrismus mit Recht attackiert. In überspitzter Form sprach Anouar Abdel Malek von der Marginalität Europas. Die sog. Dritte Welt sei in Wirklichkeit die Erste. Auch ein mangelndes Verständnis heute möglicher sozialistischer Entwicklungen ohne das kapitalistische Zwischenstadium mag hier berührt worden sein.

Weitere (möglicherweise unvermeidliche) Schwächen der Konferenz seien wenigstens angedeutet: Zu den Problemen, die in den Beiträgen zur Wiedergewinnung einer historischen Handlungsfähigkeit der Arbeiterbewegung in Westeuropa ausgeklammert wurden, gehörte vor allem die Frage der ökonomischen Strategie. Undiskutiert blieb z. B., wie sich in der Krise die auf Verteidigung der Lebensbedingungen zielende Gewerkschaftspolitik zu der auf sozialistische Bündnisstrategie angelegten Politik der Parteien verhalten soll. Schließlich bilden solche Probleme gegenwärtig die Grundlage wesentlicher Konflikte in der italienische KP. – Von vielen der Beteiligten – auch von den meisten jugoslawischen Teilnehmern – wurde an der Verschiebung des Machtschwerpunkts in der Bundesrepublik nach rechts geflissentlich vorbeigesehen. – Viele der in der Übersetzung nur in Bruchstücken verständlichen, zu langen und zu schnell gesprochenen jugoslawischen Beiträge klammerten die beträchtlichen ökonomischen, sozialen und politischen Probleme des eigenen Landes aus zugunsten mehr „ideologischer“ Rechtfertigung des eignen Modells. Dabei wurde viel Marx zitiert – was der spanische Kommunist Comin monierte –, ohne die unterschiedliche Bedeutung des Begriffs „Selbstverwaltung der Gesellschaft“, die bei Marx und Engels den Staat absterben macht, und „Selbstverwaltung“ im Sinne der politischen und ökonomischen Strukturen Jugoslawiens zu reflektieren.

Diese Kritik mindert in keiner Weise die Bedeutung und den großen Nutzen der Konferenz. Es zeigte sich, daß der Wandlungsprozeß der internationalen Arbeiterbewegung, die Entschärfung der Gegensätze einhergehen mit der Wiedergewinnung einer weniger beschränkten und desto mehr konsistenten wissenschaftlichen Diskussionsfähigkeit. Man spürte förmlich das lange aufgestaute Bedürfnis nach dieser Art von Kommunikation. Nicht zuletzt für die Teilnehmer aus der Bundesrepublik, einem Land mit sich stürmisch entwickelnder Rolle im imperialistischen Weltsystem und desto unentwickelterer sozialer Bewegung (von Oertzen hatte es für die SPD bezeichnenderweise abgelehnt, teilzunehmen), war die Tagung außerordentlich nützlich für die fällige Entprovinzialisierung des eignen Horizonts.

Elmar Altvater, Wolfgang Fritz Haug, Christl Neusüss (Berlin/West)

## Besprechungen

### Philosophie

**Feyerabend, Paul:** *Wider den Methodenzwang*. Skizze einer anarchistischen Erkenntnistheorie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1976 (443 S., br., 30,- DM).

Die Wissenschaftstheorie, von ihren Anhängern oft zur wissenschaftlichen Nachfolgerin der Philosophie stilisiert, ist seit den sechziger Jahren durch einen plötzlichen Kontakt mit ihrem Gegenstand, den Wissenschaften als realen Gebilden, ins Wanken geraten. Angesichts einer Konfrontation mit wissenschaftshistorischen Untersuchungen konnte die Annahme einer stetigen Zunahme an „objektiver Erkenntnis“ gemäß einer von sozialen und psychischen Phänomenen unabhängigen „Logik der Forschung“ nicht mehr gehalten werden. Die Entdeckung „wissenschaftlicher Revolutionen“ nötigte die analytischen Philosophen zu vielfältigen Versuchen, logische Beziehungen zwischen Theorien zu explizieren, die selbst bei radikalen Wechseln von Weltbildern (unter Einschluß von Bedeutungsänderungen grundlegender Ausdrücke) es noch erlauben, wenigstens nachträglich einen von historischen Fragen unabhängigen, rein wissenschaftlich-argumentativen Fortschritt zu rekonstruieren. Sie mußten diese Versuche machen, weil aus ihrer Sicht nicht einerseits die Wissenschaft von externen, d. h. außerhalb des wissenschaftlichen Diskussionsprozesses angesiedelten Kräften determiniert werden kann und doch andererseits wissenschaftlicher Fortschritt und Erkenntnisgewinn möglich sein können.

Paul Feyerabend, Professor in Berkeley, der selbst dem Kreis der „wissenschaftlichen Philosophen“ entstammt, möchte mit seinem Buch den Schlußstrich unter deren Debatten ziehen. Mit umfangreichen Analysen wissenschaftlicher Revolutionen, vor allem immer wieder des klassischen Beispiels der kopernikanischen Revolution – der Etablierung des heliozentrischen Weltbildes –, beansprucht er zu zeigen, daß keine der Methodologien angenommen werden kann, die mit dem Ziel vorgeschlagen worden sind, überhistorische Kriterien für Wissenschaftlichkeit zu liefern. Die Wissenschaftstheorie sei daher ein „Scheinfach“ (12). Was sich heute als „Wissenschaft“ versteht, ist seines Erachtens nichts Einmaliges, für das man logische Abgrenzungskriterien finden könnte. Die Wissenschaft sei zu identifizieren mit der „jüngsten, aggressivsten und dogmatischsten religiösen Institution“ (392). Diese Ansicht formuliert er auch in der These: „Die Wissenschaft steht also dem Mythos viel näher, als eine wissenschaftliche Philosophie zugeben möchte“ (392). Diese These ist jedoch nicht geeignet, das grundsätzliche Problem zu lösen, das den Versuchen zugrunde lag, den Gedanken einer gültigen Methodologie über die wissenschaftshistorische Revolution der Wissenschaftstheorie hinwegzureden, weil Feyerabend seinen Gegnern in dem wichtigen Punkt folgt, daß das Aufgeben der Annahme einer intern motivierten Geschichte der Wissenschaft eben eine Beliebigkeit unserer Theorien erzwingt und uns damit die Haltung eines „theoretischen Anarchisten“ aufnötigt: „Anything goes“ (35), alles ist möglich. Auch durch Feyer-

abends These, daß „der Anarchismus zum Fortschritt in jedem Sinne beiträgt, den man sich aussuchen mag“ (44 f.), kann die Konsequenz völliger Beliebigkeit nicht vermieden werden. Denn diese „Lösung“ umgeht zwar die von Feyerabend kritisierte Festlegung auf einen bestimmten Fortschrittsbegriff, sie ist aber keine, wenn nicht wenigstens ein Rahmen für das, was man sich „aussuchen“ kann, gesetzt wird. Wie wollte man wohl sonst Einspruch erheben können, wenn *Rückschritt* als „Fortschritt“ verkauft werden soll?

Daß Feyerabend im Dilemma seiner Gegner stecken bleibt, liegt vor allem daran, daß seine historischen Analysen nur an dem Gesichtspunkt orientiert sind, die Annahme einer Autonomie der Wissenschaft zu widerlegen. Zwar untersucht er intensiv das Handeln der an der Wissenschaft Beteiligten (und nicht nur, was sie sagen), doch es interessiert ihn nur insofern, als es zeigt, daß es *nicht* durch Methodologien oder Ähnliches geleitet wird; die Frage, welches aber die bewegenden Kräfte in Wahrheit sind, positiv zu beantworten zu suchen, kommt ihm nicht in den Sinn. Wenn man nicht die Kategorie der Praxis zur Grundkategorie der Erkenntnistheorie macht und Erkenntnisgewinn mit vermehrten Handlungsmöglichkeiten in Zusammenhang bringt, muß dunkel bleiben, wie gerade wissenschaftsexterne Antriebe letztlich allein die Vernünftigkeit der Fortentwicklung der Wissenschaft garantieren können. Feyerabends Einbeziehung der Wissenschaftsgeschichte in die Wissenschaftstheorie ist durch ein Übergehen der bestimmenden Momente der Geschichte der Gesellschaft gekennzeichnet, in der keineswegs „alles geht“. Für Feyerabend und manche seiner Leser mag es vielleicht möglich sein, ihren „Neigungen unter allen Umständen freien Lauf zu lassen“ (219). Sie können es aber nur, weil die „freiwilligen Sklaven“ (398), von denen Feyerabend nicht ohne intellektuelle Arroganz spricht, ihnen die profane Lebenserhaltung sichern, die nicht ohne Theorien gewährleistet werden kann, deren Erkenntnisgehalt in den Handlungsmöglichkeiten, die sie zur Verfügung stellen, unzweifelbar sichtbar wird.

Bernd Wiese (Berlin/West)

**Kahl, Joachim:** *Positivismus als Konservativismus.* Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1976 (301 S., br., 14,80 DM).

Am Beispiel von E. Topitsch arbeitet der Autor die theoretische Struktur und ideologische Funktion der positivistischen Denkweise heraus. In minutiöser Kleinarbeit (915 Anmerkungen) untersucht er die geistigen Quellen und besonderen Ausdrucksformen des Positivismus (M. Weber, Popper, V. Kraft, Wittgenstein, Carnap), seine Ideologie- und Religionstheorie, seinen Antihegelianismus und Antimarxismus in ihrem inneren Zusammenhang und ihrer konservativen gesellschaftlichen Funktion. Am Schluß steht der Versuch, den auch in marxistischer Forschung oft diffusen Begriff des Positivismus zu präzisieren. Als Anhang beigegeben ist dem Buch eine Bibliographie zu E. Topitsch. Der Autor unterscheidet mit M. Buhr zwischen Positivismus als einer auch schulmäßig auftretenden „Richtung“ und Positivismus als „Denkweise“ (254). Der Positivismus als philosophische Strömung hat einen periodisierbaren Gestaltwandel durchgemacht, umfaßt Theorien von Denkern wie Hume, Comte, Mach, Wittgenstein, Schlick, Popper usw. Der Positivismus als Denkweise zeigt einen relativ „invarianten Gehalt“ mit (mindestens) vier Prinzipien: Nominalismus, Phänomenalismus, Dezisionismus, Naturalismus (255).

Anders als mancher philosophische Zeitgenosse bekennt sich Topitsch offen zu seiner „neopositivistischen Grundeinstellung“ (21). Positivistischer Ausgangspunkt wie auch Hauptziel seiner Arbeiten, „Weltanschauungsanalyse“ und „Ideologiekritik“ zu sein, sind bis heute gleich geblieben (21). Unter Aufnahme des Weberischen Dogmas von der Werturteilsfreiheit versucht Topitsch stets, die absolute Unverträglichkeit des „modernen wissenschaftlichen Denkens“ mit jeglicher „Weltanschauung“ oder „Ideologie“ nachzuweisen (21 f.). Charakteristisch bei Topitsch ist, daß er an einem breiten religions- und philosophiegeschichtlichen Überlieferungsmaterial zugleich mit dem „Ende der Metaphysik“ auch deren „Ursprung“ untersuchen will, um zu einer „Theorie der vorwissenschaftlichen Interpretation des Universums, des eigenen Selbst und des Erkennens“ zu kommen (22). Die Studie zeigt, daß sich im Rahmen dieser durchgängigen Problemstellung bei Topitsch seit Ende der 60er Jahre eine spürbare Akzentverschiebung eingestellt hat, die mit der Veränderung der gesellschaftlichen Situation zusammenhängt. Die frühen Schriften Topitschs kreisten primär um das Thema Mythen-, Religions- und Kirchenkritik. In der restaurativ-klerikalen geistigen Landschaft der 50er Jahre in der BRD kam ihnen eine partiell aufklärerische Funktion zu. Seit Ende der 60er Jahre aber wendet sich Topitsch vorrangig gegen den „neuen Zeitgeist“, in dem sich die Verbreitung anti-kapitalistischen Bewußtseins reflektierte (22). Diese Wendung läßt den Antimarkismus nunmehr in den Vordergrund treten. Der religionsgeschichtliche Aufwand dient primär dazu, den Marxismus als vorwissenschaftliche, archaische, doch aktuellste und gefährlichste Form von Mythos oder Ideologie zu diskreditieren (22). Die Akzentverlagerung vom Antiklerikalismus zum Antimarkismus setzte keine Veränderung der theoretischen Grundlagen voraus, doch seine politische Position hat sich vom bürgerlichen Liberalismus zum „aufgeklärten Konservatismus“ verschoben (23). Diese neokonservative Abart läßt sich durch die „jeweilige revolutionäre Herausforderung zumindest wesentlich mitbestimmen“ und erhebt den Anspruch eines Anwalts „wohlerwogener und wohidosterter Reformen auf politischem und sozialem Gebiet“ (23 f.), ist mithin offen für einen konservativen Reformismus. Horst-Dieter Strüning (Bonn)

**Topitsch, Ernst:** *Die Voraussetzungen der Transzendentalphilosophie.* Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1975 (164 S., br., 22,- DM).

Kant wird wieder aktuell, um ihn gegen Hegel auszuspielen, d. h. Hegel zu schlagen und Marx zu meinen. Dieser Tendenz gehört Topitsch zu, geht aber über sie hinaus. Nicht nur soll Kant zugrundegelegt werden, um die darauf folgenden philosophischen Entwicklungen als Abweichungen zu brandmarken, sondern die „metaphysisch-theologischen Komponenten“ bei Kant sollen selbst noch ausgemerzt werden. Mit Hilfe seiner „weltanschauungsanalytischen Beleuchtung“, in deren Licht in früheren Schriften bereits Hegel sowie Platon und Aristoteles gestanden hatten, entdeckt Topitsch bei Kant einen „ungeklärten Zielkonflikt zwischen Welterklärung, Weltüberwindung und Handlungsnormierung“ (58). Während der Welterklärung in Kants Erkenntnistheorie das „naturwissenschaftliche Affektionsmodell“ entspreche, wonach ein passives Ich von den Dingen affiziert werde, liege der Konzeption der Weltüberwindung ein „qua-

si-theologisches Produktionsmodell“ (72) zugrunde, wonach ein aktives Ich die Welt der Erscheinungen selbst produziere. Dieses Produktionsmodell, dem Topitsch seinen „christlich-platonischen Ursprung“ nachweisen kann, sei zugunsten der „modernen Wissenschaft“ aus dem Bereich der sinnvollen und kontrollierbaren Aussagen auszuschließen. Auf diese Weise seien zwar „eindrucksvolle Gesamtdeutungen“ (18) zustande gekommen – „Begriffsdichtungen“ (152) –, nur eben keine Wissenschaft.

Anhand der Polarität von Welterklärung und Weltüberwindung referiert Topitsch die kantischen Vermittlungsversuche von Begriff und Anschauung, Ding an sich und Erscheinung, mundus intelligibilis und mundus sensibilis, und die Widersprüche, in die diese sich verstricken. Hinzu kommt noch der Gesichtspunkt der Handlungsnormierung, d. h. das Verhältnis von theoretischer und praktischer Vernunft. Durchaus zutreffend resümiert Topitsch den Kantischen Gedankengang, der das vernünftige Ich, im Sinne einer autonomen Bestimmung von Praxis, von allem Sinnlichen und Materiellen radikal reinigt, dann aber den Weg zurück, zur Wirksamkeit in der Realität nicht mehr finden kann. Doch verlegt bei Topitsch die „Lust der Widersprüche“ schnell. Zum einen ist die widersprüchliche Struktur der Transzendentalphilosophie längst herausgearbeitet, sie bildete schon den Ansatzpunkt für Hegels Dialektik, vor allem aber gelingt es Topitsch nicht, Spannungsverhältnisse für das Denken fruchtbar zu machen, er neutralisiert sie im Gegenteil durch Aufteilung in getrennte Zielkonzeptionen. So kommt er über die Wiederholung von Altbekanntem nicht hinaus; die 30 Seiten seines Moralkapitels z. B. dienen nur dazu, den Vorwurf des Formalismus gegenüber dem kategorischen Imperativ noch einmal zu statuieren. Die paradoxen Behauptungen, zu denen Kant getrieben wurde, um etwa zu erklären, wie ein „Ich an sich“, das Raum und Zeit enthoben ist, dennoch in Raum und Zeit wirksam werden könne (die Aporien des transzendentalen Subjekts), interpretiert Topitsch lediglich als „Immunisierungsstrategie“, womit Kant versucht habe, sich der Überprüfung zu entziehen. Dieser Vorwurf läßt sich ebenso auf die Dialektik ausdehnen, die an diesen Aporien ansetzte. Die reale Nötigung zu dieser Dialektik kann Topitsch nicht begreifen; während er selbst Widersprüchen entgegen will, indem er die Zielsetzungen von Weltüberwindung und Handlungsnormierung aus der Wissenschaft ausgrenzt, vermag er diese bei Kant nicht anders zu erklären als durch dessen Verbundenheit mit dem „Erbe der antichristlichen Metaphysik“ (8). Auch dabei bleibt er bei der allgemeinen Behauptung, läßt sich also auf die Affinitäten Kants beispielsweise zum Pietismus nicht ein. Außerdem unterliegt Topitsch hier dem Trugschluß, durch Nachweis der Genesis die Geltung erledigen zu können; demgegenüber läßt es sich kaum bestreiten, daß die christliche und metaphysische Tradition durchaus rationale Beweggründe transportiert hat.

So wenig eindringlich Topitschs Analyse ist, so erreicht er nicht einmal durchweg den kantischen Stand der Erörterung. Die „Kritik der Urteilskraft“, Kants letzter Versuch der Vermittlung von theoretischer und praktischer Vernunft, fällt bei ihm fast gänzlich heraus, daher fehlt auch die äußerst wichtige dort getroffene Unterscheidung zwischen technischer und moralischer Praxis. Gerade diese Unterscheidung aber gibt den Hinweis auf das kritische Potential in Kant.

Manfred Hinz (Berlin/West)

**Albert, Hans:** *Aufklärung und Steuerung. Aufsätze zur Sozialphilosophie und Wissenschaftslehre der Sozialwissenschaften.* Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1976 (196 S., br., 19,80 DM).

Die sechs Aufsätze variieren ein und dasselbe Thema: eine normative und wertfreie Sozialwissenschaft ist möglich, und im praktischen Erkenntnisprozeß auch effizienter als die anderen Wissenschaftstheorien, die meinen, ohne Werturteile nicht auszukommen. Das Wiederholen von Argumenten macht diese nicht richtiger. Albert thematisiert zwar den Streit zwischen „Dialektikern“ und „Positivisten“ nicht ausdrücklich, aber in der Begründung seiner Position schwingt dieser immer mit. Es geht um die Vermittlung von Politik und Wissenschaft, und Albert will dieses Problem allein in seiner methodologischen Umsetzung als Wissenschaft lösen. Zwei Argumente: Erstens ist Albert der Auffassung, daß Wissenschaft und Politik im Grundsätzlichen zu ein und derselben Ebene gehören. Die Methode des kritischen Rationalismus ist „so allgemeiner Natur, daß sie ohne weiteres für Problemlösungsverhalten in anderen Bereichen (gilt), und damit auch: für die Politik“ (18). Zweitens meint Albert, daß eine tautologische Transformation theoretischer Aussagen in relevante technologische (und d. h. praktische) Aussagen möglich ist (181). Er begreift die Vermittlung von Wissenschaft und Politik, wenn überhaupt, nur als technologisch faßbares und in dieser Weise lösbares Problem; das Moment, das diese Vermittlung realisiert, verschweigt er oder versteckt es in einer Nebenbemerkung als unerklärbaren Rest. Aber das ist gerade der springende Punkt in dem Streit zwischen Dialektikern und Positivisten. Unstrittig ist doch, daß rationales Denken methodologisch zureichend begründet sein muß und sich dem Zwang logischer Regeln unterzuordnen hat. Das aber suspendiert nicht die Vermittlung von Subjekt und Objekt im rationalen Denken, dessen Objektivierung methodologisch exakt beschrieben werden kann und muß, dessen Begründung im tätigen Subjekt aber dieser Methodologie nicht subsumierbar ist, weil diese aus ganz anderen Quellen gespeist wird. Albert weiß das, und mit seiner verschämten Bemerkung von der „beachtlichen Phantasieleistung“, die die „tautologische Transformation theoretischer in relevante technologische Aussagen“ (181) bewerkstelligt, hat er das auch konzediert. Der Wiederabdruck dieser Aufsätze (zwischen 1963–1975 geschrieben und bereits in Zeitschriften veröffentlicht) macht nur deutlich, daß der alte Streit bis heute keine befriedigende Lösung gefunden hat.

Ulrich Richter (Münster)

**Holzhey, Helmut (Hrsg.):** *Wissenschaft / Wissenschaften. Interdisziplinäre Arbeit und Wissenschaftstheorie, Ringvorlesung der Eidgenössischen Technischen Hochschule und der Universität Zürich, Teil 2.* Schwabe & Co., Basel-Stuttgart 1974 (159 S., br., 13,50 DM).

Die Vorträge wollen die Bedeutung wissenschaftstheoretischer Reflexionen für gelingende interdisziplinäre Zusammenarbeit darlegen. Eine gute Hinführung zu diesem Problemkreis bietet das Nachwort des Herausgebers, in dem auf die geschichtlichen Hintergründe und die Aufgabenstellung der Wissenschaftstheorie eingegangen wird. Die Abgrenzung des neuzeitlichen Wissenschaftsbegriffs vom antiken und mittelalterlichen fällt in die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts, als die mathematischen Naturwissenschaften dank ihrer Exaktheit und Leistungsfähig-

keit als die eigentlichen Wissenschaften angesehen wurden. Die Wissenschaftstheorie analysiert und rekonstruiert die methodischen Schritte, die das wissenschaftliche Verfahren ausmachen, wie Beschreibung von Tatsachen, Definitionen, Hypothesen- und Theorienbildung.

Der erste Aufsatz von Elisabeth Ströker behandelt das Problem der Geltungsbegründung wissenschaftlicher Theorien. Im allgemeinen versteht man unter Geltung einer wissenschaftlichen Theorie die Bewährung an der Empirie, doch sind die hierbei verwendeten Begriffe wie Theorie, Bewährung und Empirie keineswegs eindeutig. Während die moderne Wissenschaftstheorie, die mit dem Wiener Kreis begann, im wesentlichen sprachanalytische Theorie der Wissenschaften ist, lassen die älteren wissenschaftstheoretischen Auffassungen, die geprägt sind durch den Empirismus von J. St. Mill, den Forschungsprozeß, der zur Entdeckung allgemeiner Naturgesetze führen sollte, mit dem Sammeln von Beobachtungsdaten beginnen. Zwar bedient man sich in der Wissenschaft immer noch induktiver Verfahren, doch weiß man inzwischen, daß durch Induktion nicht die absolute, sondern nur die hypothetische Geltung der Gesetze gesichert wird. Ein wichtiges Modell zur Klärung der Geltungsproblematik bietet Poppers Wissenschaftstheorie. Hiernach finden Beobachtungen immer nur in einem bestimmten Erwartungshorizont statt und dienen der deduktiven Nachprüfung von Theorien, die stets dem Risiko des Scheiterns in der Erfahrungswelt auszusetzen sind. Sie müssen also ständig überprüft werden und sollten auch in der Konkurrenz mit anderen Theorien bestehen können. Allerdings sieht es in der Praxis oft ganz anders aus. Da geht es weniger um Falsifizierbarkeit als um die Einschränkung der Geltung von Theorien. Auch sind Wettbewerbssituationen, wie sie sich Popper vorstellt, seltener gegeben. Durchweg versucht man, mit Hilfe von Zusatzhypthesen eine ins Wanken geratene Theorie zu retten. Die Theorien werden eher verbessert oder verändert als gänzlich verworfen. Wird aber tatsächlich einmal eine Theorie preisgegeben, so geschieht das meistens, weil sie inzwischen entbehrlich, aber nicht weil sie falsifiziert wurde. Daß sich Popper im Grunde genommen auf die außerordentliche Forschung beschränkt und das Phänomen der normalen Wissenschaft und damit auch den Unterschied zwischen beiden Bereichen vernachlässigt, macht auch der Aufsatz von Wolfgang Stegmüller deutlich. Stegmüller geht dabei von Kuhns Werk über wissenschaftliche Revolutionen aus. Kuhn hat sich bekanntlich in seinen wissenschaftstheoretischen Studien sehr polemisch mit Poppers Theorien, vor allem mit seinem Rationalitätsmonismus, auseinandergesetzt und hat nach Meinung vieler Wissenschaftler die Grundvoraussetzung jeder Wissenschaft, nämlich ihre Rationalität, bestritten. Auch Stegmüller fragt nach dem Charakter wissenschaftlicher Rationalität und schlägt vor, die monistische Rationalitätsauffassung durch eine dualistische zu ersetzen, da der normale Wissenschaftler andere Tätigkeiten verrichtet als der außerordentliche Forscher. Gegen Popper ist vor allem einzuwenden, daß eine physikalische Theorie gegen potentielle Falsifikation durchaus immun sein kann und nicht erst durch intellektuelle Unredlichkeit, wie Popper gerne unterstellt, gewaltsam immunisiert werden muß. Oft liegt es einfach an der Unfähigkeit des Wissenschaftlers, diese Theorie so zu erweitern, wie die richtige Lösung es erfordert. Ferner ist zu bedenken, daß normale Wissenschaftler bereits über vorgegebene Theorien verfügen, die sie allenfalls ergänzen können. Kommt ein Wissenschaftler mit den ihm gegebenen Theorien nicht zurecht, seinem Handwerkszeug, und kann er auch keine besseren finden, so wäre ein Berufswechsel der beste Ausweg. Im allgemeinen wird der Widerspruch, der zwischen Gesetz und Er-

fahrung auftritt, der Messung angelastet. Völlig verfehlt wäre es – und das wäre die Konsequenz, wenn man Poppers Meinung rigoros vertritt –, den normalen Wissenschaftler von vornherein als einen unkritischen und bornierten Dogmatiker zu betrachten und in ihm einen Prototyp unkritischer Einstellung zu erblicken.

Nach diesen mehr allgemein wissenschaftstheoretischen Aufsätzen, die zugleich die besonderen Beziehungen zwischen Naturwissenschaft und Wissenschaftstheorie deutlich machen, kommen die Vertreter einzelner Wissenschaften zu Wort, die ihre Disziplinen vorstellen und ihre begrifflichen und methodischen Voraussetzungen diskutieren, womit sie zugleich die Aufgabe der Philosophen übernehmen. H. Kleinewefers fragt nach der Bedeutung wissenschaftstheoretischer Probleme für die Sozialwissenschaften und stellt auf diesem Gebiet ein wissenschaftstheoretisches Chaos fest. Er macht mit den einzelnen Disziplinen der Sozialwissenschaft bekannt und erörtert die grundlegenden Fragen, die hier gestellt werden. So folgt auf die Frage „was ist?“ die Beschreibung, auf die Frage: „warum ist es?“ die Analyse. Beide aber, Beschreibung und Analyse, bilden die Basis für Kritik und Utopie, die sich in den Fragen: „warum ist etwas?“ und „wie könnte es anders sein?“ niederschlagen. Das sind jedoch Fragen, die sich ausschließlich empirisch orientierte Sozialwissenschaftler gar nicht mehr stellen. Wichtiger aber als die Begründung der Phänomene – eine in den Sozialwissenschaften ohnehin recht prekäre Angelegenheit – sollte der Sozialwissenschaftler das Entdecken erachten, um nicht seine praktische Aufgabe zu verfehlen, zumal Auseinandersetzungen und Begründungen nie zur Wahrheit führen, sondern höchstens Vorurteile und Dogmatismus verhindern helfen. Hans Schäppi dagegen beklagt den Funktionsverlust historischen Wissens, den damit verbundenen Prestigeverlust der historischen Wissenschaften und die allgemeine Enthistorisierung des Denkens und der Wissenschaften. Das ist um so bedauerlicher, als die Gegenwart in ihrer Wirklichkeit nur erkannt werden kann, wenn man sie auch als Resultat ihres Entstehungszusammenhanges begreift. Vergangenheit bestimmt als Tradition ebenfalls unser Denken und Handeln und geht in das Selbstverständnis jeder gesellschaftlichen Gruppe ein. Erst die kritische Auseinandersetzung mit der Tradition kann ihre Macht brechen und ist darum unabdingbare Voraussetzung jeder wirklichen Selbstbestimmung. Der Historiker ist heute nicht nur auf methodischer Ebene, sondern auch in Fragen der Theorie auf die Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften, insbesondere der Ökonomie und der Soziologie angewiesen. Über metahistorische Fragen gibt es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Ein flexibler, kritisch verstandener marxistischer Ansatz bietet nach Meinung Schäppis dem Historiker Vorteile verschiedener Art. Er ermöglicht die Erforschung historischer Teilbereiche und eine synthetisierende Betrachtungsweise gleichzeitig; der Historiker wird sensibel für vorhandenes, oft verborgenes Konfliktmaterial und kann zu seinem eigenen oft trügerischen Vorverständnis ein kritisches Verhältnis entwickeln.

Christian Scharfetter beschäftigt sich mit dem wissenschaftlichen Tun in der Medizin. Nach Herbert Zuber nimmt die Biologie, sobald der Mensch in die Forschung einbezogen wird, vor allem im Grenzbereich zwischen dem Physischen und dem Psychisch-Subjektiven, eine Mittlerrolle zwischen den exakten Naturwissenschaften und den Geisteswissenschaften ein und könnte durchaus einen Beitrag zum Selbstverständnis des Menschen leisten. Die Ingenieurwissenschaft pflegt, wie Walter Traupel zu Recht vermerkt, über sich nicht nachzudenken, da sie nach außen lebt. Sie ist bestrebt, Dinge zu schaffen, die funktionieren und

standhalten. Die Technik ist keine eigentliche Wissenschaft. Sie bedient sich nur wissenschaftlicher Methoden und baut auf dem Fundament der großen Physiker des 19. Jahrhunderts auf. Sie wurzelt also in den strengen Denkformen der exakten Naturwissenschaft und zielt auf ein Werk hin.

Obwohl durchweg die Probleme nur eben angedeutet, aber nicht zu Ende diskutiert werden, gewähren die Aufsätze einen gewissen Einblick in den Stand der Diskussion und machen deutlich, daß die einzelnen Probleme und Gegenstandsbereiche oft ineinander übergreifen und somit interdisziplinäre Zusammenarbeit mehr als eine vorübergehende Laune ist. Dennoch sollten die grundsätzlichen Schwierigkeiten interdisziplinärer Arbeit nicht verschwiegen werden, die in der mehr oder weniger offenen Rivalität der beteiligten Disziplinen um die methodische Führung ihre Wurzeln haben. Ebenso führt die Befürwortung des Methoden- und Theorienpluralismus immer wieder zu erregten Debatten. Seinen Vertretern, die den Standpunkt der Toleranz einnehmen, da sie ihre Stellungnahme nicht für die einzig mögliche halten, wird gerne vorgeworfen, daß ihr Grundsatz mit dem der Wahrheitssuche kollidiere.

Ursula Homann (Arnsberg)

**Diemer, Alwin:** *Elementarkurs Philosophie. Dialektik.* Econ Verlag, Düsseldorf-Wien 1976 (224 S., br., 26,- DM).

Dieser Band ist die erste Publikation einer Reihe „Elementarkurs Philosophie“. Zweck und Notwendigkeit ist: „Werden ... entsprechende Grundkurse, Einführungen u. ä. angeboten, so sind es fast durchweg Einführungen in das Denken des jeweiligen Autors. Was fehlt, ist ein allgemein orientierender Elementarkurs, der umfassend und möglichst frei von Wertung informiert“. (9) Entsprechend der didaktischen Zielsetzung ist für die einzelnen Sachgebiete ein konstantes Gliederungsschema vorgesehen: vorläufige Charakteristik – Wortfeld – Geschichte – Systematik – Bibliographie. Der Abschnitt: vorläufige Charakteristik (15–17) listet einige Dialektiktheorien in ihrem Vorverständnis auf. Der Abschnitt: Wortfeld (19–32) faßt übersichtlich die griechischen Ursprungsbegriffe und die lateinischen und deutschen Derivate zusammen und erläutert sie. Im Abschnitt: Geschichte (33–134) werden die bedeutendsten Vertreter von Platon bis heute kurz dargestellt. Außer dem Marxismus und seinen Varianten zählt Diemer noch acht weitere Positionen zeitgenössischer dialektischer Philosophie auf, von der Lebensphilosophie eines R. Kroner über die dialektische Theologie K. Barths bis zur Hermeneutik Gadamers. Zu Wort kommen auch die Kritiker der Dialektik: Topitsch und Popper. Der Versuch, das Problem der Dialektik systematisch zu erfassen (135–168), ist nicht mehr als eine Neuordnung bereits vorgelegten Materials mit anderen Termini. Es folgen: eine unsystematische, subjektive Auswahlbibliographie (169–216) und ein Register (217–224).

Zugegeben, es ist sehr schwierig, auf knappstem Raum ein so komplexes und kontroverses Problem korrekt und faßlich darzustellen. Diese Schwierigkeit rechtfertigt aber keine „Vergewaltigung“ des Gegenstands. Die einzelnen Positionen werden in einer Weise verkürzt und gedrängt dargestellt, daß das Ergebnis eher als Dichtung denn als sachliche Information zu bezeichnen ist (vgl. die Darstellung von Marx, 88–91). Generell unterbleibt die Explikation des Ansatzes, aus dem heraus nur die jeweilige Position im einzelnen beurteilt werden kann. Im buchstäblichen Sinne wird indoktriniert, ohne daß dem Adressaten – dem Studenten, der sich eine erste Orientierung verschaffen will – die geringste

Chance zu kritischem Urteilen gelassen wird. In dieses Bild fügt sich das Zitierverfahren ein. Zwar werden die Zitate gekennzeichnet, nicht aber quellenmäßig belegt (bis auf unwichtige Ausnahmen). Eine Überprüfung ist somit unmöglich, was bequeme Zitatmanipulationen erlaubt (vgl. 139/140, das Hegelzitat ist aus zwei Satzfragmenten zusammenmontiert, die im Original ca. 20 Seiten auseinanderstehen). Das Verfahren widerstreitet jeder didaktischen Zielsetzung. Es schreckt den Leser eher ab, als daß es ihn anregt, in den Originalen nachzuschlagen. Oder sollte dies Absicht sein? Es spricht vieles dafür; z. B. verzeichnet die Bibliographie nur Sekundärliteratur und nicht *eine* Primärschrift. Auch Philosophie kommt ohne einen Fundus an zählbarem Wissen nicht aus, aber in seiner Aufzählung erschöpft sie sich sicherlich nicht. Daß sie auch ein aktives Tun, ein Reflektieren über das Problem der Dialektik ist, ignoriert diese Einführung.

Ulrich Richter (Münster)

## Sprach- und Literaturwissenschaft

**Volosinov, Valentin N.:** *Marxismus und Sprachphilosophie*. Hrsgg. und eingeleitet von Samuel M. Weber. Ullstein Verlag, Frankfurt/M.-Berlin/West-Wien 1975 (Leningrad 1930) (237 S., br., 12,80 DM).

Der Autor gehört zu einer Generation von Wissenschaftlern, die nach der sowjetischen Revolution die marxistische Theorie zu ihrer Arbeitsgrundlage erklärten und sie mit den Ergebnissen bürgerlicher Wissenschaft in einen fruchtbaren Zusammenhang zu bringen versuchten. Sein Thema ist der ideologische Inhalt des Bewußtseins in seinem sprachlichen Ausdruck. Volosinov geht davon aus, daß „alles Ideologische Zeichencharakter (hat)“ (56) und somit „der Zeichencharakter die gemeinsame Bestimmung aller ideologischen Phänomene (ist)“ (56). Auf diese Weise erklärt sich für ihn der gesellschaftliche Charakter auch des individuellen Bewußtseins. „Das Bewußtsein wird erst dadurch zum Bewußtsein, daß es sich mit ideologischem Inhalt füllt, resp. solchem, das Zeichencharakter trägt, also nur im Prozeß der gesellschaftlichen Interaktion.“ (57) Dementsprechend existiert das gesellschaftliche Bewußtsein, „die gesellschaftliche Psyche“ als reale sprachliche Interaktion, die „ganz und gar außen“ geäußert wird, „im Wort, in der Geste, in der Tat“ (66). Ohne diese Verknüpfung mit dem realen Prozeß der Kommunikation durch Zeichen sei die gesellschaftliche Psyche ein metaphysischer oder mythischer Begriff. – Die Formen der sprachlichen Interaktion werden nun durch die Bedingungen der sozialen Situation bestimmt. „Die Produktionsverhältnisse und die von ihnen unmittelbar bedingte soziopolitische Struktur bestimmen alle Möglichkeiten des sprachlichen Kontaktes der Menschen untereinander, alle Formen und Arten ihrer verbalen Kommunikation: bei der Arbeit, im politischen Leben, im ideologischen Schaffen.“ (66) Die Existenz der gesellschaftlichen Psyche wird somit für Volosinov faßbar „in den verschiedensten Formen der Äußerung, in der Form innerer und äußerer kleiner Redegenres“ (67). Bisher sei die Äußerung vornehmlich anhand ihres thematischen Inhalts untersucht worden, aber nicht unter dem Gesichtspunkt ihrer strukturellen Entwicklung, abhängig von hierarchischen Gesellschaftsstrukturen. „Eine *Typologisierung dieser Formen* ist eine der vordringlichsten Aufgaben des Marxist-

mus“ (68). Die Klassifizierung der Formen der sprachlichen Kommunikation sollte hierbei die Basis für die Klassifizierung der Formen der Äußerung abgeben.

Nach Volosinov mußte ein soziologischer Zugang zur Wirklichkeit der individuellen und gesellschaftlichen Psyche gefunden werden. Die Disziplin, in der diese in Gestalt der „Äußerung“ schon als Untersuchungsgegenstand thematisiert worden war, die Linguistik, hatte keine geeigneten Verfahren anzubieten, da sie, nach Volosinov, immer nur vereinzelt Redeelemente bzw. isolierte monologische Äußerungen untersuchte. „Indessen sind die Probleme der Syntax für das richtige Verstehen der Sprache und ihres Werdens von ungeheurer Bedeutung. Denn vor allen Formen der Sprache *nähern sich die syntaktischen Formen am meisten den konkreten Formen der Äußerung*, den Formen der konkreten Redeakte. . . . Die syntaktischen Formen sind konkreter als die morphologischen und phonetischen und enger mit den realen Bedingungen des Sprechens verbunden“ (174). Volosinov begreift in dem Begriff der syntaktischen Verbindung sowohl die Syntaktik der Satzglieder ein als auch die Syntaktik der Sätze im Text und vor allem eine kommunikative, soziale Syntaktik, die die Art und Weise der kommunikativen Beziehungen der Sprechenden zum Gegenstand hat. Entsprechend wählt er seinen Analysegegenstand: „*Das Phänomen der Wiedergabe fremder Rede in soziologischer Richtung zu problematisieren, das soll die Aufgabe unserer weiteren Arbeit sein*“ (178). Beispiele (indirekte, direkte Rede und ihre Modifikationen) bezieht Volosinov aus der literarischen Produktion. Bei der „uneigentlich direkten Rede“ angelangt, ergibt sich für Volosinov, der zunehmende Gebrauch dieser und anderer von ihm besprochener Formen der Wiedergabe fremder Rede signalisiere eine „allgemeine und umfassende Subjektivierung der ideologischen Wortäußerung“ (236). „Das kategorische Wort, das Wort ‚aus sich selbst‘, das *behauptende* Wort, lebt nur noch in wissenschaftlichem Kontext“ (236). Es gelte, eine Erneuerung des ideologischen Wortes möglich zu machen, „eines Wortes, dessen Thema intakt ist; eines Wortes, das von einem überzeugten und kategorischen sozialen Werturteil durchdrungen ist; eines Wortes, das wirklich das meint, was es sagt, und auch bereit ist, sich dafür zu verantworten“ (237). – Ein Plädoyer für eine sozialpsychologische Hygiene der bewußten Verantwortung kommunikativer Akte.

Volosinovs Forderung nach einer Typologisierung sprachlicher Äußerungen im Zusammenhang ihrer (sozialen) Äußerungssituation umreißt ein Thema der Sprachwissenschaft, das z. B. mit der Linguistischen Pragmatik wieder aktuell geworden ist. Die in der Sprechakttheorie (methodische Grundlage der Ling. Pragmatik) formulierte Konzeption der Sprechhandlung erscheint von Volosinov in einem Umfang vorweggenommen, der in der Sprechakttheorie erst in späteren Erweiterungen erreicht wurde, da ihre frühen Vertreter von einer sozialen Begründung der Sprechhandlung weitgehend abstinenter geblieben waren. Allerdings hat Volosinov seinerseits in keiner Weise die definitorischen Leistungen der Sprechakttheorie bezüglich der Klassifizierung und Identifizierung von Äußerungen erreicht, bedient sich hierbei außerdem eher hermeneutischer Aussagen als nachvollziehbarer Argumentationen.

In der Sowjetunion wurde Volosinovs Buch in den 30er Jahren von den Marxisten zunächst aus der öffentlichen Diskussion verbannt, in den 60er Jahren aber in die sprachwissenschaftliche Diskussion um Probleme der Sprachnorm und der Psycholinguistik wieder einbezogen.

**Leist, Anton (Hrsg.):** Ansätze zur materialistischen Sprachtheorie. Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1975 (419 S., br., 19,80 DM).

Auch Ansätze einer materialistischen Sprachtheorie können keineswegs voraussetzungslos beginnen. Bei der Arbeit an einer solchen Theorie muß das Verhältnis von Gesellschaftstheorie und Sprachtheorie mindestens skizziert sein, was ohne explizierte erkenntnistheoretische Position kaum zu leisten ist. Die Klärung dieses Verhältnisses muß einerseits berücksichtigen, was die marxistischen Klassiker und diejenigen, die sich in marxistischer Tradition stehend betreffen, zur materialistischen Sprachtheorie beitragen können, und es müssen andererseits Kategorien erarbeitet werden, mit denen man „ansetzen“ kann. Unter Aufarbeitung bürgerlicher Sprachtheorie ließe sich so ein Programm entwickeln, welches politische und didaktische Reichweite erzielen kann.

Das vorliegende Buch erfüllt diese Voraussetzungen nur bedingt. Gleichwohl finden sich schon in der Einleitung von Leist und auch in anderen Beiträgen Elemente (wie der Totalitätsanspruch materialistischer Theorie, ihr Anspruch, Sprachursprung und Sprachveränderung zu erklären, usw.), die in der Tat Bestandteil jeder materialistischen Theorie sein müssen. Sie werden freilich oft bloß ausgebreitet, d. h. ihr Vermittlungszusammenhang ist nur stellenweise klar markiert. Bei Leist hat das u. a. zur Folge, daß seine eigene Forderung nach einer stringenten Theoriesprache völlig verkümmert. Was „symbolvermittelte Interaktion“, „symbolische Fähigkeiten“, „das Verhältnis von sprachlicher Kompetenz und Determination durch Sprache“ bedeutet, welchen Platz der Kompetenzbegriff bei Leist überhaupt einnimmt, bleibt unklar. Insofern sind an seinem aufwendigen Programm materialistischer Sprachtheorie manche Vorbehalte angebracht. Wissenschaftlich unredlich scheint mir Leist dort, wo er behauptet, „im Bereich der Erkenntnistheorie (habe) der bisherige Marxismus zur Klärung der Beziehung von Sprache und Arbeit, Sprache und Praxis wenig oder nichts beigetragen“ (19). Schließlich haben mindestens zwei sprachtheoretische Ansätze – nämlich die Sprechhandlungstheorie und die Sprechfähigkeitstheorie – genau dort vorgearbeitet. Gerade diese beiden wohl am weitesten entwickelten materialistischen Theorieversuche werden indes nirgends systematisch besprochen.

Im I. Kapitel, „Rezeption und Kritik“ überschrieben, bildet die textkritische Auseinandersetzung von Christoph Hering mit Ulrich Erckenbrecht eine gut begründete und geschlossene Arbeit. Hering weist überzeugend nach, daß es unzulässig ist, die sprachtheoretischen Äußerungen von Marx bloß historisch zu analysieren, da es Marx vor allem um die logische Analyse ging. Demgegenüber ergeben die Thesen zu Feuerbach und Marx von Hans Joas nicht wesentlich mehr als die Erkenntnis, daß Intersubjektivität bei Feuerbach halt vorkommt. Ein Musterbeispiel, wie man bürgerliche und auch kritische Sprachwissenschaft nicht aufarbeiten soll, bietet Rudolf Lüscher, „Der immer noch nicht ganz qualifizierte Sprecher“. Nur auf dem Wege „einer rationalen Rekonstruktion des Chomsky'schen Programms und seiner psycholinguistischen und soziolinguistischen Umformungen“ (122) – so immanent und voraussetzungslos – läßt sich diese Sprachwissenschaft nicht aufarbeiten (von Utz Maas hätte Lüscher da einiges lernen können). Heraus kommt denn auch nur ein Referat über die verschiedenen Glaubensrichtungen der GTG'ler.

Im II. Kapitel, „Sprache und Handeln“, werden vorwiegend Probleme der Phylo- und Ontogenese der Sprache behandelt. Möglicherweise hat Leists Bemerkung, daß materialistische Sprachtheorie „auf eine möglichst breite Basis

von Disziplinen zu stützen ist“ (35), Sylvia Zisterer dazu verleitet, die Probleme der Entwicklungsgeschichte menschlicher Sprache so pluralistisch auszubreiten – und so wenig zu verarbeiten. Sehr sorgfältig referiert sie zwar die verschiedenen Forschungsergebnisse, wie jedoch „Sprache-Arbeit-Gesellschaft als sich in ihrer Entwicklung gegenseitig bedingende Faktoren begriffen werden müssen“ (194), wird durch den Gang der Untersuchung kaum verständlich, daran hindert sie auch ihr eigenes methodisches Konzept. Noch beschränkter als Zisterer arbeitet Werner van de Voort bei seinem Versuch, mit G. H. Mead über Piaget zum Aufweis eines dialogischen Handlungsprozesses in Frühstadien der Entwicklung des Kindes zu kommen. Wohl wird die Bedeutung von Vorformen kommunikativen Handelns erkennbar, auch wird die Kritik an Piagets Egozentrismus stellenweise richtig angesetzt, was an der Arbeit jedoch materialistisch sein soll, ist gänzlich unerkennbar.

In den Beiträgen des III. Kapitels („Sprache und Wirklichkeit“) geht es vor allem um die Bedeutungsentstehung im Sprachgebrauch, kaum um das Verhältnis von Sprache und gesellschaftlicher Produktion. Trotz der stark bedeutungstheoretischen Akzentuierung wird die „Wirklichkeit“ am wenigsten in Ulrich Schmitz' Beitrag auf den Kopf gestellt. Die Dialektik zwischen realer und sprachlicher Bedeutung wird überzeugend analysiert, schlüssig scheint mir ebenfalls die Kritik und Erweiterung von Ansätzen der sowjetischen kulturhistorischen Schule. Schmitz gehört zu den wenigen in diesem Buch, die den materialistischen Anspruch ernst nehmen. Einen völlig anderen Ausgangspunkt nimmt Rolf Zimmermann. Er versucht den späten Wittgenstein für die materialistische Sprachtheorie zu gewinnen. Wie aber die Sprachtheorie des Historischen Materialismus auf der Grundlage der Wittgensteinsemantik zu entwickeln ist, wie „eine wechselseitige Aneignung von Histomat und Sprachtheorie“ (294) aussehen soll, bleibt ganz im Dunkeln, weil die gesellschafts- und erkenntnistheoretischen Probleme entweder ausgeklammert oder mit diffusen Begriffen („Gegebenheiten“) zugedeckt werden.

Insgesamt also ein enttäuschendes Buch. Das hängt vor allem damit zusammen, daß der gesellschaftstheoretische Ansatz der Autoren (sofern er überhaupt kenntlich gemacht wird), kaum zu überzeugen vermag. Die Autoren nehmen Theoriestücke aus Interaktionismus und Kritischer Theorie und argumentieren dann fast durchgehend auf der Grundlage der analytischen Philosophie. Eine Folge davon ist, daß entweder sprachwissenschaftliche Teilbereiche unter Berufung auf die analytische Philosophie als Sprachtheorie ausgegeben werden, dann bleibt vom materialistischen Ansatz rein gar nichts mehr (so exemplarisch Gabriel Falkenberg); oder es werden sprachwissenschaftliche Einzelthemen mit einer (auf 1 1/2 Seiten!) „gegenüber Marx erweiterten Konzeption des historischen Materialismus“ (235) behandelt, dann verkommt der historische Materialismus an der Oberfläche (so beispielhaft Max Looser).

Nur wenige Autoren entgehen diesem Dilemma. Entgegen jedem materialistischen Theorieverständnis arbeiten fast alle ohne empirische Grundlage; keinem gelingt es an irgend einer Stelle, didaktische oder politische Bezüge wirklich sichtbar zu machen; die Voraussetzungen, Methoden und Ziele des historischen Materialismus werden also sträflich vereinfachend diskutiert. Weil es materialistische Theorie forsch vospiegelt oder kurzerhand negiert, hat das Buch seinen materialistischen Anspruch verfehlt. Es hieße besser: Interaktionistische Linguistik.

Klaus Schüle (Bremen)

**Erckenbrecht, Ulrich:** Politische Sprache. Marx, Rossi-Landi, Agitation, Kindersprache, Eulenspiegel, Comics. Verlag Andreas Achenbach, Lollar 1975 (197 S., br., 9,50 DM).

Erckenbrecht wendet sich mit seiner Aufsatzsammlung gegen die vielfältigen Formen der „Erstarrung der politischen Sprache“ (11). Im ersten Aufsatz („Sprache und Politik. Theoretische Ansätze bei Marx und Engels“, 9–58) gibt er als Rahmen für die politische „Sprachkritik“ an: „... es gilt nicht nur, den neueren Kapitalismus zu analysieren und abzuschaffen, sondern auch alle bestehenden Formen des Sozialismus zu untersuchen und durch bessere zu ersetzen.“ (11) Erckenbrecht fordert von der sozialistischen Bewegung die „scharfe Kritik an politischen Phrasen aller Art, die zunächst die Agitation erleichtern, aber sie langfristig erschweren, da sie die Massen in der Gewöhnung an alte Sprach- und Denkmuster bestärken.“ (46) Kritik darf nicht zum „dirigierten Ritual“ verkümmern. Er beruft sich auf Marx: „Die Arbeiterbewegung beruht auf der schärfsten Kritik der bestehenden Gesellschaft, Kritik ist ihr Lebenselement, wie kann sie selbst der Kritik sich entziehen, die Debatte verbieten wollen? Verlangen wir denn von andern das freie Wort für uns bloß, um es in unsren eigenen Reihen wieder abzuschaffen?“ (MEW 37, S. 328; hier: 30) – Politisches Ziel der Agitation ist für Erckenbrecht nicht, den Adressaten zu etwas zu überreden, sondern ihn zu Einsichten zu bringen: „Nie darf das magische Element, psychisch zuweilen beinahe unentbehrlich, das rationale überwiegen oder der Reflexion entzogen werden.“ (100) Er gibt pointenreich einige Ratschläge für den Agitator („Punkte zur Sprache der Agitation“ 97–107): „Haust du mit schlechten Schlagwörtern auf die Pauke, zerreißt das Trommelfell und niemand hört dir zu.“ „Sprachliche Schlampe rei stärkt den Gegner. Liefert du ihm Aufhänger, verlierst du Anhänger.“ (99, 101)

In dem Aufsatz „Sprachdenken beim Kind“ (139–161) sieht Erckenbrecht eine Aufgabe der Sprachziehung darin, aktive Moment in der kindlichen Sprachaneignung und -produktion gegen die Mechanik und Starrheit des Sprachverhaltens vieler Erwachsener zu behaupten. Das sprachlernende Kind (von Erckenbrecht etwas idealisiert) bleibe nie bei „bloßer Imitation“ stehen, sei oft „innovatorisch“ bis „parodistisch“ (142). Es liebe die Anschaulichkeit gegen die Abstraktheit und partielle Willkürlichkeit der Sprache, Lautmale, Wortspiele. – Trotz Standardisierung und Verkümmern der Sprache in den meisten gegenwärtigen Comics verteidigt Erckenbrecht entgegen Pauschalurteilen von rechts („undeutsch“, „Schmutz und Schund“) bis links („der kritische Comic müßte letztlich die Abschaffung des Comic sein“) den Comic als „emanzipatorisches Massenkommunikationsmittel“ („Comics“ 163–197)

Im Ausgangspunkt des Aufsatzes „Till Eulenspiegel, ein Rebell der Sprache“ (111–137) droht die Eulenspiegel-Figur dem Autor historisch zu entgleiten. Erckenbrecht ordnet Eulenspiegel zunächst richtig ein in die Periode „sozioökonomischen Umbruchs“ im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, versucht Eulenspiegel dann aber als bereits kapitalismuskritisch zu pointieren (vgl. 112) und ihm zeitlose Züge zu verleihen. Das muß mißlingen, da Eulenspiegel seine Opfer gerade in Tauschformen des Kapitalismus hineintreibt. – Eine weitere Undeutlichkeit des Aufsatzes liegt in der Auffassung des Verhältnisses von Sprache und Handeln bei Eulenspiegel. Obwohl erkannt ist, daß „bei Eulenspiegel die Aktion selbst fast die ganze Kritik ist“ (120), besteht die Tendenz, das eulenspiegelische Sprachverhalten von seiner Funktion („List des Überlebens“) los-

zulösen – wie es auch im Titel sichtbar wird. Es fehlt die präzise Bestimmung des sozialen „Unterbaus“ des Eulenspiegel (dazu W. F. Haug: Die Einübung bürgerlicher Verkehrsformen bei Eulenspiegel, Argument Sonderband 3, 4–27. Haug bezeichnet Eulenspiegel als „Meister des Tauschvertrags“). Von diesem „Unterbau“ aus betrachtet, fördert Erckenbrecht eine Reihe interessanter Ergebnisse zutage, z. B. „Eulenspiegel überführt die Sprache sogar da, wo sie am eindeutigsten scheint, im Befehl, der Mehrdeutigkeit“ (113).

In der Auseinandersetzung mit dem italienischen Sprachtheoretiker Rossilandi („Kritik einer vulgärmaterialistischen Sprachtheorie“ 59–96) hält sich Erckenbrecht zu sehr bei dessen Verirrungen im einzelnen auf, statt sich auf eine systematische Kritik des methodischen Verfahrens zu konzentrieren (vgl. hierzu Ellerbrock, u. a.: Ansätze materialistischer Sprachtheorie, Das Argument 95, 44 ff). Theoriekritik ist nicht Erckenbrechts starke Seite.

Die etwas heterogene Aufsatzsammlung zeigt Erckenbrecht – Jahrgang 1947 – als emsigen Sprachkritiker, der seinen spielerischen Umgang mit der Sprache allerdings stärker kontrollieren müßte (Wortspiele, Metaphern verselbständigen sich gegenüber dem zu beschreibenden Sachverhalt). Erckenbrecht erreicht in seinen besten Momenten die Treffsicherheit eines Karl Kraus; insgesamt kann er als ein Beispiel aus der Zeit zunehmender Politisierung der Intelligenz in der BRD gelten, die ihre Agitatoren hervorzubringen beginnt – sich auszeichnend durch eine Abneigung gegenüber politischen Phrasen, Ironie höher schätzend als Donnerworte, den Zettelkasten (mit Klassikerzitaten) immer (noch) unterm Arm.

Manfred Behrens (Berlin/West)

**Steiner, Gerhard:** Jakobinerschauspiel und Jakobinertheater. Deutsche revolutionäre Demokraten, Bd. VI. J. B. Metzler, Stuttgart 1973 (X, 336 S., br., 26,- DM).

Innerhalb der literarischen Agitation der „deutschen revolutionären Demokraten“ Ende des 18. Jahrhunderts nahm die revolutionäre Dramatik eine Sonderstellung ein. Das Drama bedarf, soweit es zur Aufführung gelangen soll, „einer komplizierten Darbietungs- und Rezeptionsform“, die bestimmte institutionelle und personelle Gegebenheiten voraussetzt (3/4). Die Aufführung aktueller progressiver Stücke mußte so weitgehend auf das französisch besetzte Mainz beschränkt bleiben.

Das Schauspiel erscheint den Jakobinern in besonderem Maße geeignet, das „menschliche Herz“ zu gewinnen, nachdem die Ausrottung des Despotismus in der Vernunft schon weitgehend geleistet sei. Diese Auffassung ist im Zusammenhang zu sehen mit Georg Forsters Äußerungen über die Bedeutung der Phantasie und Empfindung in der Literatur. Steiner diskutiert Forsters ästhetische Anschauungen vornehmlich unter dem Gesichtspunkt der „historischen Konkretheit der Kunst und ihrer sozialen Inhalte“ (hier 41/41–43). Er unterläßt es aber, die aus Forsters Aufsätzen entwickelten ästhetischen Auffassungen in Zusammenhang mit den dokumentierten Texten zu bringen. Insgesamt berücksichtigt Steiner, bis auf eine kleine Anmerkung zur Posse (31), nicht die eingesetzten literarischen Techniken, die die häufig genannte und vorausgesetzte propagandistische Wirkung erreichen sollen. Die Bedeutung des jakobinischen „theatergeschichtlichen Erbes“ (83–85) wird so nur aus den von dem literarischen Medium abgelösten progressiven Inhalten erklärt, die Darstellung „der Verflechtung der

gesellschaftlich-politischen Aktionen mit den ästhetischen und kulturellen Intentionen“ nicht an der literarischen Praxis gemessen (83). In den durchgeführten Aufführungen (14 Stücke/ 66) des Mainzer „National-Bürgertheaters“ überwiegen Unterhaltungsstücke mit begrenzten politischen Anspielungen. Aktuelle revolutionäre Stücke, die aufgeführt wurden, waren u. a. die Dramen von Nikolaus Müller. Der Dokumentarteil (137–306) enthält neben Müllers „Freiheitsbaum“ (1793), die Stücke „Die Rebellion“ (1791), „Der klägliche König“ (1792), „Die Aristokraten in Deutschland“ (1792).

Der Darstellungsteil (135 S.) ist weithin als Kommentar zu den abgedruckten Stücken zu lesen. Steiner bringt eine Fülle neuer detaillierter Informationen über Verfasser und Inhalte „jakobinischer“ Dramen und deren historischen und ideologischen Umkreis (mit Namensregister 332–335). Das Spezifikum der herangezogenen Stücke gegenüber zahlreichen anderen, die die Französische Revolution als Ereignis thematisieren, sieht Steiner in den in ihnen auftretenden „Zügen einer jakobinischen Gesinnung“ (33). Voraussetzung für die Einschätzung der einzelnen Texte wäre die Beantwortung der von der deutschen Jakobinismusforschung insgesamt vernachlässigten Frage nach den spezifischen Inhalten jakobinischer Ideologie, wie sie sich in Deutschland ausbildete. Daß Steiner dies nicht leistet, erschwert die Beurteilung der Relevanz der dokumentierten Stücke ebenso wie die Benutzung des Bandes für eine darauf aufbauende Weiterarbeit. Jedenfalls scheinen die breit dargestellten, auf das Theater bezogenen praktischen und theoretischen Bemühungen (64 u. 79) der Mainzer Jakobiner mit einem Stück gegenüber den „Vorläufern“ unterrepräsentiert.

Die informative Studie über die Tätigkeit des Theaterdirektors G. F. W. Großmann (1743–1796) (93–135) zeigt eindringlich die schwierigen Bedingungen progressiver Theaterpraxis zu Ende des 18. Jahrhunderts. Sie steht aber nicht in direktem Zusammenhang zum „Jakobinerschauspiel und Jakobinertheater“.

In der detaillierten Erschließung von Verfassern und Inhalten progressiver Stücke leistet Gerhard Steiners Buch Beträchtliches. Offen bleibt die besondere Produktions- und Wirkungsfunktion des literarischen Mediums Drama, deren entschiedene Berücksichtigung aber auch erst den vollen Zugang zu den spezifischen ideologischen Gehalten und der kritischen Erkenntnis der einzelnen Stücke offenlegen könnte.

Hans-Joachim Ruckhäberle (Pfaffenhofen/Ilm)

**Mattenklott, Gert, u. Klaus R. Scherpe (Hrsg.):** Demokratisch-revolutionäre Literatur in Deutschland: Vormärz. Literatur im historischen Prozeß, Bd. 3/2. Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1974 (XI, 263 S., br., 12,80 DM).

**Vaßen, Florian (Hrsg.):** Restauration, Vormärz und 48er Revolution. Die deutsche Literatur, Bd. 10. Philipp Reclam, Stuttgart 1975 (324 S., br., 6,40 DM).

Die Hrsg. beider Bände fordern zu Recht, daß die Literatur vor 1848/49 über alle politischen Gliederungsversuche hinaus auf die wichtigsten beiden gesellschaftlichen Widersprüche der Zeit zu beziehen ist: den Kampf des industriekapitalistischen Bürgertums gegen den Feudalstaat einerseits und die der aufkommenden kapitalistischen Produktionsweise entspringende proletarische Bewegung andererseits (M/S. 2, V.9). Von hier erfährt das Jahr 1830 als untere Zeitgrenze beider Bände seine Rechtfertigung; zugleich wird deutlich, daß die literarische Entwicklung im „Vormärz“ (als Begriff von M/S.4 mit Vorbehalt, von

V. 29 f für 1840–48 gebraucht), nicht „teleologisch auf die 48er Revolution zuzuordnen ist“ (M/S. 2).

Publizistik, Kritik und Polemik sind nach 1830 bestimmende Formen der literarischen Produktion, die sich insgesamt durch Funktionalisierung und Rekurs auf den operativen Literaturbegriff der Aufklärung auszeichnet. Mattenklott/Scherpe machen unter Bezug auf F. Sengle darauf aufmerksam, daß dieser Rekurs für reaktionäre und progressive Literatur gilt (M/S. 5 f.). Dies und die noch allgemein bürgerliche Formbestimmtheit auch der tendenziell demokratischen und sozialistischen Literatur zeigt, daß die literarische Technik hier nicht allein schon als Kriterium der Progressivität eines Textes gewertet werden kann. Anders Vaßen, der die operativen Genres zu einseitig als ansatzweise „adäquate Darstellung der Realität“ sieht (23).

Die differenzierte und anregende Einleitung von Mattenklott/Scherpe bleibt Programm. Die Forderung, „Vormärz“ als literarische Periodisierung müsse den Widersprüchen in der Literatur der Zeit Rechnung tragen, soll nicht die Isolierung und Verdrängung progressiver Literatur in der traditionellen Literaturgeschichtsschreibung unter umgekehrten Vorzeichen reproduziert werden (M/S. 4), findet in den Beiträgen ebensowenig wie die literarische Artikulation der „wachsenden Empörung der Volksmassen“ (M/S. 2) hinreichend Berücksichtigung. W. Grab (9–84), der als einziger über den Bereich der „Hochliteratur“ hinausgeht, erhebt den Anspruch, erstmals den revolutionären Dichter Harro Harring mit der „Methode des historischen Materialismus“ zu untersuchen (M/S. 11 f.). Heraus kommt ein informativer – und distanzierter – biographischer Abriss, dessen Stationen jeweils mit Zitaten aus Harrings immenser literarischer Produktion garniert sind. Möglichkeiten und Formen der von Harring intendierten agitatorischen und verändernden Wirkung von Literatur und Rezeptionsprobleme bleiben unberücksichtigt.

L. Wawrzyn (85–115) liefert eine sehr lesenswerte Interpretation von „Leonce und Lena“ als Kritik der feudalen Verhältnisse; manches bleibt aphoristisch. K. Briegleb (117–150) macht den Text des preußischen Auftragspamphlets von 1834 gegen Heine zugänglich und relativiert Menzels Bedeutung als Denunziant des Jungen Deutschlands. G. Farese (187–244) revidiert Mehrings und Lukaács Überbewertung Freiligraths und Unterbewertung Herweghs, mit dessen Gedicht „Die Partei“ (Febr. 1842) und der bei Herwegh konstatierten eindeutigen ästhetisch-praktischen Absicht (205), die Farese von der ästhetisch-literarischen Revolution der Jungdeutschen abhebt (196), er die „aktive Phase“ des „Vormärz“ eingeleitet sieht (197). Fareses Anmerkungen geben gleichzeitig einen guten Überblick über die neuere Vormärzforschung. Das Grundkursmodell von R.-P. Janz (145–259) sucht am Beispiel Grillparzers, Mörikes, Büchners und Heines den Prozeß der innerbürgerlichen Fraktionierung aufzuzeigen. Ein wichtiger Beitrag von I. und G. Oesterle, der den Intentionen der Einleitung weithin entspricht, analysiert die Funktion literarischer Polemik differenziert an der Auseinandersetzung Gutzkows, Heines und Börnes mit Menzel. „In den gegenseitigen Unterstellungen und Verdächtigungen zwischen Menzel und den Jungdeutschen reflektiert sich unerkannt das fortan zweifache Problem von Literatur am Ende der Kunstperiode: einerseits ihre vorschnelle Auslieferung an eine Politik, die sich, obwohl Sonderinteresse, als Allgemeininteresse ausgibt, und andererseits ihre sich selbst halb verborgen, halb vor sich selbst versteckte Indienstnahme durch den kapitalistischen literarischen Markt hindurch für die bürgerliche Gesellschaft.“ (152/53).

Die ungleiche – thematische und theoretische – Gewichtung der Beiträge mag man dem intendierten Zeitschriftencharakter der von Mattenklott/Scherpe hrsg. Reihe zugute halten; störend und ärgerlich ist die massierte Ansammlung von Druckfehlern.

Vaßen bekennt sich zur parteilichen Auswahl seiner Textdokumentation – Umfang und Abgrenzung sowie die Gliederung nach Gattungen war vorgegeben. Im Vordergrund stehen die fortschrittliche bürgerliche und die ersten Ansätze sozialistischer Literatur (10). Aber gerade der besonders betonte Neuanatz der ästhetischen Theorie nach 1830 (22 ff.) wird kaum dokumentiert. Auch bei den „ersten Zeugnissen des Proletariats sowie der verschiedenen kommunistischen Gruppierungen“ (10) geht Vaßen nicht über Bekanntes (Dronke, Engels, Heß, Marx, Weberlieder, Weerth, Weitling, W. Wolff u. einige Flugschriften von 1848) hinaus.

Ein den einzelnen Texten vorangestellter Kommentar informiert über Autoren und Textzusammenhänge. Der Band scheint mir für die angestrebte Zielgruppe, Schüler und Studenten, als Einführung sinnvoll; zumal wegen der – trotz mancher Verzerrungen, z. B. des Jungen Deutschland (26–27) – lesenswerten Einleitung.

Hans-Joachim Ruckhäberle (Pfaffenhofen/Ilm)

**Mosler, Peter:** Georg Büchners „Leonce und Lena“. Langeweile als gesellschaftliche Bewußtseinsform. Bouvier Verlag Herbert Grundmann, Bonn 1974 (85 S., br., 14,50 DM).

Bis auf einen schmalen Abschnitt zum „sozialen Realismus“ (59–68) geht die Darstellung auf das Stück als ästhetische Objektivation kaum ein. Was soll aber ein historischer Abriss zur „Gesellschaft des Übergangs“ leisten, der vor allem kursorisch und ungenau ist? Ist z. B. Büchner tatsächlich neben Weitling zu stellen (20/21)? Ist es wahrscheinlich, daß Büchner die grundlegenden Gedanken von Wilhelm Schulz's 1843 veröffentlichter Schrift „Die Bewegung der Produktion“, die Marx würdigt, kennt? (Schulz rezipiert darin die neuere französische Theorie, z. B. Proudhon, und entwickelt das Programm einer sozialistischen Literatur). Hat Büchner 1831 Buonarroti studiert? Genauer Reflex auf die wirklichen Verhältnisse hätte verhindern können, daß Mosler im weiteren Verlauf Langeweile fast nurmehr auf die Entfremdung in der einsetzenden kapitalistischen Produktionsweise bezieht, nachdem er Langeweile als gesellschaftliche Bewußtseinsform einsichtig mit den unausgebildeten Klassenantagonismen in Deutschland und der damit verbundenen Ohnmacht jeder Klasse, zur Herrschaft zu gelangen, in Verbindung gebracht hatte. Dementsprechend interpretiert Mosler die Automaten Büchners als Sinnbilder des entfremdeten Menschen – (gut in diesem Zusammenhang das Aufzeigen der Personen als ökonomische Charaktermasken [49/50]). Dabei wird verkürzt, daß für Büchner im Bild der Marionette die Determinierung des Menschen und der Verhältnisse weiterreicht. Die Interpretation hätte hier einzusetzen bei dem mechanischen Materialismus Büchners, den Mosler durchaus sieht (56–58). Daher die Auffassung vom „Fatalismus der Geschichte“, daher die kritische Negation, die nicht konkrete Utopie werden kann. Von daher ergeben sich wesentliche Ansätze zur Analyse des Büchnerschen „Realismus“, zu seinen Widersprüchen, seinem Unvermögen, die Verhältnisse über die „Empörung“ hinaus veränderbar zu gestalten; Langeweile und Stillstand stehen eben auch für das Fehlen einer Perspektive.

Hans-Joachim Ruckhäberle (Pfaffenhofen/Ilm)

**Jancke, Gerhard:** Georg Büchner. Genese und Aktualität seines Werkes. Einführung in das Gesamtwerk. Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1975 (303 S., br., 18,- DM).

Jancke versucht zu zeigen, daß fern von allen individualistisch-liberalen Gedankengängen „die Ablehnung der Einzelpersönlichkeit und demgegenüber die Basierung der historischen Kraft auf dem Volk ein fester Bestandteil der Büchnerschen politischen Theorie ist“ (113). Die Analyse des *Hessischen Landboten* (75–106) und von B.s Briefen (107–135), sowie des dichterischen Werkes (137–285) demonstriert überzeugend, daß B.s gesellschaftspolitische Vorstellungen unmittelbar aus den historischen und zeitgenössischen Politrealitäten erwachsen und keinesfalls als philosophisch-dramatischer Zweitaufguß von Originalrezepten des bürgerlichen Idealismus zu interpretieren sind. B. akzeptiert „nur eine Gewalt, die vom Volke und damit von der Mehrheit ausgeht“ (112); das Volk aber – und damit schneidet J. sowohl völkischen wie frühmarxistischen Argumentationen den Faden ab – „besteht für B. nicht aus besitzlosen Proletariern . . . das Volk – das sind die Arbeitenden“ (93). Die auf dem fehlgeleiteten Vermittlungscharakter des Geldes beruhende Entfremdung, die sich in Metaphern absurder „Sinnlosigkeit“, leerlaufender „Langeweile“, eines „toten Lebens“ in B.s Briefen und Werken niederschlägt, wird von J. als eigentliche Ursache des B.schen Leidens an der Gesellschaft gedeutet. Diese „Krankheit zum Tode“ ist aber für B. nicht ein existentialphilosophisches Problem, sondern ein politisch-gesellschaftliches: „Daß die Schilderung der Klassengesellschaft wie das Produkt eines von Widersprüchen zerrissenen Geistes, einer von feindlichen Mächten okkupierten Seele erscheint – das liegt an der pathologischen Struktur der Klassengesellschaft, nicht an derjenigen des Autors“ (54).

Büchners egalitärer Mutualismus ist also weder kleinbürgerlich noch im späteren Sinne sozialistisch, er geht nicht „über den streng bürgerlichen Charakter der Menschenrechte . . . hinaus“, stellt „das Eigentum nicht in Frage“, sondern bindet es „an die persönliche Arbeit“ (97). Aus dem radikal-sozialen Denken und den revolutionären Aktivitäten B.s folgt, daß „der Angelpunkt der Büchner-Interpretation, . . . daß der Geschichtsidealismus B.s in der Krise vom Frühjahr 1834 zusammengebrochen sei“ (113) und einem historisch gestalteten Determinismus Platz gemacht habe, durchaus unbegründet ist, eine bürgerlich-idealistische Mystifikation, der immerhin auch H. Mayer (*G. Büchner und seine Zeit*) zum Opfer fiel. J. zeigt, daß die Interpretation der revolutionären Tätigkeit von Ende März 1834 bis zur Flucht Anfang März 1835 als einer „Stilübung“ (107) sich auf „15 Zeilen eines Briefes“ stützt „sowie auf die Interpretation von ‚Dantons Tod‘, die sich wiederum auf den Brief stützt“ (ebda). Eine Neuinterpretation des sog. „Fatalismus“-Briefes zeigt, daß dieser eine allzu schmale Basis für eine Determinismustheorie abgibt (125–135).

Die Antwort auf die Frage, ob deterministischer B. oder nicht, affiziert natürlich jeden einzelnen Aspekt der Büchner-Forschung. Das gilt vor allem für jene zwei Geschichtstheorien und ihr Verhältnis zur historischen Realität, die das um „den Widerspruch von historischer Notwendigkeit und moralischer Verantwortlichkeit“ koordinierte Drama von *Dantons Tod* paradigmatisch darstellt. Die der bürgerlichen Forschung endemische Zuordnung von Sympathie (Danton) und Antipathie (Robespierre) erkennt J. als den Versuch, „die privilegierte Genußphilosophie Dantons ohne Besinnung auf gesellschaftliche Realitäten als eine zeitlose Wahrheit darzustellen, die historische Aussage des Dramas durch die Konstruktion einer ewigen condition humaine zu ersetzen und vor allem ganz

generell Danton mit größter Sympathie zu betrachten“ (147), während Robespierre demgegenüber lediglich als „der fanatische und engstirnige Terrorist“ (156) erscheint. J. hat diese ganze verzweifelte, weit nach rechts und links reichende Diskussion um die Wertigkeit der beiden Positionen umfassend dargestellt und gelangt in seiner Schlußfolgerung, „daß es zwischen Robespierre und dem Volk eine einheitliche Aktion gibt und daß Danton letztlich vom Volk verurteilt wird“ (219), zu einer fundierten Wertung der Büchnerschen Geschichtsphilosophie, die das Leben und Wirken heroischer Einzelfiguren bereits weit jenseits der Vorstellung des Idealismus als Symbolgestalten kollektiver Geschichtskräfte begreift. Die Konzentration auf die Deutung dieser kollektiven Gedankengänge erlaubt es ihm, zur Problematik des geschichtlichen (Danton, Robespierre) bzw. des sozialen Handelns (Woyzek, Leonce, Lenz) sowie auch der Anwendung von Gewalt bei Büchner wertvolle Einsichten beizutragen.

Vor allem aber werden aus dieser objektivierten Perspektive übergreifende Zusammenhänge sichtbar, die das Werk Büchners als einen im wesentlichen geschlossenen Versuch erscheinen lassen, aus dem „Drang nach dynamischer Ausbildung seiner Identität“ (286) die „Zwänge“ darzustellen, „die im Innern einer politisch freien Gesellschaft das Individuum daran hindern, ein geistiges und politisches Wesen zu sein“ (ebda). Daß B. diese Zwänge, ohne sie bereits streng sozialistisch beschreiben zu können, schon als „ökonomische“ definiert und den Grund für ihre Existenz in „der Zerrissenheit, der Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen: die Klasse der Arbeitenden und die Klasse der Ausbeutenden“ (287) sieht, sollte ihm nicht nur J. hoch anrechnen. Was sich in der Psyche des einzelnen als „facies hippocratica der Welt“ widerspiegelt, als „Struktur der leeren Zeit“, das ist nicht individueller Determinismus, nicht subjektiver „Ennui“, sondern Ausdruck einer gesellschaftsbeherrschenden „Ordnung des Egoismus“, d. h., integraler Bestandteil „der ökonomischen Struktur der Gesellschaft selber“ (289). J. hat diesen wichtigen Tatbestand unbedingt klargemacht.

Hagal Mengel (Belfast)

## Soziologie

**Rilling, Rainer:** *Theorie und Soziologie der Wissenschaft.* Zur Entwicklung in BRD und DDR. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1975 (293 S., br., 8,80 DM).

Aufgrund der zunehmenden Integration von Wissenschaft in gesamtgesellschaftliche Reproduktionsprozesse weisen die gegenwärtig dominierenden bürgerlichen und auch marxistischen Wissenschaftskonzeptionen eine deutliche Tendenz auf, das Augenmerk nicht mehr nur auf die unmittelbaren Produkte von Wissenschaft, wissenschaftliche Erkenntnisse, zu richten, sondern auch die Prozesse ihrer Produktion zu untersuchen. Wissenschaft wird so als Komplex spezifischer sozialer Tätigkeiten bzw. Arbeitsprozesse begriffen. Materialistische Wissenschaftskonzeptionen können sich dabei nicht darauf beschränken, den sozialen Charakter dieser Tätigkeiten „schlechthin“ aufzudecken; sie müssen zu ihren konkret-historischen Entwicklungsgesetzen vorstoßen. Inwieweit repräsentative bürgerliche und marxistische Ansätze hierzu in der Lage sind, diese Frage steht im Zentrum der Rillings Arbeit.

Rilling stellt zunächst das Entwicklungsverhältnis von stofflichen Charakteristika und ökonomischen Formbestimmungen des materiellen Produktionsprozesses und seiner Elemente bis hin zu Arbeitsteilung und Kooperation dar, wobei er vor allem die relative Dominanz der ökonomischen Formbestimmungen herausarbeitet. Darauf aufbauend, entwickelt er die wichtigsten stofflichen Bestimmungen des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses und sodann seine soziale Form. Er unterscheidet zwischen dem sozial-historischen Charakter wissenschaftlicher Arbeit, der auch dem individuellen Forschungsvollzug zukommt, und ihren jeweiligen Realisierungsformen. Die sozialökonomische Formbestimmtheit wissenschaftlicher Arbeit erschließt sich, betrachtet man sie unter dem Aspekt sozialer Produktions- und Aneignungsverhältnisse. So kann Rilling den Gegenstand materialistischer Wissenschaftssoziologie ausmachen: „Das System sozialer Verhältnisse in einem gesellschaftlichen Teilbereich und die damit verbundenen gesellschaftlichen Entwicklungs- und Realisierungsformen der wissenschaftlichen Tätigkeit“ (69).

Diese Bestimmung bewährt sich in der Kritik an einflußreichen bürgerlichen Wissenschaftskonzeptionen und in ihrer materialistischen Erklärung. Rilling diskutiert das klassische evolutionär-kumulative Modell der Wissenschaftsentwicklung und sehr gründlich den „revolutionären“ Ansatz T. Kuhns. Weitere Analysen gelten systemtheoretischen und strukturell-funktionalen Ansätzen sowie schließlich „direkteren“ Versuchen, die Integration der Wissenschaft in den gesamten kapitalistischen Reproduktionsprozeß theoretisch zu bewältigen. Wird hier wie auch in der daran anschließenden, sehr gelungenen Skizze zur Periodisierung der kapitalistischen Vergesellschaftung der wissenschaftlichen Arbeit der analytische Wert des „Doppelcharakter-Ansatzes“ offenbar, so deutet doch Rillings Vorschlag, die Differenzierungs- und Integrationstendenzen der Wissenschaftsdisziplinen sowie die Kumulation wissenschaftlichen Wissens als stoffliche Bestimmungen des Wissenschaftsprozesses zu interpretieren, auf die Notwendigkeit hin, die *Einheit* von stofflichen und Formbestimmungen näher auszuarbeiten. Beispielsweise bedürfte Rillings These, das wissenschaftliche Wachstum sei ein relativ formationsneutraler Prozeß (206), sicherlich weiterer Erörterung.

In seiner umfassenden Untersuchung der Entwicklung des marxistischen Wissenschaftsbegriffs in der DDR leistet Rilling Pionierarbeit. Das bisher wichtigste Ergebnis sieht er in der Ablösung des alten, Wissenschaft auf eine Form gesellschaftlichen Bewußtseins reduzierenden und ihren Produktivkraftcharakter verfehlenden Wissenschaftsverständnisses durch eine neue Leitkonzeption. Dieser „Paradigmenwechsel“ vermittelt die praktische Politik der SED im Verlauf verschiedener Diskussionsstränge, deren wichtigste Rilling kenntnisreich rekonstruiert. Den neueren Arbeiten ist nach Rilling gemeinsam, „daß sie die Wissenschaft als ein System spezifischer gesellschaftlicher Tätigkeiten und nicht in erster Linie als Gesamtheit der Ergebnisse dieser Tätigkeit auffassen, wobei sie auf die Marxsche Bestimmung der Kategorie ‚Arbeit‘ und auf die Widerspiegelungstheorie rekurrieren“ (212). Inwiefern jedoch diese Leitkonzeption tatsächlich dem Marxschen Arbeitsbegriff verpflichtet ist, erscheint Rilling als fraglich. Wie er zu Recht betont, geht die in der DDR gegenwärtig dominierende Konzeption des Instituts für Wissenschaftstheorie und -organisation von einem umfassenden Begriff von „Tätigkeit“ aus, wodurch bedeutende methodische und politökonomische Problemzonen ausgespart werden. Das Grundproblem sieht Rilling „in der wissenschaftsökonomischen Bestimmung des Wissenschaftsprozesses und in

der Klärung des Verhältnisses von politökonomisch zu bestimmendem *Doppelcharakter* wissenschaftlicher *Arbeit* und stärker wissenschaftstheoretisch bzw. vor allem -soziologisch zu fixierender *doppelter Bestimmtheit* der wissenschaftlichen *Tätigkeit*" (221, Hervorheb.: d. Rez.). Dieses Problem klar gestellt zu haben, ist ein wichtiges Verdienst Rillings. Dagegen verwundert es dann freilich, wenn Rilling in der „Vorbemerkung“ schreibt, es sei nicht einsichtig, weshalb die „sei's individuelle, sei's gesellschaftliche Erkenntnistätigkeit“ (10) nicht unter den Arbeitsbegriff subsumiert werden könne. Und: „Wissenschaftliche Produktion (...) findet ihre Antriebe, ihr Material und Mittel, ihr Ziel in der materiellen Produktion und durch die materielle Produktion; in dieser erst bewährt sie sich“ (11). Es scheint, als werde hier programmatisch jene Frage etwas vorschnell beantwortet, die sich am Schluß der Untersuchung als noch diskussionsbedürftig herausstellt.

Diese Bedenken sollen freilich das zustimmende Urteil zu Rillings Arbeit keineswegs schmälern. Außer in der Fülle des überaus sorgfältig und anregend verarbeiteten Materials hat sie ihre besonderen Meriten darin, daß sie sich an kaum einer Stelle auf das Referieren von Bekanntem beschränkt, sondern immer wieder offene Probleme beim Namen nennt und selbst wesentlich zu ihrer Klärung beiträgt. Ihr den Charakter eines Standardwerkes zuzusprechen, ist daher nicht übertrieben.

Rolf-Dieter Vogeler (Bremen)

**Bühl, Walter L.:** Einführung in die Wissenschaftssoziologie. C. H. Beck, München 1974 (355 S., br., 19,80 DM).

Die Einführung beansprucht, der „erste systematische Versuch“ zu sein, „dieses jüngste Gebiet der Soziologie in Deutschland bekannt zu machen“ (Klappentext). Von einer Reihe krisenhafter Erscheinungen in der Wissenschaft ausgehend, erörtert Bühl soziologische Aspekte der Wissenschaft mit dem Ziel, eine Reihe „idealtypischer“ Modelle zu erstellen (19 ff.). Er konstruiert unter starkem Bezug auf Parsons ein sogenanntes „Interpenetrationsmodell“, welches das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft fassen soll (46); den „Regelkreis der Wissenschaft“ (86); das „Rollenfeld der Wissenschaft“ (154); das Modell der „internationalen Wissenschaftsgemeinschaft“ (293) etc.; diese Modelle versteht er jeweils mit einer Reihe von „Grundfunktionen“ (z. B. 24). In der Realität finden sich diese Modelle und Funktionen als „Mixtur“ (30), der seine Aufmerksamkeit dann im übrigen Teil des Buches gilt. Er analysiert das Normensystem der Wissenschaft und ihre Organisationsstruktur, erörtert Rollensystem und Professionalisierungsprozesse im wissenschaftlichen Beruf, Kreativität und Kommunikation im Wissenschaftssystem, Organisationsprobleme der Forschung, den Zusammenhang von Wissenschaft und Universität, schließlich allgemeine Fragen des Verhältnisses von Wissenschaft, Technologie, Gesellschaft und Politik.

Der Autor gibt nur ansatzweise bei der Analyse des Normensystems (102 ff.) oder des Problems der Wissenschaftsentwicklung (54 ff.) eine überblicksartige Einführung oder setzt sich mit anderen Konzeptionen auseinander. Die Wissenschaftssoziologie hat bekanntlich innerhalb ihrer kurzen Existenz bereits getreu jene weitreichenden Transformationen mitgemacht, die der soziologische Funktionalismus in den letzten fünfzehn Jahren durchgemacht hat; zudem findet sich in dieser Disziplin neuerdings ein buntes Gemisch evolutionistischer Ansätze, die teilweise völlig konträr sind. Eine Einführung müßte einen Überblick über

Entwicklung und innere Differenzierung der Wissenschaftssoziologie geben; statt dessen ignoriert – von aggressiven Polemiken abgesehen – Bühl die marxistische Wissenschaftstheorie und -soziologie völlig. Vergleichbares gilt für die Bemühungen in der westdeutschen, nicht-marxistischen Wissenschaftssoziologie, die Kuhn'schen Ansätze weiterzuentwickeln.

Der Verfasser geht aus von vier „idealtypisch reinen Formen des Wissens“, wobei er auf Scheler recurriert: Leistungs- und Arbeitswissen, Herrschaftswissen, Bildungswissen, Heils- und Erlösungswissen, von denen ausgehend er seine Modelle konstruiert (21 ff.). Obwohl er „Wissenserwerb“ als „eine von verschiedenen menschlichen Aktivitäten“ (50) bezeichnet, ist sein Ausgangspunkt das systematisch geordnete Wissen; die wissenschaftliche Tätigkeit spielt keine Rolle, jeder Ansatz, der Wissenschaft in den Zusammenhang von Naturaneignung und gesellschaftliche Arbeit hineinstellt, ist ihm fremd. Dem „Wissen“, ordnet er zu „Aktbezogenheit“, „Prozessualität“, „Soziätät“; im Hintergrund steht dabei eine agnostizistische Position: Erkenntnis stellt sich dar als Aussagensystem relativer Gültigkeit, das sich durch die Aneinanderreihung wissenschaftlicher Akte, bestehend aus der Konfrontation des Wissenschaftlers mit den „wissenschaftlichen Gegenständen“ und der sozialen Interaktion der Wissenschaftler immer weiter entwickelt und somit stets offen ist für den neuesten Erkenntnisstand und die jeweiligen gesellschaftlichen Erfordernisse. Die Soziätät des Wissens erkläre sich daraus, daß „in jedem Akt des Wissenserwerbs“ eine „soziale Generalisierung“ (52) impliziert sei. Das bedeutet nach Bühl, daß wissenschaftliche Aussagen nicht deswegen allgemeingültigen Charakter tragen, weil ihnen eine adäquate Erkenntnis des Objekts zugrundeliegt, sondern weil die Wissenschaftsgemeinschaft einen entsprechenden Konsens getroffen hat. Eine so durchaus traditionelle subjektivistische Konzeption mündet in ein sehr simples Gesellschaftsmodell ein und rückt notwendigerweise diese Wissenschaftsgemeinschaft in den Mittelpunkt: dort wird Gesellschaft konstituiert, da ist der eigentliche Gegenstand der Wissenschaftssoziologie. Liefert in der subjektivistischen Konzeption die scientific community dem Wissenschaftler Gewißheit auf Raten, so ist der „Rekurs auf ein Absolutes“, das „letztlich nur religiös“ (301) sein kann, das Vehikel absoluter Gewißheit: Agnostizismus versus Metaphysik also.

Aus der Konzentration auf die „scientific community“ ergibt sich die gebräuchliche Unterscheidung zwischen einem „inneren“ und einem „äußeren“ System der Wissenschaft, hinter der sich kaum verhohlen die Absicht verbirgt, Wissenschaft und Gesellschaft einander gegenüberzustellen und anschließend ihr Verhältnis zueinander zu erörtern. Welche Höhen die soziologische Analyse hier erreicht, zeigen die Ausführungen auf S. 28–32: das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft ist „problematisch“, „mehrschichtig“, „multidimensional“, „komplex“, „ambivalent“, „mehrdeutig“, es sei ein „durchaus variables“, ja sogar „vielfach vermitteltes Interaktionsverhältnis“, kurz: es wäre „Soziologismus“, erläutert der Autor, „die Wissenschaft tatsächlich nur als eine Funktion der Gesellschaft zu definieren, ihr keinerlei Eigenwert zuzugestehen, also nur die Formel  $W = f(G)$  gelten zu lassen. Selbstverständlich gilt auch das Umgekehrte, nämlich  $G = f(W)$ “ (27). Hat Bühl so die Platitude seines Gesellschaftsverständnisses in eine kurze Formel gebracht, ist der Weg frei für das Einbringen einer Menge bekannter soziologischer Theorien und Konzeptionen in das Gebiet der Wissenschaftssoziologie: konvergenztheoretische Ansätze (17), Industriegesellschaftstheorie (42 f.) und Totalitarismustheorie (45) sowie, übergreifend, die The-

sen von der „offenen Gesellschaft“ und vom „Pluralismus“ (141 f., 238 ff.). Ähnlich wie sein Kollege Ben-David oder wie eine Reihe amerikanischer und englischer Theoretiker der „scientific community“ ist der Verfasser bestrebt, einen inneren, notwendigen Zusammenhang von letztlich „ungewisser“ Aktivität des Einzelwissenschaftlers, Konkurrenz und Dependenz in dezentral organisierten scientific communities und „offener“, „pluralistischer“ Gesamtgesellschaft herzustellen. Die Organisation solcher pluralistischer Wissenschaftssysteme in einer „offenen Gesellschaft“ sieht Bühl bisher am besten in den USA verwirklicht, „sogar“ im Kriegsforschungsapparat des amerikanischen Militär-Industrie-Komplexes.

Rainer Rilling (Marburg)

**Hanstein, Katharina:** Hand- und Kopfarbeit in der materiellen Produktion. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1974 (236 S., br., 14,80 DM).

Die erste Hälfte des Bandes besteht in einer Aufarbeitung der marxistischen Theorie der Arbeitsteilung und der allgemeinsten Phasen der Produktivkraftentwicklung. Die Autorin legt in sehr ordentlicher, auch dem gesellschaftswissenschaftlichen Laien verständlicher Weise mit zahlreichen gut ausgewählten Klassikerzitaten die begrifflichen Grundlagen und gibt eine geraffte historische Übersicht zur Entwicklung des Verhältnisses von Kopf- und Handarbeit bis zu dessen spezifischer Ausprägung in der kapitalistischen Gesellschaft und Aufhebung des Gegensatzes im Sozialismus. Ihrer Grundthese zufolge ist „die Aufhebung der die Geschichte aller Klassengesellschaften durchziehenden Scheidung von Hand- und Kopfarbeit nur möglich . . . , wenn von der Aufhebung der gesellschaftlichen Trennung in zwecksetzende und zweckrealisierende Klassen fortgeschritten wird zur Veränderung der Arbeitstätigkeiten der Individuen selbst“ (10). Hanstein sieht – nach Marx – die aus der Produktivkraftentwicklung hervorgehende neue Qualität der Arbeit in der Arbeit wissenschaftlichen Charakters entstehen, in der der Mensch das die Naturkräfte regelnde Subjekt, nicht beschränktes Bestandteil oder Anhängsel des Prozesses ist. Sie sieht die Perspektive der Aufhebung des Gegensatzes von Hand- und Kopfarbeit im Automatisierungsprozeß in der sozialistischen Gesellschaft. In der zweiten Hälfte des Bandes zeigt die Autorin reale Entwicklungen in dieser Perspektive am Beispiel der Industriearbeit in der DDR. Wem als geübtem Marxleser der erste Teil zu lang erschien, dem mag der zweite zu kurz geraten sein. Es wird sehr interessantes Material ausgebreitet zur „Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses als technisch-materielle Voraussetzung der Verbindung von körperlichen und geistigen Arbeitsfunktionen“ (151), zur „Gestaltung der materiellen Arbeitsbedingungen“ (178), zur Qualifizierung und „Verbindung von Arbeits- und Lernprozeß“ (201) sowie schließlich zur Neuererbewegung.

In der sozialistischen Gesellschaft könne und müsse man Bedingungen schaffen, „unter denen der Inhalt der Arbeitstätigkeiten die allseitige – körperliche und geistige – Entwicklung des Individuums fördert. Der sozialistische Produktionsprozeß und die in ihm angewandte Technik müssen dieser Anforderung gemäß entwickelt werden; die vom Kapitalismus übernommene Technik und Organisation müssen daher *qualitativ* verändert werden, um den im Sozialismus gegebenen gesellschaftlichen und ökonomischen Anforderungen zu genügen.“ (105) Auch die Wissenschaft im Sozialismus stehe damit unter der Prämisse,

„daß sie nur dann umgesetzt werden soll, wenn dies keine negativen Folgen für die Arbeitsbedingungen hat, sondern der Erleichterung bzw. Abschaffung schwerer körperlicher und schematisch-monotoner Arbeit dient.“ (105) Hanstein fehlen jedoch stoffliche Belege und konkrete Hinweise, die *beweisen*, daß die Technik unter sozialistischen Gesellschaftsbedingungen über zweifellos verbesserte Anwendungsbedingungen hinausgehende *qualitativ* unterschiedene Formen annimmt. Nützlich und notwendig für die Thesen der Autorin wäre auch eine systemvergleichende, am Material erwiesene Einschätzung der mit der technischen Umwälzung durch Automatisierung einhergehenden Folgen für die Arbeitskräfte und ihre Entwicklungsmöglichkeiten gewesen. Es muß kritisch angemerkt werden, daß sie die Herausbildung der Voraussetzungen für die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit, wie sie sich auf Grund der Automation auch schon im Kapitalismus vollzieht, vielleicht unterschätzt; angeführte Beispiele zur Reintegration von Planungs- und Ausführungstätigkeiten an computergesteuerten Werkzeugmaschinen sind auch in westdeutschen Werkstätten zu beobachten, denn sie ist technisch notwendig. Auch in der BRD spitzt sich der Widerspruch zwischen der Produktivkraft Automation sowie ihren notwendigen Arbeits- und Organisationsformen zu der kapitalistischen, nach tayloristischen Methoden gegliederten Hierarchie zu.

In der technisch-ökonomischen Entwicklung der Industriearbeit in der DDR erkennt Hanstein als Haupttendenzen einen bedeutenden Rückgang schwerer körperlicher Arbeit, zugleich einen Anstieg des Anteils geistiger, schöpferischer Tätigkeiten und der noch stärkeren Zunahme von Kontroll- und Überwachungstätigkeiten (142); einhergehend nahm der Anteil der Facharbeiter außerordentlich stark zu und der der an- und ungelerten Arbeitskräfte nahm stark ab. Zugleich vollzog sich eine technische Entwicklung, die aus einer breiten Mechanisierung und einer schon kräftig einsetzenden Automatisierung besteht; dieser Prozeß vollzog sich aber offenbar langsamer als der erstere, so daß den industriellen Arbeitsplatzanforderungen ein Qualifikationsüberhang gegenübersteht. Daraus resultieren ungleiche Chancen der Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit für die Individuen an konkreten Arbeitsplätzen und infolgedessen Unzufriedenheit mit der Arbeit, obschon sich gesamtgesellschaftlich langsam und beständig eine Aufhebung der Trennung vollzieht. „Das Problem ist also, wie in die Tätigkeit der Arbeiter bzw. Arbeitskollektive im materiellen Produktionsprozeß schöpferische Elemente eingebracht werden können bzw. wie diese Tätigkeiten als ganze schöpferische Arbeit für das Individuum werden.“ (153) Unter geistigem Schöpfertum versteht man „aktive Wirkung des Menschen in Richtung auf höhere ökonomische Rationalität des Arbeitsprozesses, auf die Weiterentwicklung und auf die Herbeiführung neuer wissenschaftlich-technischer Lösungen bei der Gestaltung und Organisation des Produktions- und Arbeitsprozesses, auf die Entwicklung neuer höherer Formen der gesellschaftlichen Beziehungen der Werktätigen zueinander“ (154). Schöpfertum wird als „Kombination von schöpferischer geistiger und körperlicher Arbeit, von Neuschaffen und Vervollkommen vorhandener Arbeitsmittel, -gegenstände, Erzeugnisse sowie von erstmaliger Lösung und Nachnutzung im Prinzip schon vorhandener Lösungen“ begriffen. Die Lösungsstrategie für das Problem der relativen und transitorischen Überqualifizierung mündet in die Verbindung von Arbeits- und Lernprozeß, in die aktive Gestaltung der Arbeitsbedingungen durch die Belegschaft selbst und in das Neuererwesen.

Damit ist aber das Problem entstanden, wie die Beteiligung nicht nur der

Techniker und Ingenieure sowie der Experten, sondern der *gesamten* Arbeiterklasse in diesem Prozeß zu gewährleisten ist. In der DDR sei es zu Entwicklungen gekommen, die man habe korrigieren müssen: „Die Vermittlung kurz- und langfristiger Bedürfnisse hinsichtlich der Veränderung des Charakters der Arbeit wurde vernachlässigt zugunsten einer Überbetonung des langfristigen Interesses, wobei der entscheidende Faktor der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die Aktivität und Initiative der Arbeiterklasse, vernachlässigt wurde. Die Notwendigkeit, in die konkreten, in der Gegenwart zu bewältigenden Arbeitstätigkeiten schöpferische Elemente dadurch einzubringen, daß die Arbeiter diese Tätigkeiten selbst verändern lernen, indem sie die Bedingungen ihrer Arbeit in Form der Produktionsmittel und der Organisation verändern, wurde faktisch geringer eingeschätzt als die Notwendigkeit der Schaffung automatisierter Produktion, in der alle Arbeiter irgendwann einmal aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß mit seinen monotonen und unschöpferischen Arbeitsvollzügen heraustreten können. Die Gesamtperspektive wurde auf Kosten der Einzelschritte vorangetrieben, die Entwicklung der *objektiven Voraussetzungen* schöpferischer Arbeit stand nicht mehr im Einklang mit der konkreten Entfaltung der *subjektiven Möglichkeiten* der schöpferischen Betätigung der Arbeiter.“ (176) So erkennen wir auch hier eines der grundlegenden Probleme des sozialistischen Aufbaus: „Die sozialistische Produktion muß immer schon unter dem Gesichtspunkt ihres Ziels, des allseitig gebildeten Individuums und der dazu notwendigen Möglichkeiten zur Befriedigung materieller und kultureller Bedürfnisse gestaltet werden. Ziel und Mittel dürfen nicht voneinander getrennt werden.“ (179) Aus den Erfahrungen bei der gesellschaftlichen Leitung dieses Prozesses zog man in der DDR die Lehre: „Wird die Situation der Werktätigen ohne ihre eigene Initiative und unter Vernachlässigung der politischen Erziehung durchgeführt, entwickeln sich Passivität, Egoismus und Konsumdenken, die Einheit in der Wahrnehmung individueller *und* gesellschaftlicher Interessen geht verloren bzw. kann sich gar nicht erst herausbilden.“ (187) Katharina Hanstein gelingt es dankenswerterweise, aus zahlreichen Parteitagsbeschlüssen und -reden, aus offiziellen Stellungnahmen und Konferenzen, die dem ungeübten westlichen Leser sprachlich schwer verständlich sind, die wichtigsten Linien in dieser Entwicklung und die Lösungsstrategien herauszuarbeiten. – In der Literatur der DDR (und natürlich auch der UdSSR) wird dieses Problem vielfältig und mit scharfer Kritik behandelt: die Arbeiterklasse soll umfassend am Innovationsprozeß beteiligt und angeleitet werden, die Verbesserung der Arbeitsplätze initiativ zu übernehmen, ihre schöpferische Initiative und gesellschaftlich verantwortliche Haltung sollen gefördert werden.

Holm Gottschalch (Berlin/West)

#### Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR. Dietz Verlag, Berlin/DDR 1975 (226 S., br., 9,80 M).

In dem Band sind diejenigen Materialien vom II. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR (15.–17. 5. 74) abgedruckt, die sich mit dem Problem der Höherentwicklung der Klassen in der DDR befassen. Das Fortbestehen von Klassen in der DDR – wenn auch nicht auf der Grundlage von Klassegegensätzen – schafft die Notwendigkeit, die Merkmale dieser Klassen differenziert zu entschlüsseln und ihre Beziehung zur Arbeiterklasse und ihrer führenden Rolle aufzuzeigen. Die zu erforschenden Hauptgruppen sind die Arbeiter-

klasse und ihre verschiedenen Fraktionen, die „Intelligenz“ und die Klasse der Genossenschaftsbauern. Die Beziehung zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz wird in Abgrenzung von einer „beliebten Methode der Revisionisten“ (22), nach deren Auffassung nicht mehr die Arbeiterklasse, sondern die wissenschaftlich-technische Intelligenz die treibende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung sei, neu bestimmt. Durch die wachsenden Anforderungen am Arbeitsplatz bilde sich eine neue Gruppe von Arbeitern heraus, die gleichzeitig Angehörige der Intelligenz sind. Poblemtische Befunde ergeben sich dabei durchaus noch – etwa der, daß die „Neuerertätigkeit“ offenbar „mit steigendem Qualifikationsniveau und steigenden geistigen Anforderungen im Arbeitsprozeß zunimmt“ (39). Die Beziehung zwischen Arbeiterklasse und der Klasse der Genossenschaftsbauern ist geprägt von einer Annäherung beider im Prozeß der fortschreitenden Industrialisierung des Agrarsektors. In mehreren Beiträgen – auch aus anderen sozialistischen Ländern – wird dargestellt, welche konkreten Formen diese Annäherung annimmt und weiterhin annehmen sollte – d. h. welche Entwicklung zu begünstigen ist. Durch die zunehmende Industrialisierung auf dem Lande ähneln sich Arbeitstag, Arbeitsorganisation (Schichtarbeit) und Arbeitsinstrumente der Bauern und Industriearbeiter immer mehr. Die Erfahrungen, die die Industriearbeiter schon gesammelt haben, können (und sollen) weitergegeben werden an die Bauern. Diese Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen bietet den Bauern neue Möglichkeiten der kulturellen Betätigung. Dieser Aspekt wird sehr ernst genommen; die Freizeit wird zum „Maßstab der ökonomischen, kulturellen und sozialen Entwicklung der Genossenschaftsbauern“ (232). Begünstigend für die Entwicklung ist die Einbeziehung nicht-traditioneller Berufe in den Agrarsektor wie Reparaturtätigkeit an den großen landwirtschaftlichen Maschinen, die Planung von Produktionsabläufen unter Zuhilfenahme modernster Technologie. Da die Stellung der Menschen im Dorf nicht mehr durch die Größe des Besitzes bestimmt ist, ergeben sich tiefgreifende Änderungen in den sozialen Beziehungen (230). In mehreren Beiträgen wird gezeigt, wie die Überwindung der traditionellen Gegensätze zwischen Stadt und Land so zu ganz konkreten neuen Entwicklungen führen kann wie etwa zu der zunehmenden Bereitschaft der Jugendlichen, landwirtschaftliche Berufe zu ergreifen (231).

Besonders interessant in diesem Band sind nicht die offensichtlich unverzichtbaren Grundsatz-Aufsätze von R. Weidig und E. Hahn, auf deren vielen Seiten der sensible Leser kleine Bemerkungen ausmachen kann, die eventuell programmatisch sind, vielleicht aber auch nicht: „Aber es kommt darauf an, alle Werk-tätigen stärker in die Planung und Veränderung ihrer unmittelbaren Arbeitsbedingungen einzubeziehen . . .“ (35). Lesenswert als Information über eine neue Gesellschaftlichkeit sind diejenigen Beiträge, die Forschungsergebnisse und Überlegungen zu sozialen Problemen wiedergeben. Es sind dies etwa Fragen des Zusammenhangs zwischen Territorium und sozialistischer Lebensweise (S. Grundmann); die Analyse der Arbeitsinhalte der Genossenschaftsbauern und ihr Einfluß auf das „Neuererverhalten“ (K. Krambach); die Entwicklung einer neuen Lebensweise der Genossenschaftsbauern (G. Blaas); die Stellung der Frauen in der sozialistischen Landwirtschaft (K. Fleischer, H. Reichel). Auf Quellenangaben zu den referierten Untersuchungsergebnissen wird generell verzichtet. Wer wollte da widersprechen, wenn es unbelegt aber optimistisch heißt, daß von den Genossenschaftsbauern „das Bündnis und die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei allgemein anerkannt und geschätzt werden“ (234)? Die Herausgeber des Bandes wenden sich insofern nicht

an Spezialisten, sondern eher an ein breites Publikum, das allerdings einen guten Überblick über die Probleme bekommt, mit denen sich die DDR-Soziologen gegenwärtig befassen und die sich z. T. schon erheblich von den Problemen unterscheiden, die in der BRD und in der Arbeit westlicher Soziologen auftauchen.

Ursula Koch (Emden)

*Die Frau und die Gesellschaft.* Hrsgg. von der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“ an der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin“ Leipzig. Verlag für die Frau, Leipzig 1974 (224 S., Ln., 9,80 M).

Hinter dem ganz allgemein formulierten Titel verbirgt sich in den ersten drei Vierteln des Buches eine Geschichte der deutschen proletarischen Frauenbewegung von etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1945/46. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Darstellung des nichtreformistischen Flügels der SPD bzw. der KPD und der Arbeit von Clara Zetkin mit ihrer Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“. Die letzten 60 Seiten des Buches befassen sich mit der Entwicklung der DDR bis 1974 unter dem Aspekt der Verwirklichung des alten Anspruchs der Arbeiterbewegung auf Gleichberechtigung und Emanzipation der Frauen.

Ausgangsthese der vorliegenden Arbeit ist, daß die Befreiung der Frau nur erfolgen kann durch den Sieg der Arbeiterklasse und mit der Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse. Konkret bedeutet das: Lösung der Frau aus ihren Bindungen an Familie und Hausarbeit, was gesellschaftlich organisiert werden muß; Eingliederung in den Produktionsprozeß auf der Grundlage einer fortschreitenden Qualifizierung der Frau, was erst die Voraussetzung für ihre materielle Unabhängigkeit und allgemeine Persönlichkeitsentfaltung schafft; Beteiligung am allgemeinen gesellschaftlich-politisch-kulturellen Leben (u. a. 16 ff.). Dementsprechend liegt im historischen Teil der Arbeit auch ein Schwerpunkt auf der Auseinandersetzung mit Auffassungen, die der Frau das Recht auf Arbeit abschneiden wollten – Auffassungen, die übrigens auch in der Arbeiterbewegung selbst und anfangs sogar ansatzweise in der KPD verbreitet waren (u. a. 11, 70). Die Maßnahmen, die in der DDR nach 1945 ergriffen wurden, werden ebenfalls zu einem großen Teil aus dieser Perspektive dargestellt.

Ein Mangel der gesamten Arbeit ist damit schon angedeutet, nämlich die Vernachlässigung von Emanzipationsproblemen, die auch in den sozialistischen Ländern auf ihre Lösung warten, wie sich z. B. an einer Vielzahl von Romanen aus der DDR nachweisen läßt: Sexualität, Partnerbeziehungen, Ehe, allgemein die Schwierigkeit, Bewußtseinsstrukturen und Verhaltensmuster bei Frauen und Männern zu verändern.

So eindrucksvoll auch die Liste der in der DDR erreichten Fortschritte auch in den gerade genannten Bereichen ist – die Darstellung der heutigen Lage der Frauen erscheint als zu glatt. „In der Deutschen Demokratischen Republik ist die Frau gleichberechtigt.“ (198): dieses Resümee stimmt nicht überein mit den von denselben Autoren vorher beschriebenen noch vorhandenen Problemen und fällt weit zurück hinter das Diskussionsniveau, das etwa die DDR-Schriftstellerin Irmtraud Morgner in ihrem letzten Roman „Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz“ erreicht hat.

Unstimmigkeiten treten auch bei der Behandlung von Einzelfragen auf. So wird z. B. nicht einmal die Frage gestellt, warum der Schwangerschaftsabbruch

erst 1972 legalisiert wurde (197 f.), obwohl es sich hierbei um eine alte Forderung der Arbeiterbewegung handelte, für deren Erfüllung die KPD Anfang der 30er Jahre Massenaktionen durchführte (103 f.).

In sprachlicher Hinsicht ist das Buch, wie viele entsprechende Publikationen aus der DDR, sehr schwerfällig und daher nicht gerade flüssig zu lesen. Überlange Sätze, Formelhaftigkeit der Sprache und unnötig viele „Klassiker“-Zitate ermüden.

Birgit Scherer (Köln)

**Tjaden-Steinhauer, Margarete:** Das Gesellschaftsbewußtsein der Arbeiter. Umriss einer theoretischen Bestimmung. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975 (183 S., br., 12,80 DM).

Die Aufgabe des Buches besteht darin, sowohl allgemeentheoretische Gesichtspunkte des gesellschaftlichen Bewußtseins als auch formationsspezifische Aspekte des Gesellschaftsbewußtseins der Arbeiter im Kapitalismus zu analysieren (9). Die Hauptthese besagt, daß entsprechend der unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungsstufen der Produktion, Verteilung und Reproduktion unterschiedliche Weisen der gesellschaftlichen Selbstreflexion existieren, die hinsichtlich der Form und des Inhalts wesentlich differieren. Unter diesem Leitgedanken, der jedoch erst im vierten Kapitel ausführlich dargelegt wird, beleuchtet die Autorin zunächst die empirisch orientierten Imagetheorien über das Arbeiterbewußtsein von Popitz/Bahrdt/Jüres/Kesting (1953/54) und von Kern/Schumann (1965). Im zweiten Kapitel analysiert sie neuere historisch-materialistische Theorienansätze, zu denen u. a. Deppe, Herkommer, Hack, Projekt Klassenanalyse zählen, weil diese auf der Marx'schen Analyse der bürgerlichen Gesellschaft basieren. Ihre wesentliche Kritik an diesen Positionen: Es fehle 1. die Klärung der Entstehung von gesellschaftlichem Bewußtsein und ihr gegenständlicher Bezug als gesellschaftliche Theorie, 2. die Klärung des Zusammenhangs von konstitutiv-gegenständlichen und reflexiv-geistigen Momenten gesellschaftlicher Reflexionstätigkeit. (97)

Neue und für die bundesdeutsche Diskussion wichtige Ansätze verspricht sich Tjaden-Steinhauer von sowjetischen Autoren wie Leontjew und Uledow, die sie in einem kritischen Exkurs vorstellt. Eng an Leontjew orientiert, stellt sie die Herausbildung und Entwicklung von gesellschaftlichem Bewußtsein bei der Menschwerdung sowie die Herausbildung von Denken und Sprache im Tier-Mensch-Übergangsfeld dar. Zu fragen bleibt hier, warum die neueren Ergebnisse der Forschungen am Psychologischen Institut der Freien Universität Berlin (etwa: Klaus Holzkamp, Sinnliche Erkenntnis, Frankfurt/M. 1973; vgl. die Rezension in Das Argument 96, S. 324 ff.) nicht berücksichtigt wurden, zumal dort die methodischen und inhaltlichen Schwächen der sowjetischen Autoren bereits überwunden sind.

Die Verfasserin versucht das Besondere der kapitalistischen Produktionsweise zu charakterisieren (150 ff.), indem sie diese als *dingliche* (weil alles Warenform annimmt), als *abstrakte* (weil kapitalistische Produktionsverhältnisse gesellschaftliche Verhältnisse von Tauschwerten sind), als *verkehrte* (Wesen und Erscheinung bilden einen Gegensatz), als *widersprüchliche* (Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen) kennzeichnet. Darauf aufbauend, faßt sie das Bewußtsein der Arbeiter als *rationalisierend*, *idealisierend*, *verkehrt* und *widersprüchlich*. Die Entwicklungsformen des Bewußtseins der Arbeiter

ter bestimmt sie wie folgt: Tradeunionistisches Bewußtsein basiere auf dem rationalisierenden, idealisierenden, verkehrten, während das Klassenbewußtsein aus dem widersprüchlichen resultiere. (159 f.) Mit diesen für die praktisch-empirischen Forschungszwecke unklaren und verworrenen Merkmalen hat sie die „neuen Impulse“ verschüttet und unterscheidet sich kaum von den im 2. Kapitel kritisierten Positionen. Die hierbei interessante sozialwissenschaftliche Forschungsfrage, die von Tjaden-Steinhauer leider so nicht gestellt wird, besteht darin, zu analysieren, wie und mit welchen Mitteln Fähigkeiten, Fertigkeiten, Eigenschaften und Erkenntnisse bzw. Denkformen der Arbeitenden, die sich seit dem Tier-Mensch-Übergangsstadium entwickelt und durch die Automation im Kapitalismus eine qualitativ neue Stufe erreicht haben, im Rahmen einer politischen Aufklärung über Zusammenhänge der kapitalistischen Produktionsweise genutzt werden können, um politisches Bewußtsein zu erzeugen. Zu analysieren ist weiterhin die politische Ausnutzung der aufgrund des Produktivkraftstandes vorhandenen notwendigen Denkformen auf Seiten der Arbeiter und Angestellten für politische und ökonomische Interessen des Kapitals. Insbesondere ist zu untersuchen, wie eine ideologische Klassenkampfstrategie von „oben“ funktioniert und an welchen ebenfalls vorhandenen Bewußtseinsformen angeknüpft werden muß, um die Arbeiter und Angestellten in die Lage zu versetzen, ihre objektive ökonomische und politische Lage zu erkennen.

Eberhard Göbel (Berlin/West)

**Lessing, Hellmut, u. Manfred Liebel:** *Jugend in der Klassengesellschaft*. Marxistische Jugendforschung und antikapitalistische Jugendarbeit. Juventa Verlag, München 1974 (263 S., br., 14,- DM).

Diese Sammlung von Zeitschriftenaufsätzen gehört sicher zu den wichtigsten Veröffentlichungen über Jugendsoziologie und Jugendarbeit in den letzten Jahren. In der *Einleitung* setzen sich die Autoren – die davon ausgehen, daß der Widerspruch zwischen den Klassen „Angelpunkt“ zur Analyse von Jugendfragen sei (10) – mit ihren Kritikern von bürgerlicher Seite (Neidhardt, Buchhofer/Friedrichs/Lüdtke) auseinander und verdeutlichen ihre Position, wonach die Wertorientierungen, Konflikte und Verhaltensweisen von Jugendlichen nicht primär von ihrem Status als bestimmte Altersgruppen, sondern aus ihrer objektiven Klassenlage abgeleitet werden müssen.

„Teil 1: *Jugendforschung*“ umfaßt die Aufsätze, die Kritik an der herrschenden bürgerlichen Jugendsoziologie üben. Sie stellen einmal die immanenten Widersprüchlichkeiten in zentralen Konzepten der bürgerlichen Jugendsoziologie heraus, kritisieren andererseits deren methodologische Fehler. Die Umorientierung in der Jugendsoziologie von der Darstellung „der“ Jugend, einer „Generation ohne Eigenschaften“ zu einer „theoriebewußteren“, „differenzierenden“, vor allem die „soziale Schichtung der Gesellschaft“ berücksichtigenden Jugendforschung (Flitner 1963) kennzeichnet Liebel als die Ersetzung der disfunktional gewordenen nur-„additiven Beschreibung von Oberflächenphänomenen“ (68) durch eine methodisch zwar exaktere Sozialforschung, die aber „letztlich den alten normativ-idealistischen Ansatz auf lediglich etwas differenziertere Weise“ (72) reproduziert.

Es folgen noch die beiden – m. E. zentralen – Aufsätze „Existenzbedingungen der Arbeiterjugend und der Gegenstand ihrer Organisation“ (Lessing) und „Arbeiterjugend und Klassenbewußtsein“ (Hübner/Liebel/Reichelt).

„Teil 2: Jugendarbeit“ besteht aus neun Einzelbeiträgen (von der Bedeutung Bernfelds für eine sozialistische Schülerbewegung bis hin zu einer Kritik an der Didaktik gewerkschaftlicher Jugendbildungsarbeit).

Leider werden die Diskussionen um Klassenanalyse/Klassenstruktur, die in der sozialistischen Arbeiterbewegung wie unter marxistischen Wissenschaftlern in den letzten Jahren stattgefunden haben, von den Autoren nicht rezipiert. Als die „revolutionären Potentiale“ werden recht allgemein die jugendlichen „industrielle(n) Lohnarbeiter und Lehrlinge“ bestimmt, weil diese „den kap. Ausbeutungsmechanismus unmittelbar am eignen Leib erfahren“ (164). „Fundamental verschieden“ (165) davon seien die Oberschüler, für deren Masse eine „präventive Neutralisierung“ (Liebel, 168) angestrebt werden müsse. Der Minderheit unter ihnen weist Liebel folgende Aufgabe zu: „Eine intakte revolutionäre Arbeiterbewegung . . . existiert heute nicht. Sie ist erst zu schaffen. Und der Schülerbewegung kann hierbei durchaus eine wichtige Funktion zufallen: die Organisation der jungen Arbeiter und Lehrlinge, der Berufsschüler.“ (141)

Im Aufsatz „Arbeiterjugend und Klassenbewußtsein“ wird der Anspruch erhoben, zu bestimmen, „welche Faktoren die Ausbildung von Klassenbewußtsein in der Arbeiterjugend fördern und hemmen und in welchem Zusammenhang . . . diese Faktoren wirksam werden.“ (109) Der *Inhalt* von Klassenbewußtsein drückt sich in der Durchbrechung der „Mystifikationen des Kapitalverhältnisses“ (110) aus.

Auf dieses sehr allgemeine ökonomistische Konzept folgt die Analyse der „Bedingungsfaktoren für Klassenbewußtsein“ bei der Arbeiterjugend (109 ff.): 3 besonders „günstigen“ werden 3 „ungünstige“ Bedingungen gegenübergestellt. Geleistet wird nicht mal ansatzweise eine konkret-historische Analyse des ökonomischen und politischen Systems, zu realen Erscheinungsformen der Klassenauseinandersetzung bleibt dieses mechanistische Faktorenschema unvermittelt; der Entwicklungszusammenhang von Klassenbewußtsein wird reduziert auf die unmittelbare subjektive Erfahrung bzw. sogar als ein wesentlich psychologisches Problem dargestellt: „Ist einmal die . . . psychische Barriere durchbrochen, so treibt gerade die besonders hohe Ausbeutung besonderen Haß gegen das Kapital hervor.“ (120). Und am Ende steht noch die Behauptung, daß wegen der „Rechtlosigkeit der Arbeiterjugend im Betrieb . . . nahezu jede Forderung, die die Arbeiterjugend durchsetzen will, in eine politische Forderung umschlägt.“ (120) Zwar arbeitet Lessing (85 ff.) die Notwendigkeit der „Selbständigkeit der proletarischen Jugend und deren organisatorischer Ausdruck (als) ein konstituierendes Prinzip“ (99) heraus, aber jeder Bezug zu konkret bestehenden Arbeiterjugendorganisationen der BRD fehlt ebenso wie die Differenzierung in ökonomische (Gewerkschaften) und politische Organisation.

Wie steht es weiter mit der Problematik des Verhältnisses von politischer und pädagogischer Praxis? Viele richtige Forderungen: „. . . müßte sie auf der subjektiven Ebene das Interpretations- und Artikulationsvermögen . . . entwickeln“, „Elemente solidarischer Beziehungen und kollektiver Identitäten fördern“ usw. (160). *Wie* das allerdings umzusetzen ist, darauf geben die Verfasser nirgends eine Antwort. Liebel schreibt sehr richtig: „Das adäquate Verhältnis von politischer und pädagogischer Praxis stellt sich nicht naturwüchsig her. Es muß selber organisiert werden.“ (178)

Und fährt fort: „Hierzu müßten die entsprechenden Überlegungen . . . diskutiert und weitergeführt werden.“ (179) (Geschrieben 1971). Eine halbwegs befriedigende Antwort steht bis heute aus.

Helga Karl (Regensburg)

## Erziehungswissenschaften

**Hesse, Hans Albrecht:** *Curriculare Bildungsplanung und Bericht* u. f. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart-Berlin/West-Köln-Mainz 1975 (153 S., br., 19,80 DM).

Das vorliegende Buch enthält eine Sammlung von Aufsätzen, die der Autor, Professor für Berufspädagogik an der TU Hannover, zum Teil noch nicht, zum Teil in den Jahren 1970 bis 1973 publiziert hat. Entsprechend der Schwerpunkte der Aufsätze gliedert sich das Buch in vier Teile. Der erste Teil enthält „Beiträge zur curricularen Diskussion“ (13–59). Der zweite Teil problematisiert zentrale Themen der Bildungsplanung unter soziologischem Aspekt (60–99). „Empirische Arbeiten zum Verhältnis von Bildungsplanung und Beruf“ (Befragungen von Absolventen der TU Hannover und Vergleich der Resultate mit denen einer US-amerikanischen und einer englischen Untersuchung) bilden den Inhalt des dritten Teils (100–131). Der vierte Teil schließlich beinhaltet eine (sehr kurze) Skizze über „Verfahren der Bildungsplanung“ (132–134; bislang unveröffentlicht).

Die Grundintention, von der alle Aufsätze ihren Ausgang nehmen und die ihnen, gleichsam als gemeinsamer Nenner, sie verbindend zugrunde liegt, läßt sich in zwei Thesen zusammenfassen (7): 1. Bildungsplanung hat ihren *logischen* Ausgangspunkt in der Curriculumforschung. Zu den wesentlichen Parametern einer Planung im Bildungsbereich gehören die „Strukturen“ (d. h. die Gliederung des Schulwesens im Sinne von Schularten sowie die Binnengliederung des Unterrichts im Sinne verschiedener Unterrichtstechnologien und -möglichkeiten) und die „Inhalte“ (d. h. die schulischen Inhalte im Sinne von Lernzielen). Bildungsplanung, in der Vergangenheit nur allzu oft mit einfachen (nationalökonomisch fundierten) Prognosemodellen identisch gesetzt, kann ohne Beachtung dieser curricularen Aspekte nicht sinnvoll betrieben werden, weil veränderte, d. h. reformierte Inhalte die Nutzung vorhandener Kapazitäten verändern oder neue Bedarfsstrukturen entstehen lassen. Diese These leuchtet auch insofern ein, als ja *historisch* die national-ökonomisch bornierte Bildungsplanung in ihren Berechnungen und Prognosen implizit auf diese Aspekte sich stets bezog, indem sie von den tradierten Inhalten und Strukturen ausging und diese einfach in die Zukunft fortschrieb (vgl. hierzu ausführlicher Hesse/Manz, 1972, S. 93 ff.). 2. Um die bisherigen Mängel curricularer Forschung zu vermeiden (Reduktion auf einzelne Teilbereiche, etwa auf die „Verbesserung“ des Entscheidungsverfahrens oder auf die Konstruktion einzelner, d. h. beliebiger Fachdidaktiken, auf Methodenprobleme etc.), wird es zunehmend notwendiger, Curriculumforschung unter soziologischem Aspekt in Angriff zu nehmen. „Die curriculare Diskussion ist immer wieder in Gefahr geraten, Veränderungen in den Programmen und Lehrplänen mit Veränderungen in der Praxis zu verwechseln. . . . Wer aber Veränderungen der Praxis betreiben will, der muß die Praxis zunächst einmal kennen, der muß Informationen haben über das tatsächliche Lehr- und Lernverhalten in der Praxis, über die Wirkung der derzeit praktizierten Programme und schließlich über die *Bereitschaft* und die *Fähigkeit* der *Lehrenden*, Veränderungen durchzuführen“ (21). Mit der Analyse des Schülerverhaltens und seiner Bedingungsfaktoren etwa, also mit der Analyse dessen, was in der Schule tatsächlich der Fall ist, könnte Soziologie, und zwar *vor* jeglicher Curriculum-Bosselei, einen wichtigen Beitrag zur Curriculumforschung leisten (138, ferner 50, 54 f., 61, 79 ff., 102 f., 110 ff.). Ist bis hierhin zweifellos ein wichtiger Fortschritt in der

Diskussion um Bildungsplanung zu konstatieren, so bleibt anzumerken, daß auch bei Hesse die Analyse jener gesamt-gesellschaftlichen Zwänge im wesentlichen ausgespart bleibt, die das Scheitern „emanzipatorischer“ Curricula erst erklären und damit Lernprozesse bei den Betroffenen (den damit befaßten Sozial- und Erziehungswissenschaftlern, aber auch bei Lehrern, Schülern und Eltern) einleiten könnte.

Arno Bammé (Berlin/West)

**Wessel, Karl-Friedrich:** *Pädagogik in Philosophie und Praxis.* Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1975 (188 S., br., 9,60 M).

Es ist nicht zufällig, daß ein Fachmann auf dem Gebiet der Wissenschaftstheorie diese pädagogisch-philosophische Studie verfaßt hat. Wer die „Deutsche Zeitschrift für Philosophie“ aufmerksam liest, dem sind in den letzten drei Jahren Wessels Beiträge zu interdisziplinären und pädagogischen Fragen sicherlich nicht entgangen. Die vorliegende Arbeit ist eine systematische Entwicklung der dort angedeuteten Einsichten. Wessel gehört zu einer neuen Generation von Intellektuellen im Sozialismus, die sich zwar mit den Werten der früheren Generation identifiziert, aber ihre Verwirklichung für fern hält. Die in Streit befindlichen Generationen sind allerdings in diesem Fall nicht unbedingt chronologisch zu bestimmen. Wessel selbst, wie etwa auch der überragende Fachpädagoge Ignacy Szaniawski (Warschau), gehören zu einer älteren Generation. Es handelt sich vielmehr um die Dynamik der schon geschaffenen Tatsachen.

„Pädagogik, Philosophie und Praxis“ bedeutet zunächst: 1. Man dürfe nicht mehr mit den *Schablonen* der Pionierzeit auskommen. Unter anderem erfordere die wissenschaftliche Komplexität, die sich unter dem Namen Pädagogik verbirgt, ein enges Verhältnis mit anderen Wissenschaften, eine genaue Kenntnis der allgemeinen Tendenzen der Wissenschaftsentwicklung und die Berücksichtigung der konkreten Beziehungen zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen (44). Die Gesetzmäßigkeit des pädagogischen Prozesses solle nicht einfachhin behauptet, sondern in ihren bestimmten Mechanismen, Verhältnissen, Auswirkungen entwickelt werden. Z. B. ändere sich mit dem Fortschreiten der Gesellschaft die Beziehung zwischen Vergangenheit und Zukunft, was die Position der verschiedenen Generationen untereinander und damit auch die pädagogische Praxis stark modifiziere (das „Generationenproblem“ hat also nicht nur eine bürgerliche Form und darf nicht unter einer falschen Homogenität der „wahren Sozialisten“ aufgehoben werden: 62–65). In allen entscheidenden Punkten bleibe die sozialistische Pädagogik immer noch auf der Ebene der allgemeinen Aussagen.

2. Es sei falsch, wenn man die Pädagogik auf Technik der Wissensvermittlung (etwa als „Optimierung“, „Maximierung“) reduziert. Und auch falsch, wenn man dieses Ziel auf die Bildung einer sozialistischen Weltanschauung und Haltung erweitert. Worum es in Wirklichkeit geht, sei der Reifungsprozeß von *Persönlichkeiten* unter historisch wie individuell eigenen Bestimmungen, die zur Entfaltung gebracht werden müssen. Gerade der Sozialismus soll eine unendliche Menge von Möglichkeiten freimachen (48 f.). So erhält die Pädagogik philosophische Qualität und ist weder bloße Technik noch fromme Ideologie, sondern verbindliche, volle Wissenschaft. „Die Pädagogik als Wissenschaft hat quantitative und qualitative die Menge von Möglichkeiten anzugeben, die das Ziel von Bil-

dung und Erziehung der Individuen unter konkret-historischen Bedingungen sind.“ (82) Wessel deutet auch eine allgemeine Bestimmung der Pädagogik an unter dem Gesichtspunkt der erweiterten Reproduktion, als Akkumulation *lebendigen* Wissens und Geschicks, als Widerspruch zwischen gesellschaftlichem und persönlichem Wissen unter der Arbeitsteilung mit verschiedenen klassen-geprägten Lösungsversuchen (29–36, 66 f., 138).

3. Beständig wird betont, die Pädagogik beziehe sich auf den ganzen Menschen, d. h. *nicht die Schule* und ihre Verhältnisse seien maßgebend, sondern die Bildung der freien, vollen Persönlichkeit in den jeweiligen Lebensetappen, von denen die Schule nur eine, gewiß wichtige ist. Die Schule sei nicht das Modell der Pädagogik; ganz im Gegenteil, sie müsse ihre Modelle aus einer breiteren und weiteren Schicht entnehmen. Die Schule sei zur Zeit eher die falsche Praxis der Paideia (40, 84, usw.; ähnliches gelte auch von der Hochschule, 193). Das Verhältnis zwischen Passivität (Rezeptivität, Autorität) und Aktivität (Spontaneität, Selbstbildung), wie es in der Schule erscheint, gelte nicht für das ganze Leben und ändere sich gewaltig selbst innerhalb der Schule (auch die politische Bildung etwa dürfe nicht nach dem autoritativen Modell Lehrer-Schüler vorgenommen werden), das vorher erwähnte Generationenproblem gehört ebenfalls hierher. „Die weitere erfolgreiche Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Notwendigkeit, den ganzen Reichtum des Menschen zur Entfaltung zu bringen, erfordern in zunehmendem Maße eine pädagogische Theorie, die den Bildungs- und Erziehungsprozeß über die ganze Ontogenese des Menschen hinweg widerspiegelt. Die Pädagogik muß eine Grundlagenwissenschaft werden, die über den traditionellen Rahmen der Schule weit hinausgeht.“ (80)

Interessant ist auch die Bestimmung der Philosophie in diesem Zusammenhang. „Die Philosophen haben das schwere Amt, immer ein neues Niveau in die Gemeinschaftsarbeit einzubringen.“ (105) Dieses Niveau soll durch Verallgemeinerung wissenschaftlicher Daten und Berücksichtigung der Wirkungen anderer Wissenschaften, in diesem Falle auf die Pädagogik, erreicht werden. Der Pädagoge soll nicht als Philosoph statt als Pädagoge fungieren. Er sei Persönlichkeitsfachmann in der Praxis und solle sich *in dieser* auch theoretisch betätigen; aber er darf nicht etwa marxistisch-leninistischen Grundsätzen den Platz pädagogischer Theorien zuteilen.

Nach den Kapiteln I (Gegenstand der Pädagogik), II (Bildungsprozeß der Persönlichkeit) und III (Persönlichkeitstheorie und pädagogische Theorie) enthält das IV. und letzte Kapitel über die „Allgemeinbildung“ den Kern der theoretischen Leistung dieses Buches. Allgemeinbildung sei: 1. das Verhältnis zwischen Gesamtwissen der Gesellschaft und Bildung in einer Gesellschaftsformation (eine bestimmte Form der Dialektik zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen); 2. das Verhältnis zwischen Allgemeinbildung und spezieller Bildung unter bestimmten historischen Bedingungen; 3. die Aneignung von Bildungs- und Erziehungsprozeß der Persönlichkeit.

Wessel widmete sich vor allem dem zweiten Punkt: Die Allgemeinbildung sei der wesentliche Inhalt des Bewußtseins der herrschenden Klasse (in diesem Falle der Arbeiterklasse). Es komme darauf an, das Gesamtwissen mit den bestimmten Möglichkeiten des Individuums in seiner konkreten Arbeit zu vermitteln. Gerade diese Vermittlung (nicht das Gesamtwissen) heiße Allgemeinbildung. Sie sei also keine bloß institutionelle Größe, auch kein Standard, sondern eine nur durch ihre Funktionen bestimmte Vermittlung. Von der Seite der Indi-

viduen gehe es der einzelnen Persönlichkeit um jeweils konkrete Widersprüche zwischen der eigenen Erfahrung und dem Gesamtwissen der Gesellschaft. Sogar für verschiedene *Individuen* soll die Allgemeinbildung verschieden ausfallen. Der sowohl quantitativ wie qualitativ dynamische Faktor sei aber, selbst von der Seite der Allgemeinbildung betrachtet, die *spezielle Bildung*. In ihr allein geschehe der Erkenntniszuwachs und die Denkveränderung. Trotzdem ermögliche gerade die *Allgemeinbildung* die Dynamik der speziellen Bildung. Als „Ruhe-Pol“ stabilisiere und stütze sie mit ihrer Horizontbildung den Erkenntnisprozeß. Das heißt gerade, „daß man im Lernprozeß den Intellekt mit Widersprüchen konfrontieren und ihn lehren muß, die Widersprüche zu lösen“ (158). Die Vielfalt und Veränderlichkeit der erforderlichen Fachkenntnisse lasse nicht nur die Bedeutung der Allgemeinbildung gesetzmäßig zunehmen; auch ihre Struktur ändere sich beständig. „Allgemeinbildung trägt daher keinen konservativen Charakter, sondern ist das konstituierende Moment im gesamten Bewegungsprozeß der Bildung“ (141). Trotzdem, „so progressiv daher bewußt strukturierte Allgemeinbildung immer erscheinen mag, sie enthält dennoch Fesseln, die die folgende Generation zu sprengen hat, will sie mit den objektiven Entwicklungstendenzen Schritt halten“ (153).

Allgemeinbildung soll also individuell, generations- und arbeitsspezifisch und dabei allseitig sein, die dauerhafte Veränderlichkeit. Das ist als Programm die bewußte Aufhebung der Antinomien der aufklärerischen wie der humanistischen Pädagogik. Allerdings bleibt das Programm abstrakt, wengleich mit der negativen Konkretion beständiger kritischer Anspielungen auf den tatsächlichen pädagogischen Betrieb in der DDR (60, 121 ff., 133, 141, 144, 149- 159, 167, 176); daß den jungen Generationen der Weg zur Selbstverwirklichung wie zum Sozialismus nicht *so* zu ermöglichen sei, ist fortwährend zwischen den Zeilen lesbar. Wessel, eigentlich kein Pädagoge, versucht aus seiner „Spezialbildung“ eine Diskussion über die Allgemeinbildung in Gang zu setzen, für die zur Zeit in der DDR gewisse Voraussetzungen vorhanden sind. Mehr will und kann das Buch nicht sein. Man kann dem Verfasser nur Erfolg bei dieser Aufgabe wünschen. In den kapitalistischen Ländern kann man sich solche Aufgaben nicht einmal stellen.

José Maria Ripalda (Madrid)

**Heinze, Thomas:** *Unterricht als soziale Situation. Zur Interaktion von Schülern und Lehrern.* Juventa Verlag, München 1976 (179 S., br., 16,- DM).

**Kounin, Jacob S.:** *Techniken der Klassenführung.* Verlag Huber/Klett, Bern-Stuttgart 1976 (176 S., br., 19,- DM).

Beide Arbeiten sind aus dem Bereich der Lehrer-Schüler-Interaktion und befassen sich mit den sogenannten Disziplinproblemen. Sie enthalten empirische Untersuchungsergebnisse und sind für derzeitige und künftige Lehrer relevant. Der theoretisch-methodische Forschungsansatz und die Informationen und Überlegungen der zwei Autoren sind hingegen verschieden.

Heinze faßt „Unterricht als Kommunikations- und Interaktionsprozeß . . . mit dem Ziel, Schüler zu zunehmender Selbststeuerung ihrer Lernprozesse, zur Mitbestimmung im Unterricht sowie zu bewußter Gestaltung ihrer Sozialbeziehungen innerhalb und außerhalb des Unterrichts zu befähigen“ (10). Die Aspekte seiner Unterrichtsbeobachtung und -analyse leitet er ab aus einem kommunika-

tionstheoretischen Modell von Lernen und Theoriekonzepten des Symbolischen Interaktionismus. Die soziale Lernsituation des „Unterrichts“ kennzeichnet er durch: „Dominanz des Lehrers“, „Kommunikationsökonomie“ (z. B. das Ausmaß der Problematisierung von Kommunikationsinhalten), „Universalität“ des Lehrer- und Schülerverhaltens, „Integration von Lebenswelten“. Für die Erfassung und Systematisierung inter- und intrapersonaler Schülertaktiken in der unterrichtlichen Situation verwendet er Kategorien aus der „Engagementsprache“ von Goffman: „Abgeschirmtes Engagement“ (z. B. Desinteresse durch scheinbar angestrenktes Nachdenken verbergen), „Selbst-Engagement“ (z. B. Briefchen schreiben) etc. Im Rahmen der bisherigen Beobachtungssysteme zur Lehrer-Schüler-Interaktion sind diese Kategorien eine wichtige Ergänzung und Weiterentwicklung. Da Heinze Unterrichtsforchung als eine handlungs- und praxisorientierte, d. h. mit dem praktischen Interesse der Veränderung von Bedingungen in Richtung der anfangs zitierten Zielsetzung von Unterricht, versteht, gehört die Diskussion der Untersuchungsergebnisse, durch teilnehmende Beobachtung und Befragung erhoben und qualitativ aufbereitet, mit den beteiligten Lehrern und Schülern zum wesentlichen Bestandteil seiner Auswertung. Einen breiten Raum nehmen folglich die kommentierten Unterrichtsverläufe ein. Sie machen einerseits vor allem Rationalisierungen und Fragwürdigkeiten „sozial-integrativen“ Lehrerverhaltens deutlich und zum anderen die Probleme und Aufgaben des Lehrers in einem von den Schülern stärker bestimmten Unterricht. Die Beobachtungen und Gespräche des Autors mit Schülern über die Taktiken, die sie im Unterricht verwenden, zeigen, daß die Schüler diese für selbstverständlich und unproblematisch halten und mit „Interesse/Desinteresse“ am Unterricht bzw. mit „der Unterricht hat Spaß/keinen Spaß gemacht“ erklären. „Überlegungen zur curricularen Bedeutung von Schülertaktiken“ enthält das letzte Kapitel. Schülertaktiken werden zunächst als Hinweise auf bestimmte Unterrichtsformen und/oder -inhalte dargestellt sowie die Wichtigkeit ihrer Bewußtmachung für Lehrer und Schüler aufgezeigt, um auf die soziale Situation „Unterricht“ der gesetzten Zielstellung entsprechend einzuwirken. Zur Unterrichtspraxis beschreibt Heinze anschließend ein Projekt über „Disziplinprobleme in der Schulklasse“, das Lehrer und Schüler für die verschiedenen Bedeutungen von „Störungen“ im Unterricht sensibilisieren, über inner- und außerschulische Bedingungen informieren und zur Entwicklung von Verhaltensstrategien in diesem Problembereich führen soll. „Disziplinprobleme“ werden hier nicht technisch-instrumentell oder moralisch, sondern als „Ausdruck und Möglichkeit der Bewältigung der Probleme für die Schüler“ (160) betrachtet. Der Unterricht verläuft in der Form von Aktionsforschung. Zu erwähnen ist noch, daß auch die möglichen ambivalenten Wirkungen eines derartigen Unterrichts – wie der Verlust der Verteidigungsmöglichkeiten der Schüler durch Offenlegung ihrer Taktiken – angesprochen werden.

Im Gegensatz zu Heinze legt Kounin einen Beitrag zur Lehrer-Schüler-Interaktion vor, der diese lehrerzentriert und technokratisch faßt, ohne Bezug zur inhaltlichen Dimension und Zielsetzung von Unterricht und ohne Bezug zu den Bedingungen und Auswirkungen auf das Schülerverhalten, wie sie unter dem Stichwort „heimlicher Lehrplan“ untersucht worden sind. Kounin definiert „erfolgreiche Führung einer Klasse . . . als die Fähigkeit, eine hohe Mitarbeitsrate bei niedriger Fehlverhaltensrate im Unterricht zu erzielen“ (75). Anhand umfangreicher Videorecorder-Studien in Schulklassen gelangt er zu – korrelationsanalytisch – recht eindeutigen Beziehungen zwischen dem Schülerverhalten,

d. h. dem oben formulierten Führungserfolg, und „Techniken der Klassenführung“: „Allgegenwärtigkeit und Überlappung“, d. h. Lehrer müssen ihren Schülern vermitteln, daß sie über „Augen im Hinterkopf“ (90) verfügen; sie müssen sich gleichzeitig mit mehreren Problemen auseinandersetzen können; „Reibungslosigkeit und Schwung bei der Steuerung von Unterrichtsabläufen“; „Aufrechterhaltung des Gruppen-Fokus“ durch „Gruppenmobilisierung“, z. B. nach einer Frage „schaut sich der Lehrer zunächst um, ruft dann einen Schüler auf“ (118); durch einen möglichst großen „Beschäftigungsradius“: „Alle lesen das nächste Wort!“ (119); durch das „Rechenschaftsprinzip“, z. B.: Alle Schüler haben dem Lehrer ihre Aufgabenlösung vorzuzeigen; durch „programmierte Überdrußvermeidung mittels lernbezogener Abwechslung“, z. B. Wechsel von Still- und Übungsarbeit in der Gruppe. Die Untersuchungsergebnisse zeigen recht anschaulich einige Lehrerverhaltensweisen, um den überall noch aktuellen „Disziplinschwierigkeiten“ vorbeugend zu begegnen, sie teilweise präventiv zu managen – eine zentrale Voraussetzung für den Lehrer, der wie Heinze einen zunehmend schülerzentrierten Unterricht realisieren und über „Disziplinprobleme“ gemeinsam mit den Schülern reflektieren will. Linde Bernath (Göttingen)

**Wolf, Willi:** Selektionsprozesse im Zweiten Bildungsweg.  
Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1975 (434 S., br., 46,- DM).

Das vorliegende Buch faßt die Ergebnisse einer mehrjährigen Untersuchung zusammen, die der Autor an fünf staatlichen Hessen-Kollegs durchgeführt hat. Anhand der Zusammensetzung der *Bewerber* zum ZBW (Zweiter Bildungsweg), der *Studierenden* am ZBW und der Selektionsmechanismen in den *Institutionen* des ZBW (Prüfungen etc.) werden die Selektionsprozesse einer genaueren Analyse unterzogen (wem gelingt es aufgrund bzw. trotz welcher Mechanismen, zum ZBW zugelassen zu werden und in ihm erfolgreich zu sein?). Mit seiner empirischen Untersuchung beabsichtigt der Autor, die Notwendigkeit des ZBW, wenn auch u. U. mit veränderter Zielvorstellung, in einem künftigen Bildungssystem der BRD deutlich zu machen. Die Arbeit gliedert sich in drei Teile. Im ersten Teil wird durch umfangreiche Literaturauswertung die Entstehung und weitere Entwicklung der vier hauptsächlichen Begründungsargumente für den ZBW differenziert herausgearbeitet (17–73): der ZBW erfülle eine soziale Funktion; er trage zur Durchsetzung des Prinzips der Chancengleichheit bei; diese Aufgabe habe sich entwickelt von der Wahrnehmung reiner Bildungschancen (Scheuerl) über die Gewährung von Chancen zum sozialen Aufstieg (Dahrendorf) bis zur Gewährung lediglich individueller Aufstiegschancen (Hamacher); – eine pädagogische Funktion; Vertiefung des Berufsbezuges; auch diese Begründung habe sich verändert; der früher angestrebte Berufsbezug, d. h. die Orientierung am ehemals ausgeübten Beruf, wird heute abgelehnt (Zapf); – eine psychologische Funktion; nämlich „Spätentwicklern“ eine Chance zu geben, ihre Hochschulreife nachzuholen; – eine ökonomische Funktion; der ZBW habe die Aufgabe, einer veränderten Nachfrage nach Beschäftigten zur Bedarfsdeckung zu verhelfen: aufgrund seiner niedrigen Absolventenzahlen (gemessen an der Zahl der Absolventen der Gymnasien) hat der ZBW diese Funktion allerdings niemals erfüllt. Im Gegensatz zu den postulierten Funktionen des ZBW wird im zweiten (169–348) und dritten Teil (349–428) durch Analyse der alltäglich ablaufenden Selektionsprozesse die tatsächliche Funktion des ZBW herausgearbeitet. Sie be-

steht im wesentlichen darin, für *einzelne* „den sozialen Abstieg gegenüber dem Elternhaus zu verhindern bzw. über den sozialen Status des Elternhauses hinaus aufzusteigen“, also „individueller Reservemechanismus“ zu sein. „Der ZBW war für solche Personen von Bedeutung, die – aus welchen Gründen auch immer – im EBW (Erster Bildungsweg) nicht die Hochschulreife erwerben konnten. Kennzeichen dieser Personen sind insbesondere eine große Unzufriedenheit mit der beruflichen Situation und ein großes Bildungs- und Lerninteresse.“ (429) Das heißt, die ursprünglich postulierten Begründungsargumente kommen faktisch gar nicht bzw. nur unbedeutend zum Tragen. Für die Zukunft sieht der Autor die Existenznotwendigkeit eines ZBW vor allem darin begründet, daß die Bewerberzahlen für einen Kollegplatz ständig im Steigen begriffen sind und daß es in der BRD auch in Zukunft junge Leute geben wird, die diesen Weg beschreiten wollen. In Zusammenfassungen am Ende eines jeden Kapitels werden noch einmal die wesentlichen Ergebnisse der sehr ausführlichen Untersuchungsschritte referiert. Hilfreich bei der Lektüre ist auch, daß die Erörterung konkreter Untersuchungsprobleme und methodischer Schwierigkeiten (Repräsentativität der Ergebnisse etc.) in die Darstellung der Ergebnisse jeweils mit einbezogen wird. Der Leser ist dadurch in die Lage versetzt, sich mit den vorgetragenen Ergebnissen und vor allem mit den Interpretationen des Autors kritisch auseinanderzusetzen.

Ingrid Reschenberg (Berlin/West)

**Ebert, Helmut, u. a.:** Und wenn der Kranfahrer mal pinkeln muß? Lernen in der Tagesstätte. Basis Verlag, Berlin/West 1975 (196 S., br., 9,50 DM).

Die Autoren kennen Kindertagesstätten von innen. Die Erzieher werden das beim Lesen merken, werden sich wiedererkennen können, ihre Erfahrungen, ihre Fehler, ja vielleicht sogar einzelne Kinder und Eltern aus ihrer Gruppe. Sie werden sich oft auch in den Schwierigkeiten wiedererkennen, mit denen diese Berufsgruppe kämpfen muß: der Konkurrenz untereinander, den Spannungen zwischen Leitung und Erziehern, zwischen Erziehern und gewerblichem Personal; und hinter diesem alltäglichen Kleinkrieg die gesellschaftliche Isolation der Anstalt Kindergarten wiedererkennen, die die Leere des kindlichen Spiels und die infantilisierende Einförmigkeit von Erzieher-Kind-Kontakten verursacht. Doch es wird nicht beim bloßen Wiedererkennen von Problemen bleiben. Kenntnisreich und schwungvoll wird der Alltag in Kindertagesstätten beschrieben, mit allen materiellen Beschränkungen, die oft nur noch durch Routine scheinbar bewältigt werden können. Zugleich aber ist es für die Autoren – und für viele Erzieher, die ähnlich arbeiten – keine Frage, daß das Geflecht von Regeln und Auflagen, das die Kinder im Kindergarten wie mit einem Panzer von Erfahrungs- und Handlungsmöglichkeiten abschirmt, nicht in alle Zukunft jede Initiative ersticken muß. Ohne also die reglementierten Arbeitsbedingungen von Berufserziehern zu verleugnen, werden sie nicht durch eine Analyse der bloßen Kläglichkeit ihrer Bemühungen entmutigt. Gerade weil die Autoren diejenigen materiellen Grenzen kennen und realistisch beschreiben, an denen didaktische Phantasie von Berufserziehern sich immer wieder erschöpft, zwingt ihr praktischer Optimismus die Leser nicht in die Knie. Die Autoren haben erkannt, daß diese Berufsgruppe ihr Selbstbewußtsein nicht allein an der Forderung nach kleineren Gruppen, größeren Räumen, mehr Spielmaterial etc. – also an dem, was

man üblicherweise „materielle Bedingungen“ nennt – entwickeln wird, sondern daß sie unterstützt werden muß in der Artikulation und Umsetzung inhaltlicher Alternativen, daß die Weiterqualifikation der Erzieher sich nicht nur auf Fortbildungen (die seltenen) beschränken kann, sondern daß die laufende Qualifikation durch die Praxis respektiert und unterstützt werden muß.

Was die Autoren vorschlagen: Kooperation der Erzieher, stärkeren Einbezug der unmittelbaren Nachbarschaft des Kindergartens, aufmerksames Hinsehen auf das, was Kindern und Eltern außerhalb der Tagesstätte wichtig ist und wichtig sein muß, scheint zunächst nicht sonderlich originell und ist in der neueren Kindergartenpädagogik eine verbreitete Forderung. Die Konkretion dieser geläufigen Forderung ist es aber, die dieses Buch so bemerkenswert macht. Das wird deutlich schon an der Sprache. Die Autoren konkurrieren nicht mit dem Leser. Sie vermeiden planvoll jene Terminologie, die die Kindergartenpädagogik als hochschulreif ausweisen soll. Dieses Buch ist nicht Ergebnis von Veröffentlichungszwang. Vermeiden wurde ebenso die betulich herablassende Sprache der älteren Kindergartenpädagogik wie die saloppe begriffsarme von Sozialpädagogen, die sich locker geben wollen. Die Verfasser bemühen sich stattdessen um größtmögliche Klarheit, z. B. bei direkten Ratschlägen wie „Beim Unfall eines Kindes kann man ruhig mal ein zweites zum Arzt mitnehmen. Dem einen hilft es, und den anderen interessiert es“. (139) Zugleich geben sie dem Fachwortschatz aus den Berufen der Eltern viel Raum und unterstützen damit die Erzieher, denen zur Beschreibung der Arbeit der Eltern notwendig die Begriffe fehlen müssen.

Weil Erziern nicht immer klar ist, „was Kindern außerhalb der Tagesstätte wichtig sein muß“, und aufgrund von Herkunft, Ausbildung und Arbeitsplatz auch kaum klar sein *kann*, beginnt das Buch mit der Schilderung des Tagesablaufs einer westberliner Arbeiterfamilie, ergänzt durch eine Aufstellung ihrer monatlichen Ein- und Ausgaben. An vielen Stationen, die der Sjährige Thomas Kunert an einem Wochentag durchläuft, wird anschaulich, wie sein Leben und sein Spiel bestimmt ist durch die Zwänge, die die Reproduktion einer proletarischen Familie setzen muß, und welche Fähigkeiten er in diesem Lebenszusammenhang entwickelt. Am Beispiel einiger notwendiger „Mißverständnisse“ zwischen Erziehern und Thomas wird deutlich, wie er seine Fähigkeiten im Kindergartenalltag kaum realisieren kann. Solche notwendigen „Mißverständnisse“ praktisch aufzulösen, bemühen sich vier sehr sorgfältig ausgearbeitete didaktische Einheiten: Arbeitswelt der Eltern, Krankheit, Verkehr, Rollenspiele. In der Einheit Arbeit ist es gelungen, zwei Gefahren zu umgehen, die in ähnlichen Versuchen zu diesem Thema bisher immer dominiert haben. In der traditionellen Kindergartenpädagogik wurde der Bereich der gesellschaftlichen Arbeit durch bloße Äußerlichkeiten wie Arbeitsanzug oder Werkzeug charakterisiert. Die Auswahl der Berufe war an Status orientiert (Arzt), oder altertümelnd (Stationsvorsteher, Zimmermann). Frauenberufe existierten nicht. Dabei wurde unterschlagen, daß Kindern und Eltern in erster Linie die *Arbeitsbedingungen* interessieren müssen, deren Auswirkungen sie täglich erfahren. Zu Recht erinnern die Autoren die Erzieher hier an ihr eigenes Verhältnis zum Arbeitsplatz: was ihnen daran interessant erscheint, „sind doch nicht Arbeitswerkzeuge und Berufskleidung, sondern das Betriebsklima und die Arbeitsbedingungen. Wie sind die Kollegen, wie ist die Leiterin; muß man Überstunden machen, wie ist die Kontrolle des Amtes?“ (47). Und auch die Kinder stellten neugierige Fragen nach den Arbeitsbedingungen. Eben: „und wenn der Kranfahrer pinkeln muß?“ Dabei wurde

der Fehler früherer kritischer Vorschulprojekte vermieden, in denen der Bereich gesellschaftlicher Arbeit nur als Schlachtfeld erschien, wo Bosse sich eine Gemeinheit nach der anderen erlauben. Die Autoren haben stattdessen das Bedürfnis der Kinder, sich zu *identifizieren* mit dem lohnabhängigen Vater und der lohnabhängigen Mutter, erkannt und respektiert.

Donata Elschenbroich (Marburg)

## Psychologie

**Gronemeyer, Marianne:** *Motivation und politisches Handeln.* Grundkategorien politischer Psychologie. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1976 (229 S., br., 20,- DM).

In dieser Arbeit wird die Veränderungsmöglichkeit von Gesellschaft an ein Konzept subversiver Erfahrungsfähigkeit gebunden. Die Grundthese ist: Subjektive Lernprozesse müssen gesellschaftlichen bzw. strukturellen Veränderungen parallel laufen bzw. ihnen partiell vorausgehen. Im Bewußtsein des Widerspruchs zwischen objektiver Determination und subjektiver Ohnmacht wird eine Theorie und Praxisanleitung für politisches Handeln entwickelt, d. h. eine Didaktik der politischen Beteiligungsfähigkeit, die das Ziel hat, im Herrschaftssystem des Spätkapitalismus vorhandene Handlungsspielräume ausfindig zu machen, um diese progressiv zu erweitern.

Komposition und Argumentationsverfahren im Buch genügen selber didaktischen Kriterien: Ausgehend von Fallbeispielen alternativer sozialer Praxis im nicht-institutionalisierten politischen Raum, – meist Widerstandsverhalten mit originellen Praktiken – werden verschiedene Theorieansätze „überprüft“.

Die Fallbeispiele aus der sozialen Praxis und dem „Ohnmachtsbereich“ belegen perspektivisch die Möglichkeit für eine Interessenvertretung qualitativ anderer Art. Sie werden kommentiert, mit kontroversen und klassischen Theorien konfrontiert, auf einer weiteren Reflexionsstufe neu interpretiert und in eine weiterführende Frage übergeleitet. Der Aufbau setzt an bei relativ ich-nahen Aktionen eingeschränkter Reichweite und reicht bis zu Aktivitäten mit größerem Radius, z. B. den Hausbesetzungen im Frankfurter Westend und der Aktionsgemeinschaft Westend.

Mögliche Alternativen und Konfliktfähigkeit zu ihrer Durchsetzung werden an den Aktions- und Erfahrungsbeispielen dokumentiert: sie reichen von den alternativen Lernerfahrungen und der progressiven Lerngeschichte der Schüler von Barbiana über Verhaltensschilderungen resignativer, vereinzelter Apathie zu kollektiven Bürgerinitiativen. Schritt für Schritt werden so Lernerfahrungen und ihre objektiven wie subjektiven Widerstände analysiert und ein Modell von emanzipativer Erwachsenenbildung an der sozialen Praxis und *als* soziale Praxis dargestellt.

Zur Unterstützung ihres Lernphasenmodells (über Mangelerfahrungen, Kompetenzzutrauen, Einbeziehen verschiedener Bedürfnisniveaus, Angstminderung und gelungene Lebenserfahrung) analysiert die Autorin Motivations-, Lern-, Bedürfnis- und Therapiekonzeptionen gleichsam gegen den Strich. Sie durchbricht damit die Gegenläufigkeit von wissenschaftlicher Theoriebildung und Befähigung

gung zum politischen Handeln. Während die meisten wissenschaftlichen Theorien den Lernbereich einschränken und den Ohnmachtsbereich der Individuen erweitern, hinterfragt die Verfasserin die Motivations- und Verhaltenstheoretischen Ansätze auf ihre Subversivität bzw. Befähigung zur politischen Beteiligung.

„Teilerfahrungen von gelungener Lebenspraxis ermöglichen erst neue Lernerfahrungen“ (39) und „Demokratische Lernverfahren setzen an an dem, was dem Lernenden subjektiv bedeutsam ist“ (122). Das sind nicht die großen demokratischen Ziele, sondern Bedürfnisse und Probleme im Nahbereich. Die Autorin vertritt daher die Position, daß Veränderungschancen auch vom Reproduktionsbereich ausgehen können. Objektive Gewaltstrukturen werden veranschaulicht und subjektive Autonomie gestärkt; wenn die Sicherheit des status quo durchbrochen wird und die dabei freiwerdende Angst kontrollierbar bleibt: Modelle der Angstminderung müssen Lernen und Konfliktfähigkeit begleiten, wenn politische Strukturen „in Angriff genommen“ werden. In diesem Zusammenhang greift die Autorin pragmatisch auf die Verhaltenstheorie zurück. Produktive Generierung und Angstminderungen sollen durch sie verstärkt werden.

Gronemeyer plädiert für die Alltagserfahrungen als Ausgangspunkt für „Befreiungslernen“. Ein wesentlicher Faktor hierzu ist die Sozialität, d. h. die Möglichkeit, Bedürfnisse mit anderen zu teilen, sie mit ihnen gemeinsam durchzusetzen. Doch „zusehends weniger ist es in hochkomplexen Gesellschaften sinnvoll, sich gegen die Konfliktgegner zu wehren, derer man in der Alltagspraxis ansichtig wird“ (163). Diese Erkenntnis versucht die Verfasserin teilweise über eine didaktische „Personalisierung von Strukturen“ etwas abzumildern. Aber es muß dabei in Übereinstimmung mit der Autorin das Bewußtsein für die Widersprüchlichkeit des vorgeschlagenen Weges erhalten bleiben.

Problematisch bleibt allerdings das Verfahren, Herrschaftsverhältnisse didaktisch auf der interpersonellen Ebene „anzugreifen“. Die Rückübertragung auf makrostrukturelle Bedingungen muß offen bleiben.

Zweifel sind auch anzumelden, ob über die Erweiterung von Beteiligungsräumen sich grundsätzlich etwas ändern kann. Neben einigen Unschärfen in methodischer Hinsicht, nämlich die Nicht-Problematisierung der Vermischung verschiedener Theorieansätze und ihre Transponierung in einen ganz anderen Bezugsrahmen, kann man die Arbeit allen an Lernprozessen Interessierten empfehlen.

Sigrid Metz-Göckel (Dortmund)

**Strouse, Jean (Hrsg.): Women & Analysis. Dialogues on Psychoanalytic Views of Femininity.** Grossman Publishers, New York 1974 (375 S., Ln., \$ 12,50).

In der gegenwärtig in den USA geführten Debatte über die psychoanalytische Auffassung der weiblichen Sexualität kommt diesem Buch eine besondere Bedeutung zu. Sie ist zunächst formal begründet in der originellen Anordnung der Beiträge. Den klassischen (oder zumindest: älteren) Darstellungen der weiblichen Sexualität von Freud, Abraham, Helene Deutsch, Karen Horney, Emma Jung und Marie Bonaparte sind jeweils Aufsätze beigegeben, die diese Darstellungen aus der Sicht heutiger Theoretiker kommentieren. Diese Anordnung ist aber nicht nur formal originell, sondern auch von der Sache her gerechtfertigt. Denn die Diskussion um die weibliche Sexualität ist innerhalb der Psychoanalyse tat-

sächlich zweimal geführt worden. Ihre ersten Ergebnisse wurden in den Jahren zwischen 1924 und 1934 formuliert. Danach verschwand das Thema für eine erstaunlich lange Zeit aus der analytischen Literatur. Seit der Mitte der 60er Jahre, vor allem aber seit der Herausforderung der Psychoanalyse durch die Frauenbewegung wird es wieder diskutiert. Der vorliegende Band gibt einen ausgezeichneten Überblick über beide Diskussionen.

In ihrem Einleitungsaufsatz betont Juliet Mitchell die Ambivalenz der Schriften Freuds zur weiblichen Sexualität. Sein Werk sei als „ideologisches Bollwerk der Unterdrückung der Frau“ (32) zugleich deren genaueste Darstellung. Daß Freud das Verhältnis der Geschlechter asymmetrisch aufgefaßt habe, sei angesichts einer patriarchalen Gesellschaft nur zu verständlich. Denn es könne nicht allein seiner Theorie angelastet werden, daß Frauen unterm Patriarchat unterdrückt seien. Freud als „male chauvinist“ abzulehnen, wie es von seiten der Feministinnen oft geschehen sei, greife als Vorwurf zu kurz. Auch Elizabeth Jane-way beklagt in ihrem Beitrag, daß Freud die sozialen Dimensionen der weiblichen Sexualität zu wenig berücksichtigt habe. Anhand des Falles Dora weist sie nach, daß das Gefühl weiblicher Inferiorität mindestens ebenso sehr sozial verursacht ist wie durch die psychischen Folgen der Annahme einer Kastration. Denn der angebliche Penisverlust als Ursache des weiblichen Kastrationskomplexes könne nur aufgrund fortdauernden gesellschaftlichen Zwangs als symbolischer Ausdruck eines Machtverlusts empfunden werden. Ähnlich argumentiert Joel Kovel in ihrem Kommentar zu Abrahams Arbeit über „Die Äußerungsformen des weiblichen Kastrationskomplexes“. Auch für sie erscheint der Kastrationskomplex nicht als biologisch, sondern primär als sozial motiviert. Die patriarchale Gesellschaft werde, so schreibt sie, durch die Angst vor ihm zu immer erneuter Unterdrückung der Frau getrieben. Denn obwohl dieser Komplex bei beiden Geschlechtern auftrete, sei er in seiner männlichen Erscheinungsform von grundlegenderer und weittragenderer Bedeutung. Es sei letztlich die Kastrationsangst der Männer, die die Frauen dazu gebracht habe, sich als das zu empfinden, was den Männern Angst einjage, eben als genital beschädigte Wesen. Diese Übernahme ursprünglich männlicher Kastrationsangst in die weibliche Geschlechtsrollenidentität sei das Zentralmotiv, von dem die Unterwerfung der Frauen ausgehe. Abraham habe dieses Motiv in seiner Voreingenommenheit als Mann nicht gesehen.

Gegen die Rechtfertigung des weiblichen Masochismus, wie sie in den Theorien von Helene Deutsch und (in abgeschwächter Form) Marie Bonaparte auftritt, nehmen Marcia Cavell und Ethel Person Stellung. Beiden geht es darum, den Nachweis zu führen, daß Masochismus unter psychoanalytischen Prämissen nicht als notwendig angenommen werden muß. Daß auch sie beim Problem des weiblichen Masochismus auf dessen soziale Determination verweisen, ohne sie genauer zu bestimmen, bezeichnet die Grenzen ihrer Argumentation. Es sind zugleich die der meisten anderen Aufsätze des Bandes. Ihre kulturistischen Tendenzen bleiben eher vage und allgemein.

Von diesen Tendenzen heben sich die Beiträge Margaret Meads und Erik H. Eriksons ab. Beide werfen Freuds Theorie eine Vernachlässigung der Körperlichkeit der Frau vor. Margaret Mead hält das Frauenbild Freuds für einen besonders naiven Ausdruck auch heute noch herrschender Vorurteile. Sie bemängelt ebenso wie Erikson, daß Freud die Bedeutung der Schwangerschaft vollständig verkennt, wenn er, allein von seiner Annahme des Penisneids her, den weiblichen Wunsch nach einem Kind als Wunsch nach einem Penis auffaßt. Die Er-

fahrung der Schwangerschaft könne vielmehr als eine genuin weibliche von ebensoviel Stolz begleitet sein und ebensoviel Neid erwecken wie der Besitz eines Penis. Erikson meint, einen Beleg für diese These in dem Nachweis gefunden zu haben, daß kleine Mädchen in ihren Spielen die Erfahrung des Körperinnenraums symbolisch immer wieder betonen, während kleine Jungen dem äußeren Raum stärkere Beachtung schenken. Der unterschiedliche Aufbau dieser Spielräume scheine, so schreibt er, der Morphologie des Geschlechtsunterschieds zu entsprechen. Bei beiden Geschlechtern gebe es eine je verschiedene Grunderfahrung des menschlichen Körpers, die bis in die spätere Geschlechtsrollenidentität hineinreichen könne (nicht müsse). Sowohl Mead wie auch Erikson glauben, daß Freuds Diktum über die weibliche Sexualität, die Anatomie sei ihr Schicksal, in einem anderen Sinn wahr ist, als Freud meinte. Dennoch halten beide daran fest, daß bei der Theoriebildung auch die individuelle Entwicklungsgeschichte der weiblichen Persönlichkeit keineswegs vernachlässigt werden darf.

Insgesamt zeigt der Band, daß die Angriffe seitens der Frauenbewegung die Psychoanalyse in zunehmenden Maße dazu zwingen, einige ihrer talmudisierten Konzepte einer kritischen Revision zu unterziehen. Es bleibt zu hoffen, daß ihr das gelingt. Der vorliegende Band bietet dazu allenfalls erste Ansätze, mehr nicht.

Klaus Laermann (Berlin/West)

**Tinbergen, Elisabeth A., u. Nikolaas Tinbergen:** *Early Childhood Autism. An Ethological Approach.* Paul Parey, Berlin/West 1972 (56 S., br., 24,- DM).

Anliegen der Publikation ist es, bisherige Autismusforschung mit ethologischer Methode zu konfrontieren. Dies aus einem doppelten Grund: Zum einen treten die als Kriterien für Autismus (im Sinne des Kanner-Syndroms) beschriebenen Verhaltensauffälligkeiten auch bei normalen Kindern auf, was ethologische Forschungsergebnisse bei normalen Kindern relevant für das Problem werden läßt, zum anderen formulieren die Autoren ein eher methodisches Interesse, insofern ethologische Methoden als Methoden der Mikroanalyse von Verhaltenssituationen in der Psychopathologie bisher wenig zur Anwendung gelangten, obwohl sie detailliertere und in Teilbereichen sinnvollere Beobachtung von autistischen wie normalen Kindern wie eine Analyse der Motivationskonflikte gewährleisten könnten. Am Verhalten normaler Kinder gegenüber Fremden werden (durch Bildmaterial belegt) Reaktionsweisen beschrieben, die in Beschreibungen autistischen Verhaltens als typisch benannt wurden. Anhand der gegebenen Beispiele werden in den folgenden Abschnitten Probleme der Klassifikation des Beobachteten insbesondere unter den Gesichtspunkten Komplexität und Ordnung diskutiert. An ethologischen Studien zum Kommunikationsverhalten von Möven wird die Methode demonstriert, indem Mikroeinheiten der Interaktion, d. h. ritualisierte Ausdrucksweisen, beschrieben werden, mittels derer Motivationskonflikte im Interaktionsverhalten der Möven sichtbar werden. In ähnlicher Weise lassen sich bei Kindern Interaktionsmuster im Verhalten gegenüber Fremden identifizieren und als Ausdruck von Motivationskonflikten unterschiedlicher Stärke begreifen. Aus der Kenntnis solcher Strukturen wie entsprechender Interaktionsmuster zu den Eltern dürften Verhaltensstrategien in der Behandlung autistischer Kinder ableitbar sein, indem aus den Interaktionsritualen des Kindes Motivationskonflikte (insbesondere Angst) erschließbar werden

und erzieherisches Verhalten im Sinne systematischer Desensitivierung auch ohne verbale Kontrolle der Angsthierarchien möglich wird. Dies ist allerdings ein Aspekt, der nur am Rande benannt wird. Von zentralem Interesse ist es den Autoren vielmehr, Hypothesen zu formulieren, die die Alles-oder-Nichts-Auffassung von Autismus als inadäquat herausarbeiten.

Theoretisch interessant in dem präsentierten Modell ist die genetische Erklärung von Autismus im Sinne einer durch Kreisprozesse induzierten Schwellenherabsetzung gegenüber fürchterender sozialer wie physischer Umgebung (sowohl auf verhaltensspezifischer wie auf genereller Erregungsebene). Neben den sich hier eröffnenden Ansätzen, die außerordentlich unterschiedlichen für Autismus symptomatischen Auftretenszusammenhänge (z. B. zentrale Wahrnehmungsstörung oder schizophrene Familiensituation) im Rahmen eines genetischen Modells interpretieren zu können, scheint mir der Wert der Tinbergenschen Studie sich noch auf einen anderen, hier nicht gesehenen Zusammenhang zu erstrecken. In der ethologischen Analyse von Interaktionsritualen scheint unter Anwendung der historisch-materialistischen Methode der Psychologie (vgl. Leontjew) die Möglichkeit eines materialistischen Zugangs zur Mikroanalyse des symbolischen Interaktionismus (vgl. Goffman) eröffnet zu sein, die es auf dem Hintergrund der allgemeinen menschlichen in Abhebung von tierischen Interaktionsritualen in einem zweiten Schritt das Spezifische menschlicher Interaktion auf der Mikroebene unter kapitalistischen Bedingungen herauszuarbeiten ermöglicht, ein Forschungszugang, der theoretisch wie praktisch (z. B. psychotherapeutische Intervention) von außerordentlicher Bedeutung sein dürfte.

Wolfgang Jantzen (Bremen)

**Laing, Ronald D., u. Aron Esterson: Wahnsinn und Familie.** Familien von Schizophrenen. Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln 1975 (320 S., br., 28,- DM).

Die Autoren des hier besprochenen Buches, das in England 1964 erschien und 1970 und 1971 wiederaufgelegt wurde, sind vielen deutschen Lesern, die sich für das behandelte Gebiet interessieren, seit den 60er Jahren bekannt, vor allem Ronald D. Laing durch seine Werke „Das geteilte Selbst“, „Das Selbst und die Anderen“ und „Die Politik der Familie“.

Im vorliegenden Buch fordern die Autoren ihre Leser auf, herkömmliche Erklärungen für die Entstehung von Geisteskrankheiten in Anführungszeichen zu setzen, weil sie meinen, anhand ihrer Untersuchungen von 11 Familien den unvoreingenommenen Lesern zeigen zu können, daß der „Wahnsinn“ verständlich ist, wenn man das Eingebettetsein des Patienten in seinen nächsten sozialen Bezügen berücksichtigt. Die Verwalter der Psychiatrie seien eher Vertreter eines „Wissenswahns“ (M. Siiralla), der u. a. dadurch gekennzeichnet sei, daß die Schizophrenie fraglos als Tatsache angenommen wird. Sie soll das Ergebnis eines pathologischen Prozesses sein, sei es, daß sie auf organischer, psychischer oder sozialer Grundlage beruhe.

In diesem Aufzeigen der sozialen Verständlichkeit schizophrenen Verhaltens liegt die wesentliche Bedeutung des Buches. Jedoch verbinden die Autoren die von ihnen vollzogene und geforderte Verlagerung von einem klinischen zu einem sozial-phänomenologischen Standpunkt mit dem Anspruch, den klinischen Ansatzpunkt schlechtweg verwerfen und für ihre eigene Untersuchung vollstän-

dig ausklammern zu können. Dabei belegen sie selbst immer wieder das Ausklammern des klinischen Gesichtspunkts als undurchführbar. In der Einleitung zu jeder Fallbeschreibung bringen sie den klinischen Aspekt des Falls mit Begriffen, die eine Reihe von Eigenschaften kennzeichnen, in denen üblicherweise Symptome von Schizophrenie gesehen werden.

Indem die Autoren so die traditionellen Theorien der Psychiatrie ausklammern, setzen sie sich selbst außerhalb der Klammer und erkennen ihre Einordnung in bestimmte historische Zusammenhänge nicht an. Konsequenz beginnen sie das Vorwort zur zweiten Auflage des Buches mit der Feststellung: „Es gibt viele Untersuchungen über Geisteskrankheit und die Familie. Dieses Buch gehört, zumindest nach unserer Meinung, nicht dazu. Es ist jedoch von vielen Leuten dazu gerechnet worden. Das hatte zur Folge, daß vieles in der durch die erste Auflage dieses Buches ausgelösten umfangreichen Debatte im Hinblick auf unsere Zielsetzung und Methodik völlig irrelevant ist.“ (7)

Die einfache Negation von Geisteskrankheit, die als „Antipsychiatrie“ in die Geschichte eingegangen ist, hat sicher einen besonderen Stellenwert und war als Antwort auf die Psychiatrie Kraepelins und Bleulers wohlthuend für die Patienten und befreiend für die medizinische Wissenschaft. Man mußte die Psychiatrie im Rahmen psychosozialer Realitäten grundlegend neu durchdenken.

Aber heute ist die Phase der Antipsychiatrie, die zugleich mit der Negation der Krankheit auch die Psychiatrische Institution als Ort der Behandlung negiert, vorbei. Heute geht es darum, auf der Basis der Relativierung sämtlicher psychiatrischer Begriffe anhand einer umfassenden Gesellschaftstheorie Gesundheit und Krankheit auf dem Hintergrund der Wechselwirkungen zwischen dem Individuum und seinen engsten Bezugspersonen, dem weiteren sozialen Umfeld und dem gesamten Gesellschaftssystem zu studieren und Störungen innerhalb dieser Bezugssysteme in Zusammenarbeit zwischen Institutionen, Instanzen und Personen außerhalb der psychiatrischen Institutionen zu behandeln, wie es von einer Neuen Psychiatrie in Hannover, Arezzo und Triest praktiziert wird.

Barbara Seuster (Insel Reichenau)

## Geschichte

**Lange, Karl:** Marneschlacht und deutsche Öffentlichkeit 1914–1939. Eine verdrängte Niederlage und ihre Folgen. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1974 (221 S., br., 42,- DM).

Nachdem der Erste Weltkrieg bislang vorwiegend unter den Gesichtspunkten „Kriegsschuldfrage“ und „Dolchstoßlegende“ diskutiert worden ist, analysiert Lange ihn und seine Auswirkungen in und auf Deutschland aus der Perspektive der deutschen Niederlage an der Marne (Sept. 1914), die von französischer und englischer Seite aus als „Marnewunder“ apostrophiert worden ist. Er beschreibt die dirigierte Nachrichtenpolitik seitens des deutschen Oberkommandos und die unrealistische, chauvinistische Berichterstattung und Kommentierung im Deutschen Reich. So kann er aufzeigen, daß lange Zeit die deutsche Öffentlichkeit nicht adäquat über die Niederlage an der Marne – die Lange für kriegsentscheidend hält – unterrichtet worden ist, und daß nach der Unmöglichkeit, den Tat-

bestand der Niederlage noch weiter zu verdrängen, eine Legendenbildung einzusetzt. Diese Legende geht hauptsächlich dahin, daß sowohl die dem deutschen Angriff auf Frankreich und der Mißachtung der belgischen Neutralität unterliegende strategische Konzeption richtig sei (Schlieffenplan) als auch die deutsche Armee unbesiegt sei. Die Niederlage an der Marne erscheint aus dieser Sichtweise als die alleinige Folge des Versagens der deutschen Führung unter Moltke (130 ff.). Die nationalsozialistische Interpretation der Marneschlacht (144 ff.) erscheint als ein Sonderfall dieser „personalistisch monokausalen Erklärung des Mißerfolges“ bzw. dieser „Ein-Mann-These“.

Langes Verdienst besteht darin, daß er die Analyse des Ersten Weltkrieges als Fallbeispiel für ein pathologisches Verhältnis zur Realität angeht. Allerdings spricht er die gesellschaftlichen Träger dieser Lernpathologie, die ja zugleich auch ein Herrschaftsmittel darstellt, klassenanalytisch gesehen nicht präzise genug an. Aus Andeutungen kann man entnehmen, daß er die gesamte deutsche Gesellschaft gleichermaßen als lernunwillig ansieht. Dieser vorschnellen und nicht hinreichend abgestützten Generalisierung entspricht es auch, wenn er die These anklingen läßt, bei einer realitätsgerechten Information über die Niederlage an der Marne wären die hochgestochenen Siegfrieden- und Kriegszielpäne gar nicht erst aufgekommen (128).

Langes Mängel bestehen darin, daß er die seiner Ausweitung der Diskussion des Ersten Weltkrieges entsprechenden Methoden nicht einsetzt. So behandelt er „die Öffentlichkeit“ nur aus der Perspektive derjenigen Institutionen, die vorgeben, „der öffentlichen Meinung“ Ausdruck zu verleihen bzw. sie zu bilden. Die Auswahl solcher Institutionen und Repräsentanten – vornehmlich sind es die amtlichen Kriegsberichterstattungen aus Deutschland und Frankreich sowie die Äußerungen von Offizieren – und auch die Auswahl der herangezogenen Zeitungen und Broschüren wird nicht begründet; auch erfährt man nichts über deren Verbreitung und Wirkung. Die Berichterstattung über Zeitungen erfolgt nur impressionistisch und genügt keinesfalls den Kriterien, die an eine Inhaltsanalyse gestellt werden. Auch die Analyse der dem Titel zufolge bis 1939, also bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, verfolgten Auswirkungen der ideologischen Interpretationsgeschichte erfolgt nur impressionistisch, obwohl die Anmerkungen zur Hitlerschen Interpretation des Schlieffenplanes (154 ff.) deutlich machen, wie zentral gerade die Interpretation des Ersten Weltkrieges für die nationalsozialistische „Blitzkriegs“-Strategie ist.

Insgesamt gesehen, verdient die Intention Langes aufgegriffen zu werden; um sie allerdings in der Realität von Forschung und Darstellung adäquat durchzusetzen, muß der von Lange nur abstrakt als bestimmend angesprochene „materielle Faktor“ (159 f.) systematisch und durchgängig inhaltlich und methodisch berücksichtigt werden.

Eike Hennig (Frankfurt/M.)

**Schneider, Michael:** *Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918 bis 1933.* Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1975 (219 S., br., 25,- DM).

Gestützt auf neuere politikwissenschaftliche und industriesoziologische Arbeiten, geht Schneider von der Annahme aus, daß die Stabilität bürgerlich-demokratischer Gesellschaftsordnungen wesentlich von der Kompromißfähigkeit der großen organisierten sozialen Gruppen abhängt. Damit gewinnt er einen Ansatz-

punkt für eine Analyse antigewerkschaftlicher Unternehmerideologien, die exemplarische Einblicke in die mangelnde Bereitschaft der Industrieverbände vermittelt, ihre „politisch-ökonomischen Minderheits-Interessen“ (28) in den Kontext der Reichsverfassung vom August 1919 einzufügen und deren Sozialstaatspostulate zu akzeptieren. Auf diese Weise beschreiten Schneiders Studien zwar nicht in jedem Fall Neuland, können aber durch die kritische Musterung sozialer Konflikte das unternehmerische Demokratieverständnis näher beleuchten und beachtenswerte Hinweise zum Anteil der Industrie am Prozeß der „Entdemokratisierung“ (12) des Weimarer Staates liefern. – Das überwiegend chronologisch aufgebaute Buch läßt keinen Zweifel daran aufkommen, daß von einer Position der „Neutralität“ gegenüber der Republik oder gar von Anzeichen zu ihrer aktiven Tolerierung keine Rede sein kann. Die kurzfristige Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in der Zentralen Arbeitsgemeinschaft während der Phase des Übergangs von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft gewährte den Unternehmern eine Art Rückversicherung gegen revolutionäre wie bürokratische Eingriffe und beschränkte ihnen die konsequent genutzte Atempause, um Marktmacht und politische Einflußkanäle zu reorganisieren. Diese Taktik vermochte zwar das von Arbeitgeberseite auch noch in seiner entschärften Form vehement bekämpfte Betriebsrätegesetz nicht zu verhindern, bewährte sich für jene aber im Abblocken „staatssozialistischer“ Tendenzen, in der Lohn- und Preispolitik und der schrittweisen Aushöhlung des im November 1918 zur Norm erhobenen 8-Stunden-Tags.

Nach dieser Periode der Reorganisation erfuhr die Republik unter der Voraussetzung einer „unternehmerfreundlichen Politik“ (55) eine bedingte Duldung. Hinter dem Schirm der einseitig an Kapital- und Besitzinteressen orientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik der bürgerlichen Mitte-Rechts-Kabinette belebte vor allem die Schwerindustrie die traditionellen Bindungen zur Landwirtschaft und reaktivierte die Ideologien der „gelben“ Arbeitervereine. Der Wahlsieg der Sozialdemokratie im Mai 1928 machte den Unternehmern „die potentielle Instabilität ihres Interesseneinflusses“ (75) deutlich und nährte Zweifel an den Möglichkeiten, eine dauerhaft konservative Wendung der Republik auf parlamentarischem Wege zu erreichen. In der Folge schwenkten sie daher zur „offenen Konfrontation“ (76 ff.) um, was der Verfasser u. a. an der Analyse des Ruhreisenstreits von 1928 und der unternehmerischen Agitation gegen „Wirtschaftsdemokratie“ und ADGB-Pläne zur Arbeitsbeschaffung demonstriert. Mit dem Einbrechen der großen Depression stand für die Arbeitgeber das ohnehin nur lückenhaft verwirklichte System sozialer Sicherungen endgültig zur Disposition. Zu den gängigen Beschwerden über zu hohe Sozialabgaben gesellte sich nun der mit offensiven Mitteln (Aussperrung) geführte Kampf gegen das Instrument der staatlichen Zwangsschlichtung und gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik insgesamt, von der behauptet wurde, sie erstrebe nichts anderes als die Sozialisierung „auf Umwegen“ (77). Dem Konzept des ADGB, durch Stärkung der Massenkaufkraft die Wirtschaftskrise zu überwinden, setzten die Industrieverbände ihre Forderungen nach Lohnkürzungen und Abbau der Sozialleistungen entgegen – Forderungen, die die Präsidialkabinette, vor allem die Regierung Papen, zur lohn- und sozialpolitischen *Maxime* erhoben. Zunehmend wurden der Kernbestand des kollektiven Arbeitsrechts und die Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner in Frage gestellt: mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit 1933/34 hatten die Unternehmer ihr Ziel erreicht, die Wirtschaft von „politischen Hemmnissen“ (144) zu

befreien und den Prozeß der „Monopolisierung“ (185) ihres Einflusses auf wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen voranzutreiben.

Gegenüber den Vorzügen der Arbeit in den empirischen Parteien fallen kritische Anmerkungen kaum ins Gewicht. Verschwiegen werden soll jedoch nicht, daß die einleitenden Theoriekapitel stellenweise Erwartungen wecken, die die nachfolgende Untersuchung nicht oder nur unvollkommen einlöst. So spricht Schneider beispielsweise von den „Auswirkungen des innerbetrieblichen Herrschaftssystems auf die politische Haltung der Abhängigen“ (26) und moniert zu Recht, daß sich die Geschichtswissenschaft dieser Problematik bislang beharrlich entzogen habe – ein Vorwurf, der auf den Verfasser zurückfällt: denn auf Fragen der betrieblichen Binnenorganisation und deren Einwirkung auf das „Politikverständnis“ der Arbeiter geht auch er nicht ein. Jens Flemming (Hamburg)

**Siegfried, Klaus-Jörg:** *Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns.* Europa-Verlagsges., Wien-München 1974 (289 S., br., 25,- DM).

Othmar Spann (1878–1952) war ein einflußreicher Wiener Nationalökonom, der sich zeitlebens bemühte, den Marxismus zu widerlegen und eine neokonservative Gesellschaftstheorie zu begründen. Er galt lange als ein maßgebender Theoretiker der sogenannten konservativen Revolution, also jener politischen Bewegung, die nicht mehr ausschließlich der reaktionären Tradition verhaftet sein wollte und die das Bindeglied zwischen Konservatismus und Faschismus darstellte, ja selbst als eine Erscheinungsform des Faschismus zu begreifen ist, obgleich sie in mancher Hinsicht in Konflikt mit dem Nazismus geriet. Spann verfolgte das Ziel, dem Gegensatz der Klassen durch den Aufbau einer Ständeordnung zu begegnen. Arbeiter und Unternehmer sollten sich nicht mehr in gegensätzlichen Interessengemeinschaften zusammenschließen, sondern zu Arbeitsgemeinschaften von Zunft- oder Ständecharakter zusammenfinden. Das war ein Kerngedanke seines Universalismus, der im Falle der Verwirklichung (wie bis zu einem gewissen Grade in der NS-Arbeitsfront) die Arbeiter auf Gedeih und Verderb den Unternehmern auslieferte, die nach Spann als der höhere Stand über größere Rechte verfügen sollten und noch dazu bei den übergeordneten Ständen der Staatsführer und der Weisen (worunter Spann den höheren Lehrstand begriff) Rückhalt finden konnten. Diese reaktionäre Gesellschaftskonzeption hat in Österreich den konservativ- und klerikal-faschistischen Bewegungen zugrunde gelegen. Sie fand aber auch Eingang in die nazistische Ideologie und gehört allgemein zum faschistischen Gedankengut. Siegfried zeigt, wie der Spannsche Universalismus aus den spezifisch österreichisch-ungarischen Verhältnissen der k.u.k.-Zeit herauswuchs, wie er mit Pangermanismus, Slawenverachtung und imperialistischen Großmachtstreben einherging. Spanns Hauptwerk „Der wahre Staat“ wurde bewußt als Gegenstück zur marxistischen Gesellschaftstheorie konzipiert, aber auch als Alternative zur bürgerlichen Demokratie entwickelt. Die von ihm geäußerten Gedanken wurden nicht nur von Mussolini aufgegriffen, sie wirkten auch in der katholischen Sozialzyklika „Quadragesimo anno“ des Jahres 1931 nach. Allerdings gab sich Spann wenig Mühe, seine reaktionären Absichten demagogisch zu verschleiern. Das führte sogar zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des katholischen Klerus Österreichs. Man fürchtete, damit bei den Volksmassen in Verruf zu geraten. Das ver-

anlaßte auch die österreichischen Nazis, deren Organisation Spann insgeheim beigetreten war, zur Zurückhaltung und Kritik. Da er und seine Schüler nach der Annexion Österreichs durch Hitlerdeutschland eigenwillig auf ihrem Standpunkt beharrten, wurde ihre Tätigkeit sogar gewaltsam unterbunden. Spann kam zeitweilig ins Gefängnis, seine Söhne vorübergehend in Konzentrationslager. Das hat ihn in die Nähe des Antifaschismus gebracht, obwohl er selbst 1936 voller Empörung geschrieben hatte: „Ich mußte erleben, daß diejenigen, für die ich kämpfte, sich nun ohne Grund gegen mich wenden, und zwar mit noch unehrlicheren Waffen, noch unverständigeren Mißverständnissen als die früheren Gegner“ (215).

Leider ist es Siegfried nicht im vollen Umfang gelungen, diesem gewiß komplizierten Verhältnis die notwendige Transparenz zu verleihen. Wer mit der österreichischen Geschichte nicht näher vertraut ist, für den bleiben besonders viele Fragen offen, die auch das Spannsche Verhältnis zur Regierung Dollfuß und die Positionen des österreichischen Klerus betreffen. Schließlich muß man bedauern, daß der Spann-Kreis zu isoliert von der neokonservativen Bewegung in Deutschland betrachtet wird. Dabei liegt doch der Gedanke nahe, daß auf seine Haltung das Schicksal der deutschen Zentrumspartei und überhaupt die Erfahrungen der Regierungen Brüning und Papen eingewirkt haben. Der Wiederhall seiner Ideen bei jungkonservativen deutschen Ideologen wie Edgar Julius Jung ist wenigstens offenkundig. Das Buch von Martin Schneller (Zwischen Romantik und Faschismus. Der Beitrag Othmar Spanns zum Konservatismus der Weimarer Republik, Kiel 1970) hat in dieser Beziehung größere Aussagekraft. Es bleibt jedoch weit hinter dem zurück, was Siegfried zur gesellschaftspolitischen Deutung des Spannschen Universalismus beigetragen hat. Er bereichert die Vorstellungen vom Wesen des Faschismus, verdeutlicht seine Vielfältigkeit und bestätigt den reaktionären Charakter der noch heute in Österreich florierenden Spann-Schule.

Joachim Petzold (Berlin/DDR)

**Sywottek, Jutta:** Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg. Westdeutscher Verlag, Köln-Opladen 1976 (398 S., br., 65,- DM).

Im Literaturangebot der BRD über den Faschismus und den Zweiten Weltkrieg ist die Themenvielfalt ein herausragendes Kennzeichen. Ein anderes, ebenso auffälliges aber ist das hohe prozentuale Übergewicht der publizistischen Rechtfertigungen jener gesellschaftlichen Kräfte, die die Hauptverantwortung für die Errichtung der faschistischen Diktatur und für den Aggressionskurs trugen. Die Arbeit von Jutta Sywottek über die propagandistische Beeinflussung des deutschen Volkes im Interesse der Kriegsvorbereitung nimmt in diesem Literaturangebot eine besondere Stellung ein. Über die Nazi-propaganda liegen von Autoren der BRD und anderer kapitalistischer Länder einige Dutzend Arbeiten vor, aber es fehlen tiefschürfende Analysen mit einer größeren chronologischen und thematischen Breite. Zu den Vorzügen der von Sywottek verfaßten Monographie gehört, daß anhand umfangreichen Faktenmaterials aufgedeckt wird, mit welchen Mitteln und Methoden die faschistische Propagandamaschinerie bis 1939 die gezielte Irreführung vornahm. Aber die Darstellung bleibt dabei vordergründig und kennzeichnet nur das Wirken der Regisseure der Manipulierung, ohne

auf den eigentlichen Nutznießer – auf das Finanzkapital – einzugehen. Die Ursachen des imperialistischen Aggressionskurses und des Strebens nach der Herrschaft über Europa und die Welt werden nur am Rande gestreift (vgl. dazu die Dokumentenpublikation „Weltherrschaft im Visier“, hrsg. von Wolfgang Schumann u. a., Berlin 1975). Sywottek behandelt zwar die Propaganda zur Unterstützung der wirtschaftlichen Mobilmachung, negiert aber die vielfältigen Beziehungen zwischen Monopolen und Banken und den Propagandaorganen, zu denen das Einwirken der Unternehmer auf Inhalt und Methoden der Beeinflussung, die verschiedenen Formen der Finanzierung und die Übernahme von Funktionen im Propagandaapparat durch Konzernvertreter gehören. Die Autorin ist dieser konzeptionell bedeutsamen Problematik ausgewichen, obwohl sie diese Fragen kennt, wie aus den im Literaturverzeichnis genannten marxistischen Arbeiten und aus einigen Quellenhinweisen in Anmerkungen zu ersehen ist. Andererseits ist wiederum die Abgrenzung der Monographie von der apologetischen Rechtfertigungsliteratur hervorzuheben: Sywottek kritisiert die Verzeichnung der Rolle von Propagandaminister Goebbels und die Fälschungen in Autobiographien und Darstellungen, vermerkt die häufig vorkommende Beschränkung der Veröffentlichungen in der BRD auf Organisation und Technik der Nazi-propaganda hin, wobei dann aus dem Blickwinkel auf nur ein Medium und sein Wirken in einem eng begrenzten Zeitraum nicht selten unzulässige Verabsolutierungen erfolgten. Im Gegensatz dazu untersuchte Sywottek die Propagandaleitlinien über Jahrzehnte – vom Ende des ersten Weltkrieges bis zum Kriegsbeginn 1939. Ihr Anliegen war es, nachzuweisen, „daß die deutsche Bevölkerung langfristig für einen Krieg psychologisch mobilisiert worden ist und daß dies durch konzentrierten und zielgerichteten Einsatz aller verfügbaren Publikationsmittel geschah“ (S. 11). So sehr sich Sywottek mit dieser richtigen Erkenntnis auch von anderen Publikationen unterscheidet, so ist ihr doch die Umsetzung nicht in allen Fällen gelungen. Für eine wirklich umfassende Untersuchung fehlt nicht nur die Wertung der von den Monopolherren ausgehenden Manipulierung der Werktätigen, Sywottek ließ auch den Kultursektor (z. B. Theater, Bildende Künste, Musik, Sport) und seinen Mißbrauch zur Beeinflussung der deutschen Bevölkerung fast völlig außer acht. Zu kurz kommt ferner die Geschichtspropaganda; denn z. B. die Verherrlichung der preußischen Kriege und die Glorifizierung reaktionärer Persönlichkeiten waren neben der nationalistischen Verfälschung des Ersten Weltkrieges Hebel zur Schürung einer neuen Kriegsbereitschaft. Breiten Raum widmet Sywottek der Untersuchung der „Lehren“ der deutschen Reaktion aus dem Ersten Weltkrieg, vor allem der Herausbildung der Theorie des „totalen Krieges“ und ihrer Rolle bei der psychologischen Mobilmachung des deutschen Volkes. Bei der Darstellung des Wirkens der Propagandaorgane des Nazistaates, der NSDAP und der Wehrmacht von 1933 bis 1939 werden u. a. das Wechselspiel zwischen Friedensdemagogie und Aufrüstungspropaganda, die Rolle von Antikommunismus und Antisowjetismus sowie die Erzeugung von Feindbildern durch die Hetze gegen die UdSSR, die Tschechoslowakei und Polen besonders beleuchtet. Hier wird eine Fülle neuer Materialien aufbereitet. Weitgehend ausgeklammert hat die Verfasserin die Probleme der Wirkung der Meinungsmanipulierung unter den Massen. Außer einer knappen Behandlung im letzten Kapitel (233 ff.) hat sie sich damit die Möglichkeit der Veranschaulichung des tiefen Eindringens der faschistischen Ideologie und Propaganda in die einzelnen Klassen und Schichten verbaut, wobei es notwendig wäre, die Stimmung und Haltung der Klassenkräfte differenziert darzustellen. So kommt es, daß im Buch

auch die Gegenkräfte zur Nazi-Propaganda, der Kampf der KPD und der Antifaschisten zu ihrer Entlarvung, unerwähnt bleiben. Das bewirkt, daß durch die Auslassung wichtiger Aspekte das Buch nur zu Teilerkenntnissen führt.

Klaus Scheel (Berlin/DDR)

## Soziale Bewegung und Politik

**Katsoulis, Ilias:** Sozialismus und Staat. Demokratie, Revolution und Diktatur des Proletariats im Austromarxismus. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975 (448 S., br., 49,- DM).

Austromarxismus – dieser Begriff erlebt seit mehreren Jahren eine Renaissance nicht nur in den Bundesrepubliken Deutschland und Österreich. Er bezeichnet die Theorie und z. T. auch die Politik der österreichischen Sozialdemokratie von der Zeit nach der Jahrhundertwende bis zum Zweiten Weltkrieg, wie sie vor allem von Max Adler, Otto Bauer und Karl Renner formuliert wurden. Das Kennzeichnende für den Austromarxismus ist der Versuch, aus einer Verschmelzung von ethischem und wissenschaftlichem Sozialismus heraus eine Politik des „dritten Weges“ zwischen Reformismus und Leninismus zu entwickeln. Hier zeigen sich Parallelen zu aktuellen Diskussionen im Bereich der westeuropäischen Arbeiterbewegung als Ganzem, d. h. bei Sozialdemokraten wie Kommunisten. Gerade diese Parallelen lassen den Titel des vorliegenden Buches besonders reizvoll klingen. Freilich geht wie in vielen anderen Fällen – offenbar aus Gründen der Absatzstrategie – der Titel des Werkes ein ganzes Stück über seinen Inhalt hinaus; der Originaltitel dieser West-Berliner Dissertation heißt nämlich: „Der Begriff der Diktatur des Proletariats bei Max Adler“.

Katsoulis beginnt seine Untersuchung mit einem Abschnitt über den Begriff „Diktatur des Proletariats“ bei Marx und Engels. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, daß die von Marx und Engels oft erhobenen Forderungen nach dem „Zerbrechen“ der Staatsmaschinerie aus der jeweiligen Situation zu verstehen seien und keine Allgemeingültigkeit beanspruchen, während es eine „Grundlehre“ von Marx/Engels sei, daß zwischen dem Sturz der Bourgeoisie und der Verwirklichung des Sozialismus eine Übergangsperiode – „Diktatur des Proletariats“ genannt – liegen müsse. Besonders betont Katsoulis jene Stellen bei den „Klassikern“, in denen von der Bedeutung der demokratischen Republik und der Möglichkeit des friedlichen und parlamentarischen Weges zum Sozialismus die Rede ist. Danach betrachtet er Lenins Meinungen zur gleichen Frage, wobei er dessen Losung „Alle Macht den Räten“ als Kursschwenkung begriff, die Lenin in der revolutionären Situation 1917 vorgenommen habe. Er kritisiert Lenins Interpretation des Begriffs „Diktatur des Proletariats“ nicht, rügt aber unter Berufung auf Rosa Luxemburg die bolschewistische Praxis der Diktatur. Als weitere Hinführung zu seinem Thema gibt der Verfasser einen kursorischen Einblick in die Geschichte des Austromarxismus und der österreichischen Arbeiterbewegung. Hierbei wirft er – zu Recht – dem Leipziger „Philosophischen Wörterbuch“ eine verkürzte und irreführende Behandlung dieser Themen vor.

Im Hauptteil der Arbeit referiert er Adlers Vorstellungen von proletarischer Diktatur vor allem anhand von dessen Arbeit über die „Staatsauffassung des Marxismus“. Als Anlässe für Adlers Schrift nennt er die russische Revolution

und Kelsens Studie über „Sozialismus und Staat“, in der dieser den marxistischen Begriff der proletarischen Diktatur und die russische Praxis als Einheit bezeichnete. Demgegenüber meinte Adler, daß Lenin in „Staat und Revolution“ das Verhältnis von politischer und sozialer Revolution richtig skizziert, mit der Errichtung der bolschewistischen Parteidiktatur aber falsch gehandelt habe. Diese Auffassung vertrat Adler auch auf dem Linzer Parteitag der SAPD von 1926, wo er vorschlug, die Forderung nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats in das Parteiprogramm aufzunehmen. Damit konnte sich Max Adler nicht gegen Otto Bauer und die Parteitagmehrheit durchsetzen, die den Diktatur-Begriff durch die sowjetrussische Praxis wie durch die allgemeine Nähe zum Begriff „Terrorismus“ diskreditiert sahen und die „Diktatur“ nur defensiv zur Abwehr eines konterrevolutionären Putsches gelten lassen wollten. Nach 1933 wandelte sich Adlers Einstellung besonders unter dem Eindruck des Faschismus. Nunmehr würdigte er die sowjetische Praxis der Diktatur als „Erziehungsdiktatur“ sehr positiv. Dem Referat von Adlers Meinungen zur proletarischen Diktatur folgt ein knapper Bericht über die Parteitage der SAPD bis 1926 und schließlich ein Resümee, in dem Katsoulis Ähnlichkeiten zwischen dem Austromarxismus und den Moskauer Entschlüssen der kommunistischen Weltbewegung zu zeigen sucht, vor allem in der defensiven Bedeutung der revolutionären Gewalt und in der Hochschätzung des parlamentarischen Weges zum Sozialismus. Ferner zieht der Verfasser Parallelen zur Politik der französischen KP, der jugoslawischen Kommunisten sowie zum „Prager Frühling“ und spricht seine Hoffnung aus, daß bei einer „Konvergenz“ von Ost und West, von Sozialdemokraten und Kommunisten, in Zukunft der Austromarxismus wesentliche Anstöße für die weitere Entwicklung geben möge. Es ist allerdings zu fragen, ob diese Schlußfolgerungen durch die Studie selbst belegt bzw. organisch entwickelt sind. Die Darlegung der Ideen Max Adlers ist übersichtlich; es gelingt aber nicht, den Bereich der reinen Ideengeschichte wie beansprucht zu verlassen und Adler wie den Austromarxismus insgesamt aus den ökonomischen und politischen Zusammenhängen heraus zu erklären. Erst eine solche gelungene Erklärung könnte dann die weitreichenden Parallelisierungen und Prognosen erhärten. Störend wirken zudem die zahlreichen Druck- und Flüchtigkeitsfehler, mehr noch aber inhaltliche Nachlässigkeiten: So berichtet Katsoulis, Adler habe von Schmitt-Dorotic (d. i. Carl Schmitt) „die terminologische Unterscheidung zwischen Demokratie und Diktatur“ (268) übernommen, erwähnt aber nicht, daß Adler nicht nur die Terminologie Schmitts übernahm, sondern auch dessen Gedanken von der Legitimität der Diktatur als „äußerst lichtvolle Erörterung“ (Adler, Die Staatsauffassung des Marxismus, Wien 1922, S. 195) nachvollzog. In anderen Zusammenhängen urteilt Katsoulis allzu unbekümmert, wenn er etwa behauptet, die Studentenrevolte 1967/68 habe die BRD in eine „tiefe Legitimationskrise“ (Vorwort) gestürzt oder das Rußland von 1917 als „zurückgebliebensten Staat Europas“ (91) ansieht.

Volker Gransow (Bielefeld)

**Wolter, Ulf:** Grundlagen des Stalinismus. Die Entwicklung des Marxismus von einer Wissenschaft zur Ideologie. Rotbuch Verlag, Berlin/West 1975 (141 S., br., 8,- DM).

Eine adäquate, sich auf dem Niveau des wissenschaftlichen Sozialismus bewegende Auseinandersetzung mit Phänomen und Begriff des Stalinismus ist innerhalb der westdeutschen Linken immer noch Desiderat. Begnügen die ein

sich mit blanker, zumeist begriffsloser Polemik gegen alles, was sich mit dem Namen Stalins assoziieren läßt, so wehren die anderen schon den Versuch, die historische Entwicklung der Sowjetunion zwischen 1930 und 1956 nicht bloß affirmativ nachzuzeichnen, als antikommunistische Rancune ab. Eine dritte Variante „linker Vergangenheitsbewältigung“, die, borniert genug, Stalin hochleben läßt, aber zugleich das Erbe seiner Politik als „Sozialimperialismus“ diffamiert, stellt sich von vornherein jenseits dessen, was rationaler Argumentation zugänglich ist.

Wolters Buch will in dieser Situation einen neuen Anfang wissenschaftlicher Auseinandersetzung und politischer Diskussion markieren. Daß ihm dies nur halb gelungen ist, soll vorweg gesagt werden. Vieles bereits Bekannte wird hier lediglich in leicht modifizierter Gestalt wieder aufgetischt. So ist Wolters These von der „Entwicklung des Marxismus von einer Wissenschaft zur Ideologie“ nichts als eine Abart des schon vor Jahren von Oskar Negt formulierten Theorems vom Marxismus als einer „Legitimationswissenschaft“. Auch die These, die Bolschewiki hätten sich nach dem Oktoberumsturz in dem Dilemma befunden, „anstelle des Proletariats proletarische Politik in einer nicht-proletarischen Gesellschaft machen zu müssen“ (125), ist alles andere als neu.

Zu den Thesen dieses Buches gehört, daß es eine Kontinuität im Politik- und Strategieverständnis der II. Internationale und des Leninismus gegeben habe. Nicht so sehr Lenins Marx-Rezeption wird, wie vielfach üblich, als eine der wesentlichen ideologischen „Grundlagen des Stalinismus“ namhaft gemacht, sondern vor allem Lenins Auffassung von der Rolle des Staats und der revolutionären Partei bei der sozialistischen Transformation der russischen Gesellschaft. So wie für den lassalleanischen Reformsozialismus, der sich innerhalb der Sozialdemokratie mit dem Marxismus prekär amalgamierte, der (preußische) Staat eine zentrale Rolle im politischen und strategischen Kalkül spielte (45), so ist es im Falle Lenins und der Bolschewiki gleichfalls der (russische) Staat, auf den sich das revolutionäre Interesse vorab richtet (89 ff.). Nach dem Hinweis, Lenins Imperialismusanalyse sei falsch, weil sie den Imperialismus als qualitativ neue Stufe des Kapitalismus behauptet, schreibt Wolter: „Da der staatsmonopolistische Kapitalismus für ihn (Lenin) praktisch der Sozialismus unter der Herrschaft der Bourgeoisie ist, muß lediglich die reaktionär-bürokratische Seite zerschlagen werden, während die Seite der ökonomischen Funktionen des Staates für den Aufbau des Sozialismus übernommen werden kann, so daß die deutsche Post zum Vorbild seines Sozialismusmodells wurde“ (91 f.).

Eine ähnliche Kontinuität in der Politik der II. Internationale und der der leninistischen Partei versucht Wolter im Hinblick auf die „Arbeitsteilung“ von politischem und ökonomischem Kampf nachzuweisen (49, 77 ff.), die sich organisatorisch als Trennung von gewerkschaftlicher Interessenvertretung und berufsrevolutionärer politischer Arbeit ausdrückt. Wolter behauptet, daß solche Trennung sowohl für die reformistische Arbeiterbewegung und ihre Repräsentanten (Kautsky, Bernstein, Hilferding vor allem) als auch für die bolschewistisch-revolutionäre in Rußland charakteristisch sei. Freilich wird hervorgehoben, daß Lenin, anders als die Führer der deutschen Sozialdemokratie, sich in revolutionären Situationen *praktisch-revolutionär* verhielt, „so daß er gewissermaßen ein revolutionärer Revisionist“ blieb (123).

Eine der „Grundlagen des Stalinismus“ sieht der Verfasser in den „Traditionen des russischen Jakobinismus“, d. h. im „Primat der Politik“ (125), die in der nachrevolutionären Sowjetunion zur Entwicklung „einer besonderen sozialen

Schicht“ geführt habe. „die sich aufgrund ihrer politisch privilegierten Stellung in der Gesellschaft auch materielle Privilegien sichern konnte“ (12§). Diese besondere Schicht sei „existenziell“ einerseits an den verstaatlichten Charakter der Industrie gebunden, „andererseits an die politische Expropriation des Proletariats“ (ebd.). Was die kaum zu bestreitende Existenz jener „besonderen sozialen Schicht“ angeht, so hätte sich der Leser gerade hier präzisere Informationen gewünscht. Viele Fragen bleiben offen, beispielsweise: Aus welchen Klassen rekrutiert sich die neue Schicht von Herrschenden? Welche Privilegien genießt sie? Was heißt „politische Expropriation des Proletariats“? Hier bleibt das meiste bloße Andeutung, bloße Behauptung. Trotz solcher Schwächen des Buches halte ich seine Kernthese für richtig: „Der Jakobinismus ist das ideologische Produkt unterentwickelter Produktions- und Klassenverhältnisse, in denen eine Minderheit im Namen des Volkes sprechen muß . . . Ist der Sozialdemokratismus eine Integrationsideologie für die bürgerliche Gesellschaft, so ist der Marxismus-Leninismus dessen Pendant für die Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ (126 f.). Hans-Martin Lohmann (Frankfurt/M.)

**Abosch, Heinz:** *Trotzki-Chronik. Daten zu Leben und Werk.* Reihe Hanser. München 1973 (155 S., br., 9,80 DM).

Nach dem Modell der in derselben Reihe erschienenen Marx- und Leninchroniken ist auch die Trotzkichronik konstruiert: die wichtigsten Lebensdaten sowie alle erreichbaren Schriften sind Tag für Tag registriert.

Was diese Arbeit kompliziert, ist die umstrittene Persönlichkeit des Titelträgers. Niemand kann heute die hervorragende Rolle Trotzkis in den Revolutionen von 1905 und 1917 bestreiten. Schwieriger ist die Einordnung der Äußerungen in zahllosen weltweit verstreuten publizistischen Texten. Noch weniger lösbar ist die Aufgabe, frei von parteiischer Voreingenommenheit zu urteilen, zumal die meisten seiner Texte selbst von polemischer Parteilichkeit strotzen. Jenseits des „Trotzkismus“, der nicht selten als bloßes Schimpfwort gebraucht wird, sind die gesammelten Textstellen wichtig für die Beurteilung des Mannes, der, befangen in einem welthistorischen Fehlurteil, das Werk verunglimpfte, an dessen Geburt er wesentlich beteiligt war. Der Bearbeiter des enormen Datenmaterials zitiert eine bemerkenswerte Tagebucheintragung: am 14. Februar 1940 hält Trotzki in einem Zeitungsinterview einen imperialistischen Kreuzzug gegen die Sowjetunion für möglich und bekennt, „vollständig und bedingungslos auf Seiten der UdSSR“ zu stehen (146). Eine antitrotzkistische Äußerung Trotzkis. Die Bibliographie orientiert über die Quellen, die bis heute nicht vollständig erschlossen sind. Bruno Frei (Wien)

**Snow, Edgar:** *Die lange Revolution. China zwischen Tradition und Zukunft.* Deutsche Verlags-Anstalt. Stuttgart 1973 (300 S., Ln., 28,- DM).

Edgar Snow hat 1936 in seinem Buch „Red Star over China“ die Keimzelle des neuen China entdeckt. Er hat damals Mao-tse-tung kennengelernt. Diese Beziehung blieb erhalten. In wiederholten Besuchen lernte Snow das Land und das Volk kennen. Dieses Buch ist der Bericht über die 1970 unternommene Reise, in deren Verlauf der Verfasser zahlreiche Gespräche „oben und unten“ zu

führen Gelegenheit hatte. China hatte sich mächtig verändert, und der Prozeß der Veränderung nahm stürmische Formen an. Wir erfahren Wichtiges über die Impulse der sog. Kulturrevolution, über die Methoden der Massenführung durch die Kommunistische Partei, über die Praxis der Volkskommunen, über Gründe und Hintergründe des chinesisch-amerikanischen Rapprochement. – Geschrieben ist das Buch in flottem Reporterstil, aber bemüht um Authentizität – eine Mischung aus Journalistik und Zeitgeschichte. Das Buch enthält zwei Gespräche mit Mao-tse-tung, eines von 1970 und eines von 1965. Der Vorsitzende äußert sich über Personenkult. Dieser sei in bestimmten Perioden nötig gewesen, „um die Massen anzuspornen, die gegen Mao gerichtete Parteibürokratie zu entmachten“ (195), doch sei der Personenkult übertrieben worden; es sei schwer für die Menschen, die Gewohnheiten einer 3000jährigen Tradition der Kaiserverehrung zu überwinden. Von allen Titeln wünsche er nur einen zu behalten: Lehrer, „einfach im Sinne von Schullehrer“. – Edgar Snow ist am 15. Februar 1972 gestorben. Er gilt nicht mit Unrecht als einer der besten Chinakenner des Westens; das vorliegende Buch ist dafür ein guter Beleg. Bruno Frei (Wien)

**Rathfelder, Erich, Anna Stein u. Klaus Vogel:** „Alle oder keiner“. Comisiones Obreras – neue Arbeiterbewegung in Spanien. Rotbuch Verlag, Berlin/West 1976 (160 S., br., 8.– DM).

Das Buch vermittelt in seinem ersten Teil einen guten Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens seit dem „Bürgerkrieg“. Die zweite Abteilung bietet in doppeltem Sinne eine *Fleißarbeit* über die Arbeiterkommissionen: einerseits ist unverkennbar, daß die Autoren sich in Spanien Informationen vor Ort beschafft haben, andererseits sind diese Informationen mit Fleiß (schwäbisch: mit Absicht) *ausgesucht* und verarbeitet worden. Der dritte Abschnitt ist auf weiten Strecken kaum mehr als der überheblich-idealistische Versuch einer Abrechnung mit der (wie immer wieder eingestanden werden muß: erfolgreichen) antifaschistischen Strategie der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE). Bereits die Einleitung erhebt die Schwächen des Buches zum Programm: Demnach sind die CCOO „ihrem *Wesen* nach ... eine Rätebewegung, eine *Form* der Organisierung, in der sich die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse durchsetzen können“ (5, Herv. HWF). Ohne Zweifel sind die Arbeiterkommissionen – vor allem wegen der repressiven Bedingungen, unter denen sie entstanden sind – ihrer Form nach eine Bewegung, die starke anarcho-syndikalistische Räte Momente aufweist. Sie aber „ihrem *Wesen* nach“ als Rätebewegung zu bezeichnen, ist eine Unterstellung, die sich gegen alle programmatischen Dokumente der CCOO wendet, von denen es (leider nicht im Buch) eine große Anzahl gibt. Die Autoren haben es unterlassen, die ihnen bekannten und legal erschienenen Aufsätze und Bücher so bekannter Führer der CCOO wie Camacho, Sartorius, Ariza usw. über Geschichte und Grundlagen der Arbeiterkommissionen auch nur zu erwähnen. Gründe für das Mißverständnis von den CCOO als Rätebewegung liegen im Fehlverständnis von Aktionseinheit als lediglich gemeinsamer Nenner für den „Zusammenschluß verschiedener Parteien“ (6) sowie in dem unausgewiesenen Postulat der Autoren, daß es zur sozialen Befreiung der Arbeiterklasse keiner eigenständigen *politischen* Organisationsform der Arbeiterbewegung bedürfe. So kommt es, daß Einheit und *Autonomie* als die einzigen Charaktermerkmale der CCOO hervorgehoben und „schließlich“ als der „revo-

lutionstheoretische und revolutionspraktische Kern der Arbeiterkommissionen“ (6) bezeichnet werden. Ständig wird eine „von den politischen Gruppen autonome betriebliche Bewegung“ (58) gesucht, die in „Gegensatz zu allen illegalen Avantgardeorganisationen“ (74, Herv. HWF) treten soll und sich angeblich schon heute als Keim „einer Gegenmacht gegen das Kapital und später einer Arbeiterselbstverwaltung in Form des auf subjektiver Grundlage konstituierten gesellschaftlichen Gesamtarbeiters“ versteht (80). Zweifelsohne sind die Arbeiterkommissionen eine Bewegung, die nicht nur die Aufbesserung des Lohns, sondern die Aufhebung des Lohnsystems überhaupt anstrebt. Und als wirkliche Bewegung sind sie sogar mehr als der *Keim* einer Gegenmacht. Aber Arbeiterselbstverwaltung ist nie als Ziel der CCOO festgehalten worden. Sie haben es immer abgelehnt, sich für einen *bestimmten* Sozialismus einzusetzen, weil dies weder dem allgemeinen Bewußtseinsstand entspräche noch zur Einigung beitragen würde. Auf der einen Seite (77) begrüßen die Autoren in den CCOO schon die „Voraussetzungen für die Aufhebung . . . der Trennung von Gewerkschaft und Partei“ – und zwar so, als handelte es sich um eine syndikalistische Bewegung –, auf der anderen Seite „geht die Bewegung auf organisatorischer Ebene durchaus nicht von einer Konkurrenzstellung zu den Parteien oder gar von dem Anspruch aus, diese längerfristig zu ersetzen“ (78). Und dieses Eigendementi erfährt eine Bestätigung, wo dann endlich die CCOO selber zu Wort kommen (79). Zu dieser Einseitigkeit gehört auch, daß keine Angaben über die beiden neben den CCOO bestehenden gesamtspanischen Gewerkschaftsorganisationen USO und UGT gemacht werden, die trotz ihrer quantitativen Schwäche doch großes politisches Gewicht haben und künftig noch größeres haben werden. Eine der wichtigsten Fragen bleibt offen: Wie konnten die Arbeiterkommissionen unter den harten Repressionsbedingungen des Faschismus zur Massenbewegung der Arbeiterklasse und zum Kern einer breiten Volksbewegung werden? Die Antwort ist (selbst wenn die Autoren dies als „partei kommunistische Verengung“ [158] bezeichnen): Weil, wo immer es irgendwie möglich war, neben den illegalen Kampfmitteln alle nur erdenklichen legalen Möglichkeiten genutzt worden sind, um die Massen in den Betrieben und darüber hinaus anzusprechen und in die Kämpfe einzubeziehen.

Hans-Werner Franz (Berlin/West)

**Koppel, Helga:** P. C. I. Die Entwicklung der italienischen KP zur Massenpartei. VSA, Berlin/West 1976 (158 S., br., 12,80 DM).

„Die Geschichte einer Partei zu schreiben, bedeutet nichts anderes, als die Geschichte eines Landes vom monografischen Standpunkt aus zu schreiben“. Das Buch von Helga Koppel ist der Versuch, gemäß der Maxime Antonio Gramscis (zit. 34) ein Stück italienischer und KPI-Geschichte zu schreiben. Es gelingt der Autorin (die als Kennerin der italienischen Politik und Kultur durch einschlägige Veröffentlichungen bekannt geworden ist), für die knapp drei Jahrzehnte von der KPI-Gründung bis zum Ende der Volksfront-Regierung die wesentlichen Linien und Schnittpunkte der politischen und sozialen Entwicklung Italiens zu markieren und den zunehmend gewichtigen Anteil der Partei an diesem Prozeß herauszuarbeiten. Die in der Darstellung dieses Abschnitts notwendigerweise vorgenommene Komprimierung geht allerdings bisweilen zu sehr auf Kosten der Vertiefung des theoriegeschichtlichen Aspekts der Arbeit. Man hätte gern mehr erfahren über die Entstehung, Bedeutung und Umsetzung der Gramscischen strategischen Schlüsselbegriffe des „historischen Blocks“ – der übrigens mehr um-

faßt als ein bündnispolitisches Konzept, wie es Koppel nahelegt (76), der „Hege-  
monie“ und des „Stellungskrieges“ (19 f.). Das erste Kapitel („Der sektiererische  
Beginn“) und das in ihm enthaltene Gramsci-Bild haben am stärksten unter der  
Raffung gelitten: Einerseits fehlt der in diesem Zusammenhang unbedingt not-  
wendige Hinweis auf die „occidentale“ Stoßrichtung von Gramscis Staats- und  
Revolutionsmodell (Gramsci bezeichnet ja z. B. mit „Stellungskrieg“ ein Spezifi-  
kum westlicher Gesellschaften – etwa gegenüber Rußland; die Kennzeichnung  
von „Bewegungskrieg“ – das Gegenstück zum „Stellungskrieg“ – als „Offensive“  
und des „Stellungskrieges“ als „Defensive“ ist sicher unzulänglich); zum  
anderen erweckt diese Passage (19 f.) den Eindruck, als habe Gramsci diese Kon-  
zeptionen schon in der Phase vor seiner Einkerkung entwickelt. Dies ist jedoch  
anhand seiner Schriften nicht zu belegen.

Die skizzierten Schwächen des ersten Kapitels sind auch deshalb gravierend,  
weil durch die in ihm angelegten Verkürzungen die Chance für den Leser ge-  
mindert wird, die späteren programmatischen Entwicklungsschritte der KPI –  
z. B. die Togliattische Ausarbeitung des „italienischen Weges zum Sozialismus“  
oder die Haltung der KPI zur Verfassung des Nachkriegs-Italien (vgl. den zit.  
Artikel von Sereni, 129) – theoretisch auf die fundamentalen Konzeptionen  
Gramscis zu beziehen bzw. die These Koppels von der ideologischen „Einheit“  
der „Klassiker des Marxismus, vor allem Lenin(s) mit Gramsci und Togliatti“  
(77) zu überprüfen.

Gelungen ist wiederum die Beschreibung der innerparteilichen Diskussion  
über die von der historischen Entwicklung (Illegalität/Resistenza – Regierungs-  
verantwortung – Opposition) diktierten, abrupt wechselnden Kampfbedingungen.  
Die Darstellung dieser Diskussion – die Autorin widmet ihr zu Recht das wichti-  
ge Schlußkapitel – vermittelt einen Eindruck von dem, was als das „Besondere“  
dieser Partei erscheint und was ihren zunehmenden Erfolg ausmacht: „Der lange  
Weg der IKP (. . .) ist begleitet von einer sich ständig erweiternden inneren, öf-  
fentlich geführten Diskussion“ (151); die im Buch angeführten Beispiele für sol-  
che bis in die Parteispitze hinein kontrovers geführte und veröffentlichte Diskus-  
sionen – etwa die Auseinandersetzung um den „historischen Kompromiß“ zwi-  
schen Terracini, Ingrao, Trentin und Amendola (149) – lassen sich um ein aktu-  
elles ergänzen: Die Offenheit und Öffentlichkeit, mit der in der KPI derzeit um  
die wirtschaftspolitische Strategie gerungen wird, verblüfft manchen, der das  
Agieren hiesiger Kommunisten gewohnt ist. „Die italienische Partei praktiziert  
in besonders augenfälliger Weise die dialektische Aufhebung des Widerspruchs,  
der in den vereinigten Begriffen von „demokratisch“ und „zentralistisch“ zu lie-  
gen scheint. Zentralisiert werden *kann* ja nur eine Vielfalt von Dingen und Mei-  
nungen, und sie *dürfen* nur zentralisiert werden, wenn sie vorher mit- und ge-  
genseitig abgewogen, d. h. demokratisch behandelt werden“ (149).

Koppel deutet an, daß das Gelingen dieser „dialektischen Aufhebung“ der  
KPI nicht zugefallen, sondern historisches Ergebnis ihrer politischen Anstren-  
gungen ist.

Die in der BRD immer noch ausstehende Aufarbeitung der seit Gramsci in  
der KPI vorhandenen theoretischen Grundlagen für eine authentische Revolu-  
tionsstrategie in den westeuropäischen Ländern kann an die KPI-Geschichte  
Koppels anknüpfen.

Herbe Kritik muß dem Verlag bzw. Lektorat dieses Buches gelten: Zum ersten  
ist es unbegreiflich, warum der wissenschaftliche Charakter der (als Dissertation  
verfaßten) Arbeit fallengelassen wurde. Der Nachweis von Zitaten sollte zur

Mindestausstattung eines Buches – zumal für den Leserkreis dieses Verlages – gehören. Zweitens: Gerade weil dieses Buch ein nützliches Buch ist, hätte man es gern etwas weniger schlampig lektoriert, also lesbar gesehen. Druckfehler – z. T. sinnentstellende – in dieser Häufung (ich habe 93 gezählt) sind nicht entschuldbar.

H. Gerd Würzburg (Marburg)

**Rosenbaum, Petra:** *Italien 1976 – Christdemokraten mit Kommunisten?* Eine Einführung in das italienische Parteiensystem. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1976 (155 S., br., 5,80 DM).

Ausgehend von einer Darstellung der krisenhaften Entwicklung Italiens 1974–76 (verschärfte Klassenauseinandersetzungen; Ruin der centro-sinistra-Politik, d. h. des seit 1962 bestehenden Regierungsbündnisses der gemäßigt konservativen und liberalen Parteien mit der sozialistischen; Arbeitslosigkeit, Inflation, Spekulantentum, Zahlungsbilanzdefizit; desolote Situation des Staatsapparates; Verschärfung „traditioneller“ gesellschaftlicher Konflikte wie Nord-Süd-Gefälle, Wohnungsnot und Kriminalität; skandalöse Verflechtung staatlicher und wirtschaftlicher Macht) erzählt die Journalistin Petra Rosenbaum die Geschichte der größeren italienischen Parteien seit dem Ende des Faschismus.

Am ausführlichsten geht Rosenbaum auf die Christdemokraten und die IKP ein; sie gibt einen Überblick über Struktur und Geschichte beider Parteien, von ihrem Bündnis in den antifaschistischen Regierungen der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit über die Konfrontation in der Periode der kapitalistischen Restauration und des Kalten Krieges (mit der Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Integration der Sozialisten in die Regierung) bis hin zur Situation des „Historischen Kompromisses“. Sie zeigt recht gut die Widersprüche zwischen fortschrittlichen und reaktionären Tendenzen innerhalb der Christdemokratischen Partei. Bei ihrer Darstellung der IKP liegt das Schwergewicht auf den Veränderungen in der nationalen wie internationalen Strategie der Partei seit 1956. Interessant ist auch die Schilderung der Schwierigkeiten der kommunistischen Politik in einigen Großstädten, wo z. T. inzwischen die KP an der Verwaltung beteiligt ist. Die Sozialistische Partei (die nach dem jahrelangen Konflikt zwischen einem fortschrittlichen Programm und ihrer tatsächlichen Funktion als Stütze der konservativen christdemokratischen Politik angesichts der Perspektive des „Historischen Kompromisses“ erhebliche Orientierungsprobleme hat) und mehr noch die rechtsstehende (seit den letzten Parlamentswahlen im Zerfall begriffene) Sozialdemokratische Partei werden meines Erachtens zu knapp behandelt, obwohl die Autorin in vielen Fragen mit der Politik der Sozialisten sympathisiert.

Der Überblick über die Geschichte des italienischen Neofaschismus, seine Verbindungen zu Kirche, Staatsapparat, den Christdemokraten und zum Ausland ist wesentlich vollständiger. Rosenbaum schildert anschaulich die inkonsequente Haltung von Regierung und Justiz und das z. T. recht geschickte Lavieren der Neofaschisten zwischen Legalismus und Terrorismus.

Im Schlußkapitel behandelt Rosenbaum noch einige Aspekte der aktuellen Krise in Italien, so die Diskussionen um das Abtreibungsgesetz, das Erstarken der Frauenbewegung und die Ausbreitung demokratischer Tendenzen in Polizei und Armee. Im Anhang finden sich eine (recht unvollständige) Zeittafel, eine ebenso unvollständige und mitunter ungenaue Übersicht über Geschichte und Struktur italienischer Parteien sowie Listen der Wahlergebnisse und der Regierungen seit 1943.

Rosenbaums Buch ist von Interesse, weil es eine vergleichbare aktuelle Einführung in das italienische Parteiensystem nicht gibt. Wie ihr 1975 erschienenes Buch „Neofaschismus in Italien“ wirkt auch dieses leider wie hastig aus einem reichhaltigen Zettelkasten kompiliert (das Manuskript wurde übrigens noch vor den 76er Wahlen abgeschlossen). Die Auswahl der Informationen und die Gliederung der Darstellung wirken oft geradezu zufällig. Weithin ist das Buch eine Chronik skandalöser Episoden und Situationen, deren Hintergründe jedoch nur unzureichend analysiert werden. Der Leser wird mit zahllosen Belanglosigkeiten gefüttert, wobei sich eine gewisse Tendenz zur Personalisierung politischer Zusammenhänge zeigt. Bei der Darstellung der KP-Politik entgeht Rosenbaum nicht immer der Gefahr des „Kaffeersatzlesens“. Ihre Erklärungsversuche komplizierter Probleme – zumal ökonomischer – fallen oft allzu simpel aus. Quellenangaben, die besonders angesichts der vielen statistischen Daten notwendig wären, fehlen weitgehend. Auch fallen ständig Namen und Begriffe, die in einer „Einführung“ erst erklärt werden müßten. Als störend empfand ich auch die zahlreichen stilistischen Mängel des Textes, der sich oft wie die allzu hilflose Nachahmung einer SPIEGEL-Reportage liest. Auch wegen etlicher inhaltlicher Ungenauigkeiten, dem z. T. desolaten Anmerkungsstil und nicht wenigen unerträglichen Plattheiten sollte man das Buch dem Lektorat um die Ohren schlagen.

Winfried Roth (Berlin/West)

**Verdier, Robert:** P. S. / P. C. Une lutte pour l'entente. Editions Seghers, Paris 1976 (331 S., br., 40 frs.).

Die erste Gesamtdarstellung der Geschichte der Beziehungen zwischen sozialistischer und kommunistischer Partei in Frankreich seit der Spaltung der französischen Arbeiterbewegung im Jahre 1920 bis in die aktuelle Zeit des Gemeinsamen Regierungsprogramms beider Parteien dürfte gerade den deutschen Leser interessieren, der mit Engels finden könnte, „daß das Vergleichen der entsprechenden französischen Epochen erst den rechten Maßstab gibt, weil dort das grade Gegenteil von dem geschieht, was bei uns.“ (AS II, S. 468). Verdier ist nicht „unparteilich“. Er war von 1946 bis 1950 Mitarbeiter Leon Blums bei der sozialistischen Parteizeitung „Le Populaire“, dann selbst politischer Leiter dieser Zeitung bis 1954 und ist heute Mitglied des Politbüros der sozialistischen Partei. Andererseits gewinnt das Buch gerade dadurch eine politische Aktualität, daß es nicht nur Aufschluß gibt über das Verhältnis eines führenden französischen Sozialisten zur Geschichte seiner eigenen als auch der der kommunistischen Partei, sondern auch und gerade über die Virulenz dieses Geschichtsbewußtseins in der gegenwärtigen politischen Diskussion zwischen Sozialisten und Kommunisten in Frankreich. Der Verfasser will „denjenigen Kenntnisse (...) vermitteln, die den Ursprung der *Divergenzen* zwischen Sozialisten und Kommunisten kennenlernen wollen und abschätzen wollen, was von diesen Divergenzen heute übrig geblieben ist.“ (6. Herv. v. Rez.) Angesichts eines solcherart formulierten Erkenntnisinteresses nimmt es nicht Wunder, daß Verdier als aktuellen Aufhänger seines historischen Rückblicks nicht das Gemeinsame Regierungsprogramm von P.S. und P.C. nimmt, sondern eine sekundäre, anläßlich einer kommunalen Nachwahl abgegebene Erklärung des Politbüros der P.C. vom 7. 10. 1974, von der P.S. als Affront gegen sie interpretiert (5, vgl. 285–291). Es erklärt auch die Auswahl der im Annex abgedruckten Dokumente: die 21 Bedingungen der Kommunistischen

Internationale von 1920, der Einheitspakt von 1934 – und ein schroffer Briefwechsel zwischen P.C. und P.S. aus den Jahren 1943/44. Vergebens sucht man ein neueres Dokument aus der fast zehnjährigen Vorbereitungszeit des Gemeinsamen Programms.

Die Fixierung auf Divergenzen paart sich mit dem Blickwinkel, diese ursächlich allein bei der P.C. anzusiedeln, so daß Verdier die Geschichte der Annäherung beider Parteien in erster Linie als Geschichte kommunistischer Läuterung begreiflich machen möchte. Gegenüber der kommunistischen Erbsünde, der „Abhängigkeit von Moskau“, gewinnt in Verdiers Optik die historische Rolle der P.S. eher den Reiz des tragisch-unschuldigen Helden, sei es nun ihre Teilnahme am Ausverkauf der Tschechoslowakei 1938 und der Dritten Republik 1940, sei es ihre Regierungsverantwortung für die Kolonialkriege und Folterungen der Vierten Republik oder ihre Billigung des gaullistischen Putsches 1958. Einerseits spart Verdier nicht mit Details, beispielsweise bei der Entwicklung in Osteuropa nach 1945 (auch wenn seine Interpretation in bemerkenswerter Weise von der des amerikanischen Historikers Horowitz abweicht), andererseits hält er andere Vorgänge in vager Diskretion, beispielsweise die simultane Entfernung kommunistischer Minister aus den Regierungen in Paris, Rom und Brüssel 1947 oder die dubiose Rolle des CIA bei der Gründung der reformistischen Gewerkschaft F.O. 1948. Die Verkehrung der historischen Chronologie nach 1945 kann nicht allein eine Frage des Stils sein, wenn der Kalte Krieg als solcher *nach* der Gründung des Kominform abgehandelt wird. Der Leser tut gut daran, gerade bei der Lektüre dieser zentralen Kapitel über die Zeit nach 1945 auch andere (geschichtswissenschaftliche) Werke zu konsultieren, die weniger unter dem politischen Druck stehen, die Geschichte des Kalten Krieges (immer noch) korrigieren zu müssen.

Verdiers Schweise ist stark auf organisations-, innen- und außenpolitische Vorgänge reduziert. Klassenkämpfe, die französische Arbeiterbewegung als historisches Subjekt und als soziale Basis dieser beiden Parteien (bei der einen mehr, bei der anderen weniger) finden in seine Darstellung keinen Einzug. Communiqués, Interviews, Artikel, Verhandlungen etc. beider Parteien dürften keine ausreichende Erklärung für die Entwicklung in Frankreich sein, die heute zu einem gemeinsamen Regierungsprogramm der Vereinigten Linken geführt hat. Wer auf Grund der nicht unbeträchtlichen Rolle Verdiers in der alten und neuen sozialistischen Partei im vorliegenden Buch den Quellenwert persönlicher Erinnerungen sucht, wird enttäuscht sein. An Memoiren erinnert lediglich die oft fehlende Quellenangabe. In der Schlußfolgerung Verdiers darf natürlich das obligate Stirnrunzeln über den „Führungsanspruch“ der P.C. auch nach ihrem 22. Parteitag nicht fehlen. Die wiederholte Aufforderung Mitterands, aus der P.S. „die erste Partei Frankreichs“ zu machen, ist selbstverständlich etwas ganz anderes.

Ingo Kolboom (Berlin/West)

**Breidbach, Ferdinand, u. Rüdiger May (Hrsg.): Das soziale Feigenblatt? Die Sozialausschüsse in der Union.** Econ-Verlag, Düsseldorf-Wien 1975 (326 S., Ln., 34,- DM; br., 14,80 DM).

Darstellungen über Geschichte und Politik der Sozialausschüsse sind bisher nicht erschienen. Ferdinand Breidbach, MdB für die CDU, jahrelang hauptamtlich im DGB tätig, Vorsitzender der Sozialausschüsse im Ruhrgebiet, und sein Assistent Rüdiger May gaben jetzt ein Buch heraus, in dem dreißig Autoren von

Rang und Namen – von Strauß bis Blüm – kurze Aufsätze zum Thema „Sozialausschüsse“ veröffentlicht. Die Titelfrage des Buches ist nur rhetorisch gemeint, das wird schon bei einem kurzen Überblick über die Parteizugehörigkeit der Autoren klar: alle sind Mitglieder der CDU oder CSU, viele sind bei den Sozialausschüssen aktiv. Der Festschriftcharakter wird an vielen Stellen deutlich. Kritik und Selbstkritik an der Programmatik oder der praktischen Politik der Sozialausschüsse tritt in der ganzen Arbeit bis auf eine Ausnahme, auf die noch besonders eingegangen wird, nicht auf. Das Ergebnis des Inhalts des Buches: „Soziales Gewissen wurden die Sozialausschüsse genannt; und dies trifft auch zu.“ (Breidbach; S. 321) So einfach ist das! Eine historisch-politische Analyse mit ausführlichen ausgewiesenen Belegen geht diesem Fazit nicht voraus.

Im ersten Kapitel „Sozialausschüsse und öffentliche Meinung“ versucht der Mitherausgeber May auf sieben Seiten das negative Image der Sozialausschüsse, immer und überall eine kleine unbedeutende Minderheit zu sein, abzubauen. Die Kapitel Zwei „Grundsätze christlich-sozialer Politik“ und Drei „Die Unionsparteien als konservatives Sammelbecken?“ handeln mehr von der CDU als von den Sozialausschüssen.

Informativen Wert haben in dem insgesamt acht Kapitel umfassenden Werk die Kapitel Vier „Die Sozialausschüsse in der Partei“, Fünf „Die Sozialausschüsse aus der Sicht des Journalisten“ sowie Sechs „Die Sozialausschüsse und die Gewerkschaften“. Im siebten Kapitel werden die Zielvorstellungen der Sozialausschüsse für die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche ausgeführt, sozusagen das zusammengefaßte Programm der Sozialausschüsse im Jahre 1975. Ob innerhalb der CDU/CSU überhaupt Chancen zur Verwirklichung der manchmal progressiv anmutenden Einzelforderungen bestehen, wird nicht gefragt.

Die einzige Kritik an der Politik der Sozialausschüsse im sonst nur affirmativ gehaltenen Buch formulierte der Geschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates, Haimo George. Er bedauert – im Gegensatz zu fast allen anderen Autoren – den zu starken Einfluß der Sozialausschüsse in der CDU, er kritisiert ihr radikales Mitbestimmungsmodell und vor allem ihre in seinen Augen zu positive Haltung zur Einheitsgewerkschaft. Er empfiehlt den Sozialausschüssen, sich mehr um die zwei Drittel der unorganisierten Arbeitnehmer zu kümmern und nicht in „fanatischer Nibelungentreue zum DGB“ sich von den Sozialisten in der Einheitsgewerkschaft ausnutzen zu lassen. (S. 101) Daß den Streikaufrufen der DGB-Gewerkschaften von fast allen Arbeitnehmern gefolgt wird, daß 80 % der Betriebsräte zum DGB gehören, scheint für George kein Argument zu sein.

Doch die gut gemeinten Ratschläge Georges finden bei den Repräsentanten der Sozialausschüsse keine Resonanz. Immer wieder wird von ihnen betont, sich folgenden drei Bereichen der politischen Aktionsfelder besonders zu widmen: Betrieben und Verwaltungen, Gewerkschaften, CDU. (Breidbach; S. 314/5; S. 93 ff.) Die Bilanz der Politik der Sozialausschüsse in diesen drei Bereichen sieht ziemlich negativ aus, wie Breidbach selbst zugibt: Die Repräsentanz in den DGB-Gewerkschaften mit Ausnahme des Bundesvorstands des DGB ist gering; der Bundesvorstand besteht aus 8 SPD- und 2 CDU-Mitgliedern. Ähnlich schwach ist die personelle Vertretung in den CDU-Gremien; allein in Nordrhein-Westfalen sind die Sozialausschüsse eine beachtliche Minderheit. In Schleswig-Holstein haben sie sich kürzlich erst konstituiert; Vorsitzender ist dort der Professor und Dipl.-Volkswirt Dall'Asta. Die Repräsentanz der Sozialausschüsse in Betriebsräten, Personalräten und betrieblichen Vertrauensleutegremien ist „sehr gering“. (Breidbach; S. 315)

Eindeutig und klar ist die Absage Breidbachs an die sog. christlichen Gewerkschaften. (S. 314) Man erkennt, daß diese Richtungsgewerkschaft bedeutungslos ist, wie die Ergebnisse auch der diesjährigen Betriebsrätewahlen wieder beweisen (unter 1 %). Aber Hoffnungen setzen die Sozialausschüsse auf die DAG und den Deutschen Beamtenbund. Hier wird man in Zukunft aufpassen müssen! Auf die positive Arbeitsmöglichkeit der Sozialausschüsse sowie ihre Anerkennung und Gleichberechtigung in der Standesorganisation der DAG – im Unterschied zum DGB – weist in einem separaten Aufsatz Georg Kuhn hin, selbst Mitglied des Bundesvorstands der DAG und zugleich Träger zahlreicher Mandate bei den Sozialausschüssen. (S. 181 ff.) Ähnlich aufschlußreiche Überlegungen zur politischen Strategie der Sozialausschüsse sind selten.

Einblicke in innerorganisatorische Vorgänge in der CDU werden kaum gewährt. Eine kritische und wissenschaftlich fundierte Bestandsaufnahme der Politik der Sozialausschüsse bietet das Buch nicht. Franz Hartmann (Hildesheim)

**Geißler, Heiner:** Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente. Herder Verlag, Freiburg-Basel-Wien 1976 (160 S., br., 5,90 DM).

„In der Bundesrepublik Deutschland gibt es wieder bittere private Armut. 5,8 Millionen Menschen in 2,2 Millionen Haushalten verfügen nur über ein Einkommen, das unter dem Sozialhilfeniveau liegt (...) Es handelt sich dabei nicht um ‚Gammler, Penner und Tittelbrüder‘, sondern um 1,1 Millionen Rentnerhaushalte mit 2,3 Millionen Personen und 600 000 Arbeiterfamilien mit 2,2 Millionen Personen und 300 000 Angestelltenhaushalte mit 1,2 Millionen Personen“ (27). Diese und etliche andere nicht gerade schmeichelhafte Informationen über die sozialen Verhältnisse in der BRD liefert der rheinlandpfälzische Sozialminister Geißler (CDU), um die These der „Neuen Sozialen Frage“ – eine Formel, die auch in der „Mannheimer Erklärung“ des CDU-Parteitags von 1975 auftaucht – zu erhärten. Sie besagt im Kern, daß die „alte“ soziale Frage – der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit – überholt sei: „100 Jahre Sozialpolitik zugunsten des Arbeitnehmers waren nicht umsonst. (...) Es ist an der Zeit, von der alten Vorstellung Abschied zu nehmen, der Arbeitnehmer sei nach wie vor der ‚Unterprivilegierte‘ unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ (14). Dies seien heute vielmehr die Frauen, die Alten, die Rentner, die Konsumenten – kurz: diejenigen, die im Gegensatz zu Arbeitern und Unternehmern ihre Interessen weder durch Organisierung wirksam artikulieren, noch „unmittelbar aus einem ‚Produktionsverhältnis‘ ableiten“ können (16). Der Untermauerung dieser These dient das Bändchen, das neben einer Einleitung mehrere Dokumentationen (mit z. T. nützlichen Informationen), Reformvorschläge und Reden des Verfassers vereinigt. Die Neue Soziale Frage sei „zuerst eine Frage des geänderten Bewußtseins“ (11) und nicht etwa nur in kapitalistischen Ländern anzutreffen: „So ist etwa die Lage der Nichterwerbstätigen in den sozialistischen Ländern bedeutend ungünstiger als in den westlichen Demokratien. Im Mutterland des Sozialismus – der Sowjetunion – gibt es beispielsweise keinerlei Schutz gegen Arbeitslosigkeit“ (33). Vermutlich *deshalb* muß die UdSSR auf Arbeitslosigkeit verzichten – eine echte Schwäche. – Für Geißler „sind die Ursachen der neuen sozialen Probleme weniger eine Frage der Produktionsweise als eine Frage nach dem Menschenbild und der daraus abgeleiteten Politik. Wer den Menschen, wie die Marxisten, als produzierendes Wesen definiert, muß zwangsläufig in seiner Politik

für alle, die nicht produzieren, zu untragbaren Ergebnissen kommen“ (33). Der Grund der Neuen Sozialen Frage ist die alte soziale Frage vom Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit – in den Köpfen; in der Realität ist sie ja längst beantwortet, zugunsten der Arbeiter selbstverständlich. Gegner der Matadore der Neuen Sozialen Frage sind folglich diejenigen, die noch immer die alte Frage stellen – die Gewerkschaften und die Linken. So ergibt sich schlüssig die „Notwendigkeit einer systematischen Sozialismuskritik“ (32), „weil die angebliche Vorherrschaft des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit von bestimmten politischen Gruppierungen dazu benutzt wird, den Klassenkampf zu mobilisieren, die Gesellschaft in Links und Rechts, in Progressiv und Konservativ, in Gut und Böse einzuteilen. (. . .) Diese politische Zementierung eines Feindbildes wird allerdings in Zukunft ohne Gefährdung des sozialen Friedens und der Grundlagen unseres Gemeinwesens nicht mehr tolerierbar sein“ (34/35). So führt diese Ableitung der Neuen Sozialen Frage aus dem Kopf in letzter, nun ganz ungeistiger Konsequenz zu der alten Drohung, daß jeder, der seinen Kopf nicht in Richtung Neue Soziale Frage oder „sozialer Friede“ verändert – Kopf und Kragen riskiert.

Karl-Ernst Lohmann (Berlin/West)

## Ökonomie

**Schmölders, Günter (Hrsg.): Unsere Wirtschaftsordnung und ihre Hauptprobleme.** Girardet Verlag, Essen 1975 (176 S., br., 20,- DM).

Die Beiträge des vorliegenden Bandes zielen darauf ab, die „informative Basis“ in bezug auf Struktur und Funktion der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu erweitern. Den Autoren kommt es primär auf die Explikation formaler Ordnungselemente an. Sie entwerfen ein auf liberalem Gedankengut basierendes Modell: zentrales Lenkungsinstrument wirtschaftlichen Handelns sei der Marktmechanismus, „Basisregulator“ der Wirtschaftsordnung das Prinzip der individuellen Nutzenmaximierung (24). Indem jeder einzelne den größtmöglichen Nutzen anstrebe, trage er zum Wohl der Gesellschaft bei. Der Markt-Preis-Mechanismus setze sich in der Form der „vollständigen Konkurrenz“ durch, die zwar in reiner Form gegenwärtig nicht mehr vorhanden sei, deren wesentliche Funktionsbedingungen jedoch noch immer gegeben seien. Der „sogenannte Unternehmergewinn“ sei „eine Art Risikoprämie für die Marktwagnisse der Unternehmer“ (36). Bestimmend sei jedoch, daß die Wettbewerbsordnung nicht (mehr) allein durch das „freie Spiel“ der Marktkräfte erhalten werde, vielmehr seien zusätzlich staatliche Maßnahmen zur Sicherung der Marktwirtschaft notwendig (48 ff.). Die Theorie des Neoliberalismus finde ihre konsequente Weiterentwicklung in der Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“: marktwirtschaftlich induzierte Disparitäten würden durch einen institutionell gesicherten sozialen Ausgleich reduziert.

Theorie und Praxis des marktwirtschaftlichen Systems seien nicht in jeder Beziehung deckungsgleich: diese Diskrepanz stelle das marktwirtschaftliche System jedoch nicht prinzipiell in Frage. So sei die Souveränität des Konsumenten zwar eine Fiktion, er könne aber durch ein Bündel von Maßnahmen zum „gleichwer-

tigen Marktpartner“ der Anbieter werden (79 f.). Der erreichte Stand der Unternehmenskonzentration schränke zwar den Wettbewerb teilweise ein, der Staat habe jedoch Möglichkeiten, ökonomische Machtpositionen einzudämmen (z. B. durch das Kartellgesetz, 84 f.). Das Volksvermögen sei zwar nach wie vor „recht ungleich verteilt“ (100), über die distributive Funktion des Staates vollziehe sich indessen ein tendentieller Abbau dieser Ungleichheit (102 ff.). Gefahren für die Vollbeschäftigung könne der Staat schließlich ebenso wirksam begegnen, wie er den Geldentwertungsprozeß aufhalten könne.

Die von den Verfassern unterbreitete Wirtschaftstheorie ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Erstens werden zwar einige existierende Strukturen des ökonomischen Systems benannt, die die idealtypische Funktionsweise beeinträchtigen; diese „Lücke“ füllt der Staat, wodurch das Modell mit seinen Grundaussagen nach wie vor legitimiert zu sein scheint. Zweitens werden jedoch relevante sozio-ökonomische Verhältnisse außer acht gelassen; es wird lediglich im Rahmen formaler Ordnungsprinzipien argumentiert, was u. a. die Diskussion über bestehende sozialistische Wirtschaftssysteme beweist. Indem die Autoren – drittens – andere wirtschaftstheoretische Positionen unterschlagen, wird der neoliberal/neoklassische Ansatz zur Wirtschaftstheorie schlechthin verallgemeinert.

Heinz Zielinski (Gießen)

**Adam, Hermann:** Macht und Vermögen in der Wirtschaft.  
Bund-Verlag, Köln 1974 (116 S., br., 12,80 DM).

In diesem kurzen, allgemeinverständlich gehaltenen Band versucht der Autor, den Betroffenen der vermögenspolitischen Vorstellungen, den Arbeitnehmern, die verschiedenen Pläne zur Vermögensverteilung darzulegen. Zudem sind die einzelnen Beschlüsse der Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und der Regierung zu diesem Thema im Anhang enthalten und ermöglichen so einen schnellen Vergleich. Den verschiedenen empirischen Untersuchungen über die Vermögensverteilung ist nach Adam trotz vieler statistischer Mängel in ihrem Ergebnis zuzustimmen, daß in der BRD eine einseitige Verteilung des Geld- und Erwerbsvermögens besteht. Bei der Frage nach den Ursachen untersucht er zunächst anhand eines einfachen Geldkreislaufschemas, wie Geld- und Sachvermögen in einer Volkswirtschaft entstehen: Die ungleiche Verteilung des Geldvermögens ist ein Ergebnis der ungleichen Einkommensverteilung. Da die hohen Vermögensbestände eine zusätzliche Einkommensquelle darstellen, schließt sich für die Vermögenslosen der Teufelskreis.

In der bisherigen vermögenspolitischen Diskussion geht es ausschließlich um die gleichmäßigere Verteilung der Vermögenszuwächse; die bisher gebildeten Privatvermögen sollen nicht angetastet werden. Die verschiedenen Pläne lassen sich in betriebliche und überbetriebliche aufteilen und nach Spar- und Gewinnbeteiligungspolitik differenzieren. Die unterschiedlichen Varianten der Sparförderungsmaßnahmen bringen keine Veränderung der Vermögensverteilung; zumal beim Konzept des Investivlohns werden die Unternehmen die Belastungen als Kosten auf die Preise abwälzen. Nicht anders sieht es bei der individuellen Variante der Gewinnbeteiligungspolitik aus. – Bei der Vermögenspolitik geht es nach Adams Auffassung nicht darum, den Konsumstandard zu erhöhen, sondern mit dem Produktivvermögen auch die damit verbundene Macht umzuverteilen. Die zu bildenden Fonds sollen ein Gegengewicht zur bereits vorhandenen Konzen-

tration der Produktivvermögen der privaten Wirtschaft bilden. Als in diesem Sinne praktikable Lösung bietet er die kollektive überbetriebliche Gewinnbeteiligung an.

In seiner Schlußbetrachtung setzt sich Adam mit den „drei (generellen, d. V.) Lösungen“ der Vermögensverteilung, der kapitalistischen, der sozialistischen und dem „Mittelweg aus den beiden Extremösungen“, bei dem zwar die Produktionsmittel überwiegend in Privateigentum sind, die Arbeitnehmer aber aufgrund vermögenspolitischer Maßnahmen einen Anteil daran haben, auseinander. Die Lage des Arbeitnehmers bleibe in allen Fällen zumindest in einer Hinsicht die gleiche: „Er muß sein Leben lang arbeiten (seine Arbeitskraft verkaufen), um seinen Lebensunterhalt zu verdienen . . .“ (82). Da auch die Mehrzahl der Selbständigen arbeiten muß, ist nach Adam die Lohnabhängigkeit (hier umdefiniert zur „Zwangssituation, arbeiten zu müssen“) kein charakteristisches Element allein der kapitalistischen Gesellschaft. Auch sei die innerbetriebliche Situation nicht abhängig vom Produktionsmittelbesitz, sondern die gesellschaftliche Arbeitsteilung – und diese sei in allen Industriegesellschaften gleich – schaffe unterschiedlich angenehme Arbeitssituationen (82 f.). Aber wenn der Produktionsmittelbesitz keinen Einfluß auf die Arbeitsgestaltung hat, wozu dann einen Fonds für Vermögensteile der Lohnabhängigen? Adam will sich offensichtlich von sozialistischen Gedanken distanzieren; er vertritt einen technokratischen Ansatz, in dem es keine gesellschaftlichen Widersprüche, sondern lediglich durch Sachzwänge bedingte Probleme gibt. Sein Rezept: Teilhabe der Arbeitnehmer an der wirtschaftlichen Macht unter Beibehaltung der Marktwirtschaft, denn ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem würde ihnen auch nicht mehr Vorteile bringen. Interessant wäre jedoch zu erfahren, wie er sich z. B. die Tatsache erklärt, daß in den sozialistischen Ländern die Arbeiter nicht mehr um ihre Arbeitsplätze bangen müssen oder daß dort die Arbeitsunfallquoten signifikant niedriger sind.

Fazit: Wenn Adam auch die bestehenden vermögenspolitischen Vorstellungen im Hinblick auf eine materielle Besserstellung der Arbeitnehmer realistisch, nämlich skeptisch beurteilt, so wird der Gehalt des Buches doch erheblich gemindert durch seine Forderung nach einem überbetrieblichen Beteiligungsfonds und die damit verbundene Illusion, als könnten die von den Arbeitern angesammelten Vermögen eines Tages einen Umfang erreichen, der die Investitionen und damit die Makrosteuerung gegen die Interessen der Unternehmer beeinflussen könnte.

Jürgen Hutterer (Hamburg)

**Fox, Karl A.:** *Social Indicators and Social Theory. Elements of an operational system.* John Wiley & Sons, New York 1974 (XXIV, 328 S., geb., \$ 18,00).

Ein Individuum verteilt seine Zeit auf verschiedene Tätigkeiten. Die eine, die Arbeit, bringt ihm Geldeinkommen, die anderen stiften ihm Nutzen, der, in Geld bewertet, Sozialeinkommen heißen möge (30). Beides zusammen ergibt das Totaleinkommen, und ein jeder scheint darauf aus zu sein, dieses unter Berücksichtigung vieler Schranken zu maximieren. Mit Kap. III ist die Aufgabe, das Optimum zu bestimmen, erledigt. Da aber das Individuum eine Familie hat und dadurch zusätzliche Schranken für seine täglichen 24 Stunden auftreten, läßt sich die Aufgabe später noch einmal aufgreifen (Kap. VI). Inzwischen sind Stati-

stiken über die Zeitverwendung amerikanischer Bürger herangezogen worden, um das Modell mit Zahlen aufzufüllen. Natürlich sind dazu allerhand Verrenkungen notwendig – besonders hinsichtlich der Bewertungsfrage: die statistischen Daten werden beispielsweise als Daten einer einzelnen Person aufgefaßt, für die „we also assume that his total income is equivalent to \$ 48 per average 24-hour day“ (54). Während also im Modell das Totaleinkommen Ergebnis ist, ist es hier vorgegeben und erlaubt eine Aufstellung von Zahlen, die den falschen Eindruck eines empirischen Belegs erwecken. – Verlassen wir Individuum und Familie und gehen über zu größeren Zusammenfassungen von Nutzenmaximierenden, etwa Hochschulen, Städten, Regionen, Staat. Grundsätzlich hätte hier Fox sein Modell weiter ausbauen können. Aber er betreibt keine Aggregation, sondern referiert 150 Seiten lang verwandte Modelle. Die meisten sind „operational“: Sie bewerten flink Dinge wie Demokratie, Kunst und Wissenschaft und gelangen zu Maximierungsaufgaben ähnlich wie Fox selbst. Somit steht auch auf gesellschaftlicher Ebene alles für das decision making bereit – und das ist wohl der Grund, warum in den USA alles zum besten bestellt ist. Scherz beiseite: eine Darstellung von und eine kritische Auseinandersetzung mit sozialen Indikatoren findet man in diesem Buch nicht. Gianfranco Accardo (Berlin/West)

**Maarek, Gérard:** Introduction au „Capital“ de Karl Marx. Un essai de formalisation. Calmann-Lévy, Paris 1975 (312 S., br., 48 frs.).

Seit 1970 sind zahlreiche Aufsätze und auch Bücher erschienen, die eine mathematische Darstellung quantitativer Aussagen aus Marx' „Kapital“ versuchen. Französische Ökonomen waren daran kaum beteiligt, und da Maareks Buch eben solch ein Versuch ist, mag es den Anfang einer neuen Forschungsrichtung im französischen Sprachraum anzeigen. Insofern ist es vielleicht wenig angebracht, das Buch an dem zu messen, was schon längst erarbeitet wurde. Es bringt nichts Neues, und auch die Darstellung bleibt z. B. hinter der Brodys (1970) weit zurück. Abgewandelt wird zunächst auf einer Länge von ca. 200 Seiten (!) das statische Einsatz-Ausstoß-Modell. Unter gewaltsamen Voraussetzungen erhält man Preise, die den Wertgrößen proportional sind, nachdem man die Profite gleich Null gesetzt hat (Kap. I–V). Das wäre das Wertgesetz. Es werde nun die Endnachfrage in Nachfrage der Kapitalisten und Nachfrage der Arbeiter aufgespalten. Wie kommt es, daß die Kapitalisten ihren Warenkorb bezahlen können, wenn die Voraussetzung weiter gilt, daß sie keine Profite einheimen (150 ff.)? Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Modell nur Strom-, aber keine Bestandsgrößen (wie z. B. Vermögen) kennt. Die Kapitalisten verfügen also nur über das, was ihnen in jeder Periode an Gewinnen zufließt – und sonst über nichts. Nach einiger Suche stellt sich heraus, daß Maarek die Arbeitskraft der Kapitalisten mit der der Arbeiter vermengt: die Kapitalisten bringen auch ihren Lohn heim.

Schließlich seien positive Profite zugelassen, was die Beschäftigung mit Produktionspreisen und Ausgleich der Profitraten erzwingt. Sie werden merkwürdigerweise sehr kurz und flach abgehandelt, obwohl gerade um die damit verbundenen Schwierigkeiten der Streit besonders heftig sich hinzieht (Kap. X).

Der letzte und verhältnismäßig kurze Teil des Buchs (ca. 60 Seiten) befaßt sich mit der kapitalistischen Entwicklung. Ein Wachstumsmodell, dem von Domar ähnlich, ergibt durch entsprechende Wahl der Parameter zunehmende Ar-

beitslosigkeit (Kap. XII). Das wäre das Allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Dem Leser wird mitgeteilt, das Modell sei in dreifacher Hinsicht neu („triple originalité“), z. B. weil darin die Zeit als Parameter erscheint, der von Null aufwärts stetig variiert; und weil die Volkswirtschaft ein einziges homogenes Gut produziere (238 f.). Da vergeht einem der Atem. Im Modell gilt auch, daß die Profitrate wächst, statt zu fallen (Kap. XIII). Und mit der üblichen Flut von Gleichungen zur zweisektoralen erweiterten Reproduktion ist diese Einführung in das „Kapital“ abgeschlossen. Gianfranco Accardo (Berlin/West)

Berichtigung zum Aufsatz von *K. H. Tjaden, Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte* in *Das Argument* 101:

Auf Seite 51 sind bei den entsprechenden Auslassungen des Setzers die folgenden Formeln einzusetzen:

Zeile 17 von oben:  $\left( \frac{S}{K+R+S} \right)$

Zeile 23 von oben:  $\frac{S}{K:R}$ , (K:R konstant)

## SPENDENAUFTRUF

Unterstützt den Wahlkampf der Kommunistischen Partei Spaniens. Nach 40 Jahren Faschismus finden in Spanien, der letzten europäischen Bastion der extremen Reaktion, zum erstmalig wieder Wahlen statt. Den entscheidenden Anteil daran, daß die politische Demokratie in Spanien wieder zur realen Möglichkeit geworden ist, hat ohne Zweifel die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung des Landes. Von ihrer Stärke und Einheit wird es in hohem Maße abhängen, wie stabil diese Demokratie sein und wie weit sie zur wirtschaftlichen und sozialen Demokratie werden kann. Das Ergebnis der bevorstehenden Wahlen wird für den weiteren Demokratisierungsprozeß wichtige Vorentscheidungen bringen.

Wenn wir vor diesem Hintergrund zur materiellen Unterstützung der **Kommunistischen Partei** Spaniens (PCE) aufrufen, so hat das zwei Gründe:

1. Die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) ist in weit geringerem Maße Behinderungen ausgesetzt als die PCE und kann darüberhinaus schon mit der großzügigen finanziellen Hilfe der SPD rechnen.
2. Die herrschende Klasse Spaniens versucht, die PCE von den Wahlen auszuschließen, zumindest aber ihr die Teilnahme so schwer wie möglich zu machen. Bei ungünstigeren Wahlkampfbedingungen ist die PCE also zu größeren Anstrengungen gezwungen. Sie kann sich dabei nur auf ihre Mitglieder und ihre Massenverankerung stützen. Daß Spaniens Reiche nicht dazu gehören, ist kein Geheimnis.

Daher gilt nach wie vor:

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT IST NOTWENDIG

Spenden an: Postscheckkonto Bln-W 22009-109 (Sonderkonto M. Gloger)

Hans-Werner Franz, Santiago Tovar

# Blätter für deutsche und internationale Politik

---

## 2 '77

### *Kommentare und Berichte*

G. Stuby: Zum Thema KSZE und Menschenrechte

D. Teufel: Die Kernkraftwerke und ihre Überwachungsbehörden

### *Hauptaufsätze*

R. Bispinck u. K. Wilhelm: Die „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel“

F. Deppe: Gewerkschaftspolitik im Zeichen der Krise (II)

B. Ponomarjow: Zur Politik der sozialistischen Internationale

G. Grünwald: Rechtstendenzen in der Bundeswehr

G. Meyer: Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in der UdSSR

H. Rondi: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der mittelständischen Unternehmen

B. Gransow u. F. Suffa-Friedel: Zur gegenwärtigen Entwicklung in der VR China

### *Medienkritik*

G. Giesenfeld: Phantom-Lyrik

### *Dokumente zum Zeitgeschehen*

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz: Fragen zur Energiepolitik

Kommuniqué des Weltforums der Friedenskräfte in Moskau

Aufruf des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit

## 3 '77

### *Kommentare und Berichte*

U. Ewers: „Vom Schülerberg zum Rentnerberg“. Zu einer Batelle-Studie

G. Herde: Lernziel „Gesamtdeutsches Bewußtsein“

### *Hauptaufsätze*

H. Legler u. E. Jochem: Energieverbrauch, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

G. Arbatow: Sowjetisch-amerikanische Beziehungen

K. Unger: EG und Entwicklungsländer. Abkommen von Lome

W. Gestigkeit: Das Ende der Weimarer Republik im offiziellen Geschichtsbild der BRD

W. R. Beyer: „Was tun?“

R. Sorg: Zur bildungspolitischen Konferenz '76 des DGB

### *Medienkritik*

G. Giesenfeld: Brokdorf

### *Dokumente zum Zeitgeschehen*

Prof. Dr. Grünwald u. Prof. D. Kreck: Reden gegen Berufsverbote

Aufruf zum Kongreß der Demokratischen Fraueninitiative

Aufruf: Verteidigt das Bremer Modell

Aufruf des BdWi zur Fachtagung „Probleme der Abrüstung und die Aufgabe der Wissenschaftler“

22. Jahrgang, Februar 1977, Heft 2

22. Jahrgang, März 1977, Heft 3

---

Hg.: W. Frhr. v. Bredow, H. Deppe-Wolfinger, J. Huffschnid, U. Jaeggi, G. Kade, R. Kühnl, J. Menschik, R. Opitz, M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschnig, H. Ridder, F. Straßmann, G. Stuby. — Red.: K. D. Bredthauer, P. Neuhöfner, J. Weidenheim. Erscheint monatlich. Einzelheft 5,30 DM, im Jahresabo 3,80 DM, für Studenten 3,30 DM. Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51.

## BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

## democrazia e diritto

---

2 '77

**Westeuropäischer Kommunismus  
— auf dem Weg der Sozialdemo-  
kritisierung oder Entstalinisie-  
rung?**

PKA: Thesen zur Diskussion um  
die Diktatur des Proletariats

**Internationalismus**

S. Carillo: Vom Untergrund in  
die Legalität. Bericht des Gene-  
ralsekretärs der KP Spaniens

L. Althusser: Über die historische  
Tragweite des 22. Parteitages der  
KPF

G. Lock: Hintergründe der chine-  
sischen Kulturrevolution

**Marxistische Theorie**

Klassen und Klassenvorurteile.  
Kritik der Klassentheorie N. Poul-  
antzas'

Soziologische Phantasie eines  
Neomarxisten und ihre politi-  
schen Implikationen. Eine Kritik  
an O. Negt

*Literatur*

*Bücher*

*Zeitschriften*

3. Jahrgang, Mai 1977, Heft 2

---

Redaktion: W. Breum, Ch. Lieber,  
D. Umbach. — Jährlich 4 Hefte. — Ein-  
zelheft 12,— DM, Jahressabo 44,— DM.  
VSA-Verlag, Postfach 360 307, 1000 Ber-  
lin 36

---

3 '76

**Forme di governo e rapporti  
fra i partiti**

F. Di Giulio: Modelli e realtà del  
pluralismo politico nella settima  
legislatura

L. Berlinguer: Dialettica parla-  
mentare e unificazione politica

A. Baldassarre: Le prospettive  
istituzionali per una « originale  
democrazia di popolo »

M. Fedele: Oltre il regime demo-  
cristiano: la DC degli anni '70

S. D'Albergo: Unità democratica  
e governo parlamentare

**Studi e rassegne**

U. Cerroni: La politica moderna  
tra classismo e universalismo

W. R. Beyer: Il problema della  
norma di riserva: libertà, oppo-  
sizione e salvaguardia del sistema  
nella R.F.T.

G. Greca: Referendum e sovra-  
nità popolare

E. Roppo: Una esperienza di co-  
dificazione nella R.D.T.: il nuovo  
Zivilgesetzbuch

G. Cottino: « Le istituzioni dell'  
economia capitalistica » di Fran-  
cesco Galgano

G. Salvi: Un seminario su « Il  
marxismo e la transizione »

**La riforma dell'ordinamento  
giudiziario**

U. Spagnoli: Riforma dello Stato  
e rinnovamento della giustizia

G. Petrella: La partecipazione  
popolare all'amministrazione del-  
la giustizia

16. Jahrgang, Juli-September 1976,  
Heft 3

---

Herausgeber: Luigi Berlinguer; Re-  
daktion: A. Baldassarre, A. Bolaffi,  
M. Fedele, D. Greco, F. Lorenzoni  
(Chefredakteur), A. Mazzacane, C.  
Salvi, A. Schiavone, F. Tarsitano. —  
Vierteljährlich. — Einzelpreis L. 3 000,  
ältere Hefte L. 6 000, Jahressabo L. 20 000.  
— Editori Riuniti Sezione Periodici,  
I 00187 Roma, via IV Novembre 114

# Demokratische Erziehung

# forum ds

Zeitschrift für Theorie und Praxis  
des demokratischen Sozialismus

---

## 2 '77

### *Kommentare und Berichte*

K.-H. Heinemann: Grenzen des Bildungswachstums

J. Lohmann: Für das 10. Hauptschuljahr

G. Auernheimer: Kongreß der Diplompädagogen

Ergebnisse der Leserumfrage  
*Hauptaufsätze*

K. Priester: Der neue Konservatismus in der politischen Bildung

W. Jantzen: Thesen zur Persönlichkeitstheorie

S. Stange u. H. M. Stange: Schüler lernen Öffentlichkeitsarbeit

F. Behrens: Student und Gewerkschaft

H. Weck: Sitzenbleiber in der DDR

### **Die Bildungspolitik der Unternehmerverbände**

K. Johansson: Die Offensive der unternehmerischen Bildungsarbeit

S. Voets: Antimarxismus, Staats-treue, Sozialpartnerschaft

D. Görs: Zur Verhinderung der Berufsbildungsreform

V. Adam u. G. Bäcker: Zum Einfluß der Unternehmerverbände auf die Hochschulen

M. Ehrke, P. Faulstich, M. Mende u. W. Quitzow: Die Ausein-  
setzung um kooperatives oder  
schulisches Berufsgrundbildungs-  
jahr

Literatur zur Bildungspolitik der  
Unternehmer

2. Jahrgang, März 1977, Heft 2

---

## 3 '77

Klaus Matthiesen: Zu den lang-  
fristigen Perspektiven einer hu-  
man-sozialen Politik

Richard Heller: Opel-Arbeiter  
üben Solidarität

Werner Vitt: Ökonomische Krise  
und gewerkschaftliche Strategie

Michel Rocard: Der europäische  
Sozialismus angesichts der Krise  
des Kapitalismus

Arnold Künzli: Plädoyer für  
einen Dialog mit dem Liberalis-  
mus

Helga Schuchardt: Perspektiven  
eines sozial-liberalen Dialogs

Wolfgang Roth/Hermann Scheer:  
Klippen und Wege des sozial-  
liberalen Dialogs

Thomas Meyer: Zur Entstehung  
der Grundwerte des demokrati-  
schen Sozialismus (Teil I)

Hermann Precht: Christentum  
und Sozialismus

Sammelrezension: Detlev Leh-  
nert, SPD — Geschichte im  
Grundsatzstreit

fds-Service Ökonomie

Dokumente: Das neue Programm  
der schwedischen Sozialdemokra-  
ten

2. Jahrgang, April 1977, Heft 3

---

Redaktion: K.-H. Heinemann, W. Rü-  
gamer. — Alle zwei Monate. — Einzel-  
heft 5,— DM, im Jahresabo 3,50 DM,  
für Studenten 3,— DM. — Pahl-Ru-  
genstein Verlag, Vorgebirgstraße 115,  
5000 Köln 51

---

Erscheint halbjährlich. Einzelheft 9,—  
DM, im Abo 8,— DM + Versandkosten.  
— Bestellungen über Buchhandel oder  
forum ds-Verlag, Postfach 21 07 30, 7500  
Karlsruhe 21

# KULTUR MAGAZIN

Demokratische  
Kunst und  
Kulturpolitik

# MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge  
aus marxistischen  
und antiimperialistischen  
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

## 1

G. Magnaguagno: Volksverbundenheit. Am Beispiel des Grafikers Moreau

Gespräch mit Kroetz

F. Rueb: Theater am Neumarkt in Zürich

K. Keller: Musikszene Kuba

Besprechungen der Filme „Shirins Hochzeit“, „Die plötzliche Einsamkeit des Konrad Steiner“, der Vespignani-Ausstellung in Westberlin u. a.

1. Jahrgang, Februar 1977, Heft 1

## 2

E. Schwarz: Joris Ivens. Ein Porträt

L. Rüschi: Irène Schweizer: Die Freiheit, die ich meine

Hans Staub: Fotos zum Nachdenken

F. Rueb: Die „Früchte der Arbeit“. Zum Film von Alexander J. Seiler

G. Magnaguagno: Volksverbundenheit 1955. Auszüge einer Kontroverse in der Zeitschrift „Sozialismus“

H. Rieger: Borromini. Ein berühmter und verschmähter Schweizer Fremdarbeiter des 17. Jahrhunderts

F. van der Kooy: Musik und Ideologie

1. Jahrgang, April 1977, Heft 2

Redaktion: Th. Adank, L. Balmer, U. Bircher, P. Eichenberger, R. Gretler, I. Hammer, K. Keller, F. van der Kooy, G. Magnaguagno, H. J. Rieger, F. Rueb, L. Rüschi, B. Wyss. — Erscheint alle zwei Monate. — Einzelheft 4,50 sfr / 5,50 DM, Jahresabo 18.— sfr / 24.— DM. Verein für demokratische Kunst und Kulturpolitik, Kulturmagazin, Postfach 3188, CH-3000 Bern 7

## 30

### Ökologie — Ökonomische und politische Aspekte des Umweltschutzes

Thesen: Staatsmonopolistischer Reproduktionsprozeß und Umwelt

K.-H. Heise u. M. Helmbold: Umweltgefährdung und Kapitalverwertung

A. Leonhardt: Der Klasseninhalt des Verursacherprinzips

B. I. Makljarski: Die ökologische Krise und der staatsmonopolistische Kapitalismus in den USA

R. Clarke: Mensch und Umwelt in der Wachstumsdebatte

M. Borman: Der Stand der „Kernenergie-Debatte“

A. Ancona, L. Arbizzani, G. B. Ceroni u. E. Rebecchi: Massenbewegungen und lokale Verwaltungen und das Problem des Schutzes und der Veränderung der Natur

V. Labeyrie: Die Kommunisten und die Umweltverhältnisse

A. M. Sarkov u. R. B. Nozdreva: Die demokratischen Kräfte Japans im Kampf für den Umweltschutz

D. Prestipino, J. Angenfort, P. Robinson, C. Kussman, S. Toyoda, Ph. Bart, I. Cox, L. Ribeiro: Bewegungen gegen die Zerstörung der Umwelt in Italien, der BRD, Großbritannien, Belgien, Japan, den USA und Lateinamerika

8. Jahrgang, April bis Juni 1977, Heft 2

Vierteljährlich. — Einzelheft 6.— DM, Jahresabo 22.— DM, Studenten 18.— DM. — Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt/M.

# MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME  
DER GESELLSCHAFT, WIRT-  
SCHAFT UND POLITIK

---

2 '77

## Ideologische und politische

### Prozesse in der Sozialdemokratie

Kommentare: Abrüstung, Schlüs-  
selproblem unserer Zeit — Ren-  
tensanierungs-„Reform“ — Zu  
Fragen der Arbeitszeitverkürzung

K. Schacht: Probleme der Ak-  
tionseinheit von Kommunisten,  
Sozialisten und Sozialdemokraten

G. Sogomonjan: Gemeinsames  
Handeln ist möglich und notwen-  
dig

H. J. Sandkühler: Sozialdemokra-  
tische Philosophien

W. Cieslak: Probleme für ein  
neues Grundsatzprogramm des  
DGB

St. Lehndorff: Die Auseinander-  
setzung um die „Volksfronten an  
den Hochschulen“

H. v. Barga: Arbeiterjugend im  
Kampf um ihre Rechte

R. de la Vega: Sozialisten und  
Kommunisten für gewerkschaft-  
liche und demokratische Freihei-  
ten in Spanien

R. Priemer: Lage und Bewußt-  
sein der Jugend

G. Judick: 75 Jahre Lenins „Was  
tun?“

Gespräch: Probleme verwirklich-  
ter Gleichberechtigung in der  
DDR

R. Steigerwald: Marxismus und  
Revisionismus im Kampf um die  
Theorie des Menschen

15. Jahrgang, März/April 1977, Heft 2

---

Hg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause,  
H. Lederer, W. Orczykowski, U. Plep-  
korn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O.  
Wagner. — Red.: F. Krause. — Alle  
zwei Monate. — Einzelpreis 4,— DM. —  
Vlg. Marxistische Blätter, Heddernhei-  
mer Landstr. 76a, 6000 Frankfurt/M. 50

# NEUES FORUM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT  
ENGAGIERTER CHRISTEN  
UND SOZIALISTEN

---

277/278

G. Nennung: Für eine Korrektur  
der Blattlinie

G. Nennung: Intellektuellenbe-  
schimpfung

G. Soulier: Faschismus mit  
menschlichem Gesicht. Europäi-  
sche Konvention gegen die Men-  
schenrechte

E. Bornemann: Autobiographi-  
sches zum Begriff „Volksfront“

A. Dallinger: Gewerkschaften und  
Studenten gemeinsam

Gespräch von G. Nennung mit E.  
Mandel u. H. Kienzl: Am Ende  
des Wohlfahrtsstaates

A. Blechschmidt: Blattschuß der  
Weisen von Kreuth

F. Geyrhofer: Sturm über Deutsch-  
land

J. Dvorak u. F. Geyrhofer: Ge-  
schichte und Philosophie des  
Compromesso storico

J. Janssen: Industrie- und Immo-  
bilienkonzentration im Ruhrgebiet

R. Müller: Soviet Bologna

24. Jahrgang, Januar/Februar 1977

279

Dvorak/Hopp/Krims/Aschner/  
Zobl/Jindra: Diskussion um die  
Linie des NF

E. Mandel: Nächste Krise 78/79

J.-P. Vigier: Carters neue Welt-  
ordnung

D. Ipsen: Dramaturgie der west-  
deutschen Wirtschaftspolitik

focus-Kollektiv: Krisenmanage-  
ment in der Schweiz

24. Jahrgang, März 1977

---

Herausgeber: Günther Nennung. — Re-  
daktion: M. Siegert, F. Geyrhofer, M.  
Hopp, H. Pataki. — 12 Hefte im Jahr.  
— Einzelheft 6,50 DM, 44,— ÖS, im  
Jahresabo 4,41 DM, 30,— ÖS. — Neues  
Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien

# psychologie heute

## 2 '77

### Kopfschmerz

D. Goleman: Kopfschmerz aus medizinischer Sicht

Kopfschmerz aus psychologischer Sicht. Gespräch mit U. H. Peters

W. Schüle: Wie nehmen wir Gesichter wahr?

H. Schenk u. W. Langenheder: Wie männlich ist der Mann? Ergebnisse einer Leserumfrage

F. Löwendorf: Einladung, sich sein eigenes Grab zu schaufeln. Hochschuleingangstests für Mediziner

L. Y. Rabkin: Der Kibbuz entdeckt die Familie

M. Johnston: Die letzten 77 Sekunden von Flug 981. Rekonstruktion des Verhaltens der Passagiere vor dem schwersten Flugzeugunglück der Geschichte

D. Engel: Ausweichstudium in Frankreich — wie schafft man das?

Monopoly im Gesundheitswesen (II). Dokumentation der Auseinandersetzung um den Klinischen Psychologen

B. Titze: Den Menschen verändern heißt, seine Ziele verändern. Über „Teleoanalyse“

L. Armstrong: Freud für Kinder

## 3 '77

### Warum Gefühle einfrieren

H. Ernst u. C. Koch: Warum Menschen gefühlsleer sind

Am Fließband kann man sich keine feindifferenzierte Seele leisten. Gespräch mit J. Cremerius

A. Kazdin: Münzökonomie — Therapie als Tauschgeschäft

S. M. Holloway u. H. A. Hornstein: Gute Nachrichten — gute Menschen

W. Schurian u. K. W. ter Horst: Krise der Jugend oder Krise der Forschung?

Effekt-Hascherei. Kritik von H. McIlvaine Parsons am Hawthorne-Effekt

H. Häcker: Psychologie für die Zukunft

H.-G. Schneider: Wissenschaftliche Revolution. Über Th. S. Kuhn

Ist es unanständig, glücklich zu sein? Diskussion über die Frage „Was ist Glück“ zwischen A. Mitscherlich, R. Neumann, G. Appy, G. Nanning u. H. Orena

U. Borck u. E. Möller: Soll und Haben in der Sexualität. Unterschiede zwischen der Einstellung zur Sexualität und dem tatsächlichen Sexualverhalten

Wie Eros aus zweien eins macht. Platon als Sexualtheoretiker

4. Jahrgang, Februar 1977, Heft 2

4. Jahrgang, März 1977, Heft 3

Redaktion: S. Brockert, H. Ernst, M. Moebius, A. Roethe Pavel. — Monatlich. — Einzelheft 5,— DM. Jahresabo 45,— DM. — Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

# positionen

THEORETISCHES MAGAZIN

# PROBLEME DES KLASSEN- KAMPFS

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

## 8

U. Mäder: Lenin zur Bauernfrage  
E. Marti: Arbeiterliteratur — sozialistische Literatur (III)  
R. Graf: Der Krieg in Spanien: Kampf um die Republik

2. Jahrgang, Juni 1976, Heft 3

## 9

D. Vischer: Konferenz der kommunistischen Parteien in Berlin  
R. Burkhalter: Von der ‚Unité de gauche‘ zur ‚Union du peuple‘. Zum Parteitag der KPF

Th. Heilmann: Lenin-Luxemburg-Hilferding: Imperialismus und revolutionäre Strategie

Ch. Benedetti: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit

2. Jahrgang, November 1976, Heft 4

## 10

F. Witschi: Die 40-Stunden-Woche und die Linke in der Schweiz

Th. Heilmann: ‚Neue Weltwirtschaftsordnung‘ als antiimperialistische Strategie

D. Fahrni: Februarrevolution 1917 und Doppelherrschaft

G. Degen: Ist Sozialismus der in die Tat umgesetzte volle Demokratismus der Massen?

Ch. Benedetti: Zur Stalinismusdebatte in Frankreich

Rezensionen und Lesetips

3. Jahrgang, Februar 1977, Heft 1

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der POCH. Erscheint viermal im Jahr. — Einzelnummer 2,— DM/sfr, im Abo 7,— DM/sfr. positionen, Postfach 338, CH—4001 Basel

## 25

J. Seifert: Thesen zur Bundestagswahl 1976

H. W. Schmollinger, R. Stöss: Bundestagswahlen und soziale Basis politischer Parteien in der Bundesrepublik (I) (II in 26)

H. Berger: In Verteidigung des „pueblo“. Historische Sozialbewegung und heutige Arbeitsemigration in Südspanien

G. Stamatis: Zum Beweis der Konsistenz des Marxschen Gesetzes vom tendenziellen Fall der allgemeinen Profitrate

*Diskussion*

H. W. Penk, H. Thörmer: Reformismus und Alltag

O. Demele: Die Rolle großer Konzerne im Inflationsprozeß. Zur Diskussion um Preissteigerungen in der Krise

6. Jahrgang, Dezember 1976, Heft 4

## 26

**Parteien — Bündnispolitik**

B. Zeuner: SPD und Gewerkschaften

P. Brandt: Einheitsfront und Volksfront in Deutschland (Weimar/Emigration)

E. Hildebrandt: Betriebliche Personalpolitik als Spaltungsstrategie des Kapitals

E. Altvater u. R. Genth: Eurokommunismus als Strategie in der aktuellen Weltwirtschaftskrise — am Beispiel der PCI

7. Jahrgang, März 1977, Heft 1

Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 9,— DM, im Abo 7,0 DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30

# SOPO

## SOZIALISTISCHE POLITIK

# tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

H. J. Sandkühler: Über die „logische Basis des Kommunismus“ oder Wie produktiv ist die Wissenschaft im Kapitalismus

E. Stölting: Das soziale Bild der Wissenschaft und die gesellschaftliche Reproduktion

Neue Studentenbewegung? Protokoll einer Diskussion zwischen: H.-J. Beyer (JUSO-HSG); M. Bohn (UStA, Streikrat); Renate Kellner (ADS); Christoph Kievenheim; Christof Ohm (ADS); Michael Sommer (SEW-HSG); Hans-Jürgen Weißbach; Hans-Jürgen Helbig (LHV)

**Philosophie und Politik bei Althusser — Kritische Beiträge (2)**  
B. Heidtmann: Materialistische Dialektik oder Theorie der Dialektik

P. Franzen: Die Aktualität Spinozas in der marxistischen Theorie Althusser. Bemerkungen zum Verhältnis von Materialismus und Dialektik

F. Tomberg: Louis Althusser's antihumanistische Kapital-Lektüre

M. Blankenburg: Konturen einer „Ideen-Politik“

9. Jahrgang, April 1977, Heft XX

Hrsg.: Redaktion SOPO, verantwortlich Hella Stern. — Jährlich 4 Hefte. Einzelheft 6,— DM, Abo 20,— DM. — Verlag das europäische buch, Kneesebeckstr. 3, 1000 Berlin 12

111

### Bilder machen

C. Schellemann: Realismus

H. Platschk: Wozu braucht man noch die Malerei

H. P. Alvermann: Malerei und Fotografie

Sch. Mayer: Welche Ansprüche stellt ein Künstler an seine Arbeit?

J. Scherkamp: Aus der Geschichte für das Heute lernen

W. Marschall: Ateliergespräch mit Jost Maxim

G. Sprigath: „Die Schlacht von Hankar“ von R. Somville

Ch. Krämer: Zur Arbeit des Malers Florian Köhler

R. Bergmann: Versuche über H. P. Alvermann

J. Weber: Über mich selbst

18. Jahrgang, Januar/Februar 1977, Heft 1

112

### Gewerkschaftliche Kulturarbeit

G. Sprigath: Vom Kegeln zur Kunst

K. Maase: Ein Gespräch über Künstler, Gewerkschaften und Kultur

Interview mit O. Todtenberg, Kulturreferent des DGB

S. Neuenhausen: Die Künstler und die Gewerkschaften

S. Wenk: Bildende Kunst bei den Ruhrfestspielen

18. Jahrgang, März/April 1977, Heft 2

Redaktion: H. V. Damnitz, H. Erhart, R. Hiepe, Th. Liebner, H. Kopp, K. Maase, W. Marschall, C. Nissen, C. Schellemann, J. Scherkamp, G. Sprigath, G. Zingerl. — Erscheint alle zwei Monate. — Einzelheft 6,50 DM, Jahresabo 35,— DM. (Stud. 27,— DM). — Damnitz Verlag, Hohenzollernstr. 144, 8000 München 40

## **DAS ARGUMENT – Gesamtverzeichnis**

- 1–21 Argument-Reprint AS 1/1 u. AS 1/2
- 22 Emanzipation der Frau / Sexualität und Herrschaft (I)
- 23 Emanzipation der Frau / Sexualität und Herrschaft (II)
- 24 Sexualität und Herrschaft (III)
- 26 Probleme der Ästhetik (I)
- 28 Probleme der Ästhetik (II)
- 29 Schule und Erziehung (I)
- 30 Faschismus-Theorien (I)
- 31 Schule und Erziehung (II)
- 32 Faschismus-Theorien (II)
- 33 Faschismus-Theorien (III)
- 34 Probleme der Entwicklungsländer (I)
- 35 Sexualität und Herrschaft (IV)
- 36 Die Amerikaner in Vietnam / Probleme der Entwicklungsländer (II)
- 37 Theorien der Vergeblichkeit / Zur Ideologiekritik des Nihilismus
- 38 Probleme der Entwicklungsländer (III)
- 39 Wirtschaftsmodelle im Sozialismus
- 40 Politische Bildung / Schule und Erziehung (III)
- 41 Staat und Gesellschaft im Faschismus / Faschismus-Theorien (IV)
- 42 „Formierte“ Demokratie (I)
- 43 Wissenschaft als Politik (I)
- 44 Städtebau im Kapitalismus (I)
- 45 Dritte Welt und Opposition im Spätkapitalismus
- 46 Brecht/Lukács/Benjamin / Fragen der marxistischen Theorie (I)
- 47 Faschismus und Kapitalismus/Faschismus-Theorien (V) / Diskussion
- 48 Kalter Krieg und Neofaschismus in der BRD / Materialien zur „formierten Demokratie“ (II)
- 49 Kritik der bürgerlichen Germanistik / Wissenschaft als Politik (II)
- 50 Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften
- 51 Zur Politischen Ökonomie des gegenwärtigen Imperialismus / Probleme der Entwicklungsländer (IV)
- 52 Entfremdung und Geschichte / Fragen der marxistischen Theorie (II)
- 53 Zur politischen Ökonomie des gegenwärtigen Imperialismus / Probleme der Entwicklungsländer (V)
- 54 Vom Bildungsbürgertum zur Funktionselite / Schule und Erziehung (IV)
- 55 Argument-Register / 1.–11. Jahrgang 1959–1969
- 56 Sexualität und Herrschaft (V) / Schule
- 57 Revolution und Konterrevolution in Griechenland
- 58 Faschismus-Theorien (VI) / Diskussion
- 59 Afrika zwischen Imperialismus und Sozialismus / Probleme der Entwicklungsländer (VI)
- 60 Kritik der bürgerlichen Medizin
- 61 Klassenstruktur und Klassenbewußtsein / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (I)
- 62 Klassenbewußtsein und Klassenkampf / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (II)
- 63 Geschichte und Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung (I)

## **DAS ARGUMENT – Gesamtverzeichnis**

- 64 Probleme der Ästhetik (III)
- 65 Fragen der marxistischen Theorie (III)
- 66 Wissenschaft als Politik (III)
- 67 Emanzipation der Frau / Sexualität und Herrschaft (VI)
- 68 Ausländerbeschäftigung und Imperialismus / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (II)
- 69 Lohnarbeit und Medizin / Kritik der bürgerlichen Medizin (II)
- 70 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (I)
- 71 Argumente für eine soziale Medizin (III)
- 72 Probleme der Ästhetik (IV) / Literatur- und Sprachwissenschaft
- 73 Probleme der Produktivkraftentwicklung (I)
- 74 Fragen der marxistischen Theorie (IV)
- 75 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (II)
- 76 Entwicklungstendenzen der politischen Ökonomie in der DDR
- 77 Widerspiegelungstheorie und Ideologiekritik / Fragen der marxistischen Theorie (V)
- 78 Argumente für eine soziale Medizin (IV)
- 79 Kapitalistische Entwicklung und koloniale Unterentwicklung – Genese und Perspektive / Probleme der Entwicklungsländer (VII)
- 80 Schule und Erziehung (V)
- 81 Widerspiegelungs-Diskussion / Streitfragen materialistischer Dialektik (I)
- 82 Beiträge zu Theorie und Praxis des Sozialismus
- 83 Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Theorien
- 84 Zum Verhältnis von Logischem und Historischem / Streitfragen materialistischer Dialektik (II)
- 85 Widerspiegelungs-Diskussion / Streitfragen materialistischer Dialektik (III)
- 86 Klassenkämpfe in der BRD / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (IV)
- 87 Faschismus – Entstehung/Verhinderung. Faschismus-Theorien (VII)
- 88 Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen (I)
- 89 Anti-Psychiatrie – Konservative Gehalte radikaler Entwürfe / Argumente für eine soziale Medizin (VI)
- 90 Widerspiegelungs-Diskussion: Literatur- und Kunsttheorie / Streitfragen materialistischer Dialektik (IV)
- 91 Diskussion von Verhaltenstherapie und Gruppendynamik / Kritische Psychologie (I)
- 92 Widerspiegelungs-Diskussion: Praxis / Streitfragen materialistischer Dialektik (V)
- 93 Umwelt – Zum Verhältnis von Gesellschaft und Natur
- 94 Antworten auf Althusser
- 95 Sprachwissenschaft und Sprachunterricht
- 96 Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen (II)
- 97 Marxismus und Kritische Theorie
- 98 Sozialismus-Diskussion (I)
- 99 Faust-Diskussion
- 100 Ideologischer Klassenkampf / Sozialismus-Diskussion (II)
- 101 Beiträge zur materialistischen Soziologie
- 102 Sozialismus-Diskussion (III)
- 103 Ideologischer Klassenkampf (II)

# ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

- 50 Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften
- 60 Kritik der bürgerlichen Medizin
- 70 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (I)
- 75 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (II)
- 80 Schule und Erziehung (V)
- AS 1/1 Argument-Reprint 1–17
- AS 1/2 Argument-Reprint 18–21
- AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa
- AS 3 Vom Faustus bis Karl Valentin / Der Bürger in Geschichte und Literatur
- AS 4 Entwicklung und Struktur des Gesundheitswesens / Argumente für eine soziale Medizin (V)
- AS 5 Hanns Eisler
- AS 6 Zur Theorie des Monopols / Staat und Monopole (I)
- AS 7 Projekt Automation und Qualifikation: Automation in der BRD
- AS 8 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 1
- AS 9 Gulliver. Deutsch-Englische Jahrbücher, Band 1
- AS 10 Massen / Medien / Politik
- AS 11 Brechts Tui-Kritik
- AS 12 Lohnarbeit, Staat, Gesundheitswesen

## *Vorschau auf das Programm für 1977:*

- AS 13 Kritik der Frankreichforschung. Handbuch
- AS 14 Humanisierung der Lohnarbeit? Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen
- AS 15 Kritische Psychologie (II)
- AS 16 Staat und Monopole (II) / Probleme der materialistischen Staatstheorie
- AS 17 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 2
- AS 18 Gulliver. Deutsch-englische Jahrbücher, Band 2
- AS 19 Automationsarbeit (I): Methode. Projekt Automation und Qualifikation
- AS 20 Argument-Register 1–100

## *Erscheinungsweise, Preise und Bezugsmöglichkeiten:*

1977 werden voraussichtlich 10 Argument-Sonderbände erscheinen, darunter auf jeden Fall die Bände AS 13–AS 20 wie vorstehend angekündigt. Einzelpreise: jeweils 15,50 DM, Studenten und Schüler 11,– DM, ab 1. 6. 1977: 12,– DM.

Im Abonnement jeweils 12,– DM, Studenten und Schüler 9,– DM.

*Abo-Bedingungen:* Das Abonnement verpflichtet zur Abnahme von drei Bänden nach eigener Wahl aus der AS-Produktion des jeweiligen Jahrgangs; es berechtigt darüber hinaus zum Bezug auch der übrigen Bände des Jahrgangs zum Abo-Preis.

## **ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS**

### **AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa**

Handbuch der neueren Gewerkschaftsgeschichte Englands, Frankreichs und Italiens. Notwendig zum Verständnis der westeuropäischen Arbeiterbewegung.

„Diese faktenreichen Auskünfte, die zugleich auch Perspektiven für eine künftige Strategie eröffnen, gehören auf den Tisch jedes aktiven Gewerkschaftlers.“ (Berliner Extra-Dienst)

„Mit dem Sonderband ‚Gewerkschaften im Klassenkampf‘ hat die Zeitschrift Das Argument erneut einen bemerkenswerten Beitrag zum Studium der Arbeiterbewegung in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern geleistet.“ (Marxistische Blätter)

Inhalt:

W. Goldschmidt: Ökonomische und politische Aspekte des gewerkschaftlichen Kampfes in Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg

P. Oehlke: Grundzüge der Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung

D. Albers: Von der Einheit zum Kampf um die Einheit. Grundzüge der italienischen Gewerkschaftsbewegung 1943 bis 1972

J. Rohbeck: Rationalisierung und Arbeitskampf bei FIAT

E. Piehl: Multinationale Konzerne und die Zersplitterung der internationalen Gewerkschaftsbewegung

Buchbesprechungen. Schwerpunkte: Geschichte der Arbeiterbewegung, antigewerkschaftliche Strategien von links und rechts, Mitbestimmung, Arbeiterliteratur

AS 2: 1974, 2. verbesserte Auflage 1977

### **AS 16 Staat und Monopole (II). Probleme der materialistischen Staatstheorie**

Probleme der Staatstheorie, Beiträge zur Diskussion um die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. U. a. folgende Themen: Staatstheorie als Methodenproblem des historischen Materialismus. Entstehung des bürgerlichen Staates – das Absolutismusproblem. Bestimmung von Staatsfunktionen. Die „Staatsfrage“ und die Strategie der Arbeiterbewegung. Gramscis Staatskonzeption. Nationalstaatlichkeit und Supranationalität – am Beispiel der Energiepolitik der EWG nach der „Erdölkrise“ 1973. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning. Staat und Infrastruktur.

AS 16: Sommer 1977

## **ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS**

### **AS 7 Projektgruppe Automation und Qualifikation: Automation in der BRD**

Unentbehrlich für alle, die am Begreifen der epochalen Veränderungen in der Produktion interessiert sind

Das Projekt Automation und Qualifikation stellte mit diesem viel diskutierten Band den ersten Teil einer empirischen Untersuchung über die Automation in der BRD vor. Der zweite Teil folgt 1977 als AS 19 „Automationsarbeit I“. „Man muß es gleich vorneweg vermerken, daß sich die Studie durch eine Fülle statistischen und empirischen Materials auszeichnet, weil das für jeden von Bedeutung ist, der sich mit dem Komplex Automation beschäftigt. Wichtig ist ferner die Palette der erfaßten Daten: sie reicht von Produktivitätsuntersuchungen über die Arbeitskräftestruktur bis hin zur Staatstätigkeit und den Staatsausgaben in dem hier relevanten Zusammenhang.“ R. Katzenstein, in: Blätter für deutsche und internationale Politik

Inhalt:

- I. Methodische Vorbemerkungen (Begriff und Ermittlungsverfahren, Bedingungen und Schranken von Automation)
- II. Indikatoren für technischen Fortschritt (Entwicklung der Produktivität, der Arbeitskräftestruktur und der Staatstätigkeit)
- III. Entwicklung und Ausbreitung von Automation (Genese von Automation, Ausbreitung elektronischer Datenverarbeitung, Automation in Verwaltung, Handel und Bankwesen, Automation in der Produktion)

AS 7: 1975, 2. verbesserte, um Register, Literaturverzeichnis und Nachwort erweiterte Auflage 1976

### **AS 14 Humanisierung der Lohnarbeit? Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen**

Analytischer Wegweiser durch ein widersprüchliches Kampfgebiet und eine kaum überschaubare Literaturflut

- I. Geschichtliche und gesellschaftliche Entstehungsbedingungen der „Humanisierung der Arbeit“
- II. Gegenwärtige Ansätze einer „Humanisierung“ der industriellen Arbeitsorganisation
- III. „Humanisierung der Arbeit“ als Gegenstand von Klassenauseinandersetzungen
- IV. Diskussion zum politischen Stellenwert der Humanisierungsdebatte für die Gewerkschaften
- V. Sammelrezension zur „Humanisierung der Arbeit“

AS 14: Frühjahr 1977

# Theorie und soziale Praxis

Eine Studienbuchreihe zur Theorie und Praxis der sozialen Berufe herausgegeben von **Joachim Holder** und **Peter Orban**

Band 1

Peter Orban

## **Sozialisation**

1973, 184 S., Snolin, DM 14,80

Band 2

Joachim Holder

## **Kommunikation**

1975, X, 126 S., Snolin, DM 16,80

Band 3

Karl-Heinz Reuband

## **Rauschmittelkonsum**

1976, X, 194 S., Snolin, DM 19,80

Band 4

Peter Orban

## **Subjektivität**

1976, IX, 140 S., Snolin, DM 19,80

### **In Vorbereitung:**

Band 5

Joachim Holder / Peter Orban

## **Schizophrene**

## **Kommunikation**

Band 6

Rüdiger Beier / Christian Büttner /

Margit Orban-Plasa

## **Aggression und Schule**



**Akademische Verlagsgesellschaft**  
**Bahnhofstr. 39 – 6200 Wiesbaden**

## ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

### AS 11 Brechts Tui-Kritik

„Brechts Tui-Kritik“ – die Ankündigung wurde von vielen als Mystifikation empfunden. Ist das ein brauchbarer Titel, den so viele nicht verstehen? Wir denken, jeder wird ihn schnell verstehen lernen. Jeder kennt aus eigener Anschauung, was das ist, „Tuismus“. Kein Intellektueller, der nicht schon mehr oder weniger nachhaltig von den Mechanismen des Marktes berührt worden wäre! Über so manche Diskussion hat sich der Tuismus wie Mehltau gelegt. Hier also die Worterklärung: „Tui“ ist ein Kunstwort, von Brecht gebildet durch Verkehrung des Begriffs „intellektuell“ in „Tellekt-Uell-in“ – TUI. Der Tui ist der Vermieter seiner Denkkraft und Formulierungskunst, der seine intellektuellen Fähigkeiten zugleich für den Konkurrenzkampf gegen andere Tui gebraucht, um die eigene Marktgeltung herauf- und die der anderen herabzusetzen. Mit der Tui-Kritik verhält es sich wie mit den philosophischen Lehren Brechts: bis heute steht für viele beides im Schatten der Stücke und Gedichte. Der Theoretiker Brecht und der Kritiker des gegen die gesellschaftliche Vernunft mißbrauchten Intellekts ist fast noch ein Geheimtip. (Aus dem Editorial)

Aufsätze, Rezensionen, Geschichten u. a. von F. Buono, H. Claas, W. F. Haug, R. Kawa, W. Mittenzwei, G. Pickerodt, K. Ruoff, D. Schlenstedt, D. Thiele.

AS 11: 1976

das neue buch **rowohl** die Reihe mit dem leuchtroten Rahmen. Herausgegeben von Jürgen Manthey

**Die neuen Titel!**

**James Baldwin: Teufelswerk.** Betrachtungen zur Rolle der Farben im Film. Ein Essay, das neue buch, Band 83, 116 Seiten, DM 10,-

**Peter Schneider: Atempause.** Versuch, meine Gedanken über Literatur und Kunst zu ordnen, das neue buch, Band 86, ca. 220 Seiten, DM 10,-

**Louis-Ferdinand Céline: Kanonenfutter.** Mit dem Notzbuch des Kurassiers Destouches. Deutsch von Christine Naef und Gert Sautermeister, das neue buch, Band 79, ca. 80 Seiten, DM 6,-

**Literaturmagazin 6**  
Die Literatur und die Wissenschaften. Hg. von Nicolas Born und Heinz Schäffer, das neue buch, Band 77, DM 12,-

**Maria Erlenberger: Der Hunger nach Wahnsinn.** Ein Bericht, das neue buch, Band 84, 240 Seiten, DM 10,-

**Aus dem Inhalt:**  
Einschränkungen und Erweiterungen der Literatur durch die Wissenschaften;  
der Dichter als Germanist;  
über die Schwierigkeiten des Vorsatzes, Erkenntnis in Prosa zu verwandeln;  
Freud und die Literatur;  
der Essay – zwischen Literatur und Wissenschaft;  
Schwindformen der Wissenschaft – Schwindformen der Literatur (Science-fiction); Archäologie-Thriller;

**Wilhelm Genazino: Abschaffel.** Roman, das neue buch, Band 85, 130 Seiten, DM 9,-

Brecht's Versuch, das kommunistische Manifest zu parodieren  
Kunst-erische und wissenschaftliche Widerspiegelung – eine Diskussion in der DDR.

**Günter Herburger: Ziele.** Gedichte, das neue buch, Band 82, 170 Seiten, DM 12,-

**Jean-Paul Sartre: Der Idiot der Familie.** Gustave Flaubert: 1821–1857, Erster Teil. Die Kunst nicht zu (sich) selbst zu tun. Deutsch von Trümpf König, das neue buch, Band 78, 670 Seiten, DM 32,-

# Antiquariat Pinkus-Genossenschaft Zürich

**Spezialgebiete:** Arbeiterbewegung, Sozialismus, Politik, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Philosophie, Arbeiterliteratur.

● Zu diesen Gebieten geben wir laufend Antiquariatskataloge heraus. Lieferbar sind u. a.:

**Katalog 193:** Politik, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Sozialismus. Zeitschriften und Flugblätter.

**Katalog 193:** Politik, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Sozialismus. Schwerpunktthemen:

- Dritte Welt, Energie- und Rohstoffpolitik, Bevölkerung
- Antifaschistische Schriften aus Italien.

Über Neuerscheinungen dieser Gebiete informiert Sie die vierteljährlich erscheinende „Bibliographische Information“

● Wir schicken Ihnen diese Kataloge gern gratis zu!

**Antiquariat Pinkus-Genossenschaft, CH-8001 Zürich, Froschaugasse 7  
Telefon 01 / 32 26 47**

# edition suhrkamp

**Richard Lorenz**  
**Sozialgeschichte der Sowjetunion**  
**I. 1917-1945**  
es 654, DM 11,-

**Rudolf Goldscheid/  
Joseph Schumpeter**  
**Die Finanzkrise des Steuerstaats**  
Beiträge zur politischen Ökonomie  
der Staatsfinanzen. Herausgegeben  
von Rudolf Hickel.  
es 698, DM 10,-

**Włodzimierz Brus**  
**Sozialisierung und  
politisches System**  
es 801, DM 8,-

**Oskar Negt**  
**Keine Demokratie ohne Sozialismus**  
Über den Zusammenhang von  
Politik, Geschichte und Moral  
es 812, DM 14,-

**Wolfgang Abendroth**  
**Ein Leben in der Arbeiterbewegung**  
Gespräche, aufgezeichnet und  
herausgegeben von B. Dietrich und  
J. Perels  
es 820, DM 9,-

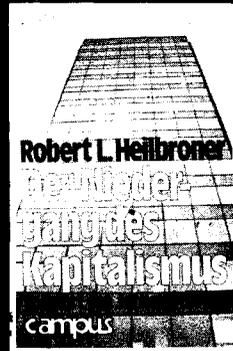
**Rossana Rossanda, Lucio Magri u. a.**  
**Der lange Marsch durch die Krise**  
es 823, DM 9,-

**Fernando H. Cardoso, Enzo Faletto**  
**Abhängigkeit und Entwicklung  
in Lateinamerika**  
es 841, DM 7,-

**Eric J. Habsbawm/  
Giorgio Napolitano**  
**Auf dem Weg zum historischen  
Kompromiß**  
Ein Gespräch über Entwicklung  
und Programmatik der KPI  
es 851, DM 6,-



230 Seiten, DM 20,- 227 Seiten, DM 24,- 117 Seiten, DM 15,-



Die Erfahrungen der Ostermarschbewegung sind eine Hilfe für politisches Handeln,-gerade heute, da Denken in gesellschaftlichen Alternativen wieder riskant geworden ist.

Bitte fordern Sie unser Verzeichnis STUDIUM '77 an.

**campus** Oeder Weg 100, 6000 Frankfurt 18



Band 99

**Hans-Josef Steinberg:**  
**Sozialismus und deutsche Sozial-**  
**demokratie**

Zur Ideologie der Partei vor dem  
I. Weltkrieg  
4. Aufl., 176 S., br. 15,- DM

Dieses Buch Steinbergs ist längst  
zum Standardwerk geworden. Der  
Verfasser konfrontiert den formalen  
Radikalismus der Partei mit ihrem  
faktischen Fatalismus. In diesen  
Zusammenhang stellt er die Kräfte,  
die innerhalb der Sozialdemokratie  
gegen den formalen Radikalismus  
auftraten: Revisionismus,  
Reformismus und Praktizismus.

Band 93

**Peter von Oertzen:**  
**Betriebsräte in der November-**  
**revolution**

Eine politikwissenschaftliche  
Untersuchung über Ideengehalt  
und Struktur der betrieblichen und  
wirtschaftlichen Arbeiterräte in  
der deutschen Revolution 1918/19  
2. erw. Aufl., 484 S., br. 20,- DM

Zusätzlich zu von Oertzens im Titel  
genannter Habilitationsschrift  
wurde neu aufgenommen ein  
Gutachten des Verfassers für  
die IG Metall über „Die Probleme  
der wirtschaftlichen Neuordnung  
und der Mitbestimmung in der  
Revolution 1918“.

Band 96

**Richard Löwenthal (Paul Sering):**  
**Jenseits des Kapitalismus**

Ein Beitrag zur sozialistischen  
Neuorientierung  
Unveränd. Neuauf. mit einer  
ausführlichen Einführung: Nach  
30 Jahren  
LVII, 268 S., br. 15,- DM

Diese Schrift Löwenthals war das  
nach dem Krieg bekannteste  
und einflußreichste theoretische  
Werk über den demokratischen  
Sozialismus. Führende Sozial-  
demokraten haben daraus theo-  
retische Einsichten gewonnen.

In seiner neuen Einführung gibt  
Löwenthal eine Einschätzung der  
gegenwärtigen Weltlage, insbeson-  
dere der ökonomischen Probleme.  
Er zeigt auf, was sich in den  
letzten 30 Jahren verändert hat und  
welche seiner früheren Positionen  
er demzufolge revidiert hat.  
Besonders begründet er, warum er  
sich früher als Marxist verstand  
und diese Kennzeichnung heute  
ablehnt.



**Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH**  
Köln, Straße 143

D-5300 Bonn-Bad Godesberg 1

Senden Sie mir ein Gesamtver-  
zeichnis Ihres Verlagsprogramms.

Absender: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

<i>Topitsch, Ernst</i> : Die Voraussetzungen der Transzendentalphilosophie ( <i>M. Hinz</i> ) . . . . .	245
<i>Albert, Hans</i> : Aufklärung und Steuerung. Aufsätze zur Sozialphilosophie und Wissenschaftslehre der Sozialwissenschaften ( <i>U. Richter</i> ) . . . . .	247
<i>Holzhey, Helmut</i> (Hrsg.): Wissenschaft/Wissenschaften. Interdisziplinäre Arbeit und Wissenschaftstheorie ( <i>U. Homann</i> ) . . . . .	247
<i>Diemer, Alwin</i> : Elementarkurs Philosophie. Dialektik ( <i>U. Richter</i> ) . . . . .	250

### **Sprach- und Literaturwissenschaft**

<i>Voložinov, Valentin N.</i> : Marxismus und Sprachphilosophie ( <i>G. Bruche-Schulz</i> ) . . . . .	251
<i>Leist, Anton</i> (Hrsg.): Ansätze zur materialistischen Sprachtheorie ( <i>K. Schüle</i> ) . . . . .	253
<i>Erckenbrecht, Ulrich</i> : Politische Sprache ( <i>M. Behrens</i> ) . . . . .	255
<i>Steiner, Gerhard</i> : Jakobinerschauspiel und Jakobinertheater ( <i>H.-J. Ruckhäberle</i> ) . . . . .	256
<i>Mattenkloft, Gert, u. Klaus R. Scherpe</i> (Hrsg.): Demokratisch-revolutionäre Literatur in Deutschland: Vormärz ( <i>H.-J. Ruckhäberle</i> ) . . . . .	257
<i>Vaßen, Florian</i> (Hrsg.): Restauration, Vormärz und 48er Revolution ( <i>H.-J. Ruckhäberle</i> ) . . . . .	257
<i>Mosler, Peter</i> : Georg Büchners „Leonce und Lena“ ( <i>H.-J. Ruckhäberle</i> ) . . . . .	259
<i>Jancke, Gerhard</i> : Georg Büchner ( <i>H. Mengel</i> ) . . . . .	260

### **Soziologie**

<i>Rilling, Rainer</i> : Theorie und Soziologie der Wissenschaft ( <i>R.-D. Vogeler</i> ) . . . . .	261
<i>Bühl, Walter L.</i> : Einführung in die Wissenschaftssoziologie ( <i>R. Rilling</i> ) . . . . .	263
<i>Hanstein, Katharina</i> : Hand- und Kopfarbeit in der materiellen Produktion ( <i>H. Gottschalech</i> ) . . . . .	265
Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR ( <i>U. Koch</i> ) . . . . .	267
Die Frau und die Gesellschaft ( <i>B. Scherer</i> ) . . . . .	269
<i>Tjaden-Steinhauer, Margarete</i> : Das Gesellschaftsbewußtsein der Arbeiter ( <i>E. Göbel</i> ) . . . . .	270
<i>Lessing, Hellmut, u. Manfred Liebel</i> : Jugend in der Klassengesellschaft ( <i>H. Karl</i> ) . . . . .	271

### **Erziehungswissenschaften**

<i>Hesse, Hans Albrecht</i> : Curriculare Bildungsplanung und Beruf ( <i>A. Bammé</i> ) . . . . .	273
<i>Wessel, Karl-Friedrich</i> : Pädagogik in Philosophie und Praxis ( <i>J. M. Ripalda</i> ) . . . . .	274
<i>Heinze, Thomas</i> : Unterricht als soziale Situation ( <i>L. Bernath</i> ) . . . . .	276
<i>Kounin, Jacob S.</i> : Techniken der Klassenführung ( <i>L. Bernath</i> ) . . . . .	276
<i>Wolf, Willi</i> : Selektionsprozesse im Zweiten Bildungsweg ( <i>f. Reschenberg</i> ) . . . . .	278
<i>Ebert, Helmut, u. a.</i> : Und wenn der Kranfahrer mal pinkeln muß? ( <i>D. Elschenbroich</i> ) . . . . .	279

**Psychologie**

<i>Gronemeyer, Marianne: Motivation und politisches Handeln (S. Metz-Göckel)</i> . . . . .	281
<i>Strouse, Jean (Hrsg.): Women &amp; Analysis (K. Laermann)</i> . . . . .	282
<i>Tinbergen, E. A., u. N. Tinbergen: Early Childhood Autism (W. Jantzen)</i>	284
<i>Laing, Ronald D., u. A. Esterson: Wahnsinn und Familie (B. Seuster)</i> . . . . .	285

**Geschichte**

<i>Lange, Karl: Marneschlacht und deutsche Öffentlichkeit 1914–1939 (E. Hennig)</i> . . . . .	286
<i>Schneider, Michael: Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918 bis 1933 (J. Flemming)</i> . . . . .	287
<i>Siegfried, Klaus-Jörg: Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns (J. Petzold)</i> . . . . .	289
<i>Sywottek, Jutta: Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg (K. Scheel)</i> . . . . .	290

**Soziale Bewegung und Politik**

<i>Katsoulis, Ilias: Sozialismus und Staat. Demokratie, Revolution und Diktatur des Proletariats im Austromarxismus (V. Gransow)</i> . . . . .	292
<i>Wolter, Ulf: Grundlagen des Stalinismus (H.-M. Lohmann)</i> . . . . .	293
<i>Abosch, Heinz (Hrsg.): Trotzki-Chronik (B. Frei)</i> . . . . .	295
<i>Snow, Edgar: Die lange Revolution. China zwischen Tradition und Zukunft (B. Frei)</i> . . . . .	295
<i>Rathfelder, Erich, Anna Stein u. Klaus Vogel: „Alle oder keiner.“ Comisiones Obreras (H.-W. Franz)</i> . . . . .	296
<i>Koppel, Helga: P. C. I. (G. Würzberg)</i> . . . . .	297
<i>Rosenbaum, Petra: Italien 1976 (W. Roth)</i> . . . . .	299
<i>Verdier, Robert: P. S./P. C. (I. Kolboom)</i> . . . . .	300
<i>Breidbach, Ferdinand, und Rüdiger May (Hrsg.): Das soziale Feigenblatt? Die Sozialausschüsse in der Union (F. Hartmann)</i> . . . . .	301
<i>Geißler, Heiner: Die Neue Soziale Frage (K.-E. Lohmann)</i> . . . . .	303

**Ökonomie**

<i>Schmölders, Günter (Hrsg.): Unsere Wirtschaftsordnung und ihre Hauptprobleme (H. Zielinski)</i> . . . . .	304
<i>Adam, Hermann: Macht und Vermögen in der Wirtschaft (J. Hutterer)</i> . . . . .	305
<i>Fox, Karl A.: Social Indicators and Social Theory (G. Accardo)</i> . . . . .	306
<i>Maarek, Gérard: Introduction au „Capital“ de Karl Marx (G. Accardo)</i> . . . . .	307